

N^o 18.**Verhandlungen der Nationalversammlung**

Sigung vom 25. und 26. Juli 1919.

Es fehlten entschuldigt:

Behle, Karl
 Böhmert, Wilh., Dr.
 Brasch, Hermann
 Cordes, Johannes
 Deichmann, Karl
 Gerberding, Eduard

Hagemeyer, F. F.
 Heinen, Agnes
 Henke, Alfred
 Hobelmann, Gustav
 Leymann, Wilhelm
 Madrian, Georg

Niebuhr, Heinrich
 Peine, Friedrich
 Schauerte, Heinrich
 Schelb, Heinr., Dr. med.
 Schurig, Gottfried
 Sommer, Emil

Stallmann, Louis
 Strube, Dr. jur.
 Thiele, Minna
 Vinnen, Adolf
 Wagner, Wilhelm

Es fehlten unentschuldigt:

Böse, Hermann
 Both, Georg
 Bullwinkel, Wilhelm
 Chrapkowski, Max

Cordes, B.
 Eiken, Hermann
 Hagedorn, Berta
 Herz, Wilhelm

Kesselbeck, Elise
 Klima, Johann
 Müller, Josef
 Otto, Heinrich

Schad, Heinrich
 Stockinger, Alfred
 Wahl, Hugo

Gegenstände der Tagesordnung:

Verhandelt Seite

Verhandelt Seite

- I. Mitteilung des Senats vom 13. Mai 1919:
 Budget für das Rechnungsjahr 1919 609
- Dazu a) Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1919:
 2. Nachtragsbericht zum Budget des Amts Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69
- b) Mitteilung des Senats vom 4. Juni 1919:
 Nachtrag zum Budget der Staatsanwaltschaft
- c) Mitteilung des Senats vom 6. Juni 1919:
 Nachtragsbericht der Polizeidirektion zum Budget für das Rechnungsjahr 1919, Spezialbudget für 1919 Nr. 124, Seite 189 B 11
- d) Mitteilung des Senats vom 10. Juni 1919:
 3. Nachtragsbericht zum Haushaltsplan des Jugendamts für das Rechnungsjahr 1919
- e) Mitteilung des Senats vom 13. Juni 1919:
 3. Ruhegehalts- bzw. Jahrgeldsberechtigung der Fürsorgerinnen und der Laborantin bei der Polizeidirektion
- f) Mitteilung des Senats vom 17. Juni 1919:
 2. Nachtrag zum Budget des Amts Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69

- g) Mitteilung des Senats vom 24. Juni 1919:
 1. Nachtrag zum Budget des Untersuchungsgefängnisses
- h) Mitteilung des Senats vom 1. Juli 1919:
 2. Zweiter Nachtrag zum Budget der Strafanstalt
- i) Mitteilung des Senats vom 18. Juli 1919:
 Nachtragsbericht zum Budget der Feuerwehr, Spezialbudget Nr. 66, für 1919
- II. Mitteilung des Senats vom 15. Juli 1919:
 2. Antrag auf Niederschlagung des Strafverfahrens gegen Eds 708, 710, 712
5. Wahl der Schulleiter 696
6. Anstellung eines Schulrats für das Fortbildungs- und Fachschulwesen und eines Schulinspektors für die höheren Schulen 699
7. Bewilligung von weiteren zehn ordentlichen Lehrerstellen an den gewerblichen Schulen . . 705
8. Ausbau des Fortbildungsunterrichts für Erwerbslose 709
9. Jahresbericht der Deputation für die Stadtbibliothek 709

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
III. Mitteilung des Senats vom 11. Juli 1919:			3. Antrag, betr. die Höhe der Armenunterstützung		718
1. Inventar der bremischen Bau- und Kunst-			4. Katasteramt		718
denkmäler	709		5. Jahresbericht der Hafeninspektoren		718
2. Jahresbericht des Gewerbemuseums	711		VII. Antrag, betr. Abbau der Zwangswirtschaft		719
IV. Mitteilung des Senats vom 9. Mai 1919 und Be-			VIII. Antrag, betr. Ausübung der Jagd im Stadtgebiet		719
richt der Kommission (Nr. 2):			IX. Antrag, betr. Verstaatlichung der Landstunnen-		
Zuschläge zu den Gerichtskosten	712		anstalt		720
V. Mitteilung des Senats vom 16. Juli 1919:			X. Antrag, betr. Aufhebung des Belagerungszustandes		723
Heim für Jugendliche	712, 737		XI. Antrag, betr. Kommunalisierung des Altmöbelhandels		742
VI. Mitteilung des Senats vom 19. Juli 1919:			XII. Antrag, betr. Fürsorge für Erwerbslose		744
1. Verlängerung der Geltungsbauer des Gesetzes			XIII. Mitteilung des Senats vom 9. Juli 1919:		
vom 26. Juli 1910, betr. die Wohnungspflege			8. Aenderung der Deichordnung		719
(Gesetzblatt S. 165)	718		XIV. Antrag, betr. Wiedereinführung des Religions-		
2. Verkauf eines Grundstücks an der Bremer-			unterrichts. (N. 3. Verh. gef.)		
havener Straße an die Kommanditgesellschaft			XV. Antrag, betr. Unterstützung der Kriegerfrauen.		
Contr. Kellner	718		(N. 3. Verh. gef.)		

Herr R. Dunkel präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 10 Uhr.

Präsident: Gegen das Protokoll der vorigen Sitzung sind Einwendungen nicht erhoben.

Eingegangen ist eine Mitteilung des Senats vom 22. Juli:

1. Verein für öffentliche Bäder.
2. Ankauf des Grundstücks Langenstraße Nr. 132 (Haus Hanja).
3. Jahresbericht des Chemischen Staatslaboratoriums Bremen 1918.

und eine Mitteilung vom 13. Juli:

1. Erster und zweiter Bericht der Kommission wegen der Beamtengehälter:

Der Senat tritt dem Beschlusse der Nationalversammlung bei und hat das Erforderliche veranlaßt.

2. Haushaltsplan des Armenamts Bremen für das Rechnungsjahr 1919:

Der Senat erklärt sich mit dem Beschlusse der Nationalversammlung einverstanden.

3. Antrag wegen Wiederheraufsetzung Bremens in die Klasse A des Wohnungsgeldzuschusses:

Der Senat wird das Erforderliche in die Wege leiten.

4. Einrichtung eines Wahlamtes.

5. Haushaltsplan des stadtbremischen Schlachthofes für das Rechnungsjahr 1919.

Für die Verhandlungen der Kommission, betreffend Arbeitsamt, sind die Herren Senatoren Rhein und Behle zu Senatskommissaren bestellt.

Herr Fauth zeigt an, daß Herr Wahnschaffe aus der Kommission zur Neuordnung der bremischen Verwaltung ausgeschieden ist, an seine Stelle tritt Herr Waigand.

Drei Anträge sind zur Budgetberatung eingegangen, die ich nicht gut bei einer Position des Budgets unterbringen kann. Ich werde sie deshalb als Anträge gemäß § 35 unserer Geschäftsordnung behandeln und sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen. Es ist

1. ein Antrag des Herrn Fricke:

Die Nationalversammlung beauftragt die Kommission wegen Neuordnung der bremischen Verwaltung mit der Einreichung eines Berichts über die Errichtung einer Zentralstelle, der die Überprüfung von Anstellungen und Beförderungen von Beamten im bremischen Staatsdienst, sowie eine für den Staat vorteilhafte Verwendung aller Beamtenkräfte durch Ueberführung von Beamten aus einer in andere Verwaltungen zu übertragen ist.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

2. ein Antrag des Herrn Ohm:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, zwecks unmittelbarer Ueberlassung entbehrlich gewordenen Kriegsmaterials aus den Beständen des Reichswirtschaftsamtes an die bremischen staatlichen und städtischen Betriebe bei den zuständigen Reichsstellen umgehend vorstellig zu werden.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

3. ein Antrag des Herrn Becké:

Wir beantragen, zu beschließen:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, unverzüglich mit der preußischen Staatsregierung Verhandlungen aufzunehmen, durch welche der preußisch-bremische Staatsvertrag vom 21. Mai 1904 nebst Zusatzvertrag vom 26. Mai 1905 — Gesetzblatt 1906 Seite 139 ff. — auf Grund der infolge des Kriegsausganges veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse für Bremen und das Unterwesergebiet abgeändert, insbesondere sofort die im Artikel 13 des Staatsvertrages geschaffene Industrieklausel und die in Artikel 22 des Staatsvertrages geschaffene Fischereiklausel aufgehoben werden.

Der Antrag ist genügend unterstützt.

Die Anträge kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Präsident: Für die Sitzungen unserer drei Tage hat leider der Hersteller der Tagesordnung nicht darauf geachtet, daß für die drei Tage ein Kuponabschnitt angeheftet wird. Ich möchte Sie deshalb bitten, weil wir beabsichtigen, sowohl für Sonnabend wie auch für Dienstag eine Anwesenheitsliste zu führen, an diesen Tagen auf den kleinen Zettel, den Sie vorn in der Garderobe erhalten, Ihren Namen zu schreiben, damit wir die Anwesenheitsliste für jeden der drei Tage führen können. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch nochmals darauf aufmerksam machen, daß es wünschenswert ist, wenn die Herren und Damen, die etwa verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, sich entschuldigen, damit nicht so viele Damen und Herren nachher als unentschuldig in unserm Verhandlungsbericht aufgeführt werden müssen; abgesehen natürlich von einigen Damen und Herren, die es grundsätzlich nicht tun.

Dann möchte ich darauf aufmerksam machen, daß leider einer unserer Herren Stenographen krank geworden ist, und daß es deshalb notwendig ist, unsere Stenographen nach Möglichkeit zu schonen. Deshalb möchte ich die Damen und Herren bitten, doch den Gang vor dem Stenographentisch in Zukunft nicht mehr als Durchgang zu benutzen, sondern den Gang hinter den Plätzen zu benutzen, um den Saal zu verlassen oder hineinzukommen.

Gemäß § 41 unserer Geschäftsordnung ist es uns freigestellt, die Rednerliste zu ordnen, wenn für oder gegen einen Antrag gesprochen wird. In diesem Falle, beim Budget, glaubt der Geschäftsvorstand, daß es im Interesse der Vereinfachung des Geschäftsverfahrens liegt, wenn wir die Redner zur Generaldebatte nach den Fraktionen ordnen und zwar in der Art, daß wir die stärkste Fraktion zuerst sprechen lassen, und sobald die erste Garnitur der Redner gesprochen hat, mit der zweiten Garnitur Redner ebenso zu verfahren. Wenn

dann noch weitere Wortmeldungen kommen, müßte man natürlich nach der Reihenfolge der Anmeldungen reden lassen. Im übrigen werde ich selbstverständlich dem Berichterstatter der Budgetkommission das Wort außer der Reihe geben.

Folgende Anfrage ist noch eingelaufen:

Wann der Erledigung des Beschlusses vom 11. Juli, Verhdl. S. 201, betr. Unterstützung der Kriegerwitwen usw. entgegenzusehen ist. Um Beschleunigung wird ersucht.

Ich werde diese Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Künkler (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist uns in einem Schreiben des Herrn Präsidenten wohl mitgeteilt worden, die Angelegenheit aber in der Nationalversammlung noch nicht erörtert worden, daß nach Abschluß der Budgetberatungen, die nach der heutigen Tagesordnung an drei aufeinander folgenden Tagen erledigt werden sollen, eine Ferienpause von sechs Wochen eintreten soll. Ich nehme an, daß, da diese Frage von Einfluß auf die Behandlung der Anträge ist, insbesondere auf die Art und den Umfang, in dem das Reden zu den einzelnen Anträgen gestattet sein wird, über diesen Punkt zunächst eine Aussprache verstatet sein wird. Ich bitte also zunächst um Mitteilung, ob tatsächlich die Ansicht besteht, nach Erledigung der Budgetberatung die Verhandlungen auf sechs Wochen zu schließen.

Präsident: Herr Dr. Künkler, wenn es möglich ist, möchten wir auf sechs Wochen schließen, schon im Interesse sämtlicher Mitglieder, besonders, da ich die Ueberzeugung habe, daß die Nationalversammlung nicht genügend besucht sein wird. Wir haben ja in der vorigen Sitzung bereits erlebt, daß ein Punkt der Tagesordnung einfach in der Abstimmung durchfiel, weil nicht genügend Mitglieder anwesend waren. Wenn es sich herausstellen sollte, daß es nötig ist, eine Feriensitzung abzuhalten, dann steht dem natürlich nichts im Wege. Ich habe heute schon einen Punkt der Tagesordnung vorgelesen: Verkauf eines Grundstücks. Das soll bis zum 1. Oktober aufgelassen sein. Um dies zu ermöglichen, müssen wir wahrscheinlich schon deshalb eine Feriensitzung ansetzen. Und, so nehme ich an, werden auch noch weitere Punkte zur Verhandlung kommen müssen.

Dr. Künkler (U. S.): Immerhin würde doch an einer Einrichtung, die aus der früheren Zeit herrührt, festgehalten werden, aus einer Zeit, wo eben die Klassen maßgebend waren, zu deren Gewohnheiten es gehört, im Sommer eine solche Unterbrechung der Geschäfte eintreten zu lassen. Inzwischen ist aber in Deutschland in dieser Beziehung eine Aenderung ein-

getreten: diesen Klassen gehört nicht mehr die Führung in der Nationalversammlung. Insbesondere sind aber auch die Geschäfte und Aufgaben der Nationalversammlung so dringlich, daß sich eine Unterbrechung dieser Geschäfte selbst bei Einlegung einer Feriensitzung nicht rechtfertigen läßt. Es handelt sich darum, im Wege der Verhandlungen der Nationalversammlung Einrichtungen der alten Zeit, der alten Herrschaft durch neue Einrichtungen zu ersetzen, und das erscheint uns so dringlich, daß eine Unterbrechung dieser Aufgaben durch solche Ferien nicht statthaft ist. Ich erwähnte bereits vorhin, daß die Uebungen und Gewohnheiten dieser früher herrschenden Klasse für unsere Geschäfte nicht mehr maßgebend sein dürfen, die ihnen in ihrem Privatleben gewiß zu gönnen sein werden. Die Arbeiterklasse ist nicht in der Lage, sich in dieser Weise eine Erholung zu gönnen. (Lachen.) Ihr Lachen verstehe ich nicht. Die Einrichtungen bei den Großbetrieben, auf deren Fortgang gerade Sie immer so großen Wert legen, sind so, daß die Arbeiter auf 10 bis 14 Tage von Monat Mai an abwechselnd in die Ferien gehen, so daß also eine Unterbrechung des Betriebes, die gerade Sie vermieden sehen wollen, nicht stattfindet. Eine Unterbrechung der Geschäfte der Nationalversammlung, und sei es auch nur auf sechs Wochen, würde einen Stillstand unserer Arbeiten bedingen, gegen den die Arbeiterschaft entschieden Protest einlegen muß.

Wenhold (D.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Dr. Künzler die Absicht des Geschäftsvorstandes, während des Sommers einige kurze Wochen Pause eintreten zu lassen, dazu benutzt, um aus dieser sehr harmlosen Angelegenheit (Widerspruch links) — sie ist tatsächlich harmlos — zu schließen, daß dadurch unsere heutigen Zustände im Sinne der alten Zeit verschlechtert würden, so muß ich erklären, daß ich seine Ausführungen für sehr weit hergeholt halte. Ich möchte darauf hinweisen, daß meine Fraktion die Absicht des Geschäftsvorstandes so verstanden hat, zunächst diese sechs Wochen möglichst sitzungsfrei zu lassen. Sollte es aber notwendig sein, wegen dringlicher Angelegenheiten die Nationalversammlung zusammenzuberufen, dann wird der Geschäftsvorstand das selbstverständlich tun. Wir haben jedenfalls zu dem Geschäftsvorstand, in dem sämtliche Fraktionen vertreten sind, das Vertrauen, daß er unter keinen Umständen darein willigen wird, eine Verzögerung in der Erledigung wichtiger Aufgaben der Nationalversammlung eintreten zu lassen. Was nun die Tätigkeit der Kommissionen betrifft, so werden diese Kommissionen teilweise in den Ferien weiter tagen und während dieser Zeit ihre Vorbereitungen so treffen, daß nach dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung eine Reihe wichtiger Vorlagen verabschiedet werden kann. Es liegt also absolut keine Veranlassung vor, aus dieser Absicht des Geschäftsvorstandes hier eine große Staatsaktion zu machen. Ich

möchte also bitten, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Waigand (M.S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Herr Dr. Künzler glaubt, daß alle anderen, die keine großen Ferienreisen unternehmen können, nicht auch das Bedürfnis hätten, einige Wochen einmal keine Parlamentsitzungen zu haben, so täuscht er sich. Auch diejenigen, die in Kommissionen und Deputationen sitzen, haben das Bedürfnis, eine Zeitlang einmal von der Staatsarbeit entbunden zu sein, und das sollte man allen Leuten gönnen. Wenn Herr Dr. Künzler darauf hinweist, daß die Verfassungsarbeiten Schaden leiden würden, so weiß doch Herr Dr. Künzler, daß diese Frage in der Verfassungsdeputation erst besprochen werden muß und daß wir erst die Reichsverfassung vor uns haben müssen, um dann die bremische Verfassung entsprechend zu gestalten. Ich glaube nicht, daß dann diese Arbeiten zu lange dauern werden, insbesondere, wenn die Unabhängigen sich besinnen und auch wieder in den Kommissionen und Deputationen mitarbeiten. (Dr. Künzler: Machen wir!) Die Ausschaltung der Ferien ist nicht richtig, und ich weiß nicht, wer in der unabhängigen Fraktion diese Anregung gegeben hat. Herr Dr. Künzler ist das Opfer und muß es bloß vortragen. Ich glaube nicht, daß bei ruhiger Ueberlegung darin eine Schädigung des Staates und der Allgemeinheit gesehen werden kann. (Linda u.: Die allgemeine politische Lage!) Die allgemeine politische Lage ist nicht so, daß wir hier in der Bremischen Nationalversammlung sie zu entscheiden haben. Ich möchte Sie deshalb bitten, ziehen Sie den Widerstand zurück und lassen Sie uns Ferien machen, zumal der Herr Präsident gesagt hat, sobald dringende Staatsgeschäfte zu erledigen sind, wenn die Verfassung ausgearbeitet werden sollte, so wird die Nationalversammlung sich damit beschäftigen können.

Dr. Künzler (zur Geschäftsordnung): Ich habe mit Beziehung auf meine beiden Vorredner, daß der Geschäftsvorstand in der Lage ist und sich vorbehalten wird, daß keine dringlichen Angelegenheiten über die Ferien hinaus anstehen bleiben, zu wiederholen, daß mit der Feriensitzung dem Interesse, das wir geltend machen wollen, durchaus nicht entsprochen wird. In der Feriensitzung werden eben die unaufschiebbaren Angelegenheiten der laufenden Verwaltung, insbesondere der notwendige Verkauf eines Grundstückes, den der Herr Präsident erwähnt haben, erledigt. Wir sind der Meinung, daß die erste Aufgabe der Nationalversammlung nicht die Erledigung der laufenden Geschäfte ist, sie ist die Stelle, die berufen ist, den alten Zustand in die neue Form endlich überzuführen. Darauf warten die Kreise, die wir vertreten, vergebens, hier so vergebens, wie sie im Reiche darauf warten. Das ist der Unterschied, der uns in allem von den übrigen Parteien, allen Parteien, wie ich nach der Auffassung, die bei Herrn Waigand zum Ausdruck gekommen ist, an-

nehmen muß, trennt. Sie sehen den Unterschied zwischen der alten und der neuen Zeit nicht so wie wir. Wir wollen eben die Ueberführung der staatlichen und wirtschaftlichen Zustände endlich in die neue Form und wir können nicht einsehen, daß eine Ruhepause, die, wie ich gesagt habe, wir gerne jedem als Privatsache gönnen, zu einer Unterbrechung dieser dringenden Geschäfte führt. Wenn dann Herr Waigand glaubt bemerken zu müssen, daß ich persönlich das Opfer meiner Fraktion sei, so kann ich erwidern, daß ich in diesem Falle wie in allen anderen, möchte ich sagen, vielleicht nicht in allen — Ausnahmen gibt es immer — in diesem jedenfalls nicht nur voll mit meiner Fraktion einverstanden bin, sondern es selbst gewesen bin, der die Anregung gegeben hat.

Herr (U. S., zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Mein Fraktionsgenosse Künstler hat bereits ausgeführt, wodurch er bestimmt worden ist, dies vorzuschlagen. Ich möchte aber nun ganz speziell unseren ehemaligen Genossen Waigand bitten, wenn wir diese Sitzung sachgemäß durchführen wollen, daß er es sich nun endlich etwas abgewöhnt, derartige persönliche Angriffe gegen uns zu machen. (Stimme des Präsidenten.) Wir können, meine Herren . . .

Präsident: Ich bitte auf mein Glockenzeichen zu achten. Wenn ein persönlicher Angriff gegen irgendeinen Herrn der U. S. vorgelegt hätte, würde ich es moniert haben. Im übrigen glaube ich, die Sache ist am einfachsten die, ich frage die Versammlung, ob sie damit einverstanden ist, daß wegen der künftigen Geschäfte während der nächsten paar Monate so verfahren wird, wie es vom Geschäftsvorstand beabsichtigt ist. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, sich zu erheben. (Geschlecht.) Das ist angenommen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Gegenstand der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 13. Mai 1919.

Budget für das Rechnungsjahr 1919.

Dazu a) Mitteilung des Senats vom 20. Mai 1919.

2. Nachtragsbericht zum Budget des Amts Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69.

b) Mitteilung des Senats vom 4. Juli 1919. Nachtrag zum Budget der Staatsanwaltschaft.

c) Mitteilung des Senats vom 6. Juni 1919. Nachtragsbericht der Polizeidirektion zum Budget für das Rechnungsjahr 1919, Spezial-Budget für 1919 Nr. 124, Seite 189 B 1 I.

d) Mitteilung des Senats vom 10. Juni 1919. 3. Nachtragsbericht zum Haushaltsplan des Jugendamts für das Rechnungsjahr 1919.

e) Mitteilung des Senats vom 13. Juni 1919.

3. Ruhegehalts- bzw. Jahrgeldsberechtigung der Fürsorgerinnen und der Laborantin bei der Polizeidirektion.

f) Mitteilung des Senats vom 17. Juni 1919.

2. Nachtrag zum Budget des Amts Bremerhaven, Spezialbudget Nr. 69.

g) Mitteilung des Senats vom 24. Juni 1919.

1. Nachtrag zum Budget des Untersuchungsgefängnisses.

h) Mitteilung des Senats vom 1. Juli 1919.

2. Zweiter Nachtrag zum Budget der Strafanstalt.

i) Mitteilung des Senats vom 18. Juli 1919.

Nachtragsbericht zum Budget der Feuerwehr, Spezialbudget Nr. 66, für 1919.

Senatskommissar: Senator Dr. Donandt.

Berichterstatler der Budgetkommission: Horman.

Horman (für die Budgetkommission): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahre eine sehr schwere Aufgabe zu erledigen, das Budget zu balancieren mit mehr als 82 000 000 M. Ein derartiges Budget ist bisher der Nationalversammlung resp. der alten Bürgerschaft noch nicht vorgelegt worden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß 15 000 000 M. darin enthalten sind, die für Feuerungszulagen verausgabt werden sollen, die früher auf den Fonds der Kriegsdeputation genommen sind, bleibt ein so erheblicher Betrag übrig, daß damit auch noch die Vorjahre erheblich überschritten werden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich noch einige Bemerkungen zum Budget mache, so geschieht es vom Standpunkt der Budgetkommission aus, und da darf ich zunächst einige Aeußerlichkeiten erwähnen. Erstens möchte ich der Finanzdeputation anheimgeben, zu prüfen, ob es notwendig ist, daß in Zukunft der Name eines jeden einzelnen Beamten und Angestellten im Budget aufgeführt wird. Ich glaube, daß die meisten sehr wenig Interesse daran haben, bei jedem einzelnen Beamten nachsehen zu können, welches Gehalt er bezieht. Wir sollten zufrieden sein, wenn bei den einzelnen Positionen zu lesen wäre, daß soviel Kanzlisten, Kanzleigehülfen, Schreiber oder wie die Beamten sonst heißen, angestellt sind. Man hätte dann sehr viel mehr Uebersicht und könnte in jedem Jahre gleich sehen, ob und wieviel Beamte im Jahr neu angefordert werden. Ein zweites möchte ich namens der Budget-Kommission bemerken, das betrifft die Begleitberichte. Die Art der Berichte, die jetzt zum Budget geliefert werden, ist sehr unübersichtlich, erschwert außerordentlich das Studium des Budgets. Ich möchte darum bitten, daß die Be-

gleitberichte — wie es schon lange in allen großen Parlamenten geschieht — in Form von Fußnoten oder Randbemerkungen gegeben werden. Manche Behörden haben von dieser Art der Begründung bereits einen ausgiebigen Gebrauch gemacht, und jedem, der das Budget zu bearbeiten hatte, dem wird diese Art der Begründung besser gefallen haben als ein langatmiger Begleitbericht, der ja manchmal leider nicht zu entbehren ist, besonders, wenn es sich um größere Forderungen handelt. Ich glaube aber, daß die Bearbeitung des Budgets eine angenehmere für die Nationalversammlung ist, wenn unserer Anregung gemäß verfahren würde. Eine dritte Anregung bezieht sich auf die Forderung beim Hochbau. Da sind immer einzelne Dinge ausgeworfen, die von der Budgetkommission nachgeprüft werden müssen. Wenn Sie diese Summen vergleichen, die erforderlich sind für diese einzelnen baulichen Veränderungen, mit den Summen, die allgemein für eine ganze Reihe von Bauten, für laufende Reparaturen eingestellt werden, dann müssen Sie sich sagen, daß diese kleinen baulichen Veränderungen immerhin ein Geringes betragen gegenüber den größeren Posten. Darum würde ich der Nationalversammlung empfehlen, doch darauf zu dringen, daß in Zukunft der Hochbauverwaltung ganz einfach eine Pauschale zur Verfügung gestellt wird, die in der Baudeputation festgesetzt werden könnte nach dem Bauwert der einzelnen Gebäude. Machen wir es doch bei unseren eigenen Häusern ebenso. Wir rechnen mit einer Pauschale, die vielleicht im Jahre verwendet wird, manchmal nicht, manchmal auch überschritten wird. So müßte sich dann die Hochbauverwaltung mit der ihr zur Verfügung gestellten Summe einrichten und würde es als guter Hausvater auch können und tun. Ich glaube, daß dieses eine ganz wesentliche Vereinfachung auch unseres Budgets und der Budgetberatungen sein würde.

Weiter, was uns in der Budgetkommission sehr oft beschäftigt hat, das sind die Schreibergehälter. Die Budgetkommission ist einstimmig der Meinung gewesen, daß die Schreibergehälter vielfach durchaus unzulänglich sind. Wenn aus den Reihen des bremischen Bureaubeamten-Vereins Eingaben an die einzelnen Fraktionen, an die Beamtenkommission der Nationalversammlung und an die Budgetkommission gekommen sind, so geben wir als Budgetkommission von vornherein zu, daß diese Eingaben in gewisser Beziehung begründet sind, mögen sie hier und da auch über das Ziel hinausschießen. Es würde Sache unserer Beamtenkommission sein, die wir ja niedergelegt haben, diese Angelegenheit zu prüfen. Ich will nicht im einzelnen auf die Eingaben eingehen, sondern ich bitte um Ihre Ermächtigung, die mir übermittelten Eingaben der Beamtenkommission der Nationalversammlung zu überweisen, die demnächst darüber berichten kann und wird. Ich glaube, daß eine wesentliche Aenderung in der Normierung der Schreibergehälter insbesondere in dem Aufrücken der Schreibergehälter vorgenommen werden muß. In dieser

Beziehung waren wir in der Budgetkommission einstimmig.

Durch die Budgetberatung konnte leider nicht das Resultat erzielt werden, das wir in früheren Jahren immer mehr oder weniger erreicht haben, daß das Defizit eine Ermäßigung erfuhr. Wir hatten in dem ersten Entwurf einen Fehlbetrag von 26 600 000 M. zu verzeichnen und jetzt verbleibt immerhin noch ein Fehlbetrag von 4 815 000 M., nachdem große Summen durch neue Steuern gedeckt worden sind. Das verbleibende Defizit kann man ja gegebenenfalls unbedenklich auf die Ueberschüsse früherer Jahre anweisen, wie es in früheren Budgetberichten auch geschehen ist. Aber, meine Damen und Herren, man muß sich doch darüber klar sein, daß der Reservefonds der Ueberschüsse früherer Jahre eben auch nur buchmäßig vorhanden ist und daß er nicht etwa ein großer Spartopf ist, aus dem man nach Belieben Geld herausnehmen kann. Diese Ueberschüsse früherer Jahre, die sich auf den buchmäßigen Betrag von 20 000 000 M. angesammelt haben, sind selbstverständlich im Staatshaushalt angewandt worden. Teils ist eine Anleihe dadurch hinausgeschoben worden, teils ist dadurch verhindert, daß noch mehr Schatzscheine ausgegeben worden sind. Also, das Geld ist nicht vorhanden. Wenn wir auf den Fonds der Ueberschüsse früherer Jahre solche Beträge anweisen, so heißt es nicht mehr und nicht weniger, wir leben in diesem Punkt von Anleihen. Deshalb ist es in gewisser Beziehung bedenklich, daß ein solches Defizit auf den Reservefonds der Ueberschüsse früherer Jahre angewiesen wird. Wir haben allerdings ja die Hoffnung, daß sich die endgültige Abrechnung auch in diesem Jahre günstiger gestalten wird, als heute vorausszusehen ist. Bisher haben wir das auch in vielen Fällen erreicht, das beweist ja, daß wir einen buchmäßigen Ueberschuß von 20 000 000 M. aufspeichern konnten. Ob es auch in diesem Jahre der Fall sein wird, ist eine Frage, die wir heute nicht beantworten können.

Wir müssen uns ferner bei dieser Gelegenheit einmal klar machen, daß die außerordentlichen Einnahmen, die im Generalbudget aufgeführt sind, größtenteils in Wahrheit keine Einnahmen sind. Ich habe Ihnen das schon nachgewiesen an dem Reservefonds der Ueberschüsse früherer Jahre, und so ist es ja auch bei anderen Punkten der außerordentlichen Einnahmen. Wenn es heißt unter den vermischten Einnahmen: 1. Bankzinsen: 400 000 M., so sind das zwar Einnahmen, die wir von der Bank beziehen. Aber wofür beziehen wir sie? Wir beziehen sie von den Summen, die von den aufgenommenen Anleihen noch vorhanden und bei der Bank belegt sind. Sie können, wenn Sie den Zinsendienst unseres Spezialbudgets daneben halten, leicht erkennen, welche Summen für diese Anleihen an Zinsen aus gegeben werden müssen. Die Zinseinnahme ist nur ein lärglicher Teil dessen, was wir tatsächlich für den Zinsendienst opfern müssen. Von einer eigentlichen Einnahme kann gar nicht die Rede sein. Wenn Sie den

großen Posten Kanalbau-Fonds mit 633 000 *M* unter 7 sehen, so ist es dort ebenso. Das sind bewilligte Summen, die für den Kanalbau vorgesehen sind, aus dem wir eben das Defizit entnehmen. Das sind also alles Posten, die keine eigentlichen Einnahmen sind. Bei dem Einnahmeposten „Unterweiserkorrektur und Wehranlageausgleich“ steht es ebenso. Die tatsächlichen Einnahmen haben das Ziel nicht erreicht, was sie erreichen müssen. Die Schiffsabgabe bleibt weit hinter dem zurück, was sie erbringen sollte, und das Minus muß gedeckt werden aus dem Separatfonds für außerordentliche Verwendungen, also aus Anleihen. Ich muß darum bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, namentlich wegen der neuen Zusammensetzung der Nationalversammlung, daß nicht der Irrtum aufkommen darf, als ob wir es hier mit hohen Einnahmen zu tun hätten. Die haben wir nicht, sondern es sind Anleihebeträge, mit denen wir unser ordentliches Budget balancieren müssen.

Meine Damen und Herren! Nun haben wir die neuen Steuern bekommen. 25 Millionen reichlich sollen dabei herauskommen. Wir bringen unsere Einkommensteuer von 17 auf vielleicht 37 Millionen, die Vermögenssteuer von 1,2 auf 5 Millionen. Wir werden für die Wertzuwachssteuer statt 70 000 *M* 140 000 *M* ins Budget einstellen können. Und daneben haben wir die kleineren Steuererhöhungen, die aber nicht weiter ins Gewicht fallen. Nun wissen Sie, meine Damen und Herren, daß wir Gefahr laufen, das Rückgrat unseres Steuerwesens, unseres ganzen Budgets mehr oder weniger zu verlieren. Die Reichseinkommensteuer scheint doch zur Tatsache werden zu sollen und ebenso die Reichsvermögenssteuer. Daß dann Bremen sich vielleicht nur mit Zuschlägen zu diesen Steuern behelfen soll, ist für unsere Finanzgebarung außerordentlich schlimm. Werden wir unser Budget balancieren können, wenn die Reichseinkommensteuer und die Reichserbschaftsteuer unsere Steuerquellen verstopfen? Meine Damen und Herren! Die Reichseinkommensteuer wird wahrscheinlich ganz gleichmäßig für das Reich gestaffelt werden, und Bremen würde dann vielleicht einen Zuschlag erheben oder einen Anteil erhalten. Wir haben bisher die Einkommensteuer für Bremen individualisieren können, d. h. für unsern Gebrauch einrichten, auf Bremer Verhältnisse zuschneiden können. Wir haben uns zwar, was die Erträge betrifft, für die Berechnung der einzelnen Steuerstufen mehr oder weniger nach Preußen und Hamburg richten müssen. In Zukunft wird uns das außerordentlich erschwert werden. Die Grundlage wird für alle Staaten und Gemeinwesen in Deutschland eine und dieselbe sein, und es wird außerordentlich schwer sein, die Zuschläge so zu gestalten, daß nicht eine Steuerflucht eintritt. Wir werden bei dem großen Steuerbedarf unseres Staatswesens diese Zuschläge vielleicht nach Hunderten von Prozenten berechnen müssen. Da ist gar nicht abzusehen, wie der Steuer-

flucht, die ja innerhalb Deutschlands immer zulässig bleibt, gesteuert werden soll. Wir haben schon bei früheren Gelegenheiten gesehen, wo es sich um Zahlungen von erheblichen Einkommensteuersummen für veräußerte Grundstücke handelte, daß da die Verpflichteten einfach ihr Domizil wechselten und über die nahe preußische oder oldenburgische Grenze gingen. In Zukunft ist das noch mehr zu befürchten, wenn wir die Steuerschraube zu sehr anziehen, wenn wir höhere Zuschläge erheben müssen als die Gemeinwesen in unserer Umgebung. Ein solches Verhalten der Steuerzahler haben wir von jeher verurteilt und verurteilen es auch heute, aber wenn uns die Millionen entweichen, dann verlieren wir die Steuerkraft, und das ist außerordentlich bedauerlich. Unser Steuerwesen, meine Damen und Herren, hat bisher immer noch steigende Erträge abgeworfen, und wir konnten von einem zum andern Jahre damit rechnen, daß wir vermehrte Einnahmen erzielen würden. Wie das bei dieser Neugestaltung werden wird, das ist mir sehr fraglich, und es wäre dringend zu empfehlen, die Posten unseres Generalbudgets einmal daraufhin durchzugehen, welche Positionen erheblich gesteigert werden können. Den einen eventuellen Ausfall — in Folge der Reichseinkommensteuer — haben wir wieder wettzumachen. Wir müssen danach trachten, daß wir für unser bremisches Gemeinwesen steigende dauernde Einnahmequellen haben. Ich habe die Hoffnung, daß eine Aenderung unserer Bodenpolitik erhebliche Beträge auch für unser Staatswesen abwerfen wird; daß die Nationalversammlung bereit sein wird, auf diesem Gebiet organische Aenderungen vorzunehmen, hege ich die bestimmte Erwartung. Ich glaube, daß eine bodenreformrische Bearbeitung unseres Steuerwesens doch dazu führen kann, daß wir neue Steuerquellen erschließen. Ich will auf die Sache hier nicht weiter eingehen, hoffe aber, daß sie uns in absehbarer Zeit, in wenigen Wochen oder Monaten, näher beschäftigen wird. Eines aber muß ich schon heute die Nationalversammlung bitten, und das ist auch die einstimmige Meinung der Budgetkommission, daß keine weitreichenden finanziellen Beschlüsse gefaßt werden, ohne daß die zuständigen Stellen — Finanzdeputation und Steuerdeputation — vorab um ihr Urteil gebeten werden, daß wir hier in der Nationalversammlung aus unserm guten Herzen heraus keine weitreichenden Beschlüsse fassen, die ja vielleicht im großen Publikum Anklang finden, ohne zu wissen, wie sich nachher die Finanzierung stellt. Das können wir hier in diesem Gremium nicht absehen, darüber ist der Rat der Sachverständigen einzuholen, und ich bitte, diesen Rat schon vorab einzuholen, ehe wir Hoffnungen erweckt haben, die der Staat zu erfüllen nicht in der Lage ist. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß dies immer wieder der Nationalversammlung gesagt wird, nicht aus dem Grunde, weil leichtsinnige Beschlüsse gefaßt würden, sondern, meine Damen und Herren, weil das gute Herz

manchmal mit dem Kopfe durchgeht. Das geht mehr oder weniger allen sozialpolitisch denkenden Menschen so. Und deshalb ist es nötig, daß auch darauf hingewiesen wird, daß Finanzdeputation und Steuerdeputation diejenigen Organisationen in unserem Staatswesen sind, die über die Finanzgebarung zu wachen haben, und die uns darüber Vorschläge zu machen oder Ratschläge zu erteilen haben. Und diese Ratschläge sollten wir wirklich nicht außer Acht lassen. Wenn ich bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam mache, daß die Neuordnung in unserm Schulwesen uns mehr als 400 000 M gekostet hat, die auch wieder anderweitig aufgebracht werden müssen, so liegt das ja im Zuge der Zeit und hat auch seine volle Berechtigung. Ich habe diese Sache schon vor 18 Jahren hier in der Bürgerschaft vertreten. Aber wir sollten uns hüten, meine Damen und Herren, die Sache im Sturmschritt weiterzuführen, wir sollten nur Schritt für Schritt weitergehen und immer unser Augenmerk darauf richten, wie der Ausfall an Einnahmen gedeckt werden kann durch Erschließung neuer oder durch schärfere Erfassung der alten Steuerquellen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß es nicht nur unsere Aufgabe ist, Einnahmen und Ausgaben zu balancieren, sondern daß wir auch die Aufgabe haben, die Schuldentilgung in einer Weise vorzunehmen, daß wir vor unseren Staatsgläubigern bestehen können. Wir haben nun ja für unsere Schuldentilgung 3 045 000 M aufgeführt, das ist kaum 1 Prozent unserer gesamten Staatsschuld. Nach dem Tilgungsplan von 1905 sind auch die Tilgungsquoten für unsere werbenden Anlagen und öffentlichen Gebäude (Gerichtsgebäude, Polizeigebäude usw.) eingestellt, die wir nicht aus dem laufenden Haushalt bezahlen konnten, sondern auf Anleihe übernehmen mußten. Die Bausummen sind von Jahr zu Jahr durch feste Quoten getilgt worden, so daß wir hinter anderen Staaten und Städten keineswegs zurückstehen. Aber wir müssen uns darüber klar werden, daß die Anforderungen, die mit der heutigen Neuordnung zu erwarten sind, sehr hohe sein werden, und daß es deshalb außerordentlich schwer sein wird, den Schuldendienst, wie ich es nennen will, in der bisherigen Weise aufrechtzuerhalten oder gar über das, was wir an Schuldentilgung bisher schon geleistet haben, noch hinauszugehen. Es ist aber auch ganz klar, daß wir einen erheblichen Teil von dem, was neu geschaffen werden muß, auf die Schultern der gegenwärtigen Generation nehmen müssen, daß wir nicht, soweit es nicht absolut erforderlich ist, alles auf unsere Nachfahren abwälzen dürfen. Was wir aus eigener Kraft jetzt leisten können, das muß geleistet werden. Infolgedessen ist es auch durchaus notwendig, daß wir bei allen unseren Beschlüssen uns darüber klar werden, wie wir unseren Verbindlichkeiten nachkommen können.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß auch die Sozialisierungsbestre-

bungen nur mit aller Vorsicht zu fördern sein werden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Einnahmen, die der Staat heute aus gewissen Steuerquellen hat, nicht dadurch beschränkt werden dürfen, daß man nun sozialisierend vorgeht. Wenn ich bei dieser Gelegenheit an die Straßenbahn denke, die ja als Sozialisierungsobjekt sehr beliebt war und dafür auch in erster Linie in Frage kommt, dann ist dabei doch zu bemerken und zu erwägen, ob große Summen, die wir alljährlich aus der Straßenbahn als sichere Einnahme erzielen, auch erzielt werden können, wenn die Sozialisierung vorgenommen wird. Das ist aber nur eine von den vielen Fragen. Es muß sich zeigen, ob nach Erlass eines Reichssozialisierungsgesetzes, das wir bisher noch nicht haben, andere Maßnahmen für die Sozialisierung in Frage kommen als heute. Nach der heutigen gesellschaftlichen Lage würde jedenfalls die Sache eine derartige Erledigung finden, daß der Staat mit einem großen Defizit aus der Sache herauskommen würde. Also, wenn keine Mehrerträge zu erzielen sind, dann sollte man mit den Sozialisierungsfragen außerordentlich vorsichtig zu Werke gehen. Es sollte sich auch jedes Mitglied der Nationalversammlung, jedes, der Verantwortung dem Ganzen gegenüber bewußt sein. Und diese Verantwortung für unsere steuerliche Zukunft sollte man auch in die breiten Massen hinein tragen. Was uns entgegengebracht wird von unserer Bevölkerung, das sind meist Forderungen an den großen Vater Staat. Der soll alles leisten, und die Fordernden wissen nicht, daß sie doch schließlich der Staat selbst sind, und machen sich nicht klar, daß die Mittel für solche Forderungen auch aufgebracht werden müssen, daß es den Männern, die an der Spitze der Finanzverwaltung stehen, schweres Kopfzerbrechen und schlaflose Nächte macht, wie diese Mittel aufgebracht werden sollen. (Zurufe.) Sie werden sich doch selbst sagen müssen, daß es keine leichte Sache ist, bei der unsicheren steuerlichen Zukunft und bei den ganzen gegenwärtigen Verhältnissen noch die Gewähr zu übernehmen für die Bilanzierung unserer Einnahmen und Ausgaben. Wenn Sie die wirtschaftliche Lage in Betracht ziehen, in der sich unsere Vaterstadt heute befindet, wo Handel, Wandel und Industrie darniederliegen, wo die großen Einnahmen, die wir gehabt haben, in den Häfen in Wegfall gekommen sind... (Linda u.: Das ist Ihre Schuld.) Lieber Herr, darüber dürfen Sie sich kein Urteil erlauben; ich streite Ihnen das Verständnis dafür glatt ab! Meine Damen und Herren! Wenn wir nicht durch angespannte Arbeit die Industrie, Handel und Wandel und Schifffahrt wieder in die Höhe bringen, daß diese Steuerquelle wieder fließt wie vordem, die das Rückgrat unserer Finanzgebarung gebildet hat — es sieht um unsere wirtschaftliche Zukunft in Bremen zur Zeit schlimm aus —, dann wird es auch schwer sein, in Zukunft all den Forderungen gerecht zu werden, die an den Staat gestellt werden müssen. Ich darf also nochmals bitten, nicht nur sich selbst der vollen Verantwortung bewußt zu sein

dem Ganzen gegenüber, sondern vor allen Dingen dieses Verantwortungsgefühl in die breiten Massen unserer Bevölkerung hineinzutragen. (Lebh. Beifall.)

Waigand (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das uns vorliegende Friedensbudget, das erste nach dem Kriege, zeigt, wie schon der Berichterstatte der Budgetkommission ausgeführt hat, große finanzielle Schwierigkeiten. Als ich im vorigen Jahre zum Budget sprach, habe ich die Steuer-, die Ernährungs- und die Wahlrechtsfrage in den Mittelpunkt meiner Ausführungen gestellt. Die Steuer- und Ernährungsfrage ist auch heute von außerordentlicher Bedeutung, während die Wahlrechtsfrage durch die Revolution glücklicherweise erledigt ist. Die Finanzlage im bremischen Staat erfordert jährlich nahezu 20 000 000 M. Zinsen. Wenn wir die nahezu 1½ Milliarden Staatsschulden betrachten, so muß ich doch darauf zurückkommen, was ich im vorigen Jahr sagte, daß man in Bremen leicht Schulden gemacht hat und daß man früher schon dafür hätte sorgen müssen, daß die Einnahmen des Staates größer gewesen wären. Man hätte nicht soviel Schulden machen dürfen. Ich will darauf hinweisen, daß man in England — dieser Vorwurf trifft nicht allein Bremen, sondern er trifft das Reich und alle deutschen Regierungen, die Schulden machten, anstatt die Besitzenden zur rechten Zeit zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen — die Einkommensteuer, Vermögens- und Erbschaftsteuer so gesteigert hat, daß in England meinem Erinnern nach fast die ganzen Kriegsausgaben dadurch gedeckt wurden. In Deutschland hat man das nicht getan, und so muß auch Bremen unter diesem Zustande jetzt leiden. Ich erinnere nur daran, als unser Finanzminister, Herr Senator Donandt, im Jahre 1915 einen Vorschlag machte, die Kriegsgewinne zu versteuern, daß es die Handelskammer gewesen ist, die sich dagegen wehrte. Die Herren dachten dazumal, daß sie mit den Kriegsgewinnen „durch die Latten“ gehen und nicht zur Steuer herangezogen werden könnten. Wenn ich auch weiter darauf hinweise — Herr Hormann hat auch schon darauf hingewiesen —, daß wir auch wie im vorigen Jahre schon immer Schuldentilgungen vorgenommen haben, so muß in der Zukunft noch mehr für die Schuldentilgung gesorgt, vor allen Dingen darauf hingearbeitet werden, daß keine Erhöhung der Schuldenlast eintritt, daß man auch in Zukunft bei der Ausgabe gleich für die Deckung sorgen muß. In dem letzten Budget ist in den Erläuterungen, Senatsmitteilungen vom 13. Mai, auf Seite 29, nachdem auf die inzwischen begonnene Steigerung der vorjährigen Zuschläge zur Einkommensteuer und Vermögensabgabe hingewiesen ist, gesagt:

„Wie aber in den kommenden Jahren, in denen mit einem starken Sinken der Einkommensteuer und gleichzeitig mit scharfen Eingriffen des Reichs die bremi-

schen Steuerquellen gerechnet werden muß, die voraussichtlich dauernd wachsende Finanzlast bewältigt werden soll, ist eine Frage von schwerwiegender Bedeutung. Wenn es nicht bald gelingt, in straffer Arbeit das zerstörte Wirtschaftsleben wieder aufzubauen, wird sich auch für Bremen eine Finanzlage ergeben, deren nachteilige Folgen sich in allen Bevölkerungsschichten und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens fühlbar machen werden.“

(Auf der Straße zieht Militär mit Musik vorbei, wodurch bei den Unabhängigen Unruhe entsteht. — Ruf D r e t t m a n n: Demonstration. Das kostet unser Geld!)

Waigand (fortfahrend): Ich war mein Lebenseinziges Gegner von Musik. — Wenn in dieser Vorlage gesagt ist, daß im kommenden Jahr Bremen bezüglich seiner Einnahmen stark geschmälert wird, so will ich das nicht bestreiten, aber ich habe im Vorjahre darauf hingewiesen, daß das Klassenparlament bezüglich der Bewilligungen nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt habe. Und da hat mir der Senatskommissar, Herr Senator Donandt, eine Reihe von Steuern vorgeführt, die das Klassenparlament bewilligt habe, um zu beweisen, daß man in Bremen bezüglich der Steuern sehr freigebig gewesen sei. Ich bin der festen Überzeugung, daß der Senatskommissar mir heute zustimmen wird, daß die Vorlagen, bezüglich der Einkommen- und Vermögenssteuer, die wir kürzlich verabschiedet haben, doch viel glatter durchgegangen sind, als wenn man sie unter den früheren Verhältnissen eingebracht hätte. Es ist also ein Beweis dafür, daß das frühere Klassenparlament Vertreter in die Bürgerschaft schickte, die nicht dem entsprachen, was die steuerkräftigen Bürger wollten, denn auch heute haben wir steuerkräftige Bürger hier sitzen, die alle freudig das Steuergesetz bewilligt haben. (Lachen.) Also ein Erfolg des allgemeinen Wahlrechts ist es, daß Bürger hierher gekommen sind, steuerkräftige Bürger, die ein besseres Verständnis für die Allgemeinheit haben, als die, die früher in das Klassenparlament hineingewählt wurden. Somit hat der bremische Finanzminister für die Zukunft ein viel besseres Arbeiten, denn er hat eine ganz andere Versammlung vor sich, die die Steuern bewilligt. Wir haben es ja und wir haben es immer gern. Besonders von Bremen kann man sagen, daß es viele Millionäre und zahlreiche reiche Leute hat, die geradezu danach lechzen, für das Vaterland ihren Tribut zu zahlen. Wenn wir uns das diesjährige Budget betrachten, so sehen wir, daß, da die Einnahmen 55½ Millionen und die Ausgaben 82¼ Millionen betragen, ein Defizit von nahezu 27 Millionen entstand, das die Budgetkommission auf ungefähr 30 Millionen hinaufgebracht hat. Dieses Defizit wird, wie Herr Hormann schon sagte, durch die schon bewilligten Steuern nahezu gedeckt. Wir hoffen, daß die Steuern, die bewilligt sind, dafür ausreichen. Herr

Hormann wies darauf hin, wie es auch im Exposé der Finanzdeputation geschehen ist, daß das Reich uns die Einkommensteuer wegnehmen könne. Wir für unsern Teil sind Freunde der Reichs-Einkommensteuer. Wir hoffen, daß die Steuerflucht von Bremen nach Oldenburg und Preußen aufhören wird durch die gleichmäßige Besteuerung im ganzen Reich. Wenn man auch in den Städten die Möglichkeit haben wird, die Vermögen stärker heranzuziehen, so hoffen wir doch, daß das Reich genügend Einnahmen erhalten wird, von denen dann auch Bremen einen entsprechenden Anteil bekommen wird. Wir sind nämlich der Meinung, daß wir durch die Reichseinkommensteuer mit dem Reich noch enger alliiert werden, namentlich bezüglich der Finanzen. Man sollte doch hoffen, daß das Reich uns die Häfen mit ihren großen Lasten und Schulden abnehmen würde, daß nicht mehr ein kleines Staatswesen wie Bremen Häfen für das ganze Reich aufrechtzuerhalten hat und die Kosten decken muß, sondern daß das Sache des Reiches wird. Leider haben wir ja den Einheitsstaat in Deutschland nicht erreicht, leider ist der Partikularismus so stark gewesen, daß wir noch die verschiedenen Vaterländer haben. Die Städte, wie Hamburg, Bremen und Lübeck usw. müssen unter diesem Partikularismus leiden. Wir hoffen aber für die Zukunft, daß Deutschland endlich einmal ein Einheitsstaat werden wird. Wenn ich weiter darauf hinweise, daß die außerordentlichen und die ordentlichen Einnahmen nicht einmal die Zinsenlast decken können, daß wir nur 17½ Millionen Einkommensteuer haben, daß wir weiterhin feststellen können, daß die gesamten direkten Steuern nur 26½ Millionen — ohne die Zuschläge — betragen, so ist es selbstverständlich, daß wir nach weiteren Steuern Ausschau halten müssen. Wir haben den Beamten als Entschuldigungsvergütung eine große Summe bewilligt, und wir wissen noch nicht, wie die Zeitläufte sind, ob wir nicht noch anderen als den Beamten, ob wir nicht auch noch den Staatsarbeitern gegenüber Entgegenkommen zeigen müssen, so daß also die Ausgaben ganz entschieden wachsen werden. Wir hoffen, daß der durch die Maßnahmen der Reichsregierung eintretenden Verbilligung der Lebensmittel auch ein Sinken der Ausgaben in der Familie folgen wird, und dadurch auch die Ausgaben für den Staat vermindert werden können. Aber sicher sind wir darin absolut nicht. Wir müssen hoffen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb des Reiches sich so gestalten werden, daß eine ganz bedeutende Vermehrung der Steuern erfolgen kann.

Herr Hormann hat gesagt, daß Bremen als See- und Handelsstadt, trotz der schwierigen Verhältnisse, trotz seiner geographisch ungünstigen Lage, in der Welt einen guten Namen hat. Die bremischen Handelsschiffe, als die des Norddeutschen Lloyd, Argo, Neptun etc. haben die Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt aufrechterhalten können. Und es ist deshalb verwunderlich, daß in einer Handelsstadt wie Bremen, wo doch die Internationale vorherrscht, eine Stimmung auf-

tauchen konnte, wie sie während des Krieges in Bremen gewesen ist. (Sehr gut!) Wir können jetzt lesen, daß man die Revolution verantwortlich machen will für die Nöte der Zeit. Die ganz schlauen Zeitungsschreiber kommen hinzu und sagen: Der zu frühe Ausbruch der Revolution hätte verhindert, daß ein geordneter Zustand hätte eintreten können. Wie ich vorhin sagte, muß man sich wundern, daß in Bremen ein Zustand eintrat, wie wir ihn während des Krieges hatten. Wenn es gerade die bremische Kaufmannschaft gewesen ist, die durch Telegramme über Telegramme an die Reichsregierung und an die Parteien, die eine Verständigung mit den kämpfenden Mächten suchten, diese Verständigung zu hintertreiben bestrebt war, so muß man das große Unglück, das uns in Bremen und in Deutschland betroffen hat, den Herren zu einem guten Teil zuschieben. Wenn jedoch die Herren glauben, sie könnten die Nöte der Zeit der Revolution zuschieben, so sprechen sie damit entweder bewußt die Unwahrheit aus oder sie sind wirklich solche politische Esel, daß sie das nicht unterscheiden können. (Sehr gut!) Vor zwei Jahren bereits habe ich in diesem Hause darauf hingewiesen, welche ungeheuren Schwierigkeiten für den bremischen Kaufmann, wie für den deutschen Kaufmann entstehen müßten, selbst wenn wir als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen sollten. Der deutsche Kaufmann würde doch bestrebt sein, mit den unterjochten Völkern Geschäfte zu machen. Freiwillig würden aber diese unterjochten Völker nicht mit dem deutschen in Verbindung treten. Aber die ganze schlaue Politik der Handelskammer hat nicht die erhofften Früchte gebracht. Sie glaubten, Ihr vorzüglicher Geschäftsreisender Ludenthorff würde Ihnen die Aufträge schon bringen. Aber Sie haben sich getäuscht, meine Herren, und Sie müssen deshalb auch die volle Verantwortung tragen und müssen heute in der veränderten Situation sich dafür einsetzen, daß das Volk, das ungeheuer gelitten hat, wieder zu seinem Rechte kommt. Wenn der bremische Kaufmann wieder Geschäfte machen soll, so ist es selbstverständlich, daß dazu Arbeit gehört, und zwar die Arbeit aller. Und wir sind auch überzeugt, daß die Kaufmannschaft bestrebt ist, in diesem Sinne zu wirken. (Zurufe.) Meine Damen und Herren! Rufen Sie nicht dazwischen Hansa-Lloyd-Werke oder andere Werke. Bedenken Sie nur einen Augenblick, in welchem Zustande bis vor Ausbruch der Revolution die Arbeiterchaft sich befunden hat. (Sehr gut!) Der Belagerungszustand, der Zwang des Roten Scheins benahmen dem Arbeiter jedes Recht. Er konnte seine wirtschaftlichen Forderungen nicht durchsetzen. Trotz der hohen Gewinne, die die Kriegsindustrie machte, wurde der Arbeiter hintan gesetzt. Nur durch übermäßig lange Arbeitszeit war er imstande, für sich und seine Familie zu sorgen. Rücksichtslos hat man die weibliche Arbeitskraft ausgenutzt. Wenn also ein Zustand in der Bevölkerung besteht, der bedauerlich ist, der eine gewisse Unlust zeigt, so sind die Verhältnisse des Krieges daran schuld. Und

das kapitalistische System, die kapitalistische Ausbeutung hat zur Folge, daß die Arbeiterschaft heute nur einen einzigen Willen hat, nämlich dieses System zu beseitigen, an die Stelle der kapitalistischen Ausbeutung die sozialistische Gesellschaft zu setzen. Wenn wir heute erkennen, daß das nicht so leicht ist, wenn wir auch schon vor dem Kriege immer gesagt haben, daß die sozialistische Gesellschaft sich nicht von heute auf morgen durchführen lasse, so müssen Sie aber doch zugeben, daß die außerordentlichen Bedrückungen die Arbeiter zu dem verzweifeltsten Glauben getrieben haben, daß sie in der Lage seien, mit diesem System aufzuräumen. Meine Damen und Herren! Daß nicht nur jetzt die Bedrückungen der Arbeiterschaft schwer sind und nicht nur während des Krieges schwer gewesen sind, will ich Ihnen an einem Artikel nachweisen, den ich mir mit der Erlaubnis des Herrn Präsidenten vorzulesen gestatte. Schon vor dem Kriege war die Arbeiterschaft bedrückt, schon vor dem Kriege hat man nicht versucht, den berechtigten Anforderungen der Arbeiter nachzukommen. In der „Ständeordnung“, einer katholischen Halbmonatsschrift, die in Koblenz erscheint, heißt es in einem Flugblatt wie folgt:

„Nach der Statistik des „Kgl. Preuß. Statistischen Landesamtes“ beträgt das Einkommen der Hälfte aller selbständigen Einzelpersonen einschl. Familienväter in Preußen nur zirka 1000 M pro Jahr und bei vielen noch weniger. Vier Fünftel bleiben unter dem unspädbaren Existenzminimum von 1500 M und nur 5 von 100 Steuerzahlern kommen auf 3000 M. Drei Viertel aller Familienväter (Angestellte und Arbeiter) sind auf 8- oder 14tägige, höchstens 6wöchentliche Kündigung angestellt und können jede Woche für sich und ihre ganzen Familien existenzlos werden. Die Hälfte des Volksvermögens befindet sich in Händen von 2 Prozent der Bevölkerung. 20 Prozent der Bevölkerung besitzen fast das ganze Volksvermögen, während 80 Prozent vermögenslos sind. Ein Drittel der Bürger hat Schulden, die nie bezahlt werden ... Ein Drittel der Bürger ist zu arm zu zahlen, und selbst von den veranlagten Steuern kann ein Viertel nicht eingetrieben werden. Nach dem Bericht des „Reichsanz.“ vom 22. April 1913 rühren die Sparkasseneinlagen der Hauptsumme nach von den paar Prozent Reichen her, von denen oft ein und derselbe 10 bis 20 Sparkassenbücher hat.

Ein Drittel der Bevölkerung der Großstädte wohnt in Wohnungen von 1 oder 2 Zimmern. Fast ein Viertel der Bevölkerung stirbt an der Schwindsucht, und nach den Berichten der Schulärzte leiden drei Viertel der Volksschulkinder an Unterernährung, Skrophulose und Vernachlässigung. In den Städten kommt ein Drittel der Volksschulkinder nüchtern zur Schule und erhält mittags kein warmes Essen ... Obdachlosen Asyl, Gefängnisse, Armenhäuser sind stets überfüllt ... 50 000 Menschen sitzen stets in den

Gefängnissen. 12 000 Personen nehmen sich jährlich in Deutschland das Leben, und ebenso viele Selbstmorde figurieren in der Rubrik „Unglücksfälle“ oder „verschwunden“ ... Ungefähr 50 000 Paragraphen, eine stets steigende Zahl von Polizeibeamten und 1 000 000 Soldaten suchen die verwilderte und verarmte Menschheit in Kaison zu halten, damit sie sich nicht gegenseitig bestehlen und tötschlagen. Gegen 1200 Morde werden in Deutschland jährlich ermittelt. Vor Verzweiflung stürzt sich das Volk in Vergnügungen und Trunksucht, aber dennoch gibt es Sozialpolitiker, welche sagen: „Wir fangen an, ein reiches Volk zu werden!“ Jedes Jahr fordern sie neue Steuern und neue Soldaten mit der Begründung, der Volkswohlstand gestatte, solche Lasten leicht zu tragen.“

So sehen Sie, meine Damen und Herren, daß schon vor dem Kriege die Arbeiterschaft trotz des nominellen Reichtums Deutschlands in einer ungeheuer schwierigen Situation gewesen ist, und daß man trotzdem noch bestrebt war, der Arbeiterschaft durch neue Zwangsgeetze die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs zu nehmen. Beweis dafür ist, daß die Regierung versuchte, die Gewerkschaften für politisch zu erklären, um die Aufnahme jugendlicher Arbeiter zu verhindern, und daß man versuchte, die Organisationen der Gewerkschaften für die den Unternehmern bei den Streiks entstandenen Schäden verantwortlich zu machen. Wenn also diese Zustände herrschten, meine Damen und Herren, so können Sie es begreiflich finden, wenn wir heute die Angriffe derjenigen, die sagen, daß die Revolution, daß die Sozialdemokratie schuld an den Nöten des Landes sei, auf das entschiedenste zurückweisen und ihnen sagen, daß das System es gewesen ist, das das Volk ins Unglück gebracht hat, daß nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Verhältnisse es gewesen sind. Meine Damen und Herren! Trotz des allgemeinen gleichen Wahlrechts hat in Deutschland das Volk nichts zu sagen gehabt. Wir wissen, daß, als am 4. August die Volksvertreter zusammentraten, da der allmächtige König von Preußen und Kaiser von Deutschland den Krieg bereits erklärt hatte, ohne die Völker befragt zu haben. Wenn also unsere Reden im Reichstage ungehört verhallt sind, wenn mit dem Schicksal des Volkes Fangball gespielt worden ist, dann ist es nicht zu verwundern, daß diese Zustände durch die Revolution beseitigt, und es ist nur zu begrüßen, daß sie beseitigt worden sind. Diejenigen Zeitungsschreiber, die sagen, die Revolution wäre zu früh gekommen, sind entweder ganz schlaue Pfiffikusse, oder aber, sie hatten im stillen gehofft, es hätte beim alten bleiben mögen. Wir wissen ganz genau: wäre die Revolution nicht ausgebrochen, wäre es der Allgewalt des Militarismus möglich gewesen, sie hintan zu halten, wären die Truppen unter dem alten Kommando über die Grenze gekommen, so hätte das deutsche Volk keine Revolution mehr machen können,

und die Freiheit wäre verloren gewesen. Zu den ungeheuren Lasten hätten wir dann noch die politischen Bedrückungen gehabt. Deshalb wurde die Revolution bei dem allergrößten Teil der Deutschen mit großer Freude begrüßt. (Hört! Hört!) Jawohl, meine Damen und Herren! Sie waren die eigentlichen Verlierer des Krieges, der größte Teil des Volkes betrachtet den Krieg nicht als verloren. Wir glauben, daß trotz der schwierigen Zustände in Deutschland es wieder gelingen wird, auf Grund der freiheitlichen Bestrebungen bessere Zustände zu schaffen.

Und nun, meine Damen und Herren, will ich auf Bremen zurückkommen. Wir haben uns in Bremen bemüht, auf gesetzlichem Wege die Zustände so zu gestalten, daß wir eine Revolution für überflüssig gehalten hätten. Wir haben versucht, das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen. Wir haben es fast jährlich beantragt. Es wurde abgelehnt. Ich habe mir in der Verfassungsdeputation, die endlich im März 1918 eingesetzt wurde, die erdenklichste Mühe gegeben, die Klassenvertreter für das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter zu gewinnen. Besonders hartgesottene Sünder gab es dort gegen das Frauenwahlrecht. Und heute, wo alle Fraktionen Frauen entjandt haben, werden diese Sünder doch wohl selbst erkennen müssen, daß wir ihre Mitarbeit nur begrüßen können. Gerade die Frauen werden es sein, die durch ihr soziales Verständnis, durch ihren Pflichteifer im Parlament Großes leisten werden. (Sehr richtig!) Die Frau als Mutter und Erzieherin wird auch die stärkste Stütze der neuen Zeit sein. Sie kann besonders den reaktionären Bestrebungen gegenüber, die dieses Frauenwahlrecht und das gleiche Wahlrecht wieder beseitigen wollen, einen starken Widerstand entgegensetzen. Wir können den Frauen nur dankbar sein und müssen sie als Kolleginnen freudig begrüßen, und wir hoffen, daß auch die Gegner des Frauenwahlrechts erkannt haben, daß sie mit ihrem Widerstand dem Staatswohl nur Schaden zugefügt haben. Hätten wir früher die Frauen im parlamentarischen Leben gehabt, so wäre manches besser geworden.

Die Frage des Sozialismus ist durch die Revolution in den Mittelpunkt der politischen Erörterungen gestellt worden. Und es hat mich besonders gefreut, was der Reichsministerpräsident, unser Genosse Bauer, vorgestern im Reichstage ausgeführt hat bezüglich der Arbeiterräte, bezüglich der Betätigung der Arbeiter in Wirtschaftsbetrieben. Ich werde mir erlauben, hier ein paar Worte zu verlesen. Er sagte:

Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegten Schaffung von Betriebsräten und von Bezirkswirtschaftsräten, die in einem Reichswirtschaftsrat ihre Spitze finden sollen, entschlossen. Das Gesetz über die Betriebsräte wird Ihnen in diesen Tagen, der zweite Teil über Bezirkswirtschaftsräte im Herbst zugehen. In diesen Or-

ganisationen sieht die Regierung die aus dem werktätigen Volke herauswachsenden Instanzen, die Vorbereiter und später Träger der Sozialisierung sein sollen. In ihnen werden Organe geschaffen, auf denen eine kommende Gemeinwirtschaft ruhen muß, die nicht, wie die unter dem Schlagwort „Planwirtschaft“ gehende, den Unternehmer verewigen, stärken und vor der Sozialisierung schützen wird, sondern, wie ich vorhin gesagt habe, den Arbeitnehmer als Mitarbeiter und Mitbesitzer neben den Arbeitgeber zugehen wird.

Das ist es insbesondere, was wir Arbeiter brauchen. Der Arbeiter will nicht bloß mehr Arbeiter sein, er will im Wirtschaftsprozeß auch mitbestimmender Faktor werden. Heute ist er es noch nicht. Wir wissen auch, daß der Arbeiter dazu erzogen werden muß, daß er die Schulung durchmachen muß. Und wenn wir dies durchsetzen, so wird es von segensreichem Einfluß werden. Und diese Arbeiter- und Betriebs- und Zentralräte werden meiner Ansicht nach nicht so einseitig werden können, wie es die Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern gewesen sind. Wir haben ja in Bremen gesehen, wie die Handelskammer sich gegen die Arbeiter wandte, wie durch Aussperrungen usw. die Arbeiter geschädigt wurden. Wir hoffen also, daß in dieser Beziehung auf gesetzlicher Grundlage Zustände geschaffen werden, die für beide Teile segensreich sein werden.

Was die Sozialisierung anbetrifft, die man ja so fürchtet — Herr Hormann glaubt ja nicht, daß sie dem Staat die nötigen Einnahmen bringen werde —, so wird die Sozialisierungskommission, die wir niedergesetzt haben, mit allen diesen Fragen sich beschäftigen müssen, denn der Arbeiter in den Betrieben wird hoffentlich einen bedeutenden Einfluß gewinnen, und muß der Staat vor allen Dingen dafür sorgen, daß dort eine Ordnung herrscht, die dem Staat die Möglichkeit gibt, entsprechende Einnahmen zu haben. Die Straßenbahn ist jetzt gewiß kein lohnendes Objekt für die Sozialisierung. Soviel ich erfahren habe, ist augenblicklich für den Staat nichts herauszuholen. (Aha!) Jawohl, meine Damen und Herren, augenblicklich können Sie vielleicht auch die Kruppischen Werke für den vierten Teil des früheren Werts kaufen, den Norddeutschen Lloyd vielleicht auch. Das sind Folgen des Krieges, aber wir wollen ja nicht die Versozialisierung auf eine Ewigkeit verschieben, sondern wir werden warten, bis die Zeit kommt. Wir hätten es ja nicht nötig, jetzt die Straßenbahn zu verstaatlichen, wenn uns die frühere Bürgererschaft nicht so großen Widerstand entgegengesetzt hätte, als man unter äußerst günstigen Verhältnissen die Straßenbahn hätte sozialisieren können. Wir werden weiter die Sparkassen sozialisieren müssen, und wir werden ebenso auch in bezug auf das Notariatswesen dem Staate eine Einnahme zu verschaffen suchen. Wir wissen, daß die Juristen, die Rechtsanwälte, an und für sich viel Geld verdienen, daß sie aber dazu auch Notariatsgeschäfte

übernehmen und dadurch einmal die Sache verteuern und dann sich besonders hohe Einnahmen verschaffen sollen; das sehe ich nicht ein. Wenn man in süddeutschen Staaten das Notariat verstaatlicht hat, so müssen wir es auch in Bremen machen. Wir müssen auch in bezug auf das Gesundheitswesen versuchen, die Apotheken zu verstaatlichen, wir müssen das Hebammenwesen verstaatlichen. (Zuruf.) Wir können in bezug auf die Ärzte einen Eingriff uns gestatten, vor allen Dingen müssen wir dafür sorgen, daß die Totenbestattung eine unentgeltliche wird und daß der Staat die Kosten übernimmt. Diese Aufgaben, die wir uns stellen, sind nicht so leicht zu lösen. Sie werden sich wundern, daß gerade wir als die Vertreter der Regierungspartei uns eine derartige Aufgabe stellen, da Sie vielleicht glauben, daß wir unserer Regierung dadurch die Geschäfte erschweren. Aber wie gesagt, wir sind eben der Meinung, was gemacht werden muß, das soll auch gemacht werden, und das sind Bestrebungen, denen wir huldigen. Durch die entsprechende Besteuerung der Leute, die das Geld dazu haben, können wir das auch erreichen. Eine besondere Frage ist die des Wohnungswezens. Herr Hormann hat bereits darauf hingewiesen, daß die Bodenreform Fortschritte macht. Die bremischen Landwirte haben bis jetzt gute Zeiten gehabt, sie haben wenig Steuern bezahlt, sie haben in Bremen entscheidend mitregiert. Sie waren in Bremen bei der Regierung angesehen, aber in bezug auf die Steuerentrichtung waren sie die armen Waisenkinder. Da hatten sie nichts. Die bremischen Landwirte und Grundbesitzer waren besonders die Nutznießer der industriellen Entwicklung Bremens. (Oh!) Jawohl, die ehemaligen Kohlhöfer aus Walle und Gröpelingen, die ihren Kohl auf den Markt fuhren, sind einfache Leute gewesen, sie oder ihre Erben sind jetzt Millionäre, und wenn einer Millionär geworden ist, so steckt das an. Während früher nur in Gröpelingen und Walle der Morgen 6—8000 M kostete, so kostet er jetzt fast im ganzen bremischen Staatsgebiete dasselbe. Es wird rücksichtslos mit dem Boden gewuchert. Die Kaufleute haben sich zu Terraingesellschaften zusammengeschlossen, haben Grund und Boden aufgelaufen, hohe Preise geboten, dadurch den Bauern lüster gemacht nach noch höheren Preisen und durch die Spekulation erreicht, daß kaum mehr ein Haus für einen einigermaßen erträglichen Preis gebaut oder gekauft werden kann. Wenn es heute so ist, so bedanken Sie sich zum größten Teil bei denjenigen, die die Grundrente so hoch getrieben haben. Wir werden aber selbstverständlich dafür sorgen müssen, daß der Wohnungsbau gefördert wird, daß der Staat sich ganz besonders ins Zeug legen muß, Mittel aufzubringen, und daß er die von denjenigen nehmen muß, die den Profit gehabt und das Geld eingesteckt haben. Insbesondere müssen wir in der gegenwärtigen Zeit danach drängen, daß durch die Beschlagnahme von Wohnungen denjenigen, die keine oder eine miserable Wohnung haben, geholfen wird. Man darf keine Rücksicht nehmen auf die Bequemlich-

keit der einzelnen, während der andere in einer ungesunden Wohnung leben muß. Wir haben hier auch noch einzelne Herren, die eine oder mehrere Stagen bewohnen, ebenso einzelne Frauen, da muß das Wohnungsamt etwas schärfer zugreifen. Man hat jetzt zu viel Rücksicht genommen, man glaubte nicht durchgreifen zu dürfen. Wie ich gehört habe, soll in Zukunft ja besser durchgegriffen werden. Aber wenn heute noch Wohnungsnot vorhanden ist, so trifft es das Wohnungsamt, welches nicht mit der nötigen Energie durchgegriffen hat. (Zuruf: Warum haben Sie unsern Antrag abgelehnt?) Infolgedessen müssen wir verlangen, daß da mehr geschieht. Sie werden nun sagen, daß wir diese Aufgaben, die wir uns gestellt haben, ja vielleicht schon hätten durchführen können, besonders die Herren von links werden uns vorwerfen, daß wir nicht mit der nötigen Energie aufgetreten sind. (Sehr richtig!) Ich habe ja darauf gewartet, daß Freund Göze das sagen würde, ich hätte es sonst nicht gesagt. Als Göze und seine Freunde das Heft in der Hand hatten, haben wir darauf gewartet, was geschehen sollte. So müssen Sie eben auch noch etwas warten.

Ich will noch sagen, daß aber doch schon eine ganze Reihe Fortschritte gemacht sind. Ich will nur darauf hinweisen, daß insbesondere in bezug auf die Schule ganz Bedeutendes geleistet ist. Die Unentgeltlichkeit der Schule ist durchgeführt, die Wahl der Schulleiter wird Gesetz werden. Dadurch wird erreicht, daß eine Institution, wie die Schule, dann auch wirklich das leisten kann, was man von ihr erwartet, daß sie wirklich im Interesse des Volkes geleitet wird. Wir haben Vertrauen zu den Lehrern, zum Lehrerrat, daß er entsprechend wirken wird. Doch wie in der Schule, so muß die gesamte Verwaltung im Staatsbetrieb demokratisiert werden. Die höheren Beamten im Staatsgebiet setzen der Demokratisierung und Sozialisierung ganz entschiedenen Widerstand entgegen, sie wollen nicht einmal mit den Beamtenausschüssen verhandeln. Ich glaube, die Herren haben ihre Selbstherrlichkeit aus dem Obrigkeitsstaat noch nicht aufgegeben. Es ist ihnen unangenehm, mit den Beamtenausschüssen verkehren zu müssen und den Beamten sich anzupassen. Besonders muß dahin gewirkt werden, daß man den alten Kastengeist aufgibt, daß Beamte, die tüchtig sind, auch höher steigen, wenn sie auch nicht das höhere Examen gemacht haben. Wir wissen, daß sich unter den unteren und mittleren Beamten Leute befinden, die durch besondere Befähigung, durch besondere Arbeitskraft und Tüchtigkeit Arbeiten verrichten, die ein höherer Beamter trotz seiner Examen nicht machen kann, und deshalb sollte man solchen Beamten die Möglichkeit geben, vorwärts zu kommen. Ich weiß, daß ein Rechner eine Arbeit geliefert hat, die ein Beamter, mit höherer Bildung ausgestattet, nicht besser hätte machen können. Daß man dem Avancement dieses Beamten nicht sehr freundlich gegenüber stand, brauche ich nicht zu sagen,

weil er die nötigen Schulen nicht hat besuchen können. Inwieweit einzelne Beamte gegen den Aufstieg, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, sind, das wollte ich an einem Beispiel zeigen. Es heißt in einem Antwortschreiben:

In gegebener Veranlassung wird Ihnen anheimgegeben, die bei Ihrem Bauamt beschäftigten Beamten und Angestellten darauf hinzuweisen, daß sie ihre Eingaben stets an den Vorstand des Bauamts und nicht an den Betriebsausschuß zu richten haben.

Die Einholung einer etwa notwendigen Äußerung des Betriebsausschusses muß seitens des Bauvorstandes erfolgen.

Die Baudirektion.

gez.: Graepel. Ehrhardt. Euling.

Wenn der Herr Oberbaurat erboft darüber ist, daß die Unterbeamten ihre Eingabe an den Betriebsrat machten und von dort ihre Entscheidung haben wollten, so kann man das nachfühlen. Unsere Regierung muß diesen Herren zu verstehen geben, daß wir in einer neuen Zeit leben, daß sie dementsprechend zu handeln haben. Wenn dieses geschehen ist, so wird meines Erachtens nach unsere Regierung nur gefestigt. Ich habe auch den Eindruck, daß nicht nur bei den Baubeamten, sondern daß man überhaupt in den Kreisen der höheren Beamten mit der sozialistischen Mehrheit nicht recht zufrieden ist, daß man dort verschiedentlich — ich habe wenigstens den Eindruck — nicht mit und für die Regierung sich einsetzt, sondern daß man gewollt Widerstand leistet. Solches muß zum Schaden unserer Regierung ausfallen. Wir müssen unserer Regierung sagen, daß sie in dieser Beziehung vorsichtig sein muß, daß sie vor allen Dingen mit den Ausschüssen entsprechend verhandelt. Herr Dr. Kunkler sagte, daß wir nicht begriffen hätten, daß die neue und die alte Zeit unterschieden werden müßte, daß man drängen müßte, um in der neuen Zeit die neuen Verhältnisse ausführen zu können. Ich kann Herrn Dr. Kunkler sagen, daß wir dasselbe Bestreben haben, dieses so schnell wie nur möglich zur Durchführung zu bringen. (Zuruf: 6 Wochen Ferien!) Die Welt wird ja noch länger bestehen, da spielen 6 Wochen auch keine so große Rolle. (Zuruf: Bis ans Ende der Welt!) Ich habe schon ausgeführt, daß unsere Regierung dementsprechend handeln möge. Wir werden das durch den Antrag, betr. die Aufhebung des Belagerungszustandes, beweisen. Wir wünschen, daß die bürgerliche Freiheit wieder allgemein zur Geltung kommt. Wenn wir diese Äußerung machen, so können wir es nicht unterlassen, unseren Freunden von links zu sagen, daß sie ganz entschieden im Irrtum sind, wenn sie glauben, sie könnten durch ihre Agitation und bisherige Tätigkeit im Parlament dem Volksganzen dienen oder gar den Ar-

beitern nützen. Wenn man nicht vorsichtig ist, das wissen wir als alte Arbeiterführer, wenn man nicht vorsichtig ist, so kann man Hoffnungen erwecken, Meinungen erzeugen, die, wie gesagt, zu Zuständen führen, die wir selbst nicht wünschen. Der gegenwärtige Zustand ist so, daß durch den Zwiespalt in der Arbeiterschaft, durch die Spaltung der Organisationen, durch das gegenseitige Schlechtmachen der Arbeiter sich am allermeisten selbst schadet. Wir wissen, daß in den Betrieben Zustände herrschen, die der Arbeiterschaft unwürdig sind. Ein Terror gegen Meinungen darf nicht geführt werden. Wenn die Arbeiterräte zur Proletenmacherei benutzt werden, so verurteilen wir es. Wenn eine Meinung einfach durch Brotlosmachung inhibiert wird, wie es erst am vorigen Montag wieder geschehen ist, wo man einen Mann, der nicht mit streiken wollte, brotlos machte, so ist das ein Zustand, der viel schlimmer wirkt als der Belagerungszustand. Man hat weiter — das müssen die Unabhängigen sich merken — aus den Organisationen unsere Fraktionskollegen ausgeschlossen, weil sie überzeugungsgemäß noch nicht für die Aufhebung des Belagerungszustandes stimmen konnten. Man hat dadurch sich das Recht verwirkt, gegen den Belagerungszustand und alle Maßnahmen anzugehen, wie sie heute bestehen. Meine Damen und Herren, insbesondere meine Freunde von links! Sie müssen vor allen Dingen auch dementsprechend wirken. Inwieweit das notwendig ist, das zeigt die Zersplitterung, die immer weiter vor sich geht. Wir sehen, wie die alleinseligmachenden Sozialisten, die sich Kommunisten nennen, heute sich gegenseitig bei den Haaren haben, sich schon gegenseitig alles mögliche vorwerfen, obwohl sie kaum erst ins Leben getreten sind. Sie müssen sich daran gewöhnen: wenn Sie Erfolge für die Arbeiterschaft haben wollen ... (Zuruf bei den U. S.: Die haben wir! Siehe Arbeiter-Zeitung!) Man kann auch durch die raffiniertesten Mittel Abonnenten gewinnen. Und wenn in dieser Beziehung sich Herr Lindau auch große Mühe gibt, mit Herrn Kunoth kann er doch noch nicht in Konkurrenz treten, der versteht es noch besser, und insofern darf man darauf gar nicht stolz sein. Wer ehrlich durchgeht und auch seinen Klassen- genossen die Meinung sagt, der wird wohl manchen Anstoß erregen. Aber für die Zukunft, darauf können Sie sich verlassen, wird der demokratische Gedanke zum Siege des Sozialismus führen. Ich will nur daran erinnern: ich habe die Panneloef'schen Vorträge besucht, und da hat Panneloef ausgeführt: Durch die Demokratie, durch die Eroberung der politischen Macht werden wir die wirtschaftliche Macht erobern! Er sagte uns: Wenn ihr die politische Macht habt, könnt ihr auch die Arbeitszeit verkürzen, durch den Ausbau der Sozialgesetzgebung den Profit des Unternehmertums derart beschränken, daß er schließlich kein Interesse mehr daran hat, Eigentümer des Betriebes zu sein, und so wird er dann der Sozialisierung keine großen Schwierigkeiten machen. Heute sind wir auf diesem Wege. Und darum

sage ich: Wenn heute es möglich wäre, hier in der Nationalversammlung und in der künftigen Bürgerchaft, oder wie es sonst heißen wird, auf der Grundlage der Demokratie zu arbeiten, dann wird meiner festen Ueberzeugung nach die Arbeiterschaft in Bremen dominierend sein. Dabei brauchen wir infolge des Verhältnismäßigkeitsprinzips die übrigen Klassen nicht zu unterdrücken. Es wäre ein Verbrechen, das Streben der Arbeiterschaft nach besserer Lebenshaltung lahm zu legen, wie es ein Verbrechen wäre, die übrigen Klassen nicht entsprechend ihren Verdiensten zu bewerten, sondern von ihnen nur zu sagen, daß sie die Arbeiter schädigen wollten. Wir müssen uns angewöhnen, als Volksgenossen zu denken. Wir haben durch unsere Agitation, die m. E. notwendig war, die mit den schärfsten Mitteln zu führen war, Großes erreicht. Und diese Erfolge auszubauen, diese Erfolge im Interesse der Gesamtheit, im Interesse des Staates und des Reiches auszunutzen, das ist heute unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit. Deshalb stehen wir auf der nationalen Grundlage, deshalb sagen wir, daß wir unserem Lande verantwortlich sind, mit unserer Kraft für unser Land einzustehen haben. Wenn wir imstande sind, alles das, was das Volk sich erhofft, innerhalb unserer Grenzen erst einmal herbeizuführen, dann werden wir international vorbildlich wirken und werden dadurch den Sozialismus fördern. Wir sind der Ueberzeugung, daß durch den Weltkrieg die ganze Welt gelernt hat. Und mögen heute die Gegner Deutschlands versuchen, uns zu vernichten, mögen sie versuchen, das deutsche Kapital, den deutschen Einfluß hinten zu halten, sie werden nicht verhindern, daß die deutsche Arbeitskraft sich wieder Geltung verschafft. Und in diesem Sinne müssen wir wirken. Wenn es uns gelingen soll, vorwärts zu schreiten, so können wir es nur dadurch, daß wir Aufklärung schaffen. Die revolutionären Auseinandersetzungen zwischen Herrschenden und Beherrschenden reichen tief bis in das Altertum, schon im kleinen Athen hat es Revolution gegeben. Wir haben die großen Revolutionen in England und Frankreich gesehen, die haben die Ketten der alten Herrschaft zerbrochen. Wir wissen, daß auch die Revolution von 1848 uns Fortschritte gebracht hat. Und wer heute sagt, daß die Novemberrevolution uns nichts gebracht hätte, der ist ein Ignorant. (Gelächter.) Die heutigen Revolutionen sind anderer Struktur. Die russische und die deutsche Revolution haben die soziale Frage aufgeworfen. Um dieses Problem zu lösen, meine Damen und Herren, bedarf es nicht der Arbeit einiger Jahre, sondern dazu gehören Jahrzehnte. Deshalb dürfen wir nicht verfehlen, bei unserer Agitation, bei unserer Aufklärungsarbeit dieses Moment hervorzuheben. Und so denke ich, daß wir in künftigen Jahren in Bremen trotz der schwierigen Verhältnisse, in denen die Stadt lebt, die Aufgaben, die wir uns gestellt haben, lösen werden, und ich hoffe, daß das durch die Arbeitskraft des gesamten Volkes geschehen wird. Wir sehen besseren Zeiten entgegen. Lernen wir auch, daß wir uns bessern

müssen in der Gesamtheit, dann bin ich der Ueberzeugung, daß die Allgemeinheit trotz aller Widerwärtigkeiten in der Zukunft besser leben wird, als sie in der Vergangenheit gelebt hat. (Bravo! Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Wenhold (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der uns vorgelegte Staatshaushaltsplan wird wahrscheinlich in dieser Form der letzte sein, mit dem eine bremische Volksvertretung sich zu befassen haben wird. Der Herr Berichterstatter des Haushaltsausschusses hat bereits darauf hingewiesen, daß in einer Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Einzelstaaten festgestellt worden ist, daß in erster Linie die Einkommensteuer und die Vermögenssteuer auf das Reich übernommen werden müßten. Auch die allgemeine Finanzverwaltung der direkten Steuern soll in die Hände des Reiches gelegt werden. Wenn diese Vorschläge Tatsache werden — und daran ist wohl nicht zu zweifeln — dann ist die finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten auf das äußerste gefährdet, weil das Rückgrat ihrer ganzen Finanzgebarung dadurch gebrochen ist. Und da tritt namentlich auch an Bremen die schwerwiegende Frage heran, ob es möglich sein wird, die politische Selbstständigkeit der Einzelstaaten aufrechtzuerhalten. Ich mache kein Geheimnis daraus, daß in den Kreisen meiner Partei schon von 1848 her ein sehr starker Wille zum deutschen Einheitsstaat lebendig gewesen ist und durch die wirtschaftlichen Nöte der letzten Zeit beträchtlich an Stärke gewonnen hat. Und es ist vielleicht eine außerordentlich merkwürdige Erscheinung, daß, obwohl die Sozialdemokratie vor dem Kriege in sehr starkem Maße sich für den Einheitsstaat eingesetzt hat, jetzt sozialistische Regierungen der Einzelstaaten es sind, die diesen Bestrebungen entgegenwirken. Darum kann man es wirklich nicht als einen Meilenstein auf dem Wege zum Einheitsstaat bezeichnen, wenn beispielsweise aus Reuß a. L. und Reuß j. L. ein Groß-Reuß gemacht worden ist (Heiterkeit) und man dann glaubt, damit Wunder was erreicht zu haben. Seit der Begründung des Reiches haben die Einzelstaaten kein eigenes wirtschaftliches Leben mehr gehabt. Die wirtschaftlichen Beziehungen gingen über die Grenzen nicht nur der Einzelstaaten, sondern der ganzen Länder hinweg, sie waren international mit einander verflochten. Was die Einzelstaaten bewahrt haben, das sind ihre speziellen kulturellen Eigenheiten gewesen, und diese starken Kulturzentren — München, Weimar, Dresden, Darmstadt und auch die Hansestädte — sind zweifellos eine Bereicherung des nationalen Lebens in Deutschland gewesen und haben der kulturellen Entwicklung im Innern Deutschlands gedient. Wir wünschen nicht — möge die Entwicklung laufen, wie sie will — daß wir dahin kommen, wo Frankreich angelangt ist, wo alles Leben kultureller und wirtschaftlicher Art zusammenfließt in der Hauptstadt Paris, wir wünschen nicht, daß bei uns alles zusammenfließt in

dem großen Wasserkopf Berlin, sondern wir hoffen, daß gerade diese kulturellen Eigenheiten, die zu so seiner Verästelung geführt haben, uns dauernd erhalten bleiben. Durch die Reichsverfassung, die in Kürze angenommen werden wird, sind ja eine Reihe vereinheitlichender Bestimmungen geschaffen worden, ich erinnere nur daran, daß die Eisenbahnen und Wasserstraßen auf das Reich übernommen werden sollen. Und gerade Bremen wird durch die Uebergabe der Wasserstraßen an das Reich in erheblichem Maße mit betroffen. Wir haben schon früher immer wieder darauf gedrungen, daß die erheblichen Kosten, die Bremen aufgewendet hat, um seine Wasserstraßen und Häfen lebensfähig zu erhalten, vom Reiche getragen werden sollten, denn sie sind ja am wenigsten Bremen allein zugute gekommen. Bremen hat dabei aus eigener Kraft wichtige allgemeine wirtschaftliche Aufgaben geleistet, die der Gesamtheit der Nation zugute gekommen sind. Ich brauche Sie nur zu erinnern an die außerordentlichen Aufwendungen, die erforderlich geworden sind, um die Fahrwasservertiefungen der Zufahrtstraßen vom Meere zu den Häfen, dann die außerordentlich hohen Zubußen, die die Häfen sowohl in Bremen als in Bremerhaven erfordert haben. Damit nicht genug, wir haben auch für die Binnenwasserstraßen, für die Erschließung des wasserwirtschaftlichen Hinterlandes Bremens, durch Beiträge für Talsperren und Bauten von Schleusen sowie Beiträge zu der Vorbereitung von Kanälen erhebliche Beträge aufgewendet. Alles das wird, wenn die Reichsverfassung Gesetz geworden ist, jetzt in die Hände des Reiches übergehen und es taucht dann die Frage auf, ob das Reich bei seiner großen wirtschaftlichen Not noch in der Lage ist, für die Zwecke der Nordsee-Häfen Hamburg und Bremen all die Aufwendungen zu machen, die bislang dank der Tüchtigkeit es hanseatischen Kaufmanns und der Weitsicht der Handelskammern in diesen beiden Städten von diesen Gemeinwesen allein geleistet worden sind.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir schon jetzt mit allem Nachdruck betonen müssen, daß es eine erhebliche nationale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist, diese beiden großen Ausfallstore zum Meere, die wir in Bremen und Hamburg haben, unter allen Umständen leistungsfähig zu erhalten. Schon jetzt hatte der deutsche Handel, soweit er über die Seehäfen ging, außerordentlich schwer zu kämpfen gegenüber dem Handel Rotterdams und Antwerpens, und zwar aus Gründen, die ich im einzelnen nicht zu erörtern brauche, die im wesentlichen auf der frachtgünstigeren Lage dieser beiden Häfen beruhen. Durch die Bestimmungen der Friedensbedingungen, die es uns z. B. unmöglich machen, die Seehafen-Ausnahmetarife aufrecht zu erhalten und uns auch sonst eine Anzahl schwerer Verpflichtungen auferlegen — ich verweise nur auf die Auslieferung der Handelsflotte —, wird Deutschlands und besonders Bremens Handel ganz erheblich betroffen werden. Umso mehr müssen wir von dieser

Stelle aus heute feststellen, daß für den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands die Stärkung der deutschen Seehäfen ein erstes Erfordernis ist und daß wir unter allen Umständen von hier aus den Verkehr mit Uebersee baldmöglichst in reichem Maße wieder aufnehmen müssen. (Sehr richtig!)

Mit schwerer Sorge schauen wir so in Bremens Zukunft. Aber wir vertrauen auf die Tüchtigkeit, auf den Gemeinsinn der bremischen Bevölkerung, der sich auch in früheren Jahren wirtschaftlicher Krisen bewährt hat, daß es gelingen wird, diese Sorgen zu bannen. Die Zukunft Bremens war schon einmal bedroht, und zwar vor nicht allzu langer Zeit. Auch da ist es gelungen, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Es war das zu der Zeit, als in Bremen während kurzer Wochen der Rat der Volksbeauftragten sein Regiment führte. Der Name Rat der Volksbeauftragten ist ja eigentlich irreführend, denn von einem Auftrage durch das Volk habe ich nie etwas gemerkt, ich glaube eher, daß die Herren sich selbst beauftragten, und ich möchte deswegen diese Zeit in der bremischen Geschichte die Regierung der Volksdilettanten nennen. (Zuruf der U. S.: Sie sind der Hauptdilettant!) In einigen wenigen Wochen ist es zur Zeit dieser Herrschaft möglich gewesen, nicht nur die Kreditfähigkeit Bremens auf ein Minimum herabzudrücken, sondern wir standen nahe davor, dem finanziellen Ruin entgegenzutreiben. Wie stehen wir heute? (Zuruf der U. S.: Durch den Krieg!) Ich komme noch darauf zurück. Wir stehen heute zu den Erscheinungen der Revolution in einem gewissen Abstand, und eher als vielleicht vor wenigen Monaten dürfte es heute möglich sein, einmal die „Errungenschaften“ der Revolution, wie sie von ihren Anhängern genannt werden, ganz kurz zu beleuchten. Da ist der eine grundlegende Unterschied: Während die große französische Revolution von 1789, die ihren Weg genommen hat über ganz Europa, im wesentlichen von geistigen Ursachen getragen wurde, Eintreten für Freiheit der Menschenrechte (Zurufe) — allerdings stark beeinträchtigt durch wirtschaftliche Notlagen, die auch in Frankreich bestanden, die aber im wesentlichen politische Ursachen hatten — der dritte Stand war ganz ausgeschaltet —, und die Menschheit von unwürdigen Fesseln getragen wurde, hat die Revolution von 1918, bei der vielleicht auch geistige Ursachen mitgespielt haben, demgegenüber doch in starkem Maße einen wirtschaftlichen Charakter angenommen und gerade durch die Tätigkeit der U. S. und der Kommunisten ist diese Revolution ausgemündet im wesentlichen in eine Lohn- und Magenfrage. Nach meiner Auffassung war auch der Zeitpunkt für die Revolution denkbar ungeeignet und zwar aus dem Grunde, weil durch die Volksregierung Bayer-Scheidemann-Gröber vom 8. Oktober sämtliche demokratischen Errungenschaften der neuen Zeit — Wahlrecht, Befreiung des Einzelnen, Souveränität des Volkes — bereits gesichert waren. Es war möglich, auf diesem Wege der

Entwicklung weiter zu schreiten und wir wären dann zweifellos nicht in diese tiefe wirtschaftliche Notlage hineingeraten, die wir heute leider erleben müssen. Ich glaube, wir können auch einen kurzen Blick werfen auf die Ursachen. Nicht um die Streitpunkte aufzuwählen. Das möchte ich nicht. Ich bitte meine Rede nicht so aufzufassen. Gerade heute ist es notwendig, daß wir zusammenarbeiten. Ich möchte deswegen auf die Ursachen eingehen, weil es mir notwendig erscheint, aus ihnen zu lernen. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß an diesem Zusammenbruch eine Hauptschuld trägt das Regime in Deutschland, unter dem wir in den letzten Jahrzehnten gestanden haben, dieses System, das sich einmal außenpolitisch bemerkbar machte durch alldeutsches Volkertum, das stets die Hand am Schwertknäuf hielt und innerpolitisch nicht frei werden konnte von der alten Auffassung, daß es Herren und Knechte gab, nicht aber ein Mitbestimmungsrecht aller Kreise des Volkes. Ich brauche in diesem Zusammenhange nur zu erinnern an die Kämpfe um das freie Wahlrecht in Preußen.

Wenn wir die eine Seite beleuchten, dürfen wir nicht vergessen, daß auch die Vorkämpfer des Sozialismus an diesem unglücklichen Ausgang in starkem Maße Schuld tragen. Ich erinnere mich deutlich aus der Geschichte des Sozialismus — und ich habe sie viel und gern gelesen — und kann mir durchaus vorstellen, wie das Auftreten August Bebel's in Glauchau-Merane auf die armen, unterdrückten, ausgebeuteten Weber gewirkt hat, wenn er den Sozialismus als das Paradies der Menschheit geschildert hat. Aber bei dieser ganzen Schilderung ist vergessen worden, darauf hinzuweisen, daß es nicht möglich sein würde, von heute auf morgen diese Entwicklung durchzuführen, und die Arbeiterschaft hat zum großen Teile in dem Wahn gelebt, daß der Augenblick, wo die Sozialdemokratie zur Herrschaft käme, nun auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Sozialismus geben würde. Das ist das Unglück, woran wir heute Franken.

Dann möchte ich noch eins sagen: Es ist leider nicht genügend betont worden, daß alles soziale Glück zu erreichen gewesen wäre auf dem Wege der Entwicklung, sondern die Idee des Klassenkampfes ist zu stark in den Vordergrund getreten und hat dazu geführt, daß man in Mitbürgern, die nicht Sozialisten waren, Gegner und Unterdrücker sah. Deswegen ist es so schwer für die Sozialdemokratie, mit diesen Kreisen, die sie bei der Regierung nicht entbehren kann, nun zusammenzuarbeiten. Daraus ist auch zu erklären, wenn sie einen Teil ihrer Anhänger verliert. Die Sache liegt so, daß wir heute in diesem Zustande, wo es gilt, einen neuen Staat und eine neue Wirtschaft aufzubauen, einmal Menschen vor uns haben, die verbittert sind durch das alte Herrschaftssystem, das wir vor dem Kriege haben erleben müssen, und andere, die durch die sozialistischen Lehren irregeleitet worden sind.

Wie kommen wir nun zu dem Wege, den zu begehen uns allen vorschweben muß, wobei ich annehme, daß alle Parteien dieses Hauses einig sind, daß wir diesen Weg finden müssen, um endlich einmal zu gesunden Verhältnissen zu kommen und mit diesem ganzen Krankheitszustand in Deutschland aufzuräumen. Ich glaube, die einzige Rettung, die es hierfür gibt, liegt, was die Politik angeht, in der demokratischen Staatsidee. Diese demokratische Staatsidee möchte ich mit wenigen Worten entwickeln. Es ist notwendig, daß wir gegenüber den unglaublichen Erscheinungen des Krieges mit seinen wirtschaftlichen Nöten und Entbehrungen, seiner Verachtung von Gesetz und Rechten, seiner Korruption weiter Kreise endlich wieder im Volke den deutschen Idealismus wecken, wieder einmal appellieren an die Geisteskräfte und zeigen, daß es durch die Entwicklung der geistigen Kräfte möglich ist, über die wirtschaftlichen Nöte herauszukommen. Dabei ist es trotz aller Widrigkeiten, die sich ergeben, notwendig, daß wir eines behalten: den Glauben an die Masse, den Glauben, daß im deutschen Volke Kräfte schlummern, die wertvoll sind und die es richtig erscheinen lassen, es in vollem Maße und in voller Verantwortung zur Regierung heranzuziehen. Es ist nicht mehr angängig, daß die politische wie die wirtschaftliche Tätigkeit des Einzelnen in irgend einer Form geleitet wird vom Egoismus, sondern es ist notwendig, daß alle Kraft eingespannt wird in gemeinsame Arbeit, für gemeinsame Pflichten zum gemeinsamen Ziel, nämlich dem Aufbau des Volkes und des Staates. (Bravo!) Und diese Erkenntnis, die ich für die politische Lage wünsche, muß auch einsehen, um den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Ich brauche in diesem Hause nichts darüber zu sagen, in welch erschütterndem Maße wir heute das Darniederliegen des deutschen Wirtschaftslebens zu beklagen haben. Sie merken es alle und namentlich hier in Bremen am eigenen Leibe, und wenn Sie bedenken, daß wir in den letzten Monaten zwei Milliarden an Not gedruckt haben und die Zahl in letzter Zeit gestiegen ist auf 3 Milliarden monatlich, ohne das irgendeine Deckung besteht, dann hoffe ich, daß Sie aus diesen Zahlen ersehen, daß wir am Rande des Abgrundes des deutschen Wirtschaftslebens stehen, daß nur ein haarbreiter Weg noch am völligen Ruin vorbeiführt. Wir müssen ganz kühl und nüchtern erkennen, daß wir am Ende eines verlorenen Krieges stehen, und je eher wir aus diesem verlorenen Kriege die Erkenntnis des Notwendigen schöpfen, um so besser ist es für uns alle.

Wir müssen allen Kreisen der Bevölkerung klar vor Augen führen, daß es nach diesem Kriege nicht möglich ist, ein Leben zu führen, wie wir es vor 1914 geführt haben. Wir werden genötigt sein, zu entsagen und in manchen Dingen zu entbehren, und in erster Linie werden hier die besitzenden Schichten mit dem Beispiel vorangehen müssen; wir werden dafür sorgen durch eine gerechte Steuerpolitik mit sozialem Ausgleich, damit auch diese

Schichten entbehren und entsagen müssen, wie alle Teile des deutschen Volkes. Nur dann wird es möglich sein, den Willen zu bekommen zu gemeinsamer Arbeit. Ich betone ausdrücklich das Gemeinsame. Es ist früher in unserm Wirtschaftsleben leider üblich gewesen, was von uns stets beklagt worden ist, daß der Arbeiter zu sehr als Objekt des wirtschaftlichen Betriebes angesehen worden ist. Aber, wenn heute die Entwicklung dazu führt, auch den Arbeiter an dem Unternehmen mitwirken zu lassen und ihn für das Unternehmen zu interessieren, darf das nicht dahin führen, daß man glaubt, daß allein der Arbeiter das Subjekt des Unternehmens sei. Man vergißt dabei, welche erhebliche und führende Bedeutung gerade die freie Betätigung des Unternehmertums für die Entwicklung der Wirtschaft hat. Wir wollen grundsätzlich, das möchte ich für meine Partei betonen, an dem privatwirtschaftlichen Charakter der Wirtschaft festhalten, wir wollen aber nicht irgendeinem Syndikat oder sonst jemandem eine Monopolstellung einräumen, und wenn es in irgendeinem Wirtschaftszweige zu einer Monopolstellung kommt, halten wir die Zeit für gekommen, solche Unternehmen in die Gemeinwirtschaft des Staates zu überführen. Gerade die Mitwirkung des Arbeiters an den Aufgaben des Unternehmens ist uns wertvoll, und wir erblicken darin eine Möglichkeit, zum wirtschaftlichen Frieden zu gelangen. Deswegen stimmen auch wir dem Gesetzentwurf über die Wirtschaftsräte zu, der in gemeinsamer Tätigkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Fragen der Wirtschaft lösen soll. Aber dabei möchte ich eins betonen: Es ist nicht angängig, daß die Arbeiterschaft in ihrer Masse glaubt, einen Einfluß gewinnen zu können auf die unmittelbare Leitung des Unternehmens. Die Leitung muß manchmal einen Beschluß in wenigen Minuten fassen, von dem die Existenz, Gedeih und Verderb von Tausenden abhängen. Das kann nicht in langen Konferenzen mit Arbeiterausschüssen und Betriebsräten gelöst werden, sondern muß der freien Verantwortlichkeit des Unternehmers eingeräumt bleiben. Sonst ist kein Wiederaufbau der Wirtschaft möglich. Gelingt das nicht, dann ist für Deutschland das Chaos unvermeidlich, ein Chaos, das, wie ich vorhin gesagt habe, für Bremen einmal schon nahe bevorstand, glücklicherweise aber abgewendet werden konnte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte in diesem Zusammenhang dankbar der Bremer Söhne gedenken, die beim Freikorps Caspari und derer, die bei der Division Gerstenberg (Unruhe. Zurufe der U. S.) am 4. Februar gefallen sind. (Andauernde Unruhe. Glocke des Präsidenten.) Und wir gedenken auch derer, die auf der anderen Seite gefochten haben, denn wer für eine politische Idee sich eingesetzt hat, hat auch über den Tod hinaus Anspruch auf die Achtung des politischen Gegners.

Meine Damen und Herren! Aus dem Chaos dieser Verhältnisse in Bremen sind wir gerettet worden durch die Regierungsbildung, die die sozialdemokratische Partei und die demokratische Partei in Bremen vollzogen haben.

Meine Damen und Herren! Ich brauche in dieser Versammlung nicht besonders zu betonen, daß die beiden Parteien, die sich zur Regierungsbildung zusammengefunden haben, dabei in keinem Falle ihre politischen Grundsätze aufgegeben haben. Beide Parteien sind dabei geleitet gewesen von der Erkenntnis, daß in einer Zeit, in der Bremens Notlage außerordentlich groß ist, alle Parteirücksichten schweigen müßten und in erster Linie gepflegt werden müßte der gemeinsame Wille, dieser Notlage zu begegnen. Gerade wir von der demokratischen Partei haben hier im Gegensatz zu den Herren von rechts, die den Wahlkampf in Bremen geführt haben unter der Parole „die Vaterstadt über die Partei!“ durch die Tat die Vaterstadt über die Partei gestellt. Wir haben bei dieser Regierungsbildung ganz erhebliche Opfer gebracht und einen großen Teil der Verantwortung auf uns genommen, und es ist außerordentlich bedauerlich, wenn die schwierige Verantwortung, die wir hier in Bremen und im Reiche mit der Regierungsbildung auf uns genommen haben, nicht anerkannt wird, sondern die zeitige Notlage parteipolitisch und agitatorisch gegen uns ausgepielt wird. Das ist scharf zu verurteilen. Und es ist insbesondere zu verurteilen, wenn die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen nationalen Volkspartei am 14. Mai ein Rundschreiben an ihre Vereine mit folgenden einleitenden Worten versendet:

„Die Bekanntgabe der Friedensbedingungen hat niederschmetternd auf alle Deutschen gewirkt. Diese Situation muß von uns unbedingt agitatorisch ausgenutzt werden.“ (Unruhe und Zurufe rechts.)

Wir mißbilligen es aufs schärfste, wenn die Notlage des Vaterlandes in dieser Form agitatorisch ausgenutzt wird. Heute handelt es sich gar nicht mehr um die gegensätzlichen Fragen, sondern darum, wie alle Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammengefaßt werden können.

Meine Damen und Herren! Wie diese sozialdemokratisch-demokratische Regierungsbildung hier gearbeitet hat, das zeigt der vorliegende Entwurf des Staatshaushalts. Nachdem der Herr Berichterstatter des Haushaltsausschusses auf die Einzelheiten bereits eingegangen ist, kann ich mich in dieser Beziehung kurz fassen. Er hat ausgeführt, daß trotz des Defizits von 32 Millionen Mark noch die Beamtengehaltsaufbesserungen bewilligt wurden, für die wir ja die Uebernahme auf den ordentlichen Staatshaushalt beschlossen haben. Ich glaube, daß nach den Erfahrungen früherer Jahre es durch Mehreinnahmen gelingen wird, noch einen großen Teil des Defizits verschwinden zu lassen. Das übrige ist gedeckt durch Zuschläge auf die Einkommen- und Vermögenssteuer. Gerade hierin zeigt sich der soziale Ausgleich der sozialdemokratisch-demokratischen Regierungsbildung, die mit diesem Budget durchaus in Ehren bestehen kann. Ich möchte ferner darauf hinweisen, daß wir im ganzen dem Haushaltsplan zustimmen und damit unsere Anerkennung verbinden für den langjährigen Leiter der Finanzen Bremens, der es auch diesmal trotz aller-

schwierigster Verhältnisse verstanden hat, in Einnahmen und Ausgaben uns einen brauchbaren Plan vorzulegen. (Bravo). Meine Damen und Herren! Wir haben zu dem Haushaltsplan nur einige wenige Wünsche. Diese Wünsche wird meine Fraktion bei der Spezialberatung vorbringen. Ich kann mich heute nur auf den Wunsch beschränken, den ich hiermit an den Herrn Senatskommissar richten möchte, daß der Senat einmal prüfen möge, ob es wirklich noch angebracht erscheint, daß die Vertretung der drei Hansestädte in Berlin durch einen hanseatischen Gesandten besorgt wird. Es scheint dringend notwendig, daß für die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, die gerade im Laufe der nächsten Monate zu erledigen sein werden, Bremen einen eigenen Vertreter in Berlin erhält, namentlich deshalb, weil in einigen Fällen die Interessen Hamburgs und Lübecks den bremischen Interessen widersprechen werden. Wir hoffen, daß der Senat von sich aus dieser Sache näher treten wird. Sollten wir uns hierin getäuscht sehen, so behalten meine Freunde sich vor, einen entsprechenden Initiativantrag zu stellen.

Von weiteren wichtigen Arbeiten, die von der demokratisch-sozialdemokratischen Mehrheit fertiggestellt worden sind, verweise ich nur auf die Einführung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts in den Volksschulen, eine unserer alten Forderungen, und ferner auf die Steuerungsulagen, die zwar nicht allen Wünschen gerecht wurden, die aber eine gewisse Zufriedenheit der Beamten ausgelöst haben. Außerdem haben wir eine Reihe außerordentlich wichtiger Entwürfe, die in der nächsten Zeit ebenfalls verabschiedet werden, an Kommissionen verwiesen, und wir dürfen annehmen, daß diese Kommissionen uns demnächst spezielle Vorlagen machen werden. Die Hauptaufgabe der beiden Mehrheitsparteien wird aber die Regelung der Verfassung sein. Es sind da eine Reihe von offenen Fragen, die noch der Lösung harren, und zwar deshalb, weil die Reichsverfassung noch nicht in ihrer endgültigen Fassung vorliegt. Ich glaube aber nach den bisherigen Arbeiten der Mehrheitsparteien urteilen zu können, daß auch diese Fragen einer guten Lösung zugeführt werden. Für uns wird es wohl die vornehmste Aufgabe sein, die Souveränität des Volkes in dieser Verfassung festzulegen. Dann werden wir auch das stärkste Gewicht darauf zu legen haben, daß die Stabilität der bremischen Verwaltung nicht angetastet wird. Weiterhin haben wir uns dafür eingesetzt, daß die Trennung des staatlichen von den städtischen Vermögen durchgeführt wird. Es ist ja bereits ein entsprechender Auftrag der Verfassungsdeputation ergangen. Im ganzen besteht die Wahrscheinlichkeit, die Arbeit der Verfassungsdeputation bis zum Winter zu beenden und sie dann der Nationalversammlung vorzulegen. Meine Damen und Herren! Diese Nationalversammlung ist bei ihrer Berufung als verfassungsgebende Nationalversammlung bezeichnet worden. Hat also die Nationalversammlung die Verfassung erledigt, dann wird auch nach meiner Auffassung die Zeit gekommen sein, daß sie ihr Mandat dem Volke wieder zur Verfügung stellt. Wir möchten nicht

den Weg gehen, der in einigen anderen Landtagen gegangen worden ist, daß die Nationalversammlung selbst ihr Mandat verlängert, sondern wir halten es für richtig, daß wir unsere Mandate in die Hände unserer Auftraggeber, des gesamten Volkes, zurückgeben. Meine Damen und Herren! Die bremische Bevölkerung wird dann über die Tätigkeit, die hier geleistet worden ist, zu urteilen haben, und wir sind sicher, daß wir dieses Urteil mit Vertrauen erwarten können, und zwar deshalb mit Vertrauen erwarten können, weil unsere ganze Arbeit in diesem Hause getragen gewesen ist, von dem Gedanken der restlosen Hingabe an das Vaterland und von dem Willen opferwilliger Arbeit für unsere Vaterstadt Bremen! (Bravo! Stürmischer Beifall und Händeklatschen).

Vögeding (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die unheimlichen Folgen des Krieges machen sich überall im wirtschaftlichen und politischen Leben bemerkbar. Es herrscht bei der Arbeiterschaft, bei den unterdrückten Schichten der Bevölkerung große Not und großes Elend. Aber wenn dieser Zustand heute in so grauenregender Form in der werktätigen Bevölkerung Platz gegriffen hat, so können wir nicht umhin, darauf zu verweisen, wie sehr Sie hier bis zur äußersten Rechten Ihr Teil Schuld daran tragen. Sie, meine Damen und Herren, mitsamt den jetzigen Regierungssozialisten sind dafür verantwortlich, daß das deutsche Wirtschaftsleben durch den Krieg derartig an den Rand des Abgrundes herangeführt worden ist. Während des Krieges, als es Zeit war, das deutsche Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten, als es Zeit war, das Finanzvermögen des Volkes zu schonen, da waren unsere früheren Parteigenossen, die Herren Regierungssozialisten, im Banne des Kapitals, da predigten sie der Arbeiterschaft das Durchhalten und Aushalten in diesem mörderischen Kriege, und sie haben einen Teilerfolg erreicht. Denn, meine Damen und Herren, ich will darauf verweisen, daß Herr Baigund und seine Anhänger, als wir während des Krieges dazu aufforderten, gegen den Völkermord Front zu machen, es gewesen sind, die uns den Vorwurf machten, daß wir unseren kämpfenden Brüdern in den Rücken fielen. Sie sind es gewesen, die, als wir 1917 zum Generalstreik aufforderten, sagten, es sei notwendig, den Krieg durchzuhalten, weil sonst das deutsche Wirtschaftsleben ganz und gar ruiniert würde, und es sei die Aufgabe, den Krieg fortzuführen, bis Deutschland einen Frieden erreichen könne ohne Annexionen und Kriegsentschädigung. Meine Damen und Herren! Sie haben damit ein Spiel getrieben, welches sich heute an Ihnen bitter rächt. Sie in Ihrer Machtpolitik sind von vornherein kurzfristig gewesen, denn ein irgendwie aufgeklärter Arbeiter und Sozialdemokrat hatte die Pflicht, selbst wenn er in der Minderheit war, gegen den Krieg mit allen Mitteln anzukämpfen. Aber Sie haben das nicht getan. Sie haben den Krieg unterstützt, indem Sie nicht

während des Krieges Ihre Stimme erhoben haben für die Menschlichkeit. (Waigand: Haben wir getan!) Ich will kurz darauf hinweisen — Herr Waigand sagt, daß auch seine Freunde die Revolution begrüßt hätten. Da möchte ich ihn doch darauf verweisen, daß, als 1916 die Kieler Arbeiterschaft aufforderte, gegen den Krieg zu demonstrieren, es doch das Parteiorgan der Mehrheitssozialisten war, die „Kieler Volkszeitung“, die dagegen anging. Herr Waigand, als wir während des Krieges die Arbeiterschaft aufforderten, gegen den Krieg und für den Völkerfrieden zu demonstrieren, da war es in Ihren Augen großer Unfug. Und als die Kieler Arbeiterschaft und die Kieler Matrosen versuchten, für den Sozialismus zu demonstrieren, da waren Sie ebenfalls Handlanger des Kapitalismus, die alles getan haben, die Kieler Arbeiterschaft wieder zu beruhigen. Und als die Revolution ausbrach, waren Sie still, wie Sie während des Krieges waren, da waren Sie genau wie alle anderen bürgerlichen Parteien. Wie Sie sich während des Krieges betätigt haben, haben Sie sich auch während der Revolution betätigt. Ich weiß, daß sehr viele von Ihnen, obwohl Sie sich letzten Endes vom Ausgang des Krieges einen Erfolg für das Proletariat versprochen, dennoch alles getan haben, um dem Volk das Durchhalten und Aushalten schmachhaft zu machen, jenes Durchhalten, das uns eben den wirtschaftlichen Ruin gebracht hat. Somit haben Sie auch heute vor dem Volke die Verantwortung zu tragen. Meine Damen und Herren! Das Volk, das Sie für die Folgen des Krieges genau wie die Bürgerlichen verantwortlich macht, erwartet nichts sehnlicher, als daß Sie auch die Kosten des Krieges tragen. Es verwahrt sich dagegen, daß das Volk abermals, wie es auf dem Schlachtfelde geblutet hat, auch jetzt weiter bluten soll. Ist jenes, was so verheißungsvoll bei der Revolution für die sozialdemokratisch denkende Arbeiterschaft in Erscheinung trat, wirklich in nennenswertem Maße in Erfüllung gegangen? Nein! Als die Bremer Arbeiterschaft auch hier ihre Stimme erhob, um den Sozialismus über das Reich verbreiten zu helfen, als die Bremer Arbeiterschaft es gewagt hatte, den alten Senat zum Teufel zu jagen, da entstand aus jenen Kreisen, von denen wir es am wenigsten erwarten konnten, mit denen wir früher gemeinsam gekämpft hatten, Ihre Gruppe, die sich zum Schutze des Kapitals zwischen die Arbeiterschaft und das Kapital drängte.

Sie holten dann jene Truppen her, jene Regierungstruppen, und gaben dadurch erst dem Kapital die Möglichkeit, erneut die alte Herrschaft in Bremen wieder zu errichten. Das, was Sie in Bremen getan haben, haben Ihre Vertreter in der Reichsregierung auch in Berlin getan. Sie haben versucht, die Revolution mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, denselben Mitteln, in derselben grausamen Form wie im Kriege, zu erschlagen. Diejenigen, die für den Sozialismus kämpften und bereit waren, für ihn zu sterben, haben

Sie hinter Kerkermauern geführt, genau wie im Kriege. Jene Helden, die es wagten, für die Menschheit, für ihre Ideale zu sprechen und zu kämpfen, jene Freiheitshelden haben Sie genau so wie die alte Regierung geknechtet. Jene Herren aber, die das deutsche Volk ausgebeutet haben in schamloser Weise, haben heute die Möglichkeit, das Kapital, das sie aus dem Blute des Volkes geprägt haben, das sie im Kriege in verantwortungsloser Weise ausgezogen haben, in Sicherheit zu bringen und damit das Weite zu suchen. Wenn Sie das Recht haben, jemand einzusperren, dann sperren Sie diese Leute ein, aber nicht jene Freiheitshelden, die für die Ideen des Sozialismus, die Sie einst selbst predigten, heute hinter Kerkermauern schmachten. Das sind Zustände, die wir wirklich nicht bei Ausbruch der Revolution erwartet haben, daß sie so leicht in Deutschland wieder eingeführt werden würden.

Nun, meine Herren, ist hier die Rede davon gewesen, daß in Zukunft noch alles anders werden soll. Auch Herr Wenhold hat heute eine Rede gehalten, in welcher er zum Ausdruck brachte, daß Kapital und Arbeit in Zukunft zusammenarbeiten würden. Das ist eine Täuschung. Kapital und Arbeiter werden sich nicht verständigen. Wenn wir einmal die Probe auf das Exempel machen wollen und wollen in durchgreifender Form die Sozialisierung durchführen, dann steht ohne Zweifel fest, daß Sie von der Rechten mit aller Entschiedenheit dagegen Front machen werden. Sie sind solange bereit, mitzuarbeiten, als es Ihnen nicht an den Kragen geht, aber in demselben Moment, wo es an Ihr Herrlichstes, an Ihren Geldbeutel geht, da hört das Reden von der Einigkeit der Staatsbürger auf, da wird Front gemacht, Sturm gelaufen gegen die Arbeiterschaft.

Meine Herren! Daß wir in Bremen zu der jetzigen Regierung kein Vertrauen haben, ist in diesem Saale ja oft genug zum Ausdruck gebracht worden. Ich kann persönlich sagen, ich will auch kein Vertrauen zu jenen Herren, die heute an der Regierung sitzen, daß sie versuchen, den freiheitlichen sozialistischen Gedanken in die Tat umzuwandeln. Auch wir verschließen uns nicht der Tatsache, daß der Sozialismus nicht das Werk von heute auf morgen sein kann (Bravo! b. d. M.-G.), aber das, was Sie und Ihre Vertreter in der Regierung begreifen, ist nichts von jenem, was wir als Sozialisten verlangen und erwarten, sondern Sie suchen den Sozialismus in jeder Form auch bei der Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen. Mit jenen Werken, die Sie als sozialistische Arbeit vorführen, wird es schwer sein, für den Sozialismus Propaganda zu machen. Sie, meine Herren, tun tatsächlich dasselbe, wie es jetzt gerade im Reiche geschieht bei dem Sozialisierungsgezet, welches Herr Dr. Peterßen auf dem Parteitage der Demokraten selbst ein Gesetz von Paragraphen nannte, ein Gesetz, welches dazu beitragen würde, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Ein Gesetz, das durchaus den

Kapitalismus beschützen will, meine Herren, das nennen Sie Sozialisierungsgeß, und das nennen Sie sozialistische Arbeit. Wenn der Sozialismus so vorgehen will, dann natürlich muß der sozialistische Gedanke in Mißkredit kommen. Ich möchte Ihnen empfehlen — es haben sich viele einen neuen Namen zugelegt —, wenn irgendwo, dann wäre es hier angebracht, sich einen neuen Namen zuzulegen. Sie, meine Herren von den Mehrheitssozialisten, Sie führen nicht mehr mit Recht den Namen Sozialdemokraten.

Meine Herren! Als der Rat der Volksbeauftragten hier gestürzt wurde, wer war es, der die Regierung des Volkes — Herr Wenhold bestreitet, daß es eine solche gewesen sei — wer war es, der die Regierung des Volkes, die Regierung, die getragen wurde von dem Willen der Arbeiterschaft (Zuruf der M.-S.: Arbeiterratswahlen!), wer war es, der kam, um die Regierung zu stürzen? Waren es jene Herren, waren es Ihre Mitglieder von den Herren Mehrheitssozialisten? Nein, es waren Mitglieder bürgerlicher Parteien. Nicht Sozialisten, Monarchisten waren es, die den Rat der Volksbeauftragten stürzten, die setzten sich hinein. (Zuruf: Gott sei Dank, daß wir es getan haben!) Und Sie sagen noch Gott sei Dank, daß Sie es getan haben. Ich will Sie verweisen auf jene Opfer, die auf dem Waller Friedhof liegen, jene Helden, die für den Sozialismus nicht nur mit den Worten eintraten, sondern durch die Tat bewiesen haben, daß es der Arbeiterschaft ernst, heilig ernst ist mit der Einführung des sozialistischen Gedankens. Jene Leute, die heute in der Regierung sitzen, tragen diese Helden des Proletariats auf dem Gewissen. Als die jetzige Regierung und die provisorische Regierung sich auf den Thron schwang, war sie von niemand berufen, von niemand beauftragt, lediglich von sich selbst. Nicht einmal die eigene Organisation hat sie bestimmt. Sie haben sich diktatorisch als ehemalige Führer der Arbeiterschaft auf diese Regierungsplätze gesetzt, und das Bürgertum leistete Handlangerdienste. Sie haben sich auch damit gleich von vornherein zum Sklaven des Kapitals gemacht, denn indem Sie die Truppen nach Bremen holten, indem Sie den Bürgerlichen die Machtmittel und die Waffen auslieferten, waren Sie Sklaven des Bürgertums. Es wäre eine andere Regierung in Bremen möglich gewesen, indem man das Proletariat bewaffnete. (Zuruf der M.-S.: Denkt doch an die Arbeiterratswahlen!) Was waren die Ursachen? Sie waren während des Krieges mit dem Bürgertum durch dick und dünn gegangen. Die Arbeiterschaft hatte das Vertrauen zu Ihnen verloren, wie Sie das Vertrauen zu der Arbeiterschaft verloren haben. In all Ihren Worten, in all Ihren Werken habe ich nach und während der Revolution und während des Krieges einen Appell an die breiten Massen des werktätigen Volkes vermisst, für ihre Interessen zu wirken und zu kämpfen. Ihre Tätigkeit besteht heute darin, der Arbeiterschaft plausibel machen zu

wollen, daß sie lediglich die Pflicht habe, zu arbeiten. Ja, auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß es aller Menschen Pflicht ist, zu arbeiten für die Allgemeinheit, aber nicht die Arbeiterschaft allein, sondern auch die, die sich jahrelang gedrückt haben, die jahrelang lediglich von den Händen der Arbeiter gelebt haben, sie sollen verpflichtet sein, mitzuarbeiten. Ich weiß bestimmt, wenn sie während des Streiks der Bergarbeiter mit den Bergarbeitern gemeinsam in die Gruben gegangen wären und für dieselben Löhne hätten arbeiten, für dieselbe Ausbeutung hätten leiden müssen, wie die Bergarbeiter, dann wäre jenes Stöhnen über Faulheit und Begehrlichkeit der Arbeiter und Streiklust der Arbeiter längst bei ihnen zum Teufel gegangen. Wenn sie einmal unter denselben Folgen des Krieges gelitten hätten, wie jene draußen auf dem Felde, die alles entbehren mußten, dann wären ihre Reden längst verslogen, dann würden sie mit dem Proletariat gemeinsam gegen jene Herren, die heute die Arbeiter ausbeuten, Front machen, oder sie müßten die größten Esel sein.

Wir können die Harmoniebuschelei zwischen Kapital und Arbeit nicht mitmachen. Wir glauben, daß die Befreiung des Proletariats lediglich das Werk des Proletariats selbst sein kann. Das war ein Grundsatz, den die Sozialdemokratie bisher vertreten hat, und diesen Grundsatz halten wir auch heute noch aufrecht, denn die krassen Gegensätze bestehen heute weiter. Auch heute besteht der alte Klassenstaat mit seinen Einrichtungen, heute noch wird der Arbeiter im wirtschaftlichen Leben genau so ausgebeutet und unterdrückt, wie es bisher gewesen ist. Die volle Freiheit der Arbeiterschaft wird auch in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich sein, solange das Privatkapital unangetastet bleibt, solange man vor der Heiligkeit des Privatkapitals glaubt haltmachen zu müssen, solange werden die breiten Bevölkerungsschichten nicht befriedigt werden können.

Meine Herren! Dann will ich kurz darauf hinweisen, wie weit Sie von Seiten der Regierungssozialisten gekommen sind, indem Sie Konzessionen über Konzessionen den bürgerlichen Parteien haben machen müssen. Wenn Sie mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam arbeiten und mit dem Bürgertum glauben die Regierung teilen zu müssen, dann ist es naturnotwendig, daß Sie sich zu Konzessionen bewegen lassen müssen. Diese Konzessionen haben Sie nicht nur in Bremen machen müssen, sondern auch bei der Reichsregierung. Ich erinnere besonders an das Kompromiß in der Schulfrage. Sie haben von der sozialistischen Weltanschauung eine Konzession der bürgerlichen Weltanschauung machen müssen. So, wie dort Ihr Zusammengehen zum Verhängnis der Arbeiterschaft, zum Verhängnis und zur Verwischung des Klassenkampfcharakters geführt hat, so ist das auch in Bremen der Fall. Sie können ja vielleicht sagen, wir hätten die Schuld, daß in Bremen nicht andere Verhältnisse eingetreten sind. Nein, meine Herren, ich kann hier von dieser Stelle aus erklären, daß innerhalb der unabhängigen Fraktion einstimmig die Meinung vorhanden war, daß,

wenn wir in die Regierung eintreten wollten, das nur geschehen könnte, wenn auch hinter dieser Regierung eine Macht stand, und das konnte nicht die bürgerliche sein, nicht Herr Hormann und seinesgleichen, die während des Krieges in unverantwortlichster Weise das deutsche Volk für die Durchhaltungs-, für die Eroberungspolitik beschwagt haben, sondern das mußte jene Arbeiterschaft sein, die stets für Freiheit und Gerechtigkeit eingetreten ist, die mußte die Waffen tragen, die organisierte Arbeiterschaft, das Proletariat für seine alte sozialistische Forderung. Diese alte sozialistische Forderung haben Sie aufgegeben. (Zuruf von Fauth.) Herr Fauth, da mußte ich bei Ihnen in die Lehre gehen, dann wäre ich jedenfalls aufgeklärt. Ihre Demagogie, Falschheit und Gemeinheit sind der Arbeiterschaft bekannt. (Glocke des Präsidenten. Große Unruhe.) Meiner persönlichen Auffassung nach ist es das Verdienst des Herrn Fauth . . .

Präsident: Sie haben Herrn Fauth der Falschheit und Gemeinheit beschuldigt. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Bögeding: Meine Damen und Herren! Trotz dieses Ordnungsrufes des Herrn Präsidenten muß ich sagen, daß ich gerade Herrn Fauth als denjenigen betrachte, der den größten Teil der Schuld daran hat, daß das Proletariat in Bremen heute nicht gerint dasteht, denn gerade . . . (Fortwährende starke Unruhe. Wiederholte Zwischenrufe.)

Präsident: Es ist hier nicht möglich, den Redner zu verstehen, wenn Sie derartig viele Zwischenrufe machen. Ich bitte um Ruhe.

Bögeding: Das Proletariat hatte gehofft, als die Revolution ausbrach, durch die wirtschaftliche Demokratie siegen zu können. Aber weit gefehlt. Die bürgerliche Weltanschauung wird siegreich in der Verfassung zum Ausdruck kommen und dafür sorgen, daß die Ordnung des Wirtschaftslebens im kapitalistischen Sinne sich vollziehen kann. Die Heiligkeit des Eigentums an Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden ist wieder anerkannt. Jedwedes Verkehrsmittel kommt in Gefahr, ein Opfer der Spekulation zu werden. Wenn nun ausdrücklich das Sozialisierungsgesetz bestimmt, daß dieses Eigentum ausgesprochenenmaßen durch die Verfassung sichergestellt wird, so ist doch klar auf der Hand, daß das keine Sozialisierung ist, denn das hindert uns, in dieser Beziehung bahnbrechend vorzugehen. Und wenn das Proletariat hier nicht einheitlich auftritt, so wird es wieder letzten Endes der Leidtragende sein. Deshalb ist es notwendig, daß wir in allen unsern Handlungen einig sind und nach wie vor den Klassenkampfcharakter des Proletariats wahren. Dann werden wir das Proletariat in Bremen auch auf unserer Seite haben, davon bin ich fest überzeugt. Es sind Zeichen der Ohnmacht und der mangelnden Energie, die heute auf allen Gebieten zum Ausdruck kommen bei jeglichen Maßnahmen, die hier getroffen werden. Wirklich bah-

brechende Energie wird nicht dabei gezeigt. Davon, daß man denen, die im Ueberfluß schwimmen, ihren Ueberfluß nimmt und ihn denjenigen gibt, die doch auch Anspruch darauf haben, als Menschen behandelt zu werden, hört man nichts, man weigert sich, den Opfern dieses Systems Unterkunft zu gewähren, und wenn von unserer Seite Anträge in dieser Richtung gestellt werden, dann berufen Sie sich auf ein Reichsgesetz, um diese Anträge abzulehnen. Der Belagerungszustand wird noch immer aufrecht erhalten, trotzdem während des Krieges alle Parteien fast einmütig dagegen protestiert haben. Aber jenen selben Belagerungszustand glauben Sie noch über Bremen verhängen zu müssen. Gegen wen aber richtet sich der Belagerungszustand? Gegen die Arbeiterschaft. Wer ist in der Regierung und stellt die Mehrheit in ihr dar? Sozialdemokraten sind es, Sozialdemokraten wollen es sein, die sich heute an leitende Stelle geschwungen haben, die das Proletariat betrogen haben. Ja, meine Damen und Herren, wenn Sie nun glauben, die breiten Massen der Bevölkerung hinter sich zu haben, wenn Sie wirklich glauben, daß das Proletariat hinter Ihnen steht, warum haben Sie nicht längst den Belagerungszustand aufgehoben? Warum stimmen Sie immer gegen unsere fortgesetzten Anträge?

Es wird immer davon gesprochen, daß wir unsere Mitarbeit in den Kommissionen und Deputationen verweigern. Ja, meine Damen und Herren, so sehr wir bestrebt sind, im Interesse des werktätigen Volkes mitzuarbeiten und Konzeptionen zu machen, so sehr wollen wir nicht vergessen, daß es unsere wichtigste Aufgabe ist, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu erhalten und zu bewahren für unser hohes Endziel: für den Sozialismus zu kämpfen und zu wirken. Dieses Ziel wollen wir niemals bei unsern Anträgen vergessen, die wir hier in diesem Hause einbringen, lediglich dem großen Gesichtspunkte zuliebe: dem Sozialismus entgegen! Dann werden wir das Bürgertum bezwingen durch die Macht des Proletariats, durch die Diktatur des Proletariats, durch die Diktatur der breiten Massen, dann werden die arbeitenden Massen den Sozialismus einführen können. Und, meine Damen und Herren, wenn Herr Baigand gerade die Demokratie betont: wo ist denn etwas von wirtschaftlicher Demokratie zu merken? Ich wäre Herrn Baigand dankbar, wenn er einmal nachwies, in welcher Form nun die Arbeiter in Gesetzgebung und Verfassung auf wirtschaftlichem Gebiet nun ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht haben. Es ist doch ganz klar, daß die Herren und die Demokraten ganz besonders sich dagegen wehren, daß eine Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiet im Sinne des Sozialismus eingeführt wird. Wir wollen, daß das kapitalistische Privateigentum an Produktionsmitteln gesellschaftliches Eigentum wird, daß die private Produktion in sozialistische Produktion umgewandelt wird unter Abschaffung der Klassenherrschaft. Heute gilt überall der Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Und Herr Wenhold und seine Freunde stehen hier als Vertreter des Kapitalismus, um ihren kapitalistischen Interessen zu dienen. Die Arbeiterschaft wird das Mißtrauen, das sie der bremischen Nationalversammlung von Anfang an

entgegengebracht hat, auch weiter entgegenbringen, und daß dieses Mißtrauen berechtigt ist, das geht klar und deutlich aus dem Verhalten der Mehrheitssozialisten und der Demokraten hervor. Ein Antrag, der wirklich durchgreifend den Willen der bremischen Arbeiter erfüllen wollte, wird einfach abgelehnt, weil zwischen den Demokraten und den Mehrheitssozialisten noch keine Verständigung hat ermöglicht werden können. Erst muß eine Verständigung zwischen den Vertretern des Kapitalismus und den sogenannten Vertretern des Proletariats herbeigeführt werden. Meine Damen und Herren von rechts! Solange Sie von einer Verständigung zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft reden, solange haben Sie das Recht verwirkt, sich Arbeitervertreter zu nennen, sich Sozialdemokraten zu nennen. Das geschieht stets auf Kosten der Arbeiterschaft, auf Kosten der proletarischen Anschauung. Und, meine Damen und Herren, diese Politik, die Sie bisher getrieben haben, werden wir vor der breiten Öffentlichkeit immer bekämpfen und brandmarken. Wir haben das Vertrauen zu dem edlen Ideal des Sozialismus, daß die breiten Schichten des werktätigen Volkes auf unserer Seite stehen. Es ist doch Tatsache, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch ein großer Teil der Beamten zu der Erkenntnis gekommen ist, daß wirkliche Befreiung niemals von der kapitalistischen Gesellschaft kommen kann, sondern nur von der sozialistischen. Aus diesem Grunde darf die kapitalistische Gesellschaftsordnung auch nicht weiter geduldet werden, aus diesem Grunde muß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhören, die in der gemeinsten Form während des Krieges und nach dem Kriege durchgeführt wurde. Wir fordern deshalb, daß der Klassenkampf auch in diesem Parlament niemals verschwindet, ehe nicht die Arbeiterschaft ihr hohes Ziel erreicht hat, und zwar lediglich die Absicht zunichte macht, im Interesse des Kapitals die Arbeiterschaft zu betrügen, jene Arbeiter der Vorrechte, die sie sich während der Revolution verschaffen, wieder zu berauben. Auf dem besten Wege dazu sind sie. Wir werden aber alles dazu tun, daß ihnen dieses Werk nicht gelingt. Nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb dieses Hauses werden wir für die Reinhaltung der sozialistischen Ideen Propaganda machen.

Präsident: Es ist folgender Antrag von Herrn Schmidt eingegangen, der nach meiner Ansicht nicht beim Budget mit erledigt zu werden braucht:

Die Kommission wegen der Beamtengehälter zu beauftragen, die Einteilung der Gehaltsklassen der bremischen Beamten einer weitgehenden Vereinfachung zu unterziehen.

Dr. Gildemeister (L.-B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich bin der allgemeinen Zustimmung des Hauses sicher, wenn ich erkläre, daß die Behandlung des diesjährigen Budgets in einem sehr weiten Rahmen erfolgt ist, und deshalb werden sich auch meine Ausführungen in einem weiteren Rahmen bewegen müssen. Trotzdem möchte ich mit einem kurzen Wort darauf hin-

weisen, daß die Zahlen dieses Budgets doch zu außerordentlich ernstlichen Überlegungen Anlaß geben, wenn ich nur hervorhebe, daß die Summe unserer direkten Steuern, unsere hauptsächlichste Einnahmequelle, mit über 26 Millionen Mark nicht einmal den Zinsendienst deckt, und daß der Fehlbetrag, der noch nicht in voller Höhe zum Ausdruck gekommen ist, ein noch höherer ist, als dieser Betrag der Hauptquelle unseres Einkommens! Im übrigen werden die Posten dieses Budgets im einzelnen noch zur Verhandlung kommen, so daß ich mir das Eingehen auf Einzelheiten ersparen kann. Es ist von den Herren Vorrednern auch hervorgehoben, daß man auf der Linken diese Besorgnis über die Finanzgebarung Bremens teilt. Es sind dann eine Reihe Vorschläge gemacht worden, wie man dieser Finanzgebarung aufhelfen könne, und es sind insbesondere Pläne entwickelt worden über die Sozialisierung. Die Sozialisierung ist ja ein Ausfluß einer Weltanschauung der Idee des Sozialismus, und diese können wir füglich bei dem Bremer Budget beiseite lassen. Es handelt sich praktisch bei der Sozialisierung um Betriebseinrichtungen, die man treffen will, und meines Erachtens ist hierbei einfach der Maßstab anzulegen, ob die Leistungsfähigkeit des Betriebes durch diese Einrichtungen steigt. Sie wissen nun alle, daß im Reich die Dinge so gelaufen sind, daß, als man sich praktisch daran begab, zu prüfen, welche Betriebe oder Einrichtungen in Deutschland etwa sozialisierungsreif wären, das anfängliche umfangreiche Programm zum Schluß ein sehr mageres geworden ist. Schließlich haben sich die Sachverständigen aller Gruppen dahin geeinigt, daß nur Betriebe in Frage kommen könnten, wie die Elektrizitäts-, Kohlen- und Kattigesellschaften. Ob sich die sozialistische Betriebsform auf diesem Gebiete bewähren wird, steht noch dahin. Aber darüber dürfte man doch klar sein, daß die Sozialisierung als Betriebseinrichtung nun nicht ein Rezept sein kann, daß man auf jede Form des Wirtschaftslebens anwenden könnte. Es können nur Großbetriebsformen allgemeiner Bedarfsdeckung in Frage kommen, bei denen der Wettbewerb möglicherweise entbehrlich wird. Mit diesem Maßstab möchte ich deshalb auch die Pläne gemessen sehen, nach denen hier in Bremen sozialisiert werden soll, denn sie dürfen natürlich nicht nur deshalb verwirklicht werden, um irgend einer Partei eine Freude zu machen. Selbstverständlich ist ferner, solange wir den Boden des Rechtsstaates nicht verlassen wollen, daß sie nicht dadurch verwirklicht werden können, daß man einfach die Betriebe ohne Entschädigung des jetzigen Eigentümers wegnimmt. Das sind Gesichtspunkte, die vollständig auszuheiden müssen. Wenn als hauptsächlichstes Sozialisierungsobjekt hier in Bremen die Straßenbahn angeführt wird, so würde sich nach meiner Überzeugung ergeben, daß die Sozialisierung für den Staat keinen Vorteil bieten würde, zunächst mit Rücksicht auf den finanziellen Erfolg und denn auch das Staatswohl überhaupt. Daran ist ja wohl auch in der Kommission der Sozialisierungs-gedanke gescheitert. Es wäre töricht, und es würde nur einer weiteren Bureaucratifizierung des Staates dienen, wenn man die der Theorie zuliebe trotzdem sozialisieren oder kom-

munifizieren wollte. Ich stehe mit dieser Auffassung auch nicht allein, denn ich habe vorher in der Debatte mit Freuden — ich glaube, es kam von der äußersten Linken — den Ruf Bürokratismus im Sinne des Vorwurfs gehört. Daraus folgt, daß Sie den Bürokratismus als solchen nicht wünschen. Das ist außerordentlich erfreulich, darin stimmen wir überein. Jede Sozialisierung hat unvermeidlich eine Bürokratisierung zur Folge. Da ist es natürlich ganz verfehlt, sie einzuführen, wenn sie keinen anderen Vorteil bietet, als nur die Bürokratisierung. (Zuruf: Muß nicht sein!)

Ich komme nun zum zweiten Punkt. Das sind die Sparkassen. Im allgemeinen sind die Sparkassen in Deutschland kommunale Einrichtungen. Nur in den Zentren des großen wirtschaftlichen Lebens, in Hamburg, Frankfurt a. M. und Bremen sind die Sparkassen außerkommunal gewesen und haben sich glänzend bewährt als Anstalten rein gemeinnütziger Art. Wenn ich überhaupt ein Kriterium der Sozialisierung feststellen soll, so dürfte dieses in der Gemeinnützigkeit zu finden sein. Die Bremer Sparkasse aber ist eine rein gemeinnützige Anstalt, also soll man mit der Forderung der Sozialisierung der Sparkassen aufhören, es ist dies nicht mehr als eine Phrase.

Dann ist weiter das Hebammenwesen auf das Tapet gebracht. Soweit ich die Sache habe verfolgen können, habe ich den Eindruck gewonnen, daß die Absicht die war, den dort beschäftigten Frauen eine sichere Existenz zu geben. Das ist doch eine sehr eigenartige Auffassung von der Sozialisierung eines Gewerbes, wenn man die in dem Gewerbe tätige Berufsgruppe zur Beamtenschaft überführen will, um sie in ihrer eigenen Existenz zu sichern. Es mag eine sehr menschenfreundliche Absicht sein, es ist aber nicht die Lösung eines Sozialisierungsproblems. Wenn man im allgemeinen die großen Ziele der sozialistischen Literatur betrachtet, so ist dieses Objekt der Sozialisierung recht eigenartig, und es mutet fast ein wenig lächerlich an, daß das Hebammenwesen in der großen Handels- und Seehandelsstadt Bremen als eins der vornehmsten Sozialisierungsobjekte herhalten muß.

Neuerdings ist in die Debatte geworfen, die Notariate zu sozialisieren; das berührt mich persönlich, denn hier bin ich als Notar sachverständig. Wir haben in Deutschland zwei süddeutsche Staaten, die ein staatliches Notariat haben. Ich betrachte das als ein Ueberbleibsel des Obrigkeitsstaates in der krassesten Form. Denn es ist überall in der Welt die Notwendigkeit erkannt, ebenso wie die freie Advokatur auch das freie Notariat zu schaffen, und in Deutschland haben auch lediglich Bayern und Baden den Versuch gemacht, um die Staatseinnahme zu stärken, diese staatlichen Notariate bestehen zu lassen. Heutzutage wird in Baden gerade von linker Seite gegen dieses System Sturm gelaufen, und in Bayern wird es nicht anders sein. Das liegt im Zuge der Entwicklung, Ablösung veralteter Rückstände in diesen bürokratischen Staaten. Zu gleicher Zeit aber ist es in Preußen als eine Forderung gerade der Partei der Linken erhoben

und durchgesetzt worden, daß das Notariat grundsätzlich ebenso frei sein solle, wie die Advokatur; daß der freien Advokatur auch das freie Notariat entsprechen solle. Im Gegensatz zu dem System vor 1914, wo der preussische Staat darauf ausgegangen war, der Advokatur in einem gewissen Maße das Notariat zu entziehen. Ich glaube deshalb, als besondere Glanzleistung kann dies Sozialisierungsobjekt für Bremen nicht empfohlen werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aus diesem weiten Rahmen der Sozialisierungsprobleme als Rettung für die bremischen Finanzen herauskommen und zu einem konkreteren Gebiete übergehen, das ist das Reich. Sie wissen alle, daß das Reich in einer großen Notlage ist, die dadurch überaus kritisch wird, daß das Reich als solches eigentlich über gar kein Vermögen verfügt. Wenn früher z. B. der preussische Staat große Anleihen aufnahm, so deckte er sie mit seinen Eisenbahnen, die jetzt erst auf das Reich überführt werden sollen, mit seinen Domänen und Forsten, Bergwerkseinrichtungen und ähnlichen Dingen. Hinter dem Reiche stand, wie es jetzt von der Revolution übernommen wurde, zunächst nichts. Und es ist selbstverständlich, daß unser aller Gedeihen davon abhängt, daß das Reich finanziell gekräftigt wird. Und für diese Notwendigkeit darf es keine Grenze geben, keine Grenze auch nicht in der Finanzhöhe der einzelnen Staaten. Und wir mögen es bedauern, aber wir werden uns dem nicht verschließen können, daß im Interesse des Reiches nötigenfalls auch die Finanzhöhe der Einzelstaaten verschwinden muß. Nur etwas müssen wir von unserem Standpunkte aus für Bremen betonen, die Rücksichtnahme, welche wir von dem Reiche erwarten müssen und dürfen, denn der bremische Staat mit seiner großen Schuldenlast, die heute betont wurde, hat durch dieses ausgeworfene Kapital, daß er seinem selbst gewonnenen Kredit verdankte, trotz seiner außerordentlich ungünstigen Lage, und nur auf seine eigene Kraft gestützt, sich seinen Weg zur See zu bahnen und als südlichster Hafen Deutschlands sich zum zweitgrößten Hafen Deutschlands zu entwickeln gewußt. Das sind große Leistungen, die wir aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln bewirkt haben und die letzten Endes dem Reiche zugute kommen. In dem Augenblick also, wo das Reich die gesamte Finanzverwaltung übernehmen würde und auch Bremen dabei seine Finanzhöhe verliert, muß Bremen dem Reich seine Rechnung aufmachen und ihm beweisen, daß diese große Schuldenlast, die heute nur unter Angriffen auf das kapitalistische System herührt worden ist, das Anlagekapital bildet, mit dem es seinen Welthandel aufgebaut hat, und daß Bremen ein Recht hat, daß diese Aufgaben, die es als Reichshandelshafen bisher erfüllt hat, in Zukunft auch vom Reiche erfüllt werden, ebenso, daß Bremen in der Wasserstraßen- und Eisenbahnpolitik vollständige Unterstützung des Reiches findet. Dann besteht die Gefahr, daß Bremen nach seiner Bevölkerung, seinem Territorium, in letzter Beziehung sogar der kleinste deutsche Staat, zu gering bewertet wird, während es vollauf betonen muß,

daß es der zweite Seehafen ganz Deutschlands ist, und nach dem traurigen Ergebnis des Friedens eigentlich der einzige freie Hafen und Handelsplatz, der noch geblieben ist, denn alle anderen deutschen Stromsysteme und Hafenplätze sind mit in fremdländische Verwaltung gekommen. Wir dürfen auch darauf hinweisen, daß Bremen durch den furchtbaren Frieden, der uns aufgezwungen worden ist, am meisten gelitten hat. Es hat seinen Schiffspark verloren, seine Handelsflotte, auf deren Größe und Eigenart es ein ganz besonderes Recht hatte, stolz zu sein. Unsere Handelsbeziehungen sind ferner besonders dadurch bedroht, daß unsere Auslandsforderungen gefährdet und unsere ganze kapitalistische Verknüpfung mit dem Ausland zerrissen ist. Selbstverständlich ist sie vernichtet durch unsere Konkurrenten, die sich die Konkurrenz vom Hals schaffen wollten. Es ist vorhin erwähnt worden, daß der Bremer Name einen Weltruf hätte, das ist wahr. Aber ich möchte auch alle Parteigruppen der Bevölkerung fragen, wem der Bremer Name zu danken ist? Er ist bisher zu danken gewesen der Initiative, dem Unternehmungsgeist des Einzelnen und nicht der Masse. Diesen Unternehmungsgeist des Einzelnen müssen wir erhalten, der wirtschaftlich in keinem Betriebe entbehrt werden soll, noch entbehrt werden kann. Er ist für uns die Grundlage und die Bedingung unserer Existenz. Und nur durch die besonderen Leistungen dieses Unternehmungsgeistes, dem Bremen seine Eigenart zu verdanken hat, wird es möglich sein, daß Bremen aus schwieriger Lage wieder herauskommt, trotzdem es heute seine große Stellung verloren hat und die es wiedergewinnen muß. (Faust: Was wären Sie ohne Masse!) Es ist richtig, ein Unternehmer kann nicht ohne Organe arbeiten. Aber wenn Sie zwei Unternehmen vergleichen, eins, was gut, und eines, was schlecht geht, so werden Sie sehen, daß die Arbeiterschaft in beiden Betrieben mehr oder minder gleichartig ist, der Erfolg gegenüber dem anderen hängt jedoch vom Unternehmer ab. Der Kopf entscheidet und nicht der Arm. Nun ist hier unserem Bremer Unternehmertum, insbesondere der Handelskammer, vorgeworfen worden, daß diese Kreise führender Bremer Wirtschaftsmänner im Kriege das Durchhalten und die Festigkeit im Innern gepredigt hätten. Das haben Sie getan und haben daran recht getan.

Die Frage, ob dieser Krieg zu unterstützen sei oder nicht, wurde zu Anfang des Krieges gestellt. Ich sehe viele Parteien, die sich damals auf dem Boden der Bejahung gestellt haben, nachher aber umgefallen sind. Das ist das Verächtliche. In der Notlage des Vaterlandes hat niemand ein Recht, aus innerpolitischen Rücksichten plötzlich Quertreibereien zu machen. Ist die Nation einmal auf den Krieg eingestellt, dann gibt es für den einzelnen nur die Parole: geradeaus und durch. Und wenn Sie das noch belegt haben wollen, dann haben Sie gerade jetzt nach dem Kriege große Veranlassung, die englischen Staatsmänner zu hören. Was hat Churchill gesagt? „Jetzt können wir es ja einräumen, daß der Erfolg oft nur an einem Faden, an einem ganz

dünnen Faden gehangen hat. Wem aber ist es zu danken? Daß das Volk niemals an seiner Führung irre geworden ist!“ Das sollte auch uns zu denken geben und uns veranlassen, nachzudenken, wie die Zukunft unseres Volkes durch dieses Umfallen im entscheidenden Augenblick in Frage gestellt worden ist. Es sind dann und zwar auch von der uns zunächst stehenden Seite der Linken erhebliche Angriffe gerichtet worden gegen das System, das mit der Revolution vom November niedergebrochen sei. Die 40 Jahre wurden kritisiert, die seit dem Kriege von 1870/71 vergangen waren, und der Staat, der aufgebaut worden war nach jenem Kriege. Mich hat das etwas überrascht, denn wir wissen, daß diese 40 Jahre die Wiege unserer Größe gewesen sind. Das, was wir geworden waren, und weswegen uns die Welt den Krieg angesagt hatte, war doch die Arbeitsleistung dieser 40 Jahre. Daß nun unsere Stellung, die wir uns in 40 Jahren geschaffen hatten, nicht verbesserungsbedürftig wäre, das ist von uns in diesem Hause niemals behauptet worden, es ist jedenfalls niemals die Meinung des bremischen Bürgertums gewesen und des bremischen liberalen Geistes. Denn in diesem Deutschland ist Bremen der freiheitlichste Staat gewesen. (Lachen. Widerspruch.) Das ist auch zu meiner Freude, wie ich glaube, sogar von Herrn Waigand gesagt worden, der den Ruf nach der bürgerlichen Freiheit erhoben hat, die ja gerade wir vertreten. Aber bürgerliche Freiheit wird nur dann sein, wenn es eine Einigkeit der bürgerlichen Klassen gibt, der Klassen der Bürgerschaft als Ganzes, zu dem auch die Arbeiterschaft gehören muß. Denn alles Bürgertum — und hier stehen wir alle an einer Stätte ältesten deutschen Bürgertums — beruht darauf, daß die verschiedenen Gruppen des Bürgertums sich doch als eine Einheit fühlen. Und dieser Geist ist hier in Gefahr, zu schwinden dadurch, daß man die Arbeiterschaft von den übrigen Bevölkerungsgruppen abtrennt. Wer nun kraft seines zahlenmäßigen Uebergewichts lediglich seinen Interessen zuliebe handelt, der handelt gegen den Geist bürgerlicher Freiheit, und für den einzutreten, halten wir uns gerade in diesem Saale für berufen, und darüber gehen unsere Ansichten auseinander. Was nun die Haltung der Arbeiterschaft betrifft, so meine ich, daß, wenn die Arbeiter immer nur Klagen erheben und nur Forderungen stellen und immer nur Vergleiche anstellen mit den höheren Klassen — Herr Waigand hat ja seine sozialpolitische Ueberzeugung auf Grund eines katholischen Flugblattes aus Coblenz gewonnen, es gibt aber auch noch andere Quellen — so möchte ich ihn und seine Freunde darauf hinweisen, daß es vielleicht auch einmal ganz zweckmäßig wäre, die Verhältnisse der Arbeiterschaft anderer Länder mit denen Deutschlands zu vergleichen. Und dann würde man zu Ergebnissen kommen, die zeigen, daß kein Land der Welt bisher soweit in der Arbeiterfürsorge gegangen ist wie Deutschland. (Sehr richtig! — „Huhu!“ b. d. U. S.) Und wer hat da diese Arbeiterfürsorge eingeführt? Diesen Männern ist ja von jener Seite, auch von demokratischer Seite,

heute ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt worden. Ich glaube, daß man diese Fragen hier mit einem wirtschaftlichen Grundsatz beantworten kann, nämlich dem der Arbeitsteilung. Es ist selbstverständlich: Jeder wirtschaftliche Betrieb macht Hände notwendig und macht Köpfe notwendig, und das erfordert eine gewisse verschiedene Disposition, das ist selbstverständlich. Aber dann wird ein Organismus zerrüttet, wenn die einzelnen Teile nicht mehr mit und für einander arbeiten, sondern gegeneinander; das ist verderblich. (Zuruf: Wie ist es mit dem Gewinn?) Wie es mit dem Gewinn ist? Ich bin jetzt hier nicht auf einem nationalökonomischen Lehrstuhl, sondern will nur ganz allgemein sagen, daß das Aufkommen einer Volkswirtschaft davon abhängt, wie groß die Arbeitsleistung ist. Das ist die Frage, daß die möglichst große Arbeitsleistung herausgeholt wird; und wenn das geschieht, dann hat man auch Güter zur Verteilung übrig. Jede Lohnerhöhung wird allerdings völlig imaginär, so lange wir keine Produktion haben. Denn was wir heute treiben mit der dauernden Schaffung neuer Papierzettel, davon wird niemand satt, und deshalb wird man auch später von den Segnungen der Lohnerhöhungen nicht viel bemerken. Ich habe in letzter Zeit mein Augenmerk auf die Sparkassenbewegung gerichtet. Und da ist es doch merkwürdig, daß während die Bevölkerung darüber klagt, daß sie Not leidet, die Einlagen so gestiegen sind. Die Einlageziffern der Sparkasse sind so eigenartig, daß ich sie mit Genehmigung des Herrn Präsidenten verlesen möchte: Bei der Sparkasse in Bremen betrugen die Einlagen am 1. Januar 1916 133,9 Millionen, 1917 143,2 Millionen, 1918 166,5 Millionen, 1919 207,2 Millionen und sind am 1. Juli 1919 auf 219,7 Millionen gestiegen. (Zuruf: Kriegsgewinne!) Durch Zahlen allein werden die Leute nicht satt. Um eine Ware zu beschaffen, muß man den Wert berechnen, der allgemein angeboten wird. Und wenn Sie immer mehr Geld geben, so bekommt die Bevölkerung doch kein bißchen mehr Ware, Waren aber können nur dadurch mehr erzeugt werden, daß mehr gearbeitet wird.

Die Demokraten haben durch den Mund des Herrn Wenhold erklärt, daß die bisherige Tätigkeit dieser Partei eine solche sei, über die man billigerweise jedes Urteil erwarten könne. Er hat die eigene Selbstlosigkeit im schönsten Lichte gemalt. Was im übrigen seine Klagen betrifft, glaube ich aber, daß er die Härten des politischen Lebens gar zu sehr ausschalten will. Auch für uns von der Rechten ist es durchaus erwünscht, daß Ordnung geschaffen wird, und jede Partei, die heutzutage Ordnung schafft, verdient sich den Dank des Vaterlandes. Eins ist dabei festzuhalten: jede Partei, die eine politische Richtung einschlägt, muß daraus die Konsequenzen ziehen. Weil Sie diese Kritik hervorgerufen haben, so müssen Sie auch geschehen lassen, daß man sie offen ausspricht: wenn eine Partei beiläufigerweise eine Politik macht, die zu dem Friedensschluß in Versailles führt, dann kann sie nicht im letzten Moment aus der Regie-

rung austreten und andern die Verantwortung überlassen und danach wieder kommen und sagen, sie wolle jetzt wieder in die Regierung eintreten. Wenn man eine solche Haltung eingenommen hat, dann muß man sich auch die Kritik gefallen lassen, dann darf man es keiner andern Partei verdenken, wenn sie diesen wunden Punkt angreift. (Zuruf b. d. D.: Agitation!) Ich glaube, wir sind agitatorisch von allen Parteien am wenigsten belastet. (Unruhe. Präsident: Ich bitte um Ruhe!) Soviel zur Abwehr der Angriffe.

Ich möchte mich zum Schluß sehr kurz fassen. Die augenblickliche Aufgabe, die wir alle haben, ist die für uns: es hat schon verschiedene Epochen in der deutschen Geschichte gegeben, wo wir eine ähnliche Erschöpfung des Volksorganismus gehabt haben, und zwar beide Male nach großen Kriegen, nach dem dreißigjährigen Kriege und nach dem siebenjährigen Kriege, aber vielleicht ist die Belastung, die unserm Volk und unserer Volkswirtschaft auferlegt ist, diesmal noch größer als damals, weil sie raffinierterersonnen ist. Und es ist durchaus nicht ausgemacht, wie man heute aus den Kreisen der Reichsregierung immer betont, ein Volk von 70 Millionen könne nicht vernichtet werden. Es sind noch viel größere und ganz andere Völker im Laufe der Geschichte vernichtet worden. Und das möchte ich auch gerade denen sagen, die stets erklären, die Arbeiterinteressen zu vertreten. Wir sind über die Zukunft der Arbeiterschaft vielleicht mehr in Sorge als Sie. (Lärm und Gelächter links. Präsident: Ich bitte um Ruhe, ich kann den Redner nicht hören!) Nicht auf sozialistische Programme kommt es an, sondern darauf, daß die Volkswirtschaft wieder in Gang kommt, daß jeder einzelne Betrieb auch wieder in Gang kommt und sich entwickeln kann, und dann wird auch der Arbeiter sein Auskommen davon haben. Es ist nicht möglich, von irgend einem imaginären Punkt aus die Arbeiterfrage zu lösen. Wird das deutsche Kapital vollständig unterbunden und zu Boden geworfen, so ist in erster Linie der Arbeiter der Leidtragende. Das sind Tatsachen, die auch Sie berücksichtigen müssen. Die Aufgabe, die uns gestellt ist, läßt sich nicht anders als durch die Worte aussprechen: Unermessliche Arbeit erwartet uns! Diese Arbeit des deutschen Volkes wird durch Jahrzehnte geleistet werden müssen, wenn das deutsche Volk sich je wieder erheben soll. Jeder hat seine Pflicht zu tun und bei dieser Arbeit selbst mit Hand anzulegen. Jeder, der das verhindert, hat eine unendliche Verantwortung auf sich geladen. Wird dieser Arbeitsprozeß gestört, dann wird das zu nichts anderem führen als zur Zersetzung der Volkswirtschaft und zum Untergang des deutschen Volkes. Und wenn das eintreten sollte, dann brauchen wir uns allerdings um Finanzprobleme nicht mehr zu kümmern! (Lebhafter Beifall rechts.)

Frau Harder (M.-S.): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Wenn rechts und links der auf-

richtige Wille für Bremens Wohl vorhanden ist, wenn uns bei unseren Arbeiten eine heiße Liebe für unser gesamtes Volk leitet, dann wird es uns möglich sein, so verschieden unsere Anschauungen auch sein mögen, uns auf einer Linie zusammenfinden zu können, die zum Aufstieg führt. Das alte vor dem Kriege herrschende System hat uns zum Konkurs geführt. Soll unser Wirtschaftsleben gesunden, so müssen wir nach einem neuen System neu aufbauen. Das kann nun nicht heißen, daß wir erst alles niederreißen, und, wie mir kürzlich eine Kommunistin gesagt hat, auf einem Trümmerhaufen aufbauen, sondern wir müssen am alten Gebäude die allernötigsten Verbesserungen schaffen und daneben auf neuem Land ein neues Gebäude beginnen, welches vielleicht erst eine neue Generation vollenden wird. Wir wollen das aber nicht so machen, daß wir schadhafte Stellen mit einer Tapete überkleistern, sondern daß wir scharf alles, schonungslos alles schadhafte ausmerzen, aufdecken, was nicht dem Wohle des Ganzen dient. Wenn es auch schmerzhaft sein mag, wenn die Bedrohten dann schreien, das soll uns nicht kümmern, unseren geraden Weg zu gehen, denn wir wollen letzten Endes nichts anderes als die Gesundung des Volkskörpers fördern. So und nicht anders sollte eine Kritik hier aufgefaßt werden.

Wir Frauen, die man ins Parlament schickt, nicht nur um Fraueninteressen zu vertreten, sondern auch um den Staat in seiner Gesamtheit sich zu kümmern, denn auch unsere Söhne sind Glieder dieses Staates, haben doch auch noch ganz besondere Wünsche, die uns besonders betreffen. Da ist vor allem das Wichtigste der Schutz der Mutter und des Kindes. Ein Staat, der dies wohl beachtet, der für diesen Schutz keine Mühen und Kosten scheut, der lieber andere, an sich nicht unberechtigte Forderungen zurückstellt, handelt klug. Daß dieses bisher geschehen ist, können wir nicht finden. Unzulänglich, vielmehr als nötig, unzulänglich ward dieser Schutz den Lebensspenderinnen. Ungeheure Opfer fielen auf den Schlachtfeldern der Mütter, die vermieden werden konnten und die in Zukunft, wir Frauen fordern dies, vermieden werden sollen. Wenn wir Frauen früher von dem kleinen Raum dort oben gar manches mal sahen und hörten, wie es nicht gemacht werden sollte, so verkennen wir auch nicht, daß wir hier noch viel zu lernen haben. Aber eines werden Sie sicher erfahren, ich weiß nicht, ob ich von allen Frauen dieses Hauses so sprechen kann, ich hoffe es, von uns Sozialdemokratinnen weiß ich es, daß wir mit aller Energie für den Schutz der Mutter und des Kindes eintreten. Das Werk ist so groß und umfaßt in seiner Gesamtheit so viele Gebiete, daß allergrößte Sparsamkeit in weniger wichtigen Dingen erforderlich ist, wollen wir ihm auch nur annähernd gerecht werden. Man sagt uns Frauen nach, daß wir nur nach dem Gefühl urteilen. Es ist wohl nicht das Schlechteste an uns. Jede Frau aber, die im öffentlichen Leben steht, sollte wissen, daß damit allein nichts getan ist, sondern daß ein offenes Auge, klarer

nüchterner Verstand sich dazu gesellen muß, um etwas Brauchbares zu schaffen. Dem Gesundheitswesen wollen wir besondere Aufmerksamkeit widmen. Hier ist schon viel Gutes geschehen, das verkennen wir nicht, wir wollen jedoch bei der nächsten Budgetberatung einmal vergleichen, ob nicht der Einfluß der parlamentarischen Frau zu spüren war. Sie werden sich dann überzeugen, daß Sie den Staat um viel Wertvolles betrogen, als Sie die Frau ausschlossen. Wir sind nicht befriedigt, wenn für Säuglings- und Schwangerenfürsorge nur 18 000 M. ausgesetzt werden, und wenn es auch bald doppelt so viel ist, als im Jahre 1917. Wir behalten uns vor, zur gegebenen Zeit irgendwie Anleihen zu machen, sobald wir es für nötig halten sollten. Wir werden die Tuberkulosebekämpfung, die Wohnungsfürsorge fördern, wir werden schulärztliche Untersuchungen verlangen, der Fortbildung des Hebammenwesens, der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten unsere ganze Aufmerksamkeit widmen. Wir werden vielmehr Aufklärungsarbeit als bisher fordern und vor allen Dingen werden wir bei der Behandlung der Prostituierten die Art an altes verknöchertes Mannesurteil legen, das Sünder und Richter in einer Person duldet. Herrn Dr. Gildemeister erscheint es lächerlich, wenn wir das Hebammenwesen verstaatlichen wollen. Ich kann ihm nur sagen, daß wir es nur im Interesse der Volksgesundheit wünschen. Nicht jede Frau ist in der Lage, sich im Dämmer Schlaf entbinden zu lassen, wie es heute nur oft reiche Frauen können. Wir wollen unseren Frauen alle möglichen Verbesserungen schaffen, und dazu gehört, daß das Hebammenwesen auf die höchste Stufe gebracht wird. Wir werden dem besten, was wir haben, unsern Kindern, jetzt mehr darbieten können als früher. Sonne sollen sie mitbringen bei ihrem Eintritt ins Leben, Sonne soll dem Säugling leuchten, wie dem Heranwachsenden, und nicht mehr wollen wir es dulden, daß kleine Kinderfäule am frühen Morgen vor der Schulzeit sich müde laufen von Tür zu Tür, daß kleine Kinderhände rauhe Arbeit verrichten müssen, während gleichaltrige umjorgt und umherzt von Mutterliebe, die mit vollen Händen geben kann, so erzogen werden, daß sie Sonnenkinder bleiben. Das Kinderschutzgesetz muß zur Geltung kommen. Man spricht von der Verrohung der Jugend, und wir werden dem entgegenarbeiten. Dazu sind Geldmittel nötig, wir wissen es. Aber wie sollen wir allgemein Erfolg haben, wenn nur in Arbeiterkreisen diese Verrohung gesucht wird, wenn noch immer in den Kreisen, welche Bildung und Gesittung als ihr Spezialgebiet ansehen, solche Roheiten gefördert werden! Ist es nicht ein Zeichen, das wir wohl zu beachten haben, wenn in der Gegenwart von Vertretern der Arbeiterschaft ein alter, sicher verdienstvoller Herr, Akademiker, von seinem nahezu gleichaltrigen Pförtner zu sagen wagt: Der Herr hat ja nichts zu tun! wenn man ihn aufmerksam macht, daß er von 6 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends keine Ablösung hat. Wir wollen diesen Fall nicht tragisch nehmen, nur kennzeichnen wollen wir

es, daß nun bald acht Monate nach der Revolution noch immer nicht begriffen wird, daß der Pfortner einer Anstalt genau so wenig ein Kerl ist, wie der Herr Anstaltsdirektor selber. Also die Erziehung der Jugend zu wahrer Sittlichkeit in allen Kreisen wird zu den Geldaufwendungen noch manche Strunde der Erziehung kosten, und wir werden diese Stunden opfern. — Der Schule gilt unsere Fürsorge, an ihr darf nicht gespart werden. Sie ist ein wichtiger Faktor auch bei dem neuen Aufstieg unseres Volkes, an den ich zuversichtlich glaube. Die Einheitschule muß zur Tat werden. — Nicht durch religiöse Einflüsse können wir eine Neubelebung erfahren, so wenig wie wir sie dem unmöglich machen wollen, der sie wünscht, sondern nur, wenn wir alle ethischen Kräfte unseres Volkes wachrufen. Wir leben in einer neuen Zeit. Die Arbeiterschaft wird sich nicht zurückdrängen lassen in das alte Joch. Weder der freie Arbeiter, noch die immer noch unfreie Hausangestellte wird sich von dem Wege, der zum Gipfel der Kultur führt, fortziehen lassen. Aber dieser Gipfel ist schwer zu erreichen, und nur, wenn wir alle mit allen aufwärts wollen, wenn das ganze Volk teilnimmt an unserem Lösungswort „Arbeit“, wenn jeder das Wort Arbeiter als einen Ehrennamen ansieht, wenn jeder das Menschentum des Nächsten achtet, wenn niemand für sich die Mittel des Staates mehr in Anspruch nimmt, als sich mit seinen Leistungen für den Staat vereinigen läßt und als er seinem Nebenmenschen zugesteht. (Zuruf.) Dann erst wird unser Volk aus der Not herauskommen, aus der wirtschaftlichen sowohl als aus der geistigen, in die man es gestürzt hat. Wir lieben unser Vaterland, und mag es nun für den einen den Weltkreis umfassen oder für den andern der Inbegriff Bremen heißen, wenn jeder nur an seinem Platz seine Pflicht tut, dann geht der Weg vorwärts und aufwärts.

Stadtdirektor Bede (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den Ruf nach gemeinsamer Arbeit stimmen wir mit den Parteien dieses Hauses überein. Nur gemeinschaftliche Arbeit und gemeinschaftliches Vertrauen kann uns, kann Bremen und unser deutsches Volk wieder aus der Tiefe, in der wir uns befinden, hochführen. Die Arbeit und die Achtung vor der Arbeit darf sich aber selbstverständlich nicht beschränken auf die Arbeit der Hände, sondern sie muß sich auch ausdehnen auf die Arbeit des Kopfes, auf die Geistesarbeit. Wie wir die körperlich schwer arbeitenden, die Arbeit der Hände achten, so müssen wir auch fordern, daß man auf der andern Seite der Arbeit des Kopfes die notwendige Achtung entgegenbringt.

Mit ganz wenigen Worten will ich auch eingehen auf die Äußerungen, die uns von der Rechten zum Vorwurf gemacht sind. Es wurde gesagt, daß wir uns den Vorwurf gefallen lassen müßten, daß wir uns der Konsequenz der von uns mitgemachten Politik im Deutschen Reiche entzogen hätten, indem die demokratische Partei im Reiche die Unterzeichnung des

Friedens abgelehnt habe. Aber, meine Damen und Herren, diejenigen, die den Vorwurf erhoben haben, möchte ich fragen, was sie denn für das Richtige gehalten hätten? Sollte die demokratische Partei, die den Friedensvertrag für unerträglich hielt, sollte sie den Frieden unterzeichnen, nur deswegen, weil sie in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Sozialdemokraten die Grundlage gegeben hatte zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des deutschen Volkes? Dieser Vorwurf fällt in sich zusammen. (Zuruf: Es handelt sich darum, sich als Patriot hinzustellen.) Wir sind Patrioten, genau so wie Sie. Wir lehnen es nur ab, dies fortgesetzt zu betonen. Wir wollen deutsche Politik treiben mit allen deutschen Volksgenossen, wollen unser deutsches Volk wieder hinaufbringen, aber nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir allein Deutsche sind. Wir führen nicht das Wort national fortgesetzt im Munde, wir sind nicht nationalistisch. (Zuruf.) Wir müssen, wenn wir im deutschen Land vorankommen wollen, vor allen Dingen eins verlieren, woran die Vergangenheit sehr stark gekrankt hat, eine Krankheit, die wir auch im Bremischen gefühlt haben, das ist der Partikularismus, der im deutschen Volke geherrscht hat, der uns viel hat gegeneinander arbeiten lassen. Ich nehme hier eine Notiz aus der Nationalversammlung vom 22. Juli, die mir besondere Veranlassung gibt, heute noch einmal das Wort zu nehmen. In diesem Artikel, in dem über § 18 der Reichsverfassung verhandelt wird, hat der preußische Minister seine ausgesprochen, daß ein gesundes Streben zum Unitarismus auch in dem heutigen Deutschland möglich und unterstützungsbedürftig sei. Auch Preußen sei bereit, diesem Streben Opfer zu bringen im Interesse der Vereinheitlichung. Preußen sei nicht abgeneigt, im Interesse der Vereinheitlichung preußische Gebietsteile herauszugeben und sei in dieser Absicht bereits mit Hamburg und den thüringischen Staaten in Verhandlungen getreten. Sie wissen alle, daß für die Zukunft des selbständigen Bremens es notwendig sein wird, auch das bremische Staatsgebiet auszuweihen. Und ich halte es für unbedingt erforderlich und notwendig, daß diese Verhandlungen, die Bremen mit seinem preußischen Nachbarstaate hierüber zu führen hat, recht bald aufgenommen werden. Meine Damen und Herren! Der starke Partikularismus, der auch hier ganz besonders bei uns in der nordwestdeutschen Ecke herrscht, muß aufhören. Ich habe mir erlaubt, in Verbindung mit den übrigen Bremerhavener Vertretern einen Antrag vorzulegen, den der Präsident am Eingang der Sitzung verlesen hat, und den wir mit der Budgetberatung verhandeln wollen. Meine Damen und Herren! Mit wenigen Worten lassen Sie mich nur darauf hinweisen, daß der Staatsvertrag von 1904/5, den Preußen mit Bremen geschlossen hat, das Urbild des Partikularismus, die einseitige Vertretung der Interessen zweier deutscher Bundesstaaten gegeneinander ist. Und, meine Damen und Herren, wir hätten glauben können, daß dieser Partikularismus, der das deutsche Wirtschaftsleben hier aufs

äußerste geschädigt hat, jetzt wenigstens aufgehört hätte. Aber das ist nicht der Fall. Heute, meine Damen und Herren, unter der Regierung, die vom Volke gewählt ist in den Einzelstaaten, ist dieser Partikularismus ich möchte sagen, stärker als je. Ich werde auf die Einzelheiten bei der Behandlung des Antrages zurückkommen. Ich habe aber einen Wunsch; wir halten es für notwendig, daß diese Verhandlungen zwischen den Bundesstaaten recht bald aufgenommen werden, und da habe ich vor allem den Wunsch, daß auch die Nationalversammlung bei diesen Verhandlungen rechtzeitig, von Anfang an mitwirken kann. Es fehlt nach meiner Ueberzeugung in unserer Nationalversammlung noch ein Ausschuß, der unbedingt notwendig ist, der sich mit den auswärtigen Angelegenheiten des bremischen Staates befaßt. Meine Damen und Herren! Nach meiner Ueberzeugung ist die Nationalversammlung dazu da, diese Verhandlungen zu führen, und darum müßte ein solcher Ausschuß auch von der Nationalversammlung geschaffen werden. Wir müssen wissen, was im bremischen Staate vorgeht, wir müssen wissen, daß die Vertreter des bremischen Staates, sowohl wie die Gesandtschaft wie die Vertreter im Staatenausschuß, im bremischen Interesse arbeiten.

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort lassen Sie mich sagen zu der Bodenpolitik, die auch von einigen meiner Vorredner erwähnt worden ist. Ich stimme mit den Herren Vorrednern darin überein, daß im bremischen Staate die Bodenpolitik auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden muß. Da liegt ein Vorwurf, der gegenüber dem bremischen Staat mit Sicherheit erhoben werden kann, besonders bei uns in Bremerhaven, wo der bremische Staat mit seiner Bodenpolitik eine Bodenpekulation gezüchtet hat, eine ungesunde Bodenpekulation, die der Anlaß gewesen ist zu einer ungeheuerlichen und ganz unerträglichen Verteuerung des Bodens. Wir hoffen, daß der bremische Staat mit seinem großen Grundbesitz, den er bei uns in Bremerhaven noch hat, eine neue, bessere Bodenpolitik einschlagen wird. Wir hoffen, daß wir die Unterstützung der Regierung, die Unterstützung des Senats und der Nationalversammlung finden werden, wenn es jetzt notwendig sein wird, das Leben an der Unterweser in der bremischen Gemeinde auf eine ganz neue Grundlage zu stellen. Meine Damen und Herren! Die deutsche Handelsflotte, die unsere Häfen bevölkert hat, ist nicht mehr. Der deutsche Seemann, der auf dieser Handelsflotte sein Brot fand, muß sich zu einem großen Teil nach andern Berufen umsehen. Da wird es notwendig sein, zu prüfen, wie die gewaltigen neuen Hafenpläne, die noch der Ausführung harren, auf Grund der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse umgestaltet und neu begründet werden. Dazu bitte ich um die Mitwirkung, um die Hilfe der Nationalversammlung im Interesse der Zukunft Bremerhavens! (Beifall.)

Klawitter (U. S.): Meine Damen und Herren! Der Berichterstatter des Haushaltsausschusses hat

uns einen großen Bericht vorgetragen, aus dem hervorgeht, daß unser Budget hoch belastet ist. Er hat dann gemahnt, daß wir unsern guten Herzen nicht die Zügel schießen lassen sollen, besonders mit Rücksicht auf verschiedene Anträge, die von unserer Seite gestellt worden sind. Meine Damen und Herren! Das ist der Unterschied zwischen den Herren von rechts, besonders Herrn Hormann, und uns, daß die Herren Hormann und Genossen während des Krieges Anträge hier angenommen haben, die uns in die jetzige Lage gebracht haben, die uns belastet hat in einer Weise, die man früher nie für möglich gehalten hat, und an deren Folgen in bezug auf die Kostendeckung die Herren nie gedacht haben. Sie haben ohne Nachdenken darauf los bewilligt und haben damals so schöne Worte gesagt, es wäre unsere Pflicht, zu sorgen, daß für die Leute, die durch den Krieg geschädigt worden sind, die Verwundeten, die Nachkommen, die Kriegsbeschädigten, später ausreichend gesorgt werden solle. Jetzt sorgen wir auf der Linken dafür, die Anträge, die wir eingebracht haben, haben gar keinen andern Zweck, als diese Verpflichtungen einzulösen, die die Herren da drüben eingegangen sind. Damals haben sie alle diese schönen Worte im Munde geführt, während sie sich heute sträuben und sagen, wir sollten unser gutes Herz im Zaum halten. Meine Damen und Herren! Gerade Herr Hormann, der uns das vorhält, gerade er ist es gewesen, der vor noch ganz kurzer Zeit — es ist eben über ein Jahr her — Reden gehalten hat, die dazu geführt haben, daß derartige Bedingungen uns jetzt auferlegt werden konnten. Gerade er ist es gewesen, der in einer Rede, die ich hier vor mir liegen habe, gesagt hat:

Wenn man uns Annerionisten schilt, so gibt es für uns keinen schöneren Ehrentitel als diesen, weil damit zum Ausdruck gebracht wird, daß wir für die Sicherung unseres lieben deutschen Vaterlandes für alle Zeiten mit allen Kräften eintreten wollen. Und wenn von uns darauf hingewiesen wird, meine Damen und Herren, daß wir im Westen uns Gebiete aneignen sollten, die für unsere Industrie außerordentlich wichtig sind, wenn wir immer wieder hinweisen auf das Erzbecken Briey und Longwy, das wir für unsere Industrie so notwendig brauchen, weil wir wenige Jahrzehnte nach dem Kriege ohne dieses Erzbecken überhaupt nicht mehr einen solchen Krieg durchkämpfen können, da wir in Deutschland nicht mehr lange über das nötige Erz verfügen — dann muß und soll jeder gute Deutsche das Recht haben, zu sagen, daß es Deutschlands heiligstes Recht und Deutschlands heilige Pflicht ist, das zu nehmen, was es für seine Zukunft braucht.

Er schließt dann: Nieder mit England! Meine Damen und Herren! Die Engländer brauchen sich nur diese Broschüre herzunehmen und sagen: So müssen wir den Frieden mit Deutschland machen! Sie brauchen sich also gar nicht so sehr darüber aufzuregen, wenn solche Be-

dingungen uns auferlegt werden. In bezug auf die Finanzen möchte ich noch sagen: entgegen den Ausführungen von rechts stehen wir auf dem Standpunkt, daß diese Finanzmisere nicht nur eine bremische Finanzfrage, nicht nur eine Reichsfinanzfrage, sondern eine Weltfinanzfrage ist. Es ist ganz undenkbar, daß ein kleiner Ort wie Bremen die Last auf sich nehmen kann. Bremen muß als selbständiger Staat verschwinden und muß ein Teil Deutschlands werden. Nur dadurch wird auch das Wohl Bremens gefördert werden. Was nun die Ausführungen unserer nächsten Freunde von rechts, besonders des Herrn Waigand, betrifft, so ist daraus zu ersehen, daß die Grundsätze, die sie heute proklamierten, die gleichen sind, die die Mehrheitssozialisten am Anfang des Krieges am 4. August vorgetragen haben. Er hat weiter gesagt, wir müßten für das deutsche Volk sorgen, usw. Wenn er so etwas ausspricht, dann wird er sich immer in einen Gegensatz zu den Proletariern der ganzen Welt stellen. (Zuruf von Waigand.) Zu dem Augenblick, als Sie sagten: Wir stehen zu unserm Volke! da haben Sie den Grundsatz aufgegeben: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!, da waren Sie nicht mehr internationale Sozialisten, da haben Sie die Grundsätze des Sozialismus verleugnet, und das ist von großem Schaden für das deutsche Proletariat und für die ganze Welt gewesen, darüber kommen Sie nicht hinweg. Mit den Mehrheitssozialisten ist es so: sie haben einsehen müssen, daß ihre Politik in bezug auf den Krieg falsch war, ihre Voraussetzung, daß das deutsche Volk siegen würde, hat sich nicht erfüllt. Ich habe mich immer auf den Standpunkt gestellt, daß ich nicht Deutscher bin, sondern Mensch! (Unruhe rechts), und da betrachte ich die Sache viel vorurteilsfreier, da habe ich einen viel freieren Blick. Und der Arbeiter darf gar keinen anderen Standpunkt haben als den: es gibt eine Welt, und darin gibt es ein kleines Deutschland! Und mit dieser Meinung sind die Arbeiter auf dem rechten Wege geblieben, und das haben unsere Freunde von rechts vergessen, indem sie sich auf den nationalen Boden gestellt haben und damit zu der Politik geführt haben, die uns jetzt in diese Not gebracht hat. Wenn Sie diese Einsicht gehabt hätten während des Krieges und nicht erst, als der Krieg verloren war, wenn Sie sich nicht getäuscht hätten in bezug auf das monarchische Gefühl des Volkes und in bezug auf die Möglichkeit, in Deutschland überhaupt eine Revolution durchzuführen, dann ständen wir heute anders da. Und als Sie sahen, daß Sie sich geirrt hatten, da hätten Sie zurücktreten müssen. Sie waren aber nicht groß genug dazu, Sie konnten nicht einsehen, daß Sie eine falsche Politik getrieben hatten. Sie waren belastet wie alle andern Parteien, Sie waren belastet mit der Kriegsschuld gegenüber der Arbeiterchaft und gegenüber der Welt! Weil Sie sich an die Spitze stellten, deshalb haben wir den Frieden, den wir jetzt bekommen haben. Sie waren belastet gegenüber dem Ausland und besonders gegenüber der ausländischen Arbeiterchaft. Sie waren genau daselbe wie Wilhelm II. Sie

haben den Krieg genau so geführt wie die Monarchisten, wie Herr Dr. Diez, wie Herr Hormann, mit denselben Prinzipien. Sie sagten: Wir müssen siegen, es gibt nichts anderes, da werden alle Mittel verwandt. Sie haben kritiklos die Milliarden nach einander bewilligt. Wie sie angewandt wurden, ob für den Ubootkrieg oder in irgendeiner anderen Art und Weise, daran haben sie keine Kritik geübt. Ob ein Friede geschlossen wurde wie in Brest-Litowsk, war ihnen ganz egal. Sie haben gesagt: Das deutsche Volk muß siegen. Ihnen ging nicht die Menschheit obenan, sondern die Deutschen. Das war das Falsche. (Widerspruch.) Der Präsident tritt um Ruhe.) Wenn nicht die Mehrheitssozialisten an die Regierung gekommen wären, sondern die U. S., die mit allen diesen Sachen nicht belastet waren, die U. S. hätten sich nach der Seite umgesehen, die ihnen am nächsten lag. Das war Rußland. Mit dem hätten wir uns verbunden und dann wäre es keinem Arbeiter mehr eingefallen auf der andern Seite, gegen diese Koalition zu marschieren. Dann hätten wir das, was wir jetzt in Ungarn sehen, daß die amerikanischen, die englischen und französischen Soldaten nicht mehr eingreifen wollen, vorher gehabt. Wenn die ausländischen Arbeiter sehen, daß in Deutschland die Herren an der Regierung sind, die so gewirtschaftet haben während des Krieges, dann sagen sie sich: es geht weiter so wie während des Krieges, wir müssen Deutschland binden, müssen Deutschland wirtschaftlich unterbinden, daß es nicht mehr kann, müssen ihm alles nehmen. Das ist der selbstverständliche Gedanke. Das wäre anders gewesen, wenn das Ausland gesehen hätte, da sind Leute, die wirklich in Deutschland Remedur schaffen wollen, damit wirklich das, was Deutschland anhaftet vor der ganzen Welt, was die ganze Welt gegen es aufgebracht hat, verschwindet. Wenn das deutsche Volk diese Regierung bekommen hätte, hätten sie sich gesagt: das ist eine wirkliche Umkehr in Deutschland. Nach dem was vorgegangen ist, ist das nicht der Fall. Leider waren die Mehrheitssozialisten in der Lage, sich an die Spitze zu stellen. Sie waren dazu in der Lage dadurch, daß sie Zeitungen usw. hatten. Das ist die Geschichte. Ein proletarischer Friede und ein Friede, wie wir ihn jetzt haben, sind himmelweit unterschieden. Ich will Ihnen das an einem kurzen Beispiel, das Ihnen allen vor Augen schwebt, zeigen. Wenn ein proletarischer Friede abgeschlossen worden wäre, hätte es kein Scapa Flow gegeben. Da hätte man sich gesagt: Jetzt, wo wir Rohstoffe gebrauchen, wäre es keinem Menschen eingefallen, die deutschen Schiffe zu versenken, da hätte es geheißen bei einem Friedensschluß zwischen Sozialisten: Da ist Material, das kann gebraucht werden. Ich habe damit nur eine Richtschnur gegeben, wie weit ein proletarischer Friede und ein monarchistischer Friede, wie wir ihn jetzt haben, sich unterscheiden.

Herr Wenhold hat gesagt, der proletarische Staatsgedanke müsse durchgeführt werden, es sei Ihr Bestre-

ben: gemeinsame Arbeit aller für alle. Das ist gar nicht anders denkbar als auf sozialistischer Grundlage. Aber diese sozialistische Grundlage lehnt Herr Wenhold ab. In der Arbeiterschaft ist dieser Gedanke lebendig und Sie werden die Arbeiterschaft nicht eher wieder zur Arbeit bringen, bis dieser sozialistische Gedanke durchgesetzt ist. Warum haben denn die Bergarbeiter gestreikt? Welcher Gedanke lag diesem großen Streik, der durch ganz Mitteldeutschland, vom Ruhrgebiet nach Breslau sich fortpflanzte, zu Grunde? Das war der Gedanke: Für die Kreise, für die wir gearbeitet haben vor dem Kriege, für die wir alle schuften mußten, in deren Interesse der Krieg geführt wurde, die dann gleich nach Spa gingen und für sich was herausholen wollten, für die sollen wir jetzt noch weiterarbeiten? Da soll keine Aenderung eintreten? Die Bergwerke, die doch Nationaleigentum sind, der Grund, die Erze darin gehören dem Volke, nicht Stinnes, wir wollen für das Volk die Erze herausholen und wollen für das Volk arbeiten, aber keinen Tag länger mehr für diese Leute. Dieser Grundgedanke geht durch die ganze Arbeiterschaft. Das ist der Grund, warum nichts getan wird in den Fabriken. Das hat sich festgesetzt in der Arbeiterschaft. (Zurufe: Leider!) Ja, Sie haben guten Grund. . . (Der Präsident bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen.)

Herr Wenhold sagt, daß der Partikularismus befördert werden muß, stärker als vor dem Kriege. Auch sein Freund Bedé sagt dasselbe. Aber beide haben sie Forderungen aufgestellt, die das Gegenteil von dem waren. (Wenhold: Da haben Sie nicht aufgepaßt! — Der Präsident bittet, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Wir haben jetzt einen gemeinsamen Vertreter der drei Hansestädte, er verlangt einen besonderen Vertreter, dasselbe Herr Bedé. Es müßten also Gründe dafür vorhanden sein, daß dieser Partikularismus doch gefördert wird. Das ist der Fall bei den mitteldeutschen Staaten, weil man möglichst los will von Preußen, von den Mächten, die leider auch jetzt noch in Berlin herrschen. Das ist der Gedanke gerade in Thüringen und Mitteldeutschland. In Süddeutschland lebt man etwas freier, da ist ein freierer Wille. Darum wird man gezwungen, sich auf eigene Füße zu stellen, weil man sich sagt: Wir können etwas mehr Freiheit haben, als wenn wir in den großen Staaten untergehen.

Herrn Bildemeister will ich kurz erwidern. Er hielt wohl für durchschlagend, daß er sagte, die Notariate seien früher staatlich gewesen und seien es noch in zwei deutschen Staaten, man sei dazu übergegangen, freie Notariate einzurichten. Ja, das ist für einen Sozialisten doch ganz erklärlich. Wer hat ein Interesse daran, daß die Notariate frei sind? Daran hatten die Söhne der Herrschenden und die Herrschenden selber ein Interesse, denn es ist ein sehr einbringliches Geschäft, das ausgeübt wird von den Söhnen der Herrschenden. Das ist der Grund, während wir sagen: Es ist Aufgabe des Staates, derartiges auszuüben, daraus sollen nicht Privatleute Vorteil ziehen. So liegt es doch. Dann sagt er weiter,

daß es darauf ankomme, die Arbeitsprodukte richtig zu verteilen. Auf dem Standpunkt stehen wir auch, aber wir stehen zugleich auf dem Standpunkt, daß das vor dem Kriege nicht geschehen ist, während des Krieges nicht geschehen ist und auch heute noch nicht geschieht, auch keine Anstalt getroffen wird, daß es sich ändert. Die Sache liegt eben jetzt so: Wenn ich die Arbeitsprodukte ins Auge fasse, so denke ich daran, daß das, was die Volksgemeinschaft erarbeitet (der Präsident bittet wiederholt um Ruhe) alles gleichmäßig verteilt werde. Da kommen die Nahrungsmittel in Frage, zum anderen die sonstigen Unnehmlichkeiten des Lebens, z. B. Kunst usw. Wir werden Ihnen ja Gelegenheit geben, während der Budgetberatung Ihr gutes Herz zu zeigen, es zu ermöglichen, daß die Kunst allenthalben an allen möglichen Orten dem Volke geboten wird. Das Problem ist, sagt er, daß die Arbeitsprodukte richtig verteilt werden. Ich will ein kurzes Beispiel geben und damit will ich schließen. Jetzt ist es so: Wenn ein Schwein geschlachtet wird, kommt der Schinken nach dem Partiviertel hin in das Haus, wo eine Madame wohnt, die sechs Mädchen zur Verfügung hat, die noch nie einen Löffel Stiel angefaßt, während die Knochen nach der Frau kommen, die sechs Kinder hat und die Straße segt. Wir wollen eben, daß das umgekehrt ist. Das ist, kurz gesagt, das, auf das es ankommt.

Präsident: Es hat sich nur noch Herr Pastor Bode zum Wort gemeldet. Er hat versprochen, sich kurz zu fassen. Dann ist die Generaldebatte geschlossen. Ich würde vorschlagen, jetzt die Generaldebatte zu beenden und heute nachmittag eine halbe Stunde später anzufangen.

Prof. Dr. Diez (L.V.): Das Haus ist sehr geleert.

Präsident: Es ist noch beschlußfähig.

Pastor Bode (L.V.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil ich das zweifelhafte Vergnügen habe, für eine Minorität zu sprechen, so mag es vielleicht gestattet sein, eine Bitte auszusprechen, diese nämlich, daß Sie meine Ausführungen genau so ruhig anhören, wie ich Ihre Angriffe angehört habe. Ich will mich übrigens kurz fassen.

Zuerst muß ich ein Wort für das alte Deutschland einlegen. Es hilft nichts: es läßt sich das alte Deutschland nicht aus den Büchern der Geschichte austreichen, als dasjenige Land, welches das Land des Friedens gewesen ist. Es war das Land der Arbeiterfürsorge, des Wohlstandes und des unbestechlichen Beamtentums, das Land der Gewissenhaftigkeit, der Schaffensfreudigkeit. Deutschland ist der beste Arbeiter gewesen und der beste Kunde auf dem Weltmarkt. Das wäre es aber nicht geworden, wenn es nicht ein Land und ein Volk gewesen wäre, in dem alle damals vorhandenen Kräfte sich auswirkten und auswirken konnten zu großer

Leistungsfähigkeit. Und noch ein anderes dürfen wir nicht vergessen. Deutschland ist, das hat ein Sozialdemokrat gesagt, stets der Schutzmann gewesen gegen den Osten. Es hat den Zarismus ferngehalten wie auch das Gefindel, das zeitweilig den Westen Europas zu übersfluten versuchte. Damit aber noch nicht genug: Deutschland ist stets der Geistesherd gewesen, woran die ganze Menschheit sich erwärmen und erleuchten konnte. Die deutschen Geistesprodukte sind derartig enorm, daß sie nicht nur in der Welt überall gleichberechtigt sind, sondern sie stehen wesentlich höher als die anderer Völker. Man kann heutzutage nur das eine wünschen, daß wir endlich erlöst werden von unserm alten Uebel, immer das Fremde zu loben, statt mit Stolz und Selbstbewußtsein einmal von uns selber und unserer großen Geschichte zu sprechen. Ein Weiteres! Gerade jetzt muß betont werden: wir sind nicht dazu berufen, die Welt zu erlösen, sondern unser Volk und unser Vaterland vorwärts zu bringen.

Von der Partei der U. S. trennt uns nach ihren heutigen Ausführungen eine Welt. Denn erstens muß ich sagen, die internationale Stimmung und Gesinnung teile ich nicht. Ich sage nicht: Ich bin ein Mensch und darum kein Deutscher. Sondern ich sage: weil ich ein Mensch bin, darum fühle ich mich mit dieser meiner menschlichen Art ins deutsche Vaterland gestellt und darum bin ich zunächst ein Deutscher.

Sodann zweitens, meine Damen und Herren! Jeder, der sich das Wort Mensch einmal ruhig überlegt, wird wissen, daß es einen Menschen überhaupt nicht gibt, sondern immer nur national bestimmte Menschen. Der Mensch fängt in England immer erst beim Engländer und in Frankreich beim Franzosen an. Dessen sollten wir doch vor allem eingedenk sein, wenn wir uns als Weltbürger fühlen. Nun ist zweitens seitens der U. S. von der Diktatur des Proletariats gesprochen worden. Wir verurteilen jede Diktatur, komme sie von rechts oder von links. (Lärm und Lachen links.) Sie haben versprochen, mich anzuhören! Wir wollen, daß jeder freie Deutsche auf freiem Boden in der freien Ordnung der Gesetze seine eigenen Kräfte entwickle zum Segen und Vorteil des Ganzen. Drittens: Sie erklären, unsere Staatsfinanzen sollten Reichsfinanzen, ja sollten Weltfinanzen sein. Das ist aber eine verhängnisvolle Doktrin, von der man gewünscht hätte, sie wäre nicht in einem Augenblick ausgesprochen, in welchem das Wort Völkerbund von uns ausgesprochen wird, während England, Frankreich und Amerika sich zu einem Sonderbunde gegen uns zusammengetan haben. Die übrigen Staaten der Welt werden sich auch bedanken, unsere Finanzen zu übernehmen, solange wir fortfahren mit unserer Arbeitscheu, mit einer Arbeitsunlust, mit einer Streikerei, über die man schon ein sehr scharfes Wort gebrauchen müßte, wollte man sie beim richtigen Namen nennen. Und außerdem: die übrigen Länder sind viel zu stolz, um uns, die wir uns ihnen vor die Füße wer-

fen, nun aufzunehmen in den Völkerbund. Erst einmal müssen wir den Stolz und die Achtung vor uns selbst wieder gewinnen, ehe wir von den andern erwarten können, daß sie diese Gefühle für uns hegen. Nun ist vorhin die Frage nach der Schuld am Kriege angeschnitten worden. Der Geschichtsschreiber ist heute bei der ungeheuren Menge des vorhandenen Stoffes noch nicht in der Lage, ein Urteil zu fällen. Aber es ist doch das eine zu sagen: Warum fälschte Ihr Parteigenosse Eisner die Aktenstücke über die Schuld am Kriege? (Lärm links.) Jawohl, fälschte; warum? (Linda u.: Beschimpfen Sie nicht einen so hehren Toten, Herr Pastor Bode! — Präsident: Ich kann einen derartigen Zwischenruf nicht zulassen, ich muß ihn zurückerweisen!) Ich wäre längst zu Ende, Herr Präsident, wenn ich nicht immer gestört würde! (Fortgesetzte Zwischenrufe links. — Präsident: Lassen Sie doch bitte die Zwischenrufe!) Warum wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, der deutsche Imperialismus und Kapitalismus seien Schuld am Kriege, während nie darauf hingewiesen wird, daß Rußland der Hort des Imperialismus war, daß England seit 250 Jahren seine imperialistische Politik verfolgt und damit ein Fünftel der ganzen Welt sich erobert hat, daß man in Frankreich unserm Kaiser Wilhelm . . . (Maruse links. Linda u.: Lesen Sie unser Weißbuch!) daß man in Frankreich, England und Amerika unserm Kaiser Wilhelm das Zeugnis ausgestellt hat, daß er den Frieden in Wahrheit Jahrzehnte lang erhalten hat. Und wenn man vom Militarismus als einer Schuld spricht, warum wird denn niemals darauf hingewiesen, daß wir, nach dem Muster Frankreichs handelnd, nicht 25, sondern 34 Armeekorps gehabt hätten, daß Frankreich 1913 5 Millionen und wir nur 4 Millionen ausgebildeter Mannschaften hatten, daß Frankreichs Feldheer noch 1912 das deutsche Heer um 3000 Offiziere und 30 000 Mann überstieg, und daß Frankreich 1913 sein Heer um 196 000 Mann vermehrt hat, während Deutschland es nur um 137 000 Mann vermehrt hat? Warum zitiert man den belgischen Gesandten Greindl nicht, der 1912 den Kaiser, den Kanzler, den Staatssekretär „leidenschaftliche Anhänger des Friedens“ nannte und es 1914 als unbestreitbar hinstellte, daß Deutschland in Petersburg wie in Wien sich bemüht habe, Mittel zur Vermeidung des Konfliktes zu finden? Warum zitiert man nicht die Briefe unseres Kaisers aus der kritischen Zeit? Warum verschweigt man, daß Sjasonow als Minister des Auswärtigen in Rußland ernannt wurde mit der Anweisung, seine Politik so einzurichten, daß der Krieg von 1914 geführt werden könne, aber spätestens 1917 geführt werden müsse und daß derselbe Sjasonow auf die Frage, ob der Krieg nicht aber schon vorher losbrechen könne, erwiderte: die Friedensliebe des deutschen Kaisers bürgt mir dafür, daß der Krieg beginnen wird, wenn wir es wollen? Meine Herren, wenn denn einmal die Schuldfrage aufgeworfen wird, dann müssen auch diese Momente einmal zur Sprache kommen. Es

steht doch fest, daß der Kriegswille, der Vernichtungswille auf der Seite unserer Feinde gewesen ist, sonst hätten sie uns diesen Frieden niemals diktiert. Die „Saturday Review“ hat vor Jahren schon geschrieben: Wenn Deutschlands Macht vernichtet wird, wird jeder Engländer in der ganzen Welt reicher werden. Und Gallier, der Chef der Militärkommission in Wien, hat es offen ausgesprochen, daß Frankreichs Ziel die Zerstörung Deutschlands sei. Ja, ein Mitglied derselben Militärkommission erklärte: Jeder gebildete Franzose weiß, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt hat, Deutschland konnte sich nichts Besseres wünschen, als Erhaltung des Friedens!

Wird einmal die Schuldfrage aufgeworfen, so müssen wir auch einmal auf den Ursprung der Revolution zurückkommen. Oberst Bauer hat in seinem Werke genau auseinandergesetzt, daß, hätte die Westfront noch 14 Tage gehalten, wir den Zusammenbruch der französischen Front erlebt hätten. Dasselbe sagte von Conrad über die italienische Front. Aus dem Ledebour-Prozeß wissen wir aber, wie aus den Aussagen des Herrn Vater in Magdeburg: die Propaganda von hinten hat auf unser Heer derart eingewirkt, daß es nicht diese 14 Tage mehr standhielt. Und die „Daily News“ haben wörtlich anerkannt: Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden! Richtig ist ferner, was der „Vorwärts“ schreibt am 26. Juni d. J., daß das Ziel unserer Feinde die Niederwerfung des Sozialismus in Deutschland, seinem Ursprungsland und Zukunftsland, sei. Das ist das Streben der Entente. Also, wer Sozialist sein will, der muß Feind der Entente sein, anders geht es heute nicht. Ich weiß nicht, welcher Sozialdemokrat es gewesen ist, der in den Debatten der deutschen Nationalversammlung es deutlich ausgesprochen hat: Wir haben an die Ehrlichkeit der Entente geglaubt! Dasselbe, was Konrad Haufmann sagte: Hätten wir die Friedensbedingungen geahnt, dann würden wir die Waffen nicht niedergelegt haben! Noch ein Wort zur Revolution. Es hat mir leid getan, was Herr Waigand heute über uns Bürgerliche gesagt hat. Herr Waigand weiß doch auch, daß der Sozialdemokrat Cohen erklärte: bei einem Streik der Bourgeoisie ist der Zusammenbruch unvermeidlich! Ich möchte erklären: Wir von der Rechten können uns sehr wohl eine bessere Regierung denken, als wir sie im Augenblick haben. Aber, meine Damen und Herren, wenn die politischen Verhältnisse dazu führen würden, daß die jetzige Regierung gestürzt würde, dann wäre nach unserer Meinung die Folge ein allgemeines Chaos, ein allgemeiner Zusammenbruch. Deshalb versichern wir Ihnen, daß wir hinter der Regierung stehen, deshalb werden wir wie bisher, sei es in der Stadtwehr, sei es sonst, unsere Pflicht und Schuldigkeit tun, denn die Vernunft und die Gewissenhaftigkeit müssen endlich einmal siegen! (Lindau: Fallen Sie nur nicht von der Kanzel! — Präsident: Ich muß diesen Ausbruch zurückweisen! — Lindau: Pfaffe! — Präsi-

dent: Herr Lindau, ich rufe Sie zur Ordnung! — Lindau: Schauspieler! — Präsident: Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung! Fortwährender großer Lärm.)

Frau Bahnsen (D.): Als Frau ergreife ich das Wort, um gegen diese Art und Weise, wie von Herrn Lindau . . .

Präsident: Ich habe Herrn Lindau zweimal zur Ordnung gerufen, mehr steht nicht in meiner Macht. Ich kann Ihnen nicht zwischendurch das Wort geben.

Bode: Ueber die Sozialisierung und ihren Wert sowie über die Schnelligkeit ihrer Durchführung hat mein Parteigenosse Dr. Gildemeister bereits gesprochen. Ich weise aber noch hin auf das Wort, das die „Bürgerzeitung“ am 20. Januar d. J. schrieb:

Die Verwirklichung der Sozialisierung und Kommunalisierung hat zur Voraussetzung die Internationalität. Es ist eine Unmöglichkeit, den neuen Gesellschaftszustand in einem Lande allein durchzuführen zu wollen. Erst recht ist dieses der Fall, wenn dieses Land arm an Rohstoffen, für den Bezug derselben also auf das Ausland angewiesen ist.

Sie müssen sich an die Einzelbetriebe halten, an das, was wirklich sozialisierbar ist, aber man kann nicht mit allgemeinen Phrasen nun allgemein die Sozialisierung in Angriff nehmen. Die Sozialistische Korrespondenz für das Inland und Ausland vom 16. Februar hat deutlich gesagt, wie sie über diejenigen denkt, die dem deutschen Volke während des Krieges unermüdlich immer wieder vorgesprochen haben, es könnte den schönsten Frieden des Selbstbestimmungsrechts erhalten, wenn es nur schnell den Kapitalismus und Imperialismus abschaffe. Ich meine, der Lauf der Geschichte hat eine derartige Meinung bereits derart gründlich als irrtümlich hingestellt, daß es da keiner weiteren Widerlegung bedarf. Und als letzten möchte ich noch den Unabhängigen Jost zitieren, der vor dem Standgericht in Aschaffenburg erklärt hat: das Beste wäre gewesen, die November-Revolution wäre nicht gemacht, dann ständen wir jetzt besser da, am besten wäre es überhaupt, wir hätten unsere alte Regierung noch. Wenn Herr Waigand derartige Leute Ignoranten genannt hat, so fühle ich mich Herrn Jost durchaus als Ignorant zur Seite gestellt und glaube, daß wir besser dastehen als der Angreifer. Ueber Herrn Wenholds Rede habe ich mich gewiß herzlich gefreut, nicht so sehr zwar über das, was er über Achtstundentag, Arbeitseinstellung und kapitalistische Forderungen gesagt hat, sondern über das, was er vom deutschen Idealismus sprach. Aber ich glaube, daß er sich an einer Stelle vergriffen hat, als er das deutsch-nationale Rundschreiben zitierte vom 14. Mai. Da sagte er, es hätte darin gestanden, daß dieser schmerzhafteste Verlauf der Friedensverhandlungen für das ganze Deutschland unbedingt auch agitatorisch aus-

genutzt werden müßte. Das macht er der Deutsch-nationalen Volkspartei zum Vorwurf. Herr Wenhold, ich nehme an, daß Sie diesen Vorwurf zurückziehen werden, wenn ich Ihnen sage: es steht in dem Rundschreiben nicht, es müßte das parteipolitisch ausgenutzt werden, sondern es steht darin: es muß agitatorisch dafür gesorgt werden, daß es heute in die breiten Massen des Volkes hineinkommt, was wir für einen Frieden bekommen haben, wie uns dieser Friede diffamiert worden ist, damit endlich einmal ein Gefühl für diese Schmach im deutschen Volke aufkommt. Daß ich mit dieser Kommentierung durchaus Recht habe, beweise ich dadurch, daß der Sozialdemokrat August Winnig in der „Glocke“, die Sie doch gewiß auch alle lesen, bereits die Sache agitatorisch ausgenutzt hat, und zwar genau in dem Sinne, in dem ich es Ihnen eben dargestellt habe. Dieser Sozialdemokrat erklärt nämlich, daß man sich schämen müsse, ein Deutscher zu sein, wenn es zuträfe, daß die heute amtlich verlautbarte Gesinnung wirklich und für alle Zeit vom deutschen Volke geteilt werde. Mit dieser amtlich verlautbarten Gesinnung meint er die Äußerung unseres Ministerpräsidenten, daß man den Schrei nach Rache niederlämpfen müsse, und die unseres Außenministers, die Seele unserer Jugend dürfe nicht durch Haßgefänge vergiftet werden.

Präsident: Sie lesen diese Sachen ab. Das ist eigentlich nicht üblich. Wenn Sie aber dennoch ablesen wollen, so lesen Sie bitte so langsam, daß es den Stenographen möglich ist, zu folgen.

Bode: Die Ueberzeugung, daß im Leben der Völker wie im Leben der Klassen in letzter Linie die Macht und nur die Macht entscheidet, sei durch das schwere Erleben dieser letzten Wochen selbstverständlich nur noch fester geworden. Man würde sich höchstens dafür bedanken, wenn man diesen kindlichen Unsinn für bare Münze nehmen sollte. Die Masse des Volkes — nun kommt es, worauf ich besonderes Gewicht lege — schweige zu den amtlichen Friedensreden nur, weil sie nach der furchtbaren Anspannung der fünf Leidensjahre wirklich, aber nur vorübergehend, zu jener Stufe natürlicher Gleichgültigkeit herabgedrückt sei, wo ihr aller Sinn für nationale Würde fehle. Aus der augenblicklichen Stumpfheit würde bald ein fürchterliches Erwachen kommen. Und nun wörtlich:

„Das Morgen wird der Feind des Heute sein. Es wird Krieg ansagen den blutleeren Phrojen vom ewigen Frieden, dem kindischen Gelalle von Recht und Gerechtigkeit, der hohlen Rederei von Kultur und Menschlichkeit. Den ewigen Frieden dieser Art, wie wir ihn heute erleben, werden wir hassen, solange ein Atem in uns ist.“

Sehen Sie, das sagt ein Sozialdemokrat. Und nun habe ich nur hinzuzufügen, daß das von Herrn Wenhold zitierte Rundschreiben weitergeht: „Wir übersenden Ihnen daher in der Anlage zwei Flugchriften,

die sich gegen den uns von unseren Feinden zugemuteten Gewaltfrieden richten“. Also von einer parteipolitischen Ausnutzung ist gar nicht die Rede.

Und nun, meine Damen und Herren, noch ein ganz kurzes Wort zum Staatshaushalt selber. Es wundert mich, daß in einem von einer Regierung, in welcher Sozialisten sitzen, aufgestellten Staatshaushalt anlässlich der Schulfrage eine Verdunkelung stattgefunden hat. Wir lassen uns ja heutzutage immer durch Schlagworte verdunkeln. Das Schlagwort, das auf diesem Gebiet verdunkelt, heißt: Freie Bahn dem Tüchtigen. Es gibt nämlich leider Gottes sehr viele Untüchtige. Nun darf ich Sie bitten, nicht zu lachen, sondern ernst zuzuhören. Meine Herren! Es wird noch furchtbar werden mit der geistigen Leistungsunfähigkeit in Deutschland, wenn erst die Einwirkungen der Kriegsernährung und der Kriegseindrücke auf die Intelligenz und Entwicklung zur vollen Geltung kommen. Darum, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, lassen Sie uns ja bei der Sorge für die Erziehung die Schwachen aller Art nicht vergessen: die wirtschaftlich Schwachen, die wegen der Lebensbedingungen nicht vorwärts kommen, die körperlich Schwachen, die den Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt nicht bestehen können, die gesundheitlich Schwachen, die unzulängliche Körperkraft haben, die moralisch Schwachen, die den ungünstigen Einflüssen der Verführung und Versuchung ausgesetzt sind, und die geistig Schwachen, die in den komplizierten Großstadterhältnissen sich nicht zurechtfinden können.

Darf ich bei der Gelegenheit auch sagen, daß es wünschenswert wäre, wenn gerade die Herren, die bisher ein soziales Gewissen und ein soziales Herz hatten, etwas tun, daß wir ein Heim für Schwachmütige, für Ausbildung derselben auf allen möglichen erreichbaren Gebieten des Könnens und Wissens bekommen, daß wir ein solches wirklich bauen müssen.

Und endlich, daß wir einen eigenen Vertreter bei der Reichs- und preussischen Regierung haben müssen, ergibt sich von selbst aus der Tatsache, daß die Interessen und Bedürfnisse Hamburgs, Lübecks und Bremens weit auseinandergehen und daß die Weser in Zukunft der einzige deutsche Strom sein wird. Ich glaube, das genügt wohl, um es zu begründen.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie uns in dem einen guten Willen, für unser Volksganzes, für unser Vaterland gemeinsam zu arbeiten und zu schaffen, eine Einigung finden, denn es muß wieder dahin kommen, daß Bremen in Deutschland und Deutschland in der Welt vorangeht. (Beifall.)

Präsident: Die Generaldebatte ist geschlossen.

Ich werde heute nachmittag zu Beginn der Sitzung Herrn Fauth und Herrn Waigand zur Abwehr eines persönlichen Angriffs das Wort geben.

Ich vertage die Sitzung bis 4½ Uhr.

Fortsetzung der Beratung 4½ Uhr
nachmittags.

Präsident: R. Dunkel.

Zur Abwehr eines persönlichen Angriffs

Fauth (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bögeding hat in seinen unsachlichen Ausführungen nicht zum Budget gesprochen, dafür aber umsomehr persönliche Angriffe gegen uns gerichtet und speziell gegen mich. Herr Bögeding behauptete, die Bewaffnung des Proletariats wäre eine unserer Programmforderungen. Solch eine Banaußenweisheit ging mir zu weit, und ich machte Herrn Bögeding den Zwischenruf, das wäre unrichtig. Statt seinen Zertum einzusehen, ging Bögeding zu einem Angriff über gegen meine Person, wofür er nicht den geringsten Beweis erbringen kann. Derartige Beschuldigungen erhebt nur, wer ein Banaufer ist, und ich brauche daher von solchen Beschuldigungen nichts zu entkräften.

Präsident: Herr Waigand wollte auch das Wort zur Abwehr eines persönlichen Angriffs nehmen. Er ist aber nicht anwesend.

Wie ich bereits erwähnt habe, werde ich die einzelnen Positionen nur dann aufrufen, wenn zu diesen eine Wortmeldung erfolgt oder ein Antrag gestellt worden ist. Die Titel, die nicht beanstandet werden, gelten als genehmigt. Anträge, die auf die Zahlen des Budgets nicht von Einfluß sind, wenn es sich nicht um Aussetzungsanträge handelt, die natürlich sofort zur Verhandlung gestellt werden müssen, werde ich nur verlesen, sie dürfen aber bei der Budgetberatung nicht begründet werden.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch besonders darauf hinweisen, daß bereits zirka 60 solcher Anträge vorliegen, die nicht sofort zu begründen sind. Ich werde sie bei den einzelnen Positionen verlesen.

Zur Geschäftsordnung:

Dr. Künzler (U. S.): Darf ich anfragen, ob die nachträglichen Mitteilungen des Senats bei den entsprechenden Positionen mit verhandelt werden?

Präsident: Jawohl!

Außerordentliche Einnahmen.

I. Vermischte Einnahmen.

II. Vergütete Zinsen.

III. Aus Ueberschüssen früherer Jahre.

Ordentliche Einnahmen.

I. Von Eigentum und Rechten.

14. Friedhöfe.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag des Herrn Lindau vor:

1. Die Deputation für die Friedhöfe um Veranlassung zu ersuchen, daß die Ausschmückung der Gräber bei Freistellen nicht behindert wird.
2. Dieselbe mit einem Bericht darüber zu beauftragen, in welcher Weise die verschiedenen Klassen der Gräber (Freistellen und Privatgräber) zu beseitigen sind.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Herr Lindau hat sich auch zum Wort gemeldet. Ich nehme an, nicht zur Begründung des Antrages?

Lindau (U. S.): Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen ging eine Meldung durch die Zeitungen, wonach ein hiesiger Inhaber eines Beerdigungsinstituts einen Sarg beigelegt habe, in dem sich keine Leiche befand, der also leer war. Weiter soll durch die Armenpflege ein Kind beerdigt sein, das nackt in den Sarg gelegt ist. Wir sind der Meinung, daß die Deputation, da die Sachen in Bremer Zeitungen gestanden haben, sich darüber hätte äußern müssen. Bis heute ist das nicht der Fall. Des weiteren möchte ich darauf hinweisen, da es den Leuten verboten ist, auf Freigräbern auch nur die kleinsten Ausschmückungen anzubringen, es ist auch nicht erlaubt, Grabdenkmäler und Einfassungen auf eigene Kosten anzubringen. Nach meiner Ansicht ist es unstatthaft, die Menschen auch noch nach dem Tode in Klassen einzuteilen.

17. Straßenbahn.

Präsident: Herr Breil beantragt:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Polizeidirektion anzuweisen, schleunigst darüber Bericht zu erstatten, ob

- a) die aus Anlaß des Krieges im Betrieb der Bremer Straßenbahn vorgenommenen Verkehrseinschränkungen sogleich aufgehoben werden können und der Verkehr auf allen Strecken in vollem Umfange wieder aufgenommen werden kann;
- b) das Landgebiet durch Ausbau der bestehenden Linien alsbald an das Straßenbahnnetz angeschlossen werden kann;
- c) die bereits durch Schienenlegung zum Teil ausgeführte Strecke zum Osterholzer Friedhof weiter ausgebaut und baldigst in Betrieb genommen werden kann;
- d) alsbald ein Pendelverkehr von der Grambler Heerstraße über Wiechenstraße-Hüttenstraße bis zur Norddeutschen Hütte und ein gleicher zwischen der Haltestelle am Hauptbahnhof und der End-

station der Linie 9 an der Hemmstraße eingerichtet werden kann.

Der Antrag wird zurückgestellt.

II. Direkte Steuern.

Präsident: Zu diesem Kapitel wollte Herr Dr. Kunkler sprechen, die Sache ist aber erledigt.

1. Gebäudesteuer.

Hierzu liegt ein Antrag von Herrn Fr. Husemann vor, der sich zugleich auf die Positionen 3 (Erleuchtungssteuer), 4 (Wassersteuer) und 5 (Kanalsteuer) bezieht:

Zu beschließen, daß Gebäude gemeinnütziger Vereine, die der körperlichen oder geistigen Ausbildung dienen (wie Turnhallen, Gebäude der Bildungsvereine) von den Gebäude-, Erleuchtungs-, Wasser- und Kanalsteuern befreit sind.

Der Antrag wird zurückgestellt.

6. Einkommensteuer.

Präsident: Hierzu liegt ein Antrag von Herrn Köhler vor:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Steuerbehörde zu beauftragen, einen Bericht zu erstatten, ob bei Festsetzung der Steuerfätze der Einkommen- und Vermögenssteuer für das Landgebiet größere Rücksicht auf die in den Landgemeinden zur Erhebung kommenden stetig steigenden Kommunalsteuern genommen werden kann.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Ferner liegt folgender Antrag des Herrn Bedé vor:

Wir beantragen, der Stadtgemeinde Bremerhaven zur Deckung der laufenden Ausgaben im Haushaltsjahr 1919/20 aus den staatlichen Einkünften der Staatseinkommensteuer aus Bremerhaven einen Zuschuß in Höhe von 240 000 M zu bewilligen und den Senat zu ersuchen, diesen Zuschuß der Stadtgemeinde Bremerhaven zu überweisen.

Ueber diesen Antrag muß gleich verhandelt werden, da seine Annahme eine Veränderung der Zahlen des Budgets nach sich ziehen würde.

Zur Geschäftsordnung

Hormann (D.): Es ist richtig, es müßte über diesen Antrag sofort beraten werden, da seine Annahme eine Veränderung der Zahlen des Budgets hervorrufen würde; aber ich möchte bitten, ihn doch nicht so zu behandeln. Die Nationalversammlung wird sich heute nicht darüber schlüssig werden können, in welcher Höhe

die Stadt Bremerhaven aus den Einkünften der Einkommensteuer unterstützt werden muß. (Sehr richtig!) Das muß zweifellos zunächst von der Finanzdeputation und der Steuerdeputation geprüft werden. Ich bitte Herrn Bedé, sich damit einverstanden erklären zu wollen, daß dieser Antrag ohne weiteres von der Nationalversammlung an den Senat überwiesen wird, damit die genannten Deputationen die Sache prüfen und Bericht erstatten.

Präsident: Herr Bedé, sind Sie damit einverstanden?

Bedé (D.): Ja.

10. Wirtschaftsabgabe.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag des Herrn Hormann vor:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Steuerdeputation anzuweisen, darüber zu beraten und zu berichten, in welcher Weise die Wirtschaftsabgabe umgestaltet werden kann, um einen höheren Ertrag für die Staatskasse zu erzielen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

III. Indirekte Steuern.

8. Luftfuhrwerke.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag des Herrn Heuer vor:

Die Abgabe für Luftfuhrwerke ist um hundert Prozent zu erhöhen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

14. Lichtspielvorführungen.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag des Herrn Karlmeyer vor:

Die Nationalversammlung erinnert an den Beschluß der bremischen Bürgerschaft vom 26. Juli 1918 und ersucht den Senat, auch seinerseits die Steuerdeputation mit einem schleunigen Bericht wegen einer allgemeinen Lustbarkeitssteuer zu beauftragen.

Präsident: Der Antrag wird zurückgestellt.

Herr Karlmeyer, Sie hatten sich auch zum Wort gemeldet. Aber nicht zur Begründung Ihres Antrages!

Karlmeyer (L. B.): Ich danke.

IV. Gebühren, Geldstrafen.

2. Bürgerbeeidigungen, 5000 M.

Präsident: Dazu liegen folgende Anträge vor:

Antrag des Herrn Klawitter:

Die Position mit 5000 M zu streichen.

Antrag des Herrn de Beek:

Die Nationalversammlung beschließt:

Die Position Ziffer 2 des Titels IV der Einnahmen im Generalbudget für 1919, Gebühren für Bürgerbeeidigungen zu streichen.

Klawitter (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Einnahmen werden 5000 M aufgeführt, 1917 ist eine wirkliche Einnahme von 3795 M vorhanden gewesen. Der Bürgereid hat seine Bedeutung verloren. Früher wurde er geleistet, um dadurch Rechte zu erhalten. Die Rechte bestanden im wesentlichen in der Ausübung des Wahlrechts. Dieses Recht ist jetzt jedem Einwohner Bremens nach sechsmonatigem Aufenthalt gegeben. Ich habe mich danach erkundigt, welche Rechte sonst damit verbunden waren. Es wurde mir gesagt, die Leute hätten auch das Recht, einmal ins Armenhaus zu kommen. Da sollten wir uns doch dazu entschließen, die Position zu streichen, denn dazu sollten wir das nicht aufrecht erhalten, damit jemand das Recht bekommt, einmal im Armenhause zu wohnen. Noch ein Grund ist: für die Benutzung der Stadtbibliothek ist es nötig, daß der Betreffende den Bürgereid geleistet hat, Bürger ist. Aber vielleicht ließen sich auch anderweitig Garantien schaffen, wenn sich jemand ein Buch aus der Stadtbibliothek entleihen will — er kann ja jetzt auch schon einen Bürgen stellen. Das ist also auch kein genügender Grund. Dann wurde mir noch gesagt, daß Beamte Bürger sein müßten. Aber wenn Leute von auswärts kommen und hier als Beamte angestellt werden, so werden sie nachträglich ohne weiteres in den bremischen Staatsverband aufgenommen. Es bestehen also gar keine Gründe, diese Position aufrecht zu erhalten, und ich bitte, sie zu streichen.

de Beek (M. S.): Ich glaube nicht, daß es vieler Worte bedarf, um diesen Antrag zu begründen. Die ganze Sache entspricht lediglich den Zuständen der vorrevolutionären Zeit, und ich meine, daß dasjenige, was wie ein Modergeruch an diesem Budget noch haftet, von uns ohne weiteres beseitigt werden kann.

Senator Dr. Donandt: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Solange das Gesetz besteht, muß natürlich die Regierungskanzlei, wenn sich ein Mann zur Leistung des Bürgereides erbietet, die Gebühr erheben. Es würde also dem Wunsche, die Gebühr zu beseitigen, nur entsprochen werden können, wenn das Gesetz aufgehoben wird.

Schmidt (U. S.): Ich möchte an den Herrn Senatsvertreter die Anfrage richten: in der Anstellungsverfügung für Beamte und Angestellte ist auch jetzt noch

der Passus vorhanden, daß der Beamte verpflichtet ist, den Bürgereid zu leisten. Auf Anfrage bei der Regierungskanzlei wurde mir gesagt, die Behörde würde angewiesen werden, daß die Beamten nicht dazu gezwungen würden. Wenn das der Fall ist, meine ich, daß die Regierung diesen Passus hätte streichen können.

Dr. Künzler (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das, was der Herr Senatsvertreter ausgeführt hat, ist an sich durchaus richtig. Wenn aber die Gesetze noch Bestimmungen enthalten, wonach der Bürgereid von dem einen oder andern zu leisten ist, so ist das doch dahin erledigt, daß die politischen Rechte, die durch diesen Bürgereid erworben wurden, heute fraglos in keinem irgend wie gearteten Zusammenhang mehr mit dem Bürgereid stehen. Das wesentliche war doch, daß früher niemand in die gesetzgebenden Körperschaften eintreten konnte, der nicht diesen Eid leistete. Nachdem der Zwang in dem früheren Umfange aufgehoben war, legte man ihn besonderen Gruppen auf, bei denen ein besonderes Verhältnis zum Staat bestand. Das ist aber mit dem Zwecke des Eides beseitigt, und ich meine, bei sinngemäßer Anwendung und Berücksichtigung der Änderungen, die sich aus der Revolution ergeben, müßte der Bürgereid von selbst als erledigt gelten.

Präsident: Dann müssen wir darüber abstimmen.

Die Position wird gestrichen.

5. Baupolizeiamt.

Dazu liegt ein Antrag Lindau vor:

Den Betrag der Baugebühren auf den für 1918 veranschlagten Betrag, das ist auf 15 300 M zu erhöhen.

Dr. Künzler (U. S.): Es ist uns kürzlich — ich glaube, in der Nationalversammlung — mitgeteilt worden, daß infolge der Fürsorge, die den Wohnungen entgegengebracht wird, auch die Bauanträge sich erheblich vermehrt hätten, und Herr Knop teilte mit, daß schon jetzt die Bauten bis auf den Stand von 1918 wieder gestiegen sind. Diesen Ausführungen entsprechend, nehmen wir an, daß auch die Position „Gebühren für Bauanträge“ auf den Stand von 1918 gebracht wird, und es wird demgemäß gebeten, die Position in dieser Höhe einzustellen.

Hormann (D.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können unmöglich von hier aus beurteilen, ob die Ausführungen, die gemacht wurden, richtig sind. Daß die Bauanträge nicht sehr zahlreich einlaufen, ist Tatsache, da ja kein Baumaterial in genügender Menge zur Verfügung steht. Wir haben im Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungswesen die größte

Mühe, die nötigen Baumaterialien zu bekommen, um nur die Bauten auszuführen, die mit Staatszuschuß gebaut werden. Es ist also gar nicht daran zu denken, daß die Bauanträge so zahlreich einlaufen werden, jedenfalls nicht zahlreicher, als in den letzten Monaten, und es ist deshalb nicht richtig, diese Position zu erhöhen. Die Prüfung des Voranschlags der Einnahmen erfolgt immer sehr vorsichtig, denn es ist sehr schlimm, wenn gerade die Einnahmen zu optimistisch eingestellt werden. Ich warne also dringend davor, diesen Posten zu erhöhen.

Präsident: Wir müssen darüber abstimmen, ob dieser Posten von 12 300 M auf 15 300 M zu erhöhen ist.

Die Erhöhung wird abgelehnt.

V. Vermischte Einnahmen.

2e. Gewerbliche Schulen.

Dazu liegt folgender Antrag Schulze vor:

Die Position e, Gewerbliche Schulen, mit 35 000 M streichen.

Schulze (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem wir den ersten Schritt getan haben, nachdem wir das Schulgeld in den Volksschulen aufgehoben haben, bitte ich Sie, einen weiteren Schritt zu tun und auch das Schulgeld in den gewerblichen Schulen aufzuheben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß gerade die Lehrlinge, die einen der ausgebeuletesten Stände darstellen, heute das Schulgeld meistens zu zahlen haben. Es gibt gewiß Lehrmeister, die das Schulgeld selbst bezahlen, aber die meisten Meister wälzen es auf die Lehrlinge ab. Und wenn man bedenkt, daß bei dem sogenannten Kostgeld von 5 bis 6 M die Eltern auf keinen Fall die Lehrlinge damit kleiden oder ernähren können, so muß man doch einsehen, daß es unbedingt notwendig ist, den Lehrlingen ihr bitteres Los zu erleichtern. Es ist von den Mehrheitssozialisten ein Antrag gestellt worden, um Mittel und Wege zu finden zugunsten der ärmeren Schichten, die ihre Söhne in die Lehre gehen lassen. Der Antrag ist zurückgezogen. Es geht aber daraus hervor, daß unter den Mehrheitssozialisten die Einsicht waltet, daß auch bei den Lehrlingen etwas getan werden muß, um ihr Los zu erleichtern. Und der erste Schritt dazu ist die Abschaffung des Schulgeldes. Die Lehrzeit beim Meister ist eine der rückständigsten Einrichtungen, die man sich denken kann. Es ist eine Einrichtung, die aus dem Mittelalter übernommen ist, und es ist seitdem wenig daran geändert worden. Der Lehrling muß in die Familie aufgenommen werden. Die Pflicht, für Wohnung und Kleidung zu sorgen, die hat der Lehrherr abzuwälzen verstanden, indem er ein Kostgeld von 3 bis 5 M gibt. Was er behalten hat, das ist das Recht der

väterlichen Zucht, während früher die väterliche Zucht nur Sinn hatte, solange der Lehrling Mitglied der Familie war. Daß der Passus heute noch besteht, ist also sinnlos. Es gibt Lehrmeister, die dieses Recht nur als Recht zur Züchtigung auffassen. Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen.

Hormann (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es so läge, wie der Herr Vorredner gesagt hat, dann würde es wohl nur eine Folge des Schrittes sein, den wir neulich getan haben, als wir das Schulgeld in den Volksschulen aufhoben, nun auch diesem Antrage zu folgen. So liegt es aber nicht. Die Arbeitgeber, also die Lehrmeister, sind gehalten, dieses Lehrgeld zu bezahlen. Sie können das Geld von ihren Lehrlingen wieder einziehen. In den meisten Fällen, so wird mir mitgeteilt, wird das Geld aber von den Lehrmeistern bezahlt. (Widerpruch links.) Wo das aber nicht der Fall ist, da liegen die Dinge so, daß das Einkommen der Lehrlinge heute so hoch ist, daß auch diese kleinen Summen von ihnen geleistet werden können. Das geht nicht so, mit einem Federstrich 35 000 M aus dem Budget zu streichen! Wir wissen wirklich nicht, wo wir es wieder herkriegern sollen. Und es würde auch zu einem großen Teil lediglich eine Entlastung der Lehrherren bedeuten. Ich bitte also, den Antrag abzulehnen.

Mannier (M. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sache liegt so, wie Herr Hermann auseinandergesetzt hat. Das Schulgeld ist nicht von den Lehrlingen zu tragen, sondern von den Meistern. Ich bin genau unterrichtet, daß die Meister sich in vielen Fällen (Schulze: In den meisten!) die Sache recht leicht machen, indem sie den Lehrlingen in irgend einer Form die Ausgabe aufhassen. Ich schlage Ihnen folgendes vor: weil das gewerbliche Schulwesen vollständig neu aufgebaut werden soll, möchte ich Sie bitten, den Antrag zurückzuziehen und ein Gesetz abzuwarten, das diese Schulgeldfreiheit fordert. Das kann in Kürze erscheinen. Diesmal müßten wir die Position allerdings noch bewilligen.

Die Streichung der 35 000 M wird abgelehnt.

2i. Volksschullehrerinnenseminar.

Präsident: Herr Mannier, Sie haben einen Antrag eingebracht, der m. E. hierher gehört. Er lautet:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, das Schulgeld für das Volksschullehrerinnenseminar aufzuheben.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Dr. Kunkler (U. S.): Auch von uns ist ein Antrag dem Herrn Präsidenten zugegangen. Er geht dahin, die Position zu streichen.

Präsident: Der Antrag Lüdeling lautet:

Die Position mit 10 600 M zu streichen.

Dieser Antrag war mir nicht zugegangen. Herr Lüdeling hat ihn noch hier; er war beim Einordnen vergessen worden.

Dr. Künzler (U. S.): Ich bedaure, daß das nicht rechtzeitig geschehen ist, weil das in dem Schreiben nicht erwähnt worden ist.

Präsident: In dem Schreiben ist das erwähnt, ich bin also orientiert.

Lüdeling (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben vor kurzem die Unentgeltlichkeit der Volksschulen beschlossen und damit den ersten Schritt auf dem Wege getan, die Bildungsmittel des Staates allen seinen Angehörigen zugänglich zu machen. Es handelt sich diesmal um einen kleinen Schritt weiter auf diesem Wege, eigentlich nur um die Beseitigung einer Unstimmigkeit, um nicht zu sagen, Ungerechtigkeit, welche darin liegt, von den Zöglingen des Volksschullehrerinnenseminars ein Schulgeld zu erheben, das von denjenigen des Lehrerseminars nicht erhoben wird. Ich glaube, es bedarf nur dieses Hinweis, um Sie zu veranlassen, den Antrag, diese Summe von 10 600 M zu streichen, anzunehmen.

Senatskommissar Senator Dr. Donandt: Ja, meine Herren, ich halte es doch für sehr bedenklich, derartige Anträge auf Streichung einzubringen, bevor die zuständige Behörde darüber gehört ist. Es kann hier keiner von uns übersehen, ob nicht besondere Gründe für die Beibehaltung des Schulgeldes anzuführen sind, und man sollte doch mindestens der Schuldeputation Gelegenheit geben, sich darüber zu äußern.

Prof. Dr. Diez (L.-V.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dasselbe sagen, was der Herr Senatskommissar ausgeführt hat. Es würde richtig sein, daß zuerst die Schuldeputation gefragt wird. Der Grund, warum ein Unterschied in der Schulgeldfrage zwischen Lehrerseminar und Lehrerinnenseminar besteht, ist meines Wissens der, daß die jungen Leute, die das Seminar besuchen, fast alle Lehrer zu werden denken und meist auch in den Dienst des brennenden Staates treten — der Staat bezahlt ihnen also ihre Ausbildung — während bei den jungen Mädchen es nicht sicher ist, daß sie überhaupt Lehrerinnen werden, weil viele sich verheiraten, und auch wenn sie Lehrerinnen werden, nicht immer in den Dienst des Staates treten, sondern vielleicht als Privatlehrerinnen oder Erzieherinnen sich ihr Brot verdienen. Aus diesem Grunde ist der Unterschied zwischen Lehrer- und Lehrerinnenseminar gemacht worden. Ich glaube, das sind triftige Gründe, und möchte bitten, den Antrag abzulehnen.

Mannier (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich kann mich nicht entschließen, so ohne weiteres Herrn Lüdeling zuzustimmen. Die sachliche Begründung, die Herr Professor Dr. Diez für die Ablehnung des Antrages gegeben hat, kann ich mir allerdings nicht zu eigen machen. Ich würde für Streichung dieses Postens sein, aber ich halte es für besser, wenn die zuständige Behörde erst gefragt wird, bevor dieser Antrag eingebracht wird. Es wären noch manche Posten im Schulwesen zu streichen, aber wir können es nicht, ohne die Behörden zu hören.

Lüdeling (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Begründung des Herrn Prof. Dr. Diez, ich weiß nicht, ob es diejenige ist, die damals bei der Einrichtung des Seminars seitens der Schuldeputation ins Feld geführt ist, ist wenig stichhaltig, denn einmal wird doch eine große Zahl, oder die Mehrzahl der jungen Mädchen zunächst in den Schuldienst treten, wahrscheinlich in Zukunft noch mehr als bisher. Wenn das auch nicht, wenn sie vielleicht in Privatstellungen als Hauslehrerinnen oder Erzieherinnen usw. ihr Brot verdienen müssen, gegen ihren Willen, so dienen sie dem Staat doch auch und geben ihre Kräfte doch ebensowenig verloren, als wenn sie dem Staat direkt dienen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in Zukunft die Ausbildung unentgeltlich vom Staate geleistet werden soll. Ich weiß nicht, was für Gründe noch vorliegen sollten, die die Schuldeputation ins Feld führen könnte. Ich würde bereit sein, der Ueberweisung an die Schuldeputation zuzustimmen. Im übrigen ist die Summe nicht sehr hoch, nur 10 600 M. Wir machen nachher auch Vorschläge, Ausgaben zu streichen, dann sind die 10 000 M leicht wieder einzubringen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen, wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dafür sind, daß dieser Posten gestrichen wird, sich zu erheben.

Der Antrag wird abgelehnt.

4. Feuerwehr.

Präsident: Hierzu liegt von Herrn Feuer folgender Antrag vor:

Zu beschließen, daß die Krankentransportgebühren aufzuheben und die Position (Spezialbudget 34 unter 4: 16 000 M) zu streichen sei.

Feuer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu diesem Antrage sind nicht viele Worte zu sagen. Wir wollen, daß die Zustände, wie sie vor dem Kriege gewesen sind, wieder hergestellt werden. Diese 16 000 M sind zum größten Teil, 98 Prozent, von Leuten aufgebracht, die unseren Schichten angehören.

Die 16 000 *M* werden wir bei einem anderen Posten dieses Budgets wieder herausholen. Ich wünsche, daß Sie diesem Antrage zustimmen.

H o r m a n n (Budgetkommission): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte dringend bitten, nicht so in dem Budget herumzustreichen. Man kann doch solche Posten, wie es eben vorgeschlagen worden ist, ohne das Votum der betreffenden Behörde zu hören, nicht ohne weiteres streichen! Wenn die Herren ihren Antrag dahin abändern wollen, so können wir nichts dagegen haben, aber man sollte nicht so ohne weiteres seitens der Nationalversammlung solche Abstriche machen. Unser Budget soll solide bleiben!

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Der Antrag Heuer wird abgelehnt.

7. Bremer Nachrichten.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag des Herrn Hebler vor:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat um Mitteilung, ob und in welcher Weise der mit der Firma Carl Schünemann, hier, hinsichtlich der Bestellung der „Bremer Nachrichten“ als Amtsblatt der bremischen Regierung bestehende Vertrag den veränderten politischen Verhältnissen Rechnung tragend, geändert werden kann.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Rietjchel (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir bezwecken hiermit eine alte Forderung der Sozialdemokratie auf Aufhebung der alten Monopolstellung der „Bremer Nachrichten“. Wir wollen diese endlich zum Durchbruch bringen und nicht in der jetzigen Form weiter arbeiten wie bisher unter Zurücksetzung aller übrigen Tageszeitungen hier am Orte. Speziell liegt es ja darin begründet, daß dieser Zustand ein unwürdiger ist, indem die „Bremer Nachrichten“ für ihre Monopolstellung jährlich 10 000 *M* hergeben, weil sie wissen, daß sie es doppelt und dreifach wieder hereinbekommen. In Baden ist es die erste Tat der revolutionistischen Regierung gewesen, die Amtsblätter aufzuheben. Wir wünschen, da dieser Zustand auch in Bremen beseitigt wird. In der Spezialberatung wird Ihnen eine Vorlage gebracht, welche von Interessenten der hiesigen Zeitungen ausgeht. Ich möchte mir daher weitere Ausführungen ersparen bis zu diesem Zeitpunkt.

W a i g a n d (M. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben doch den Antrag gestellt, die Sache zu untersuchen. Wir halten, und das ist in dem Antrag ausgesprochen, es für notwendig, das uns ein Bericht geliefert wird, in welcher Weise in Zukunft

mit den amtlichen Nachrichten verfahren werden soll. Ob der Vertrag weiter bestehen kann, bezweifeln wir. Wir halten es für notwendig, daß sämtliche Tageszeitungen die amtlichen Nachrichten erhalten. Heute gibt die Regierungskanzlei schematisch alles den „Bremer Nachrichten“ hin. In den Zeitungen erscheinen zweimal und dreimal Nachrichten, wofür kein Mensch sich interessiert. Infolgedessen muß darin eine Umänderung geschehen. Ich denke, daß das auch entsprechend der Beantwortung unseres Antrages sein wird.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

Ordentliche Ausgaben.

I. Senat und Bürgerschaft.

1. Senat.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag der Herren Heuer und Lindau vor:

Zu Ordentliche Ausgaben I. 1. Senat, Spezial-Budget 41 (Nachtrag):

1. Die Gehalte von 18 000 *M* auf 15 000 *M* herabzusetzen.

2. Die Bürgermeisterzulage mit 10 000 *M* zu streichen.

3. Die Gehalte für ausgeschiedene Senatoren zu streichen. Den ausgeschiedenen Senatoren sind ihren Befähigungen entsprechende Stellen in der Verwaltung und Rechtspflege gegen das für diese vorgesehene Gehalt anzubieten.

Heuer (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Sitzungen hat der Senatskommissar Senator Dr. Donandt uns einen Vortrag gehalten über das Wohl und Wehe unserer alten ehrbaren Hansestadt, als es sich um die Bewilligung der Beamtengehälter handelte. Der Herr Senatskommissar hat uns damals gesagt, daß wir jetzt mitarbeiten, feste mitarbeiten müßten, um im Staat Bremen das Finanzwesen wieder auf die Höhe zu bringen.

Wir haben uns gesagt, daß die Summe von 18 000 *M* Gehalt für die Senatoren zu hoch sei, und beantragen, 15 000 *M* für diese Herren auszusetzen. Was ist das, 15 000 *M*? Es ist das Fünffache, welches ein Unterbeamter, und das Dreifache, welches ein mittlerer Beamter bezieht. Es genügen 15 000 *M*, zumal Herr Direktor Meyer von den Demokraten gesagt hat, daß die Lebensmittel fallen und uns das an Zucker, Kakao und Kaffee vorgerechnet. Ich bitte, daß Sie unserem Antrage zustimmen.

Ferner beantragen wir, die 10 000 *M* für die Bürgermeister ganz zu streichen. Sehen wir uns einmal Herrn Bürgermeister Deichmann an. Dieser Herr soll 17 000 *M* Gehalt haben, dazu bezieht er noch vom

Reichstag 12 000 *M* als Abgeordneter, insgesamt also 29 000 *M* im Jahre. Wir können es nicht verantworten, daß dieser Herr derartige Summen bezieht, die die Steuerzahler wieder aufbringen müssen. Ich weiß nicht, ob dieser Herr Bürgermeister auch noch das Gehalt seines Verbandes bezieht. (Zuruf.) Wir trauen dem prächtigen Herrn alles zu. Des weiteren beantragen wir, die 126 000 *M* für die ausgeschiedenen Senatoren auch zu streichen. Wir können doch wohl nicht unseren Steuerzahlern zumuten, auch noch für die Millionäre, die Senatoren sind, 12 000 *M* zu zahlen. Ich erinnere an den Millionär, Herrn Senator Biermann, dem wir angesichts der traurigen Finanzverhältnisse 12 000 *M* geben, des weiteren Herrn Senator Rasmow. Diese Herren sind verschiedentlich in großen industriellen Unternehmen Aufsichtsräte, und die haben den Mut, in dem Moment, wie Herr Wenhold sagt, wo Deutschland den Gewaltfrieden unterzeichnen muß und die bremsischen Finanzen schlecht stehen, 12 000 *M* zu verlangen. Die übrigen Herren, die nicht so begütert sind, müssen wie gesagt, im Staatsdienst wieder untergebracht werden. Herr Senator Feuß, der früher Schulpflichter war, muß sich auch nützlich machen und kann an der Schule wieder untergebracht werden. Weiter die Juristen. Neulich stand in den „Bremer Nachrichten“, daß verschiedene Richterstellen frei seien. Hier können diese Herren untergebracht werden. Herr Hornmann, wenn Sie sparen wollen, fangen Sie hiermit an. Sie lehnten den Antrag bei der Feuerwehr ab, hier sind die 16 000 *M* wieder herausgeholt. Unterstützen Sie den Antrag!

Senator Dr. Donandt: Meine Damen und Herren, der Antrag ist von großem Wohlwollen für die Senatsmitglieder und die ausgeschiedenen Mitglieder getragen. Ich möchte aber doch den Herrn Vorredner darauf aufmerksam machen, daß gesetzliche Rechte sich nicht einfach dadurch beseitigen lassen, daß Sie einen derartigen Antrag stellen. Ich möchte den Herrn Vorredner bitten, sich bei Herrn Dr. Kunkler danach zu erkundigen, ob das eigentlich so geht, und wenn's nicht so geht, dann frage ich, zu welchem Zweck wird der Antrag gestellt?

Knief (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Beamter muß ich hier im Namen der Beamenschaft gegen diesen Antrag protestieren. Denn, meine Damen und Herren, durch die Annahme des Antrages wird eingegriffen in die wohlverworbenen Rechte der Beamten. Wenn man bei den Senatoren anfängt, die infolge der politischen Umwälzung beseitigt worden sind, so liegt hier die Gefahr vor, daß Beamte, die sich mißliebig gemacht haben, einfach beseitigt werden und sie damit ihre wohlverworbenen Rechte verlieren. Im Interesse der Beamenschaft kann ich dieses nicht gut heißen. (Zuruf.) Herr Senator Donandt hat auf den Rechtsstandpunkt hingewiesen. Das hat er mir vorweg-

genommen. Er hat auf Herrn Dr. Kunkler als Juristen in der U. S.-Fraktion hingewiesen. Ich möchte Herrn Lüdewig als Vorsitzenden des Beamtenrats fragen, wie er sich zu dem Antrag stellt. Wir kämen auf eine vollständig schiefe Ebene, wenn er angenommen werden würde.

Tiedermann (M.-S.): Der Antragsteller hat die Gehälter der Senatoren kritisiert, u. a. auch das Gehalt des Herrn Deichmann und hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, gesagt, daß Herr Deichmann neben seinem Gehalt als Bürgermeister auch ein Gehalt als Vorsitzender des Tabakarbeiterverbandes erhalte. (Heuer: Ich habe gesagt: Ich weiß das nicht!) Trotzdem muß ich sagen, daß ich in den Ausführungen des Antragstellers nichts weiter sehe, als daß er verleumden und Hundehaare säen will.

Präsident: Herr Tiedermann, ich möchte Sie bitten, einen solchen Ausdruck zu vermeiden.

Tiedermann: Es ist durchaus nicht der Fall, was Herr Heuer gesagt hat.

Lindau (U. S.): Als in unserer Fraktion der Antrag gestellt wurde, die Gehälter der Senatoren...

Präsident: Herr Lindau, können Sie nicht etwas lauter sprechen? Sie sind hier nicht zu verstehen!

Lindau: Als in unserer Fraktion dieser Antrag gestellt wurde auf Aufhebung der Gehälter der Herren vom Senat, welche nicht mehr arbeiten, haben wir uns gesagt, daß vom Senatstisch möglicherweise dagegen eingewandt werden würde, wir würden damit in wohlverworbene Rechte von Beamten eingreifen. (Sehr richtig!) Wohlverworbene Rechte von Beamten wollen wir aber durch diesen Antrag nicht antasten. Wir wollen nur, daß die Leute, die noch dazu fähig sind, praktische Arbeit für den Staat zu leisten, und wenn sie entsprechende Fähigkeiten haben, daß sie sich nicht für zu gut halten dürften, auch andere Arbeit wie als Senator zu tun. Es sind in das Budget für die Senatoren 256 000 *M* eingesetzt, davon könnten nach unserem Antrage 15 000 und 126 000, gleich 141 000 *M* gespart werden und dazu noch die Zulagen der Bürgermeister mit 10 000 *M*. Wenn ich nicht recht erinnere, hat im Haushaltsausschuß, als ich noch das Vergnügen hatte, da mit zu arbeiten, Herr Degenhardt von den Demokraten auch gesagt, er könne nicht einsehen, warum die Senatoren noch ihr Gehalt bezögen. Ich glaube, Herr Degenhardt ist es gewesen, der beantragt hat, daß den Herren, die auf Grund der Revolution und auf Grund der jetzigen parlamentarischen Machtverhältnisse nicht im Amt bleiben konnten, das Gehalt entzogen werden sollte, bis sie wieder Arbeit leisteten. Einige Herren, die Juristen, könnten ja wieder als Richter oder Rechtsanwälte Beschäfti-

gung finden, Herr Feuß wieder im Schuldienst, wo er früher ja nach Meinung Einzelner sehr gute Arbeit geleistet haben soll, und die übrigen sind Großkaufleute, die Geld genug verdienen. — Ja, Herr Pastor Bode freut sich darüber — diese können ruhig auf das Gehalt verzichten. Sie haben vielleicht rechtlich Anspruch auf diese Summe, aber moralisch wären sie verpflichtet, darauf zu verzichten. Herr Pastor Bode, ich gebe Ihnen die Versicherung, wenn ich Millionär wäre und aus dem Senat rausgeschmissen wäre, ich würde verzichten und keine Bezahlung, für die ich keine Arbeit leiste, annehmen. (Zuruf: Sprich doch nicht so dämlich!) Dazu sollten wir ihnen durch einen Beschluß Veranlassung geben, und Herr Hormann sollte unsern Antrag unterstützen, daß die Summe gestrichen wird. Insbesondere die 10 000 M für den Bürgermeister. Die Zeiten sind doch heute vorbei, wo hohe und allerhöchste Personen zum Besuch nach Bremen kommen; wir sind der Meinung, daß solche Besuche nicht mehr kommen werden. Und wenn mal einer kommt, vielleicht der Reichspräsident Fritz Ebert I., dann braucht er nicht vierspännig eingeholt zu werden, und es brauchen nicht schwarz-rot-goldene Fahnen ausgehängt zu werden, denn Ebert ist ja ein kleiner Mann aus dem Volke. Die 10 000 M können gewiß gestrichen werden. Herr Wenhold, wenn Sie auch lachen, wir sind jedenfalls der Meinung, daß die 10 000 M Zulage für die Bürgermeister glatt gestrichen werden können.

Degenhardt (D.): Zur Aufklärung des Tatsächlichen! Nachdem Herr Lindau in dieser Weise meinen Namen genannt hat, muß ich darauf aufmerksam machen, daß hier nicht das Spezialbudget, so wie es im ursprünglichen Druck vorliegt, sondern das Nachtragsbudget maßgebend ist.

Bei den Beratungen in der Budgetkommission stellte sich heraus, daß auch dieses Nachtragsbudget nicht stimmt, daß vielmehr die Summe von 126 000 M auf 141 000 M erhöht werden muß. Dabei wurde die Frage erörtert, wie es um die Gehaltsansprüche der ausgeschiedenen Senatoren stände. Entgegen den Ausführungen des Herrn Lindau stelle ich unter Berufung auf das Zeugnis der übrigen hier anwesenden Mitglieder der Budgetkommission fest, daß ich bei dieser Gelegenheit — ich habe das auch sonst nie getan — keineswegs den Standpunkt vertreten habe, daß die ausgeschiedenen Senatoren auf ihr Gehalt keinen Anspruch hätten.

Heuer (U. S.): Das haben wir ja gewußt!

Präsident: Ich bitte um Ruhe! (Auf: Lassen Sie ihn doch ruhig blöken!) Auch derartige Ausdrücke bitte ich zu unterlassen.

Lindau: Das haben wir ja gewußt, wenn es seinen Kollegen an den Kragen geht, hält der Herr Senator seine schützende Hand über sie. Wenn es sich aber um untere Beamte handelt, dann würde Herr Finanz-

minister Dr. Donandt erklären: Das geht nicht. Das ist ja die altgewohnte Weise, das ist uns von jeher bekannt.

Präsident: Ich möchte Sie bitten, derartige Ausführungen nicht zu machen. Ich nehme an, daß Herr Senator Donandt noch das Wort dazu nehmen wird. Vom Standpunkt der Nationalversammlung ist es aber jedenfalls nicht richtig, wenn derartige Ausführungen gemacht werden.

Heuer (U. S.): Herr Senator Donath mag sich trösten. Was unsern Fraktionsgenossen Dr. Künzler betrifft, so muß ich sagen, daß er uns erklärt hat, vom rechtlichen Standpunkt aus dürften wir das nicht machen. Dr. Künzler war auch in der Fraktionsitzung gegen diesen Beschluß, gegen den Antrag, und es mag ja auch rechtlich nicht durchführbar sein. Aber ich habe das moralische Empfinden, daß Millionäre, die nicht Lust haben, zu arbeiten, auf das Gehalt verzichten sollten. Herrn Tiedermann gegenüber möchte ich bemerken, daß, wenn er besser zugehört hätte, er wissen müßte, daß ich gesagt habe: Ich weiß nicht, ob Deichmann als Vorsitzender des Tabalarbeiterverbandes noch ein Gehalt in Anspruch nimmt. (Zuruf: Die Methode bleibt dieselbe!)

Lüdeling (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Knief hat sich mit einer Anfrage an mich gewandt. Ich bin nicht in der Lage, ihm darüber Auskunft geben zu können, wie sich die Beamtschaft zu dieser Angelegenheit stellt. Ich hoffe aber, daß noch Gelegenheit sein wird, in dieser Angelegenheit einen Beschluß herbeizuführen. Daß darüber sehr verschiedene Meinungen in der Beamtschaft bestehen, mag richtig sein. Im übrigen wollen wir niemand sogenannten wohlervorbene Rechte rauben. (Zuruf: „So genannte“ ist gut!) Herr Lindau hat schon auseinandergelegt: es sollen niemand Rechte genommen werden. Nur halten wir es nicht für recht, daß jemand, der für den Staat nichts tut, solche namhaften Gehälter weiter bezieht. Weiter kann auch das Bestreben der Beamten, die durch eine staatliche Umwälzung ihre Ämter verloren haben, nicht gehen, als daß sie weiterhin beschäftigt werden, so daß sie genug zu leben haben. Die Beamten können sehr zufrieden sein, wenn sie nach einer staatlichen Umwälzung wieder verwendet werden in einer, wie es hier beantragt wird, ihren Fähigkeiten angemessenen Weise.

Schröder (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir das Budget durchsahen und bei diesem Punkt der Ausgaben angelangt waren, habe ich gleich zu meinen Freunden gesagt: Ich bin gespannt, welche Stellung die U. S. dazu nehmen werden. Wir haben nun zu unserer Verwunderung gesehen, daß allerdings ein Anfang gemacht ist, keineswegs aber gegen die hohen Gehälter an sich Opposition gemacht ist. In der Budgetkommission ist kein derartiger Antrag gestellt.

Waigand (M.-S.): In unserer Fraktion habe auch ich den Standpunkt vertreten, daß es mir nicht recht erscheine, daß, wenn eine Regierung durch die Revolution gestürzt ist, die bisherigen Regierungsmitglieder noch zum Vollen ihr Gehalt weiter beziehen können. Deshalb habe ich den Standpunkt vertreten, daß die Senatoren, die noch arbeitsfähig sind, vom Staat wieder beschäftigt werden könnten, zumal mir bekannt ist, daß einige von ihnen schon anderweitige Beschäftigung gefunden haben. Infolgedessen finde ich den Antrag an und für sich nicht unnatürlich. Das aber kann ich doch sagen, daß die Art und Weise, wie der Antrag von unseren ehemaligen Parteigenossen vertreten ist, mir nicht gefällt, daß das beschämend für die Arbeiterschaft ist. Was hat denn der 4. Februar mit den Senatsechtern zu tun? Seid doch nicht wie kleine Kinder! (Heiterkeit.) Wie kann man nur so etwas sagen, wenn man weiß, daß man in seinen eigenen Reihen Genossen hat, die vielleicht ebensoviel, die über 12 000 M. verdienen? (Zuruf: Alfred!) Während der Regierung des Rates der Volksbeauftragten sollen einige noch mehr erhalten haben. Also andere Leute derart herunterzureißen, das ist nicht nur beschämend für das Parlament, sondern vor allem für die Arbeiterschaft und für die Parteiangehörigen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Bardenheuer (M.-S.): Vorhin ist auch der Name des Herrn Senator Biermann in der Debatte genannt und erklärt, daß Herr Senator Biermann mit seinen großen Einkünften kein Gehalt zu beziehen brauche. Demgegenüber möchte ich doch darauf verweisen, daß Herr Senator Biermann sein Gehalt bis in die letzte Zeit stets der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt und von dem Gehalt nichts für sich gebraucht hat. (Hört, hört!)

Wahnshaffe (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lüdeling führte an, daß der Antrag dahin zielt, einer Person, die für den Staat nichts mehr leiste, Gehalt nicht weiter zu zahlen. Das kann hier durchaus nicht zutreffen. Die Senatoren, soweit sie hier in Betracht kommen, sind gewaltsam aus ihrem Amt entfernt und werden nach dem Willen der heutigen Machthaber nicht weiter beschäftigt. Der unfreiwillig aus seinem Amt scheidende Beamte hat, wenn er nicht auf dem Disziplinarwege entlassen ist, nach dem Beamtengesetz ein Anrecht auf Wartegeld oder Ruhegehalt. Das können die Beamten mit Recht beanspruchen, und daran hat auch die stattgehabte politische Umwälzung nichts geändert. Herr Lüdeling meinte, die Beamten könnten froh sein, daß man sie bei der Umwälzung nicht beseitigt habe, sondern übernommen hätte, und sie könnten zufrieden sein, wenn sie überhaupt soviel erhielten, daß sie davon leben könnten. Demgegenüber möchte ich aber darauf hinweisen, daß das Gesetz, aus dem ihre Gehalts- und Ruhegehaltsforderungen resultieren, noch zu Recht besteht. Alle Beamten,

mithin auch die Senatoren, haben deswegen einen rechtlichen Anspruch, zu verlangen, was ihnen nach dem Beamtengesetz zusteht. Und der Antrag ist ja auch gar nicht einmal allein auf die Senatoren, die nicht mehr im Amt sind, zugeschnitten, sondern auch auf die, die noch jetzt im Amt sind. Wie wollten wir das wohl rechtfertigen, diesen Herren jetzt mit einem Male das Gehalt zu sperren? Das ist einfach unmöglich. Das Gehalt ist ihnen gesetzlich gewährleistet; auf dem Rechtswege würden sie den Staat zwingen können, ihnen das zu zahlen, was ihnen gezahlt werden muß. Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, Herr Dr. Künzler sei gegen Ihren Antrag gewesen. Diese Stellungnahme Ihres Parteijuristen ist sicher nicht aus Wohlwollen gegenüber den Senatoren entsprungen, sondern aus dem Rechtsbewußtsein heraus entstanden, daß der Antrag einfach undurchführbar sei. Ich nehme an, daß Herr Dr. Künzler Ihnen das gesagt hat, und muß daher Ihren Antrag als Agitationsmittel auffassen.

Der Antrag Heuer-Lindau wird abgelehnt.

2. Regierungskanzlei.

Dazu liegt ein Antrag Wahnshaffe vor:

Die Nationalversammlung beschließt:

Die Bemessung der Anfangsgehälter der bremischen Schreiber richtet sich lediglich nach deren Lebensalter. Die Gehaltszulagen betragen ohne Beschränkung jährlich 100 M.; der Beschluß hat rückwirkende Kraft vom 1. April 1919 ab.

Diesem Beschluß entgegenstehende Bestimmungen treten außer Kraft.

Hormann (D.): Ich muß dazu vom budgetären Standpunkt aus bemerken, daß es ganz unmöglich ist, jetzt eine bestimmte Zahl in das Budget einzustellen. Es muß doch erst einmal aufgestellt werden, wieviel Schreiber überhaupt in Frage kommen und in welchem Lebensalter sie sich befinden. Ich habe heute morgen schon der Budgetkommission ein solches Gesuch vorgelegt und Ihnen jetzt Mitteilung davon gemacht. Mit Ihrer Zustimmung darf ich dem Vorsitzenden der Beamtenkommission dieses Gesuch überreichen. Ich darf dabei zum Ausdruck bringen, daß die Beamtenkommission sich damit beschäftigen und darüber berichten möge. Ich glaube, daß die Nationalversammlung sich bei solchem Bericht einstweilen begnügen sollte. Dann sehen wir klar und wissen, was es finanziell für uns bedeutet. Ich habe extra darauf aufmerksam gemacht, daß die Budgetkommission einstimmig der Meinung war, daß für die Schreiber etwas geschehen muß. Aber der gewünschte Bericht muß erst vorgelegt werden, und das kann auch in kurzer Zeit geschehen.

Wahnshaffe (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der von mir bei der National-

versammlung eingebrachte Antrag des Vereins der bremischen Bureaubeamten trägt schon an und für sich in seinen Ausführungen seine Berechtigung in sich. Schon Herr Hormann als Berichterstatter des Haushaltsausschusses hat erklärt, daß ein Teil der Forderungen, die hier gestellt werden, berechtigt sind. Ich behaupte aber, daß der Antrag, wie er vorliegt, also in seinem vollen Umfange, berechtigt ist. Wir brauchen uns über die Wirkung des Antrages auf das Budget nicht zu unterhalten, da es beim jetzigen Budget darüber doch nicht zu einer Beschlußfassung kommen kann. Aber bei dieser Gelegenheit muß ich doch darauf hinweisen, wie überhaupt unsere Besoldungsordnung im allgemeinen ausfällt. Diejenigen Damen und Herren dieses Hauses, denen früher wenig Gelegenheit gegeben war, sich mit Beamtenfragen zu befassen, müssen erstaunt gewesen sein — und ich weiß, daß ein großer Teil der Damen und Herren erstaunt ist — über die ganz unzulänglichen Gehälter, die dem größten Teil unserer Beamten und besonders den Unterbeamten gezahlt werden. — Die Damen und Herren, die mir gegenüber Ihrer Verwunderung Ausdruck gegeben haben, sind mit mir der Auffassung, daß eine durchgreifende Reform unserer gesamten Besoldungsordnung unbedingt herbeigeführt werden muß. In der Besprechung des Generalbudgets hat mein Freund Waigand schon angeführt, daß im ganzen Deutschen Reich nur 2 Prozent der Bevölkerung zu den Besitzenden gehört. Ich möchte behaupten, daß auch unter diesen wenigen Glücklichen fast keine oder überhaupt keine Beamten sich befinden. Denn die Beamten als solche können bei der Bemessung ihrer Gehälter eben gar nicht an Rücklagen denken, können also nicht zu Besitz gelangten. Infolgedessen werden sie eben am meisten darunter leiden, wenn die wirtschaftliche Konjunktur verteuern auf die Ernährungsverhältnisse und auf die Beschaffung aller sonstigen Lebensbedürfnisse einwirkt. Solche Ereignisse müssen notgedrungen dazu führen, daß die Beamten stets zu den Ärmsten der Armen gehören, besonders die kleinen Beamten. Die Besoldungsordnung für die Schreiber sieht nun vor, daß sie bis zum vollendeten 18. Lebensjahre nicht über 350 M., bis zum vollendeten 26. Lebensjahre nicht über 1750 M. und noch ältere Schreiber nicht über 2400 M. beziehen sollen. Nun kommt es vor, daß ein Schreiber bei einem Alter von beispielsweise 25 Jahren eingestellt wird in eine Stelle, die gerade frei geworden ist und in der sein Vorgänger vielleicht 1350 M. bezog. Bei einem Alter von 25 Jahren würden ihm nach der Gehaltsstala 1650 Mark zustehen; das wäre seinem Alter entsprechend. Aber da man ihn in einer Stelle beschäftigt, die durch einen jüngeren Vorgänger besetzt war, welcher nach einem niedrigeren Satz bezahlt wurde, so bleibt dieser Satz für den Nachfolger, unbeachtet seines höheren Alters, bestehen. Welche Schäden dadurch den einzelnen Schreibern entstehen, geht aus einer Zusammenstellung hervor, die die Schreiber der Polizeidirektion mir bei der Einreichung des Antrages mit auf den Weg ge-

geben haben. Da sind einzelne Schreiber geschädigt worden um Beträge von jährlich 50 bis 700 M. Durch dieses System wird der Staat im laufenden Jahre eine Ersparnis von 17 500 M. erzielen allein bei der Polizeidirektion, und um diesen Betrag werden die betreffenden Schreiber geschädigt werden. Dieses Geld, welches den Schreibern ihrem Alter entsprechend zusteht, muß ihnen ausgezahlt werden. Wir müssen unbedingt fordern, daß das geschieht. Die Schreiber sind eine Klasse für sich, die gewöhnlich von Jugend auf sich dem Schreiberfach gewidmet haben. Und da nun mit dem steigenden Alter auch die Leistungen sich naturgemäß steigern, müssen auch die Schreiber je nach ihrem Alter entsprechend bezahlt werden. Des weiteren enthält die beregte Anweisung noch eine ganz eigenartige Bestimmung. Da heißt es:

Diese Sätze haben nicht etwa die Bedeutung, daß die Schreiber bei Erreichung der betreffenden Lebensjahre ein Anrecht auf eine dementsprechende Bemessung des Gehalts haben. Sie bezeichnen vielmehr nach wie vor nur die äußerste Grenze, über welche die Behörden unter keinen Umständen hinausgehen dürfen.

Das ist es, wogegen ange kämpft wird; diese Klausel muß heraus aus der Anweisung; es soll stets nach dem Lebensalter besoldet und der Anfangsgehalt mindestens nach dieser Skala festgesetzt werden. Der Antrag, der vorliegt, ist redaktionell nicht glücklich gefaßt, er wird noch eine andere Fassung bekommen, wenn die Kommission für Beamtengehälter zu seiner Beratung kommt.

Präsident: Herr Wahnschaffe, Sie ziehen also diesen Antrag zurück? So fasse ich es auf.

Wahnschaffe: Nein, keinesfalls! Ich beantrage vielmehr Ueberweisung an die Kommission, statt einer Berichterstattung. Die zweckmäßige redaktionelle Aenderung kann die Kommission bewirken.

Präsident: Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen; wenn es ein Antrag ist, über den heute nicht abgestimmt werden soll, dann dürfen Sie ihn nicht begründen.

Wahnschaffe: Gut, dann kann ich mich auf diese kurzen Ausführungen beschränken, und ich stelle hiermit den Antrag:

Die Nationalversammlung möge die Kommission für Beamtengehälter beauftragen, alsbald Bericht zu erstatten, in welcher Form den in dem Antrage zum Ausdruck gebrachten Wünschen der Schreiber Rechnung getragen werden kann.

Präsident: Wollen Sie das jetzt formulieren! Und diesen Antrag ziehen Sie zurück? (**Wahnschaffe:** Jawohl!)

Schmidt (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Regierungskanzlei gibt es Beamtengruppen, die, wenn sie auch nicht in überreichlichem Maße mit Rechten ausgestattet sind, doch Angestellten gegenüber anderen Beamten oder Beamten in gleicher Stellung bei anderen Behörden Ausnahmerechte haben. Ich erinnere an die Kanzlisten, die, obwohl sie unter der Anleitung von Bureauvorstehern arbeiten, doch im Gehalt besser gestellt sind als ihre Kollegen bei anderen Behörden, die zum Teil nicht unter Aufsicht arbeiten. Das gleiche ist bei den Boten der Fall, die sogar beträchtlich besser gestellt sind. Das ist verderblich. Es resultiert das aus dem Bestreben des alten Staates, seinen Günstlingen besondere Vorteile zu gewähren und so besser eine Beamtengruppe gegen die andere auspielen zu können. Das ist wahrscheinlich die Stabilität der Verwaltung, die auch Herr Wendt so gerne aufrecht erhalten wissen möchte.

Meine Damen und Herren! Eine große Kalamität, vielleicht eine der größten Kalamitäten ist es, daß der alte Verwaltungsapparat mit in die jetzige Zeit übernommen worden ist. Die Widerstände, die einer Neuordnung entgegengesetzt werden, kommen zum größten Teil aus der Verwaltungsbureaucratie. Dieser Widerstand ist um so gefährlicher, weil er nicht so sichtbar in die Erscheinung tritt. Der ganze bureaukratische Apparat ist der gleiche wie vor der Revolution und der Widerstand gegen eine Neuordnung ist nur noch größer geworden. Wir kommen nicht anders zu dieser Neuordnung, als daß wir den Verwaltungsapparat neu aufbauen, und dieser neue Aufbau muß geschehen unter tätiger Mitwirkung der Beamtenschaft. Die Beamtenschaft, die sich ja gegen die absolute Autorität und gegen die Willkür von oben sowie auch gegen das Kriechertum und die Liebedienerei von unten gestellt hat, die wird es nur sein können, die den ganzen staatlichen Apparat auf andere Füße stellen kann. Dazu gehört aber auch, daß man die Rechte der Beamtenschaft ausbaut, damit diese Ausschüsse bestimmend eingreifen können in die Verwaltungstätigkeit. Die Rechte der Beamtenschaft müssen auch neu geregelt werden. Eine Kommission ist ja schon eingesetzt und ich möchte nur wünschen, daß sie recht schnell arbeitet. Meine Fraktion wird daher auch die Neuschaffung der gehobenen Stellen ablehnen. Wir fordern, daß die Vorsteher der einzelnen Ämter, die Vorsteher der Bureaus und der Werke nur solche Personen sein können, die von dem Vertrauen der Mitarbeiter getragen und durch diese an ihre Stelle gesetzt werden. Man soll nicht einwenden, daß dadurch die Auswahl leiden wird, denn wer sind denn jetzt die, die die Auswahl treffen? Es sind doch in den allerwenigsten Fällen Fachleute, meistens sind es Laien, die in den Deputationen sitzen und auch Laien, die in der Regierung sitzen. Die wählen die Fachleute aus für Zwecke, von denen sie mindestens so wenig kennen wie die Beamten, die jahrelang in diesen Betrieben oder in diesen Bureaus tätig sind. Aber auch, wenn man davon aus-

geht, wie der Meister in seinem Fach zu der Anerkennung als Meister kommt: er kommt doch nur dadurch zu seiner Anerkennung, daß andere sich seinem Können und seiner Autorität unterwerfen. Eine Autorität aber, die sich nur auf die Macht der Stellung oder des Scheins stützt, ist niemals etwas gewesen, was die Freude an der Arbeit und die Lust, sich unterzuordnen, gefördert hat. Aber die höhere Verwaltungsbureaucratie will ja auch nicht die Freude an der Arbeit fördern, ihr liegt nur daran, ihre Macht aufrecht zu erhalten. Schon die Gemeinschaft, die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes, sagt in ihrer Nummer vom 16. März: (Verliest.)

Herr Waigand hat Ihnen ja in der Generaldebatte heute morgen schon ein kleines Beispiel vor Augen geführt, wie den Beamtenschaftsausschüssen gegenüber verfahren wird. Das könnte in beliebiger Anzahl erweitert werden. Ich möchte aber nur einen Fall anführen. Dieselbe Behörde, die Herr Waigand heute morgen anführte, die versucht auch den Beamtenschaftsausschuß, der bei ihr besteht, nicht allein zu unterdrücken, sondern sie ist sogar bestrebt, diesem Beamtenschaftsausschuß vorzuschreiben, was er zu beschließen hat. Meine Herren, so denkt die höhere Verwaltungsbureaucratie sich die Rechte der Beamtenschaftsausschüsse. Wir sind uns wohl alle klar darüber, daß es unsere Aufgabe sein muß, das deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzurichten. Dazu gehört die Freude an der Arbeit. Diese Freude kann aber nicht dadurch gefördert werden, wenn man den Mitarbeitern alle möglichen Hindernisse entgegensetzt und Knüppel zwischen die Beine wirft, sondern sie kann nur dann aufrecht erhalten werden, wenn diejenigen Personen, die ihr Widerstand leisten, aus ihren Ämtern entfernt werden, und dazu gehört, daß die Regierung hier eingreift.

Meine Damen und Herren! Hiermit aufs engste verbunden ist aber die Neuordnung der Gehalte. Wir wissen wohl, daß wir nicht einseitig oder allein in Bremen vorgehen können, und daß wir zu einem gewissen Teil abhängig sind vom Reiche und von Preußen, aber gleichwohl wird es uns gelingen, daß wir auch hier bahnbrechend vorangehen, wenn nur der Wille und die Entschlossenheit vorhanden ist. Es war versucht worden durch Vereinbarung der Beamtenschaft mit der Geschäftskommission des Rates der Volksbeauftragten, die Besoldungsordnung auf einer neuen Grundlage aufzubauen. Wir versuchten einen gangbaren Weg zu finden, und dieser Weg befriedigte mindestens Vierfünftel der Beamtenschaft. Die Verhandlungen gingen von dem Standpunkte aus, daß der Wert der geleisteten Arbeit nicht so zu ermitteln sei, daß sich darauf eine Einteilung aufbauen ließ. Man einigte sich auf dem Wege, die Kosten der Berufsausbildung als Maßstab anzulegen, da ja die Kosten dieser Ausbildung bei ihrem notwendigen Abbau schließlich verschwinden würden. Gleichzeitig waren wir der Meinung, daß die Löhne, die

das Uebertreten von einer Gruppe in die andere bisher versperren, sperrangelweit zu öffnen seien. Auch hier waren wir der Meinung, daß Stellen, die ein besonderes Vertrauen beanspruchen, nur durch Vertrauensleute der Arbeitskollegen zu besetzt sein. Wir waren nicht der Meinung, daß dies der Disziplin schaden würde, da ja der Vorgesetzte durch das Vertrauen mit der notwendigen Autorität ausgestattet wird. Außerdem sind ja auch Beamtenausschuß und Disziplinarbehörde nicht nur dazu da, um die Untergebenen gegen die Willkür der Vorgesetzten zu schützen, sondern im gegebenen Falle sollen auch die Beamtenausschüsse und Disziplinarbehörden die Vorgesetzten gegen die Willkür der Untergebenen schützen. Aber die absolute Autorität, wie sie heute noch besteht, ist ein Unding. Sie paßt in die jetzige Zeit wie das Eis in die Julisonne.

Es sind an einzelnen Stellen heute auch immer noch Pensionäre beschäftigt. Ich kann Ihnen ja sagen, daß die Pensionäre so gestellt sind, daß sie, wenn sie eine Nebenbeschäftigung nicht annehmen, verhungern müßten. Es wäre doch Aufgabe des Staates, daß er seine Beamten, die ihr Leben lang dem Staate gedient haben, so stellen müßte, daß sie wenigstens auskömmlich leben können. Das ist absolut nicht der Fall. Diese Pensionäre sind auf Stellen, die in den meisten Fällen Kriegsbeschädigten zustehen müßten, weil sie auch von schwerer Kriegsbeschädigten ausgefüllt werden können. Wir hoffen, daß die Regierung die Verhältnisse noch einmal nachprüft und dort, wo es nützt, auch den Pensionären hilft, damit diese in der Lage sind, die Stellen freizumachen, die Kriegsbeschädigten zustehen müssen.

Nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir auch einige Worte zu der Eingabe der Schreiber. Die Kommission wegen der Beamtengehälter ist ja damit beauftragt, die Verhältnisse der bremischen Beamten einer Prüfung zu unterziehen und wir wünschen nichts sehnlicher, als daß diese Kommission recht schnell mit dem Ergebnis dieser Prüfung an uns herantritt. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen fordern, daß wenigstens die Behörden die Höchstsätze der Skala, die für die Schreibergehälter gelten, als Mindestsätze behandeln und zwar jetzt schon. Die Sparsamkeit, die hier geübt wird — bei einzelnen Behörden kommen ganz erkleckliche Summen heraus: wie Herr Wahnschaffe schon sagte, bei der Polizeidirektion allein 17 500 M. — diese Ersparnisse laufen auf Kosten der Ärmsten unter den Armen, denn die Schreiber haben stets für Gehälter gearbeitet, die niemals diese Schreiber vor der bittersten Not bewahrt haben. Deshalb möchte ich vor allen Dingen der Regierung noch einmal ans Herz legen, die Gehälter, die nach der Skala zu zahlen sind, als Mindestgehälter für die Schreiber auch tatsächlich zu zahlen.

Präsident: Der Antrag des Herrn Wahnschaffe hat jetzt folgenden Wortlaut:

Die Nationalversammlung wolle die Kommission für Beamtengehälter, Beförderungen usw. mit

einem alsbald zu erstattenden Bericht beauftragen über eine anderweitige Regelung der Gehaltsbezüge der bremischen Schreiber, insonderheit über eine anderweitige Fassung der jetzt über die Anfangsgehälter bestehenden Bestimmungen.

Senator Dr. Donandt: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Verhältnisse der Schreiber sind hier ja eingehend besprochen worden und es könnte aus dem, was gesagt ist, der Eindruck entstehen, als ob bei der Bemessung der Schreibergehälter nach Willkür verfahren werde. Es ist richtig, daß die Schreibergehälter ganz außerordentlich ungleichmäßig bemessen sind. Das hat aber seine ganz besonderen Gründe. Die Gründe bestehen darin: Wenn ein Schreiberposten frei ist, so kann er an sich nur besetzt werden mit einem Schreiber, der das Gehalt bezieht, das im Budget für diesen Schreiberposten ausgeworfen ist. Es kommt nun aber vor, daß sich bei der Aufforderung Schreiber melden, die weit älter sind, als der Inhaber dieser Stelle war, und dann sagt die Behörde dem Betreffenden: Ich kann dich aber nur zu diesem Satze einstellen, denn eine weitere Verfügung habe ich zurzeit nicht. So kommt es, daß nicht selten Schreiber zu einem Gehaltsjahre angestellt werden, der für ihr Lebensalter zu niedrig ist. Der Senat hat sich schon länger mit der Frage beschäftigt, wie diese Ungleichheit am besten zu beseitigen sei. Wir sind auch zu einem Ergebnis gekommen, das aber noch nicht in die Tat umgesetzt ist, weil inzwischen die Kommission wegen der Beamtengehälter mit demselben Auftrag betraut war. Ich glaube, daß wir bei den weiteren Beratungen in der Kommission zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werden.

Herr Schmidt hat eingangs seiner Ausführungen bemängelt, daß die Gehälter der Kanzleibeamten der Regierungskanzlei höher bemessen seien als die der gleichartigen Kanzleibeamten anderer Behörden, und er hat die Meinung ausgesprochen, das sei wohl geschehen, um die Beamten besser gegeneinander auszuspielen zu können. Diese Insinuation muß ich zurückweisen. Ein solcher Gedanke hat dabei gänzlich ferngelegen. Die Beamten der Regierungskanzlei sind deshalb im Gehalt etwas gehoben, weil von ihnen ein ganz besonderes Maß von Vertrauenswürdigkeit (Zuruf der U. S.: So ist es richtig!) und auch von Leistungen verlangt werden muß. Wenn das Herrn Schmidt nicht gefällt, so ist ja Gelegenheit, da eine Aenderung zu treffen bei der in Aussicht stehenden Neuordnung der Gehälter. (Zuruf der U. S.: Das werden wir auch versuchen!) Also ich glaube, es wäre besser gewesen, daß diese Behauptung oder diese Andeutung, als wenn es die Absicht gewesen wäre, die Beamten gegeneinander auszuspielen, nicht gefallen wäre.

Knief (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Herr Schmidt nicht aus der Beamtenkommission ausgetreten wäre, dann würde er wissen,

daß wegen der über 65 Jahre alten Beamten die Kommission schon einen Beschluß gefaßt hat, und der dritte Bericht der Kommission ist schon dem Bürgeramt übergeben. Das wird also in der Feriensitzung schon verhandelt werden können. In betreff der ungleichmäßigen Besoldung der Schreiber kann ich erklären, daß mir diese Verhältnisse schon lange bekannt sind, daß ich auch in der alten Bürgerchaft schon wiederholt darauf gedrungen habe, daß hier eine gleichmäßigere Besoldung stattfinden müsse. Als die Beamtenskommission von der Nationalversammlung gewählt wurde, die auch bekanntlich die Frage der Umwandlung der Jahrgeldsberechtigung in die Ruhegehaltsberechtigung vorarbeiten soll, da habe ich persönlich die Schreiberangelegenheit sofort in die Hand genommen. Ich habe einen fertigen Entwurf vorgelegt, wonach alle Schreiber, die 25 Jahre und darüber alt sind, Ruhegehaltsberechtigte Beamte werden sollen. Sie sollen eingereiht werden in die Gehaltsklasse von 1700 bis 2500 M. Das ist noch eine kleine Verbesserung gegenüber ihren jetzigen Gehaltsföhen. Diese Vorlage habe ich dem Vorstand des Bureaubeamtenvereins derzeit übergeben. Ich habe gemeinsam mit dem Vorstand die Sache beraten, und mein Plan wurde einstimmig gutgeheißen. Später ist der Vorstand des Bureaubeamtenvereins davon abgewichen und hat neue Forderungen gestellt, die dahin gehen, sämtliche Schreiber und Kanzleigehilfen in die Kanzlistenklasse zu bringen. Durch diese neue Forderung ist mein ganzer Plan über den Haufen geworfen worden, und die Kommission muß von vorn anfangen, um die Sache zu regeln. Inzwischen haben wir natürlich keine Gelegenheit gehabt. Wir haben bekanntlich schon zwei Berichte geliefert wegen der Teuerungszulagen. Der dritte ist im Druck. Wir konnten die Sache noch nicht in die Hand nehmen, aber es soll gewiß nicht an uns liegen. Ich glaube auch im Sinne von Herrn Wahnschaffe zu sprechen, daß wir die Sache so schnell wie möglich erledigen werden.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Degenhardt, Knop, Wahnschaffe, Schmidt.

Der Schlußantrag wird genügend unterstüzt.

Schmidt (U. S.): Ich möchte bitten, den Schluß noch nicht zu belieben. Herr Knief hat die Tätigkeit unserer Fraktion in der Kommission wegen der Beamtengehalte in die Debatte geworfen. Ich möchte der Versammlung ein kleines Beispiel geben, wie Herr Knief gearbeitet hat, wie er versucht hat, den Vorstand des Bureaubeamtenvereins zu beeinflussen.

Wahnschaffe (M. S.): Zur tatsächlichen Aufklärung! Aus dem Munde des Herrn Senators Donandt klang es ungefähr, als ob ich der Meinung sei, daß die Gehälter der Beamten willkürlich festgesetzt würden. Das ist meine Auffassung nicht, das beruht

jedenfalls auf einem Mißverständnis. Ich weiß genau, daß die Gehälter nach der Stala bewilligt werden, eine Willkür also nicht vorliegen kann. Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Knief an und betone, daß die Sache so schnell wie möglich erledigt werden muß. Die Wünsche der Schreiber sind angesichts der ungeheuren Teuerung, der außerordentlich schweren Lage, zu verstehen.

Wenholt (D.): Meine Damen und Herren: Ich bin für Schluß der Debatte. Konkrete Anträge liegen nicht vor. Nachdem Herr Wahnschaffe seinen Antrag abgeändert hat, wird ja niemand gegen den Antrag sein. Wenn wir den Bericht erhalten, wird sich die Nationalversammlung nochmals mit der Sache beschäftigen. Warum sollen wir das zweimal in großer Ausführlichkeit tun?

Der Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Wahnschaffe wird in der abgeänderten Fassung angenommen.

6. Zur Verfügung des Senats.

Präsident: Hierzu liegt folgender Antrag des Herrn Schmidt vor:

Den Senat um Prüfung zu ersuchen, in welcher Weise die aus dieser Position bisher bestrittene Unterstützung von Beamten in Notfällen durch Einrichtung einer Krankenversicherung zu ersetzen ist.

Der Antrag wird zurückgestellt.

7. Vergütungen an Beamte für besondere Dienstleistungen, 5000 M.

8. Bewirtungen, 10000 M.

Präsident: Zu diesen beiden Positionen liegt folgender Antrag des Herrn Spindler vor.

Die Positionen mit 5000 M und 10000 M zu streichen.

Spindler (U. S.): Durch die Bezeichnung der Positionen „Vergütung für besondere Dienstleistungen“ konnte man zu der Ansicht verleitet werden, daß es sich um Vergütung an Beamte für Arbeiten handelte, welche außerhalb der Arbeitszeit geleistet würden. Dem ist nicht so. Die Beamten erhalten für die Arbeit, die in der Arbeitszeit geleistet wird, ihr Gehalt und brauchen für diese Arbeit nicht noch besonders bezahlt werden. Es gibt aber Beamte, die es durch Unterwürfigkeit und Streben nach oben, Schielen nach oben verstehen, daß ihnen noch besondere Vergütungen bezahlt werden. Es handelt sich besonders um einige höhere Beamte, die nicht allein ein sehr hohes Gehalt, sondern dazu auch noch besondere Aufwendungen bekommen. Ich bin der Meinung, daß 5000 M für die Position zu hoch

sind. Es handelt sich vielleicht um drei oder vier Beamte, die dieses Geld erhalten, trotzdem sie die Arbeit nicht außerhalb der Arbeitszeit leisten. Ich bitte also, den Abstrich zu genehmigen, damit die Summe von 5000 M in Wegfall kommt.

Dann Nr. 8, Bewirtungen. Meine Fraktion kann nicht einsehen, daß wir die Summe von 10 000 M auswerfen für Bewirtungen. Wenn wir auch nicht umhin gekommen haben, daß früher für den jetzt Fahnenflüchtigen in Amerongen ein kleines Häuschen im Ratskeller errichtet wurde, wo er seine Füße hinsetzen konnte, so fällt dies für die Zukunft doch weg. Wenn aber der Reichspräsident Ebert mal nach Bremen kommen sollte, so erhält er ja soviel Gehalt, daß er das selbst bezahlen kann. Ich brauche keine weiteren Ausführungen zu machen, die Tatsachen sprechen für sich selbst. Die Ausgabe von 10 000 M sollte in Wegfall kommen. Ich bitte Sie, unsern Antrag anzunehmen.

Christians (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz etwas zu dem Antrage sagen. Auch ich halte es nicht für richtig, wenn für irgendwelche besonderen Leistungen während der Dienstzeit Geld ausgeworfen wird. Es könnte so aussehen, daß für eine gewisse Art von Arbeiten ein Schweigegeld bezahlt werden solle. Das möchten wir nicht. Dagegen sollte man besonders befähigten Männern die Möglichkeit schaffen, nach oben aufzurücken, daß die Sperrkette, die zwischen die einzelnen Beamtengruppen gelegt ist, beseitigt wird, damit nicht die Arbeitsfreudigkeit der jüngeren Beamten geknickt wird im öden Beamtentrott, damit sie einen Anreiz bekommen, im Interesse des Staates immer noch mehr zu leisten. Beamte, die eine entsprechende Befähigung und Arbeitswilligkeit haben, sollten ein Arbeitsgebiet finden, das ihren Fähigkeiten entspricht. Dann würden die Beamten das Gefühl haben: Du kannst emporkommen auch ohne Examina.

Senatskommissar Senator Dr. Donandt: Die beiden Positionen, deren Streichung beantragt ist, haben schon seit langer Zeit den Gegenstand von Auseinandersetzungen gebildet. Solange ich Vorsitz der Finanzdeputation bin, habe ich ungefähr in jedem Jahre darüber sprechen müssen, und es überrascht mich deshalb nicht, daß die beiden Positionen jetzt auch wieder beanstandet werden. Die Position „Vergütungen an Beamte für besondere Dienstleistungen“ wird völlig falsch aufgefaßt. Wenn davon gesprochen wird, daß damit besondere Gaben nach Gunst verteilt würden, so ist das durchaus nicht der Fall. Es ist sogar von einem Schweigegeld gesprochen. Die Sache liegt so, daß es nicht selten vorkommt und vorkommen muß, daß sich einzelne Beamte durch besondere Leistungen auszeichnen, und dafür ist der Remunerationssposten bestimmt.

Ich erinnere mich z. B. an den Fall, daß das Register der bremischen Gesetzblätter vervollständigt werden mußte. Als der damit beauftragte Kanzlist — wenn ich mich nicht irre, war es ein solcher — sehr lange daran gearbeitet hatte und das Werk fertig war, hat er eine Remuneration aus dem Remunerationssfonds erhalten. Meiner Ansicht nach mit vollem Recht. Hätte man dem Beamten die Ueberstunden bezahlt, die er zu dieser Arbeit gebraucht hat, so wäre man zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen. Die Streichung der Position würde zur Folge haben, daß dadurch die Arbeitsfreudigkeit der Beamten leiden würde, die derartige Arbeiten auf sich nehmen, ja, es würden solche Aufgaben von den Beamten überhaupt nicht mehr erfüllt und der Verwaltung dadurch große Verlegenheiten bereitet werden. Ich warne Sie davor, auf den Gedanken zu kommen, die Remuneration durch eine Ueberstundenvergütung zu ersetzen.

Was den Fonds für Bewirtungen betrifft, so liegt es so, daß wir in früheren Jahren nicht selten in der Lage waren, Gäste von auswärts zu empfangen. Jetzt wird das ja viel weniger vorkommen, es kann aber immerhin vorkommen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß Mitglieder der Reichsregierung nach Bremen kommen, und wir können sie dann doch nicht ohne Begrüßung wieder weggehen lassen; es ist doch unbedingt erforderlich, daß wir ihnen eine gewisse Höflichkeit erweisen, und das geschieht aus dem Fonds für Bewirtungen. Es hat sich auch als außerordentlich zweckmäßig erwiesen, daß man über Dinge, die für Bremen von Wichtigkeit sind, nicht nur am grünen Tisch verhandelt, sondern auch am weißen Tisch. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß Verhandlungen am weißen Tisch für Bremen häufig viel günstiger auslaufen als die Verhandlungen am grünen Tisch. (Sehr richtig!) Ich möchte Sie also bitten, die Positionen stehen zu lassen. Vergeudet wird nichts, darauf können Sie sich verlassen.

Spindler (U. S.): Ich muß Herrn Senator Donandt widersprechen. Es liegt nicht so, wie er meinte. Die Revolution hat die Klassenunterschiede verwischt. Die Summe für Bewirtungen ist überflüssig. Wenn gesagt wurde, daß am Weintisch sich Staatsgeschäfte besser abwickeln ließen als am grünen Tisch und daß man das Geld notwendig habe, um die Arbeitsfreudigkeit der Beamten zu heben, so hat doch der Staat dafür andere Mittel wie dieses Judasgeld . . .

Präsident: Ich kann einen derartigen Ausdruck nicht zulassen, daß Sie das Geld, das ein Beamter aus dieser Position erhält, als Judaslohn bezeichnen.

Spindler: Die Sache liegt so, daß die Summe, die den Beamten für besondere Dienstleistungen bezahlt

werden, nicht für Arbeiten gezahlt wird, die während der Arbeitszeit getan werden, sondern die Arbeiten werden während der Arbeitszeit geleistet. Was Herr Senator Donandt darüber gesagt hat, entspricht nicht den Tatsachen. Ich bitte, die Position zu streichen.

Christians (M. S.): Ich muß den Bedenken des Herrn Senatskommissars doch entgegentreten, es bestehe die Gefahr, daß, wenn der Posten gestrichen werde, die Arbeitsfreudigkeit der Beamten darunter leide. Es wäre traurig um die Beamten bestellt, wenn dem so wäre. Wir müssen fordern, daß freie Bahn geschaffen wird für jeden Beamten, das würde die Arbeitsfreudigkeit und das würde das Interesse der gesamten Beamtenenschaft an dem Neuaufbau unbedingt zur Folge haben. Es bestehen nach meiner Meinung gar keine Bedenken, diese Position zu streichen.

Wenhold (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was zunächst die Position Bewirtungen betrifft, so glaube ich, daß die Nationalversammlung nach den Ausführungen des Herrn Senators Donandt überzeugt ist, daß die Position im bremischen Interesse liegt, und ich würde es als kleinlich bezeichnen, wenn eine solche Position gestrichen würde. Wir würden damit niemand einen Gefallen tun, wohl aber den Senat in die Unmöglichkeit versetzen, irgend jemand zu empfangen und ihn dadurch des Rechts entkleiden, was in jedem privaten Haushalt eine alte und gute Sitte ist, daß man Gäste freundlich aufnimmt; eine Selbstverständlichkeit, die auch der Staat achten muß, der er sich nicht entziehen kann. Was nun die Frage der Vergütungen an Beamte für besondere Dienstleistungen betrifft, so habe ich die Ausführungen des Herrn Christians und der anderen Herren so verstanden, als ob sie glaubten, daß teilweise diese Vergütungen nicht rechtmäßig beansprucht werden könnten. Der Herr Senatskommissar hat schon dargelegt, daß das nicht der Fall ist, und ich glaube, daß die Gründe, die er angeführt hat, auch stichhaltig sind. Ich möchte den Vermittlungsvorschlag machen, daß wir die Verfügung über diese Position einer Stelle übertragen, die auch von der Nationalversammlung kontrolliert wird, und bei der Mitglieder der Nationalversammlung beteiligt sind. Dann wäre im Einzelfalle die Möglichkeit zur Prüfung gegeben. Der Antrag lautet:

Die Nationalversammlung überträgt die Verfügung zu Pos. 1, 7 der Finanzdeputation.

Dr. Künzler (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Interesse der Gerechtigkeit kann ich nicht umhin, gegenüber meinem Parteifreunde Spindler anzuerkennen, daß es in der Tat richtig ist, wie der Herr Senatskommissar mitgeteilt hat, daß aus dieser Position auch besondere Dienstleistungen vergütet werden, die die Beamten außerhalb ihrer Dienstzeit

und ihrer dienstlichen Verpflichtungen vollbracht haben. Insbesondere ist es richtig, wie der Herr Senatskommissar bemerkt hat, daß das Werk des Registers des bremischen Gesetzblattes unter Umständen hergestellt worden ist, bei denen es ausgeschlossen gewesen wäre, den Beamten auf sein Gehalt zu verweisen. Gleichwohl muß ich von meinem Standpunkt aus erklären, daß ich grundsätzlich solche Vergütungsfonds für besondere Dienstleistungen bekämpfe, abgesehen von ganz besonderen Fällen. Ich bin der Meinung, daß die Beamten sich grundsätzlich auch außergewöhnlichen Dienstleistungen unterziehen müssen, wenn sie innerhalb ihrer Dienstzeit geleistet werden, ohne in jedem Falle Anspruch auf Vergütung erheben zu können. Der Beamte stellt doch nun einmal dem Staat seine Arbeitskraft zur Verfügung, der ihm den Unterhalt gewährt, und darf da nicht in jedem Falle fragen, ob er auch gerade nach der Dienstanzweisung verpflichtet war, diese Arbeit zu tun. Wie gesagt, es gibt aber Fälle, wo man den Beamten dies nicht zumuten kann. Was den Vorschlag von Herrn Wenhold angeht, so würde ich es doch für richtiger halten, in solchen Fällen mit einem besonderen Antrag zu kommen. Ob man damit an die Nationalversammlung geht oder an die Finanzdeputation, auf diesen Unterschied möchte ich nicht weiter eingehen.

Klawitter (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Senatskommissars zu Punkt 8, Bewirtungen, veranlassen mich, etwas zu sagen. Gerade diese Ausführungen veranlassen uns, darauf zu dringen, daß diese Position gestrichen wird. Ich kann es ja verstehen, wenn dem Staate Mittel zur Verfügung gestellt werden zu irgendwelchen Bewirtungszwecken. Es gäbe keinen Kongreß hier ohne eine solche staatliche Beteiligung. Aber da werden ja meist besondere Anforderungen gestellt an uns, wenn ein größerer Kongreß herkommt. Aber gerade das, was hier von Regierungsseite über die Verhandlungen am weißen Tisch gesagt worden ist, das nenne ich Korruption. (Gelächter.) Da sollen Vorteile ergattert werden auf illegalem Wege. Das ist dasselbe Korruptionssystem, das dazu geführt hat, daß an die Spitze eines kommerziellen Unternehmens, wie es die A. G. Weser ist, ein Admiral gesetzt wurde zu dem Zweck, um Aufträge zu bekommen. Dazu brauchte man einen abgesetzten Marinebeamten, und das nenne ich Korruption. Und weil mich in dieser Auffassung die Ausführungen des Herrn Senatskommissars bestärkt haben, deshalb sind wir gegen diese Position.

Präsident: Ich halte es nicht für richtig, daß Sie derartige Ausführungen machen unter dem Schutze, den Sie als Mitglied der Nationalversammlung genießen, weil in diesem Augenblick die Direktion der A. G. Weser nicht in der Lage ist, sich dagegen zu verteidigen.

Christians (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens meiner Freunde habe ich zu erklären, daß wir dem Vorschlage des Herrn Wenhold zustimmen werden, diese Position zur Verfügung der Finanzkommission zu stellen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Wir müssen getrennt abstimmen, und zwar über die beiden Positionen getrennt nach dem Antrage Spindler. Wird der Antrag Spindler angenommen, dann ist der Antrag Wenhold erledigt, sonst müssen wir über den Antrag Wenhold abstimmen.

Die Anträge Spindler werden abgelehnt.

Der Antrag Wenhold wird angenommen.

9. Bürgeramt.

Dazu liegt ein Antrag Klawitter vor:

Den Geschäftsvorstand zu ersuchen, die Zustellung der Monatsberichte des Statistischen Amtes an die Mitglieder der Nationalversammlung zu veranlassen.

Präsident: Ich kann hierzu bemerken: Wenn ich gewußt hätte, daß die Mittel dafür zur Verfügung stehen, dann würde ich diese statistischen Berichte den Mitgliedern zugestellt haben. Ich werde mich danach erkundigen. Gegebenenfalls wäre der Antrag Klawitter damit erledigt.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Dr. Künzler (U. S.) zur Geschäftsordnung: Zu Position I, 9 liegt doch ein Antrag von mir vor?

Präsident: Ich bitte um Entschuldigung. Der Antrag Künzler lautet:

Einfügen Spezialbudget 46 unter II, Sachliche Ausgaben: Bibliothek der Nationalversammlung 1000 M.

Dr. Künzler (U. S.): Herr Präsident! Vermutlich ist nicht vielen Mitgliedern der Nationalversammlung die gegenwärtig dieser Versammlung zur Verfügung stehende Bibliothek bekannt. Sie ist auch nicht leicht zu finden; sie befindet sich in dem Zimmer der Juristischen Kommission, und der größere Teil davon ist außerdem noch durch eine Rolljalouise indistinkten Blicken entzogen. Das, was auf der linken offenen Seite steht, besteht aus Verhandlungen und Gesetzen, die sonderbarerweise gerade in die allergrausenste Vorzeit zurückreichen; ich glaube, bis auf die Zeit des dreißigjährigen Krieges zurück, während die neueren Gesetzblätter dort nicht vorhanden sind. Andere gesetzgebende Institutionen verfügen über ausgedehnte Bibliotheken, wie z. B. der Reichstag über eine bekannte Bibliothek verfügt. Es sind nunmehr andere Kreise in diese gesetzgebende Versammlung eingetreten, denen andere bremische Bibliotheken, wie besonders die Ge-

richtsbibliothek, die Bibliothek des Senats, nicht zur Verfügung stehen, während die Stadtbibliothek, die allgemein zugänglich ist, doch nicht immer erreichbar ist und bekanntlich das Gebiet des Rechts, das besonders für eine gesetzgebende Körperschaft in Betracht kommt, grundsätzlich der Gerichtsbibliothek überläßt, die aber den Nationalversammlungsmitgliedern nicht zur Verfügung steht. Ich meine nun, daß es im Interesse der Aufgaben dieser Körperschaft liegt, daß die Mitglieder Gelegenheit haben, besonders bei ihren Fraktionsitzungen, solche Literatur heranzuziehen. Was hier beantragt ist, ist ja der Summe nach so gering, daß es sich dabei nur um einen Anfang handeln kann. Angesichts der enormen Preissteigerungen sind indessen die Buchpreise noch verhältnismäßig am niedrigsten geblieben. Ich bitte Sie also, unserm Antrage zuzustimmen. Der Betrag, aus dem die erstmalige Gründung der Bibliothek bestritten werden soll, ist so niedrig, daß er nur den Betrag erreicht, der dem Landgericht für die laufenden Bibliotheksanschaffungen in diesem Jahre zur Verfügung gestellt ist. Ich glaube, daß man auch bei aller Rücksicht auf unsere finanzielle Lage einem solchen Antrage zustimmen kann.

Präsident: Die Gesetzblätter, soweit sie sich nicht im Zimmer der juristischen Kommission befinden, befinden sich sämtlich in der Kanzlei.

Hormann (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich unterstütze den Antrag Künzler. Die Bibliothek des Bürgeramts bzw. der Nationalversammlung ist überaus dürftig, und gerade fehlt es an modernen Nachschlagewerken. Wenn die Bibliothek reicher ausgestattet wäre, so würde das allen Mitgliedern der Nationalversammlung und besonders auch unseren Verhandlungen zugute kommen. Ich empfehle Ihnen, dem Antrage zuzustimmen.

Professor Dr. Diez (L.-B.): Meine Freunde werden dem Antrage Künzler ebenfalls zustimmen. Wir hoffen dabei, daß wir vielleicht dann in Zukunft nicht mehr ganz so weltfremde Äußerungen von der äußersten Linken hören werden, wie wir sie bisher hier gehört haben.

Fauth (M.-S.): Ich kann ebenfalls erklären, daß wir dem Antrage zustimmen.

Der Antrag Künzler wird angenommen.

II. Rechtspflege.

3. Amtsgericht Bremen.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident! Von dem Vertreter der Regierung Herrn Senator Donandt sind bewegte Worte gebraucht worden, um der Versammlung zu beweisen, daß von seiten der Verwaltungsbehörden gegenüber der Beamenschaft niemals Willkür angewandt

worden ist. Ich möchte Ihnen jetzt einen Spezialfall vortragen, der beim Amtsgericht Bremen geschehen ist und von dem auch außer unserer Fraktion Angehörige anderer Fraktionen Kenntnis bekommen haben. Ich weiß sogar, welche Herren das gewesen sind, aber das nur nebenbei. Ich möchte hier anführen, daß, wenn Beamte befördert werden sollten, wenn sie schon Beamte waren, in der Regel nicht mehr ein ärztliches Zeugnis über ihren Gesundheitszustand verlangt wurde. In diesem Falle ist es verlangt worden, und meiner Uebersetzung nach resultiert das daraus, daß der Beamte bei den vorgelegten Stellen mißliebig war. Die vorgelegte Stelle, ein Obersekretär, hat Bericht über diesen Beamten an seinen Vorgesetzten gerichtet, der gerade über den Beamten das allerungünstigste und in vielen Bedingungen unhaltbares gesagt hat. Der Beamte stand vor der Beförderung. Es war ein Kanzlei-gehilfe, er hatte einen Antrag gestellt auf Beförderung zum Kanzlisten. Er war über ein Jahrzehnt, ich meine, sogar 15 oder 16 Jahre Kanzleigehilfe, war also dem Dienstalter nach sicher an der Reihe. Da wurde merkwürdigerweise dieser Beamte zu dem Gerichtsarzt geschickt. Herrn Dr. Becker. Das gerichtsärztliche Gutachten fiel im ersten Falle zu Gunsten dieses Beamten aus. Der Beamte meinte schon, Schwierigkeiten würden ihm in dieser Beziehung nicht mehr erwachsen, aber er hatte sich verrecknet. Dem Gerichtsarzt ist ein Bericht zugegangen, und wie dieser Arzt den Bericht gesehen hat, hat er auf Grund dieses Berichts sein Gutachten geändert. Ein Gutachten, das vordem zu Gunsten des Beamten ausfiel, fiel 3 Wochen später zu seinen Ungunsten aus. Es ist nachher von den Vorgesetzten der Beamtenausschuß befragt worden und diesem Beamtenausschuß ist vielleicht zu versiegen gegeben worden, weil inzwischen ruckbar geworden war, durch welche Umstände dieses abweichende Gutachten zustande gekommen war, daß der Beamtenausschuß die ärztlichen Gutachten außer Betracht lassen könne. Aber es ist weiter versucht worden bei Mitgliedern dieses Beamtenausschusses, bei einzelnen Mitgliedern, dahin zu wirken, daß man eine gewisse Voreingenommenheit gegenüber dem Beamten bekam. Das ist insofern geschehen, als von den Vorgesetzten gesagt worden ist, der Beamte, der befördert werden will, hat sich über Ihre Kollegen beschwert. Dann ist von dem Beamtenausschuß in vertraulicher Sitzung darüber verhandelt worden und der Beschluß des Beamtenausschusses ist natürlich zu Ungunsten dieses Beamten ausgefallen. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß hier schon, wie von dem Gerichtsarzt ein Zeugnis eingeholt wurde, willkürlich verfahren worden ist. Es ist ganz außer jeder bisherigen Uebung geschehen, daß über den Beamten, dessen kommende Tätigkeit ja im Grunde genommen garnicht zu unterscheiden war von seiner bisherigen Tätigkeit, ein Gutachten eingeholt wurde über seinen Gesundheitszustand. Trotzdem dieses Gutachten, solange der Arzt unvoreingenommen war, günstig für den Beamten ausfiel, wurde künstlich Stimmung bei dem Arzt erzeugt, daß das Gutachten zu Ungunsten des Beamten ausfiel. Wir müssen jedenfalls auf das ent-

schiedenste Verwahrung einlegen gegen ein derartiges Verfahren. Wir sind der Meinung, daß die Vorgesetzten sich in diesen Sachen jeglicher Beeinflussung zu enthalten haben. (Glocke des Präsidenten. Präsident: Meine Damen und Herren! Denken Sie daran, daß die Stenographen hier sitzen und alles aufschreiben sollen. Es ist nicht möglich für die Herren, alles zu hören, wenn hier derartiges Geräusch ist.) Daß ich nun gerade diesen Einspruch erhebe, das liegt umso näher, weil mir ein gleichartiger Fall selber passiert ist. Ich war als Militär-invalide vom Militär entlassen und mußte meinen Beruf aufgeben. Weil ich den Anstellungsschein bekommen hatte, mußte ich natürlich beim Staat Unterkunft zu finden versuchen. Bei der Behörde, die mich anstellte, war ein Konkurrent tätig, der lange Jahre dort beschäftigt war. Ich verdanke diesem Beamten natürlich nicht, daß er versuchte, die Stelle zu bekommen, aber das Verfahren dabei war ähnlich diesem Verfahren. Man versuchte den Arzt durch einen Bericht gegen mich zu beeinflussen. Ich muß zu Gunsten dieses Arztes gestehen, vergeblich. Der Arzt blieb bei dem einmal gefällten Urteil und infolgedessen war man nach den bestehenden Bestimmungen verpflichtet, mich anzustellen. Das hat die Leute vielleicht gereut. Das kann ich mir denken, aber das tut nichts zur Sache, jeder Beamte, der frei seine Meinung bekennt, war stets verhaßt bei den Behörden, weil die von Freiheit keine Ahnung hatten oder keine Ahnung haben wollten.

7. Wahl der Geschworenen und Schöffen.

Jun g (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine alte Forderung unserer Partei, daß wir bei der Wahl der Geschworenen und Schöffen gewissermaßen eine Wahl verlangen in der Form, daß alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen daran Anteil haben. Dies ist bisher in der Form noch nicht geschehen, und wir erwarten, daß wir in nächster Zeit dazu kommen werden. Besonders die Beamten müssen es verlangen, mehr und mehr hierzu herangezogen zu werden, was bisher nicht geschehen ist. Ebenso haben die Frauen den Wunsch, sich an dieser ehrenamtlichen Tätigkeit zu beteiligen. Vor allen Dingen sind es auch die Arbeiter, die es immer bisher vermisst haben, zu dieser ehrenamtlichen Tätigkeit herangezogen zu werden. Es wäre schon längst Pflicht des Staates gewesen, dafür zu sorgen. Die Revolution hat uns nun dahin gebracht, daß in diesen Dingen Wandel geschaffen werden kann, und wir wünschen, daß der Ausschuß, der hierfür in Bremen zur Auslösung der Schöffen und Geschworenen zuständig ist, in nächster Zeit in der Weise zusammengesetzt wird, daß auch unsere Wünsche erfüllt werden, indem alle Schichten der Bevölkerung in gleicher Weise an diesen Einrichtungen teilnehmen und ganz besonders die Arbeiter und auch die Frauen.

10 u. 11. Strafanstalt und Untersuchungsgefängnis.

Präsident: Dazu liegt folgender Antrag der Herren Harms und Lindau vor:

Das Gehalt des Pastors, Spez.-Budget 55 I, 4: 7500 M., die Beträge für Seelsorge, I, 59: 2000 + 1060 + 130, Spez.-Budget 56 unter I: 1700 + 300 M. zu streichen.

Ferner ein Antrag Schulze:

Die unter Ziffer 2 der Mitteilung des Senats (Verhandl. S. 140) beantragten Kosten abzulehnen.

Lindau (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, daß wir durch unsern Antrag niemandem die Religion nehmen. Im Gegenteil, jeder soll seinen Trost und sein Heil dort suchen, wo er will und so oft er will. Wir wenden uns nur dagegen, daß den Insassen des Zuchthauses von Staatswegen die Religion aufoktroiert wird. Sie alle wissen, daß die Insassen des Zuchthauses sich nicht wehren können, wenn der Herr Pfarrer zu ihnen in die Zelle kommt, wenn sie ferner Sonntags zum gemeinschaftlichen Kirchgang gerufen werden. Wir sind der Meinung, daß der Kirchgang zu einer Farce herabgewürdigt wird, wenn die Leute dort in den Bretterverschlägen von ihrem Herrgott abgetrennt sitzen. Daher haben wir den Antrag gestellt, das Gehalt des Pastors zu streichen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Geistlichen, gleich welcher Konfession, auf den Ruf derer, die des Wortes Gottes benötigen, eilen werden, um den Bedürftigen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wir können nicht verstehen, daß dafür ein Gehalt bewilligt werden soll für einen Mann, dessen Pflicht es ist, zu jedem Gefangenen zu gehen, der seiner bedarf. Wir haben erlebt, daß politische Gefangene, die auf Grund innerer Ueberzeugung seit Jahrzehnten mit der Kirche gebrochen hatten, sich nicht verbitten konnten, den Herrn Pfarrer bei sich in der Zelle zu sehen. Wir wissen, in welcher Weise einige Pfarrer mit demagogischen Kniffen einen Zwang ausüben, statt dem Ruhebedürfnis solcher Insassen und ihrer Seelenqual Rechnung zu tragen. Nach den „vorgänglichen“ Ausführungen, die wir heute morgen von einem Vertreter dieser Kategorie Menschen gehört haben, können Sie es mir nachfühlen, daß ich persönlich mit dieser Kirche und ihren Vertretern nicht ganz viel mehr zu schaffen haben will. Hätten wir unseren Antrag nicht schon vorher gestellt, seien Sie versichert, auf Grund der Ausführungen dieses Herrn hätten wir ihn gestellt. Wenn ein Vertreter der christlichen Kirche, der das Wort Nächstenliebe bis zum Ueberfluß im Munde führt, einen Mann wie Kurt Eisner, der turmhoch über manchen steht, dessen Leben und Wirken rein war von Anfang bis zum Ende, solchen Mann noch im Grabe schmähzt, so hat man nicht mehr viel Verständnis für Nächstenliebe und Gotteswort. Das dem Herrn, den es angeht. Ich kann Ihnen verraten, daß ich in meiner Jugend von der Kirche recht viel gesehen habe. Meine Eltern wünschten, daß ich als Chorknabe tätig war in Braunschweig, nachher Kindergottesdienst und Jünglingsvereine besuchte. Ich kann Ihnen versichern, daß ich auf Grund der damaligen Uebersättigung noch auf Jahre hinaus mit diesem Artikel gedeckt bin. (Degen-

hardt: Hat alles nichts genutzt!) Doch, Herr Degenhardt, es hat genutzt, ich habe die Nase vollbekommen, (Präsident: Ich kann solche Aeußerung nicht zulassen, Herr Degenhardt, daß Sie sagen, daß alles nichts geholfen hat.) und daß ich seit einigen Jahren die Kirche nicht von innen gesehen habe, wenn ich sie nicht zwangsweise betreten mußte auf Grund der Verhältnisse, die Herr Pastor Bode heute morgen so überschwänglich gelobt hat, z. B. wenn wir armen Kommisjungen zwangsweise beordert wurden: Morgen früh 6 Uhr antreten zum Kirchgang. Vorher großer Appell, Stiefel mußten gepußt sein, und meistens hatten wir verdammt andere Sachen im Kopfe als das Wort desjenigen zu hören, der von christlicher Nächstenliebe erzählte. Viele von meinen Kameraden hätten lieber Erholung in freier Natur gesucht oder nützlichere Beschäftigung getrieben. Dasselbe haben wir im Felde erleben müssen. Wir sind mit einer Konjervenbüchse und dem lieben Herrgott nach vorne geschickt worden. Der Herr Divisionspfarrer, geschmückt mit dem Eisernen Kreuze 1. und 2. Klasse und mit Reitgamaschen an den Füßen, blieb hinten bei der Division, und wir mußten nach vorne. Ich bin der Meinung, man sollte damit Schluß machen. Wenn Herr Pastor Bode meinte, man sollte niemand seine Religion nehmen, nun, Herr Bode, das wollen wir auch nicht, jeder soll seine Religion behalten, was er fühlt in seinem innersten Herzen. Wir wollen Sie auch predigen lassen, wenn sich Ihre Ueberzeugung auch nicht mit unserer Ueberzeugung deckt. Sie sollen aber nicht denken, als wenn allein Ihre Meinung die richtige wäre. Im übrigen mögen Sie vom lieben Gott predigen, soviel Sie wollen. Wir sind ja alle Sünder vor dem Herrn, und wir wissen, daß die, die überall vom lieben Gott, vom lieben Herrgott sprechen, nicht immer die besten sind. Wer z. B. regelmäßig schon morgens um 5 Uhr zum Herrn Pfarrer zur Frühmesse geht, steht nicht immer turmhoch über jenen Leuten, welche mit der Kirche gebrochen haben. Wenn ein Verurteilter zum erstenmal in die Strafanstalt kommt und ist vielleicht seelisch und physisch zusammengebrochen, sollte man solchen Unglücklichen nicht auch noch die Vertreter der christlichen Kirche und damit Gewissenszwang auferlegen. Also wir gönnen jedem seinen Glauben, aber Staatsmittel für solche Privatangelegenheiten lehnen wir ab. Hinzukommt, daß der Pfarrer in der Strafanstalt gleichzeitig der Vorgesetzte der Delinquenten ist. Ich beantrage also, die 7500 M. für den Pastor Schmalk zu streichen und ebenso die 2000 M. für evangelische und 1060 M. für katholische Seelsorge. Für jüdische Seelsorge ist das wenigste eingesetzt, die Juden liefern die wenigsten Verbrecher, es sind nur 130 M. eingesetzt. Aber auch diese Summe beantragen wir zu streichen.

Hüneken (M. S.): Der Antrag ist rechtlich nicht durchführbar. Der Antrag verlangt, daß das Gehalt des Anstaltsgeistlichen der Deputation für die Gefängnisse gestrichen werde, obgleich der Geistliche in einem Beamtenverhältnis steht. Man müßte also diesen angestellten Beamten mir nichts dir nichts aus dem Dienst entlassen.

Das geht nicht. Herr Lindau sagte weiter, daß alle Gefangenen in der Anstalt gezwungen würden, zur Kirche zu gehen. Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich sagen, daß das nicht der Fall ist. Die Gefangenen brauchen nicht zur Kirche zu gehen, sie sind darin vollständig frei. Ich war im Strafgefängnis vor einigen Wochen. Da wurden die Gefangenen gefragt, ob sie zur Kirche gehen wollten oder nicht. Die Behauptung von Herrn Lindau ist also falsch. Unsere Partei ist seit Jahren eingetreten für eine Trennung von Kirche und Staat und ist noch heute dafür, wir sind jedoch der Meinung, daß es eine Ungerechtigkeit ist, wenn man die Idee durchführen will bei einzelnen Personen, sondern man muß das im Ganzen schaffen, nicht heute im Strafgefängnis, morgen in der Krankenanstalt und übermorgen anderswo die Pastoren abzuschaffen. Den Antrag, wie er hier gestellt ist, können wir unter keinen Umständen annehmen, wir würden jedoch dafür sein, wenn der Antrag in anderer Form eingebracht und die Deputation mit der Beratung beauftragt würde, eventuell mit anderen Vorschlägen zu kommen.

Lindau (U. S.) verzichtet.

Pastor Bode (L. B.): Herr Lindau hat versucht, die ernste Sache der Religion lächerlich zu machen. Das ist natürlich außerordentlich leicht. Ich weiß aber nicht, ob es gerade eines erwachsenen Menschen Aufgabe ist, immer das, was meistens überaus leicht ist, zu tun, um die Lacher auf seine Seite zu bringen. Es wäre richtiger, wenn er sich auch mit der ernsten Seite der Sache beschäftigt hätte. Daß ich gegen jede zwangsweise Vermittlung irgendwelcher Materie, gegen jede zwangsweise Beeinflussung bin, versteht sich von selbst. Aber ich weiß nicht, Herr Präsident, meine Damen und Herren, warum gerade ich als Vertreter des geistlichen Standes hier immer apostrophiert werde. Ich bin nicht als Pastor in die Nationalversammlung berufen, sondern als bremischer Bürger gewählt mit der Aufgabe, die Interessen der bremischen Bürger, die uns vertrauen, das Wohl unserer Stadt und unseres Staates zu vertreten. Also bitte, unterlassen Sie es, hier immer meinen Beruf hervorzuholen. Ich habe das bis heute auch nicht getan, einem Einzelnen aus meinem Beruf und den damit verbundenen Aufgaben Schwächen und Fehler herzuführen. (Ruf von links: Abwehrstreik!)

Man verlangt Freiheit für alle. Diese Freiheit sollte man vor allen Dingen in dieser ernsten Zeit auf alle die ausdehnen, die noch arbeiten wollen. Man sollte sie in ihrem Willen zur Arbeit und in ihren Arbeitsleistungen nicht beschränken. Es ist überaus bedauerlich, wenn heute gerade in einem der großen Bremer Werke ein Anschlag steht, der folgendermaßen lautet — der Herr Präsident gestattet wohl, daß ich vorlese:

Auch im neuen Deutschland dürfen die Reichen faulenzeln und für Geld die besten Lebensmittel reichlich haben. Dazu erlaubt ihnen die Regierung den sozialen

Bucher weiter und zahlt ihnen obendrein hohe Renten auf die Kriegsanleihen. Dagegen sollen die Armen allein die so notwendige Arbeit verrichten. Dabei können sie sich nicht satt essen und verelenden mit ihren Familien vollends. Und schreien sie vor Not und Jammer auf, dann läßt die Regierung sie überschütten mit blauen Bohnen aus Maschinengewehren. Gegen diesen Standalzustand haben die Arbeiter z. B. nur eine Waffe:

Die passive Resistenz.

Arbeitsbrüder! bleibt in den Betrieben und schränkt die Arbeitsleistung möglichst ein!

Ich möchte bitten, daß eine derartige Freiheit, wie sie in der Seelsorge gefordert wird, auch auf dem Gebiet der Arbeit und des Arbeitswillens in Zukunft herrsche. (Sehr richtig!)

Des weiteren hat Herr Lindau gemeint, wenn es Leute gebe, die in der Strafanstalt Rat und Tat bedürften, so werde es zu jeder Zeit auch Geistliche geben, die dem Bedürfnis Genüge leisten würden. Das ist richtig, das weiß ich aus meiner Tätigkeit genau, und selbstverständlich würde auch ich das tun. Aber, Herr Lindau, es geht nicht, solange wir Geistlichen viel länger als acht Stunden am Tage zu arbeiten haben. (Heiterkeit. Sehr gut!)

Ob ein Zwang im Zuchthaus ausgeübt wird, weiß ich nicht, weil ich noch nicht im Zuchthaus gewesen bin und nicht im Zuchthaus Bescheid weiß. Nach den Worten des Herrn Hüneke ist von einem Zwang keine Rede. Jedenfalls kann ich Herrn Lindau sagen: sobald es sich um Unterstützung durch Rat und Tat handelt, auch für die Leute im Zuchthaus, werden sich immer Leute dazu finden, und zweifellos werden vor allem auch Geistliche dazu bereit sein. (Beifall.)

Lindau (U. S.): Herrn Hüneke möchte ich antworten, daß, wenn der Zwang nicht mehr besteht, so muß diese Aufhebung noch nicht lange Zeit bestehen.

Herr Pastor Bode hat damit angefangen, daß ich versucht hätte, die Religion lächerlich zu machen. Nein, ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß mir das ferner liegt als alles andere. Wer aber solange als ich in der Kirche gewesen ist, wer wie ich noch heute mit einem orthodoxen evangelischen Pfarrer fast wöchentlich Briefe wechselt, der hat doch seine Erfahrungen gemacht. Es sind nicht alle Pfarrer, wie Sie, Herr Bode: ich erinnere an die Proselytenmacherei. Doch das nur nebenbei. Sie erwähnten auch, daß Sie täglich mehr als acht Stunden tätig seien. Wenn Sie aber die Zeit abrechnen, die Sie sich der Bürgerwehr und der Streikabwehr widmen, wenn Sie nur die Zeit rechnen, die Ihre Tätigkeit in der Gemeinde erfordert, dann werden wohl nicht mehr als acht Stunden herauskommen. Aber Sie sind mit in dem Hause am Osterdeich gewesen, wo über die Streikabwehr

verhandelt wurde. Sie haben vielleicht auch den Rat gegeben, den Säuglingen die Milch zu entziehen, wodurch es gekommen ist, daß die kleinen Kinder und die Bevölkerung acht Tage lang fast vor Hunger umgekommen ist.

Weiter das Flugblatt, dem ich in seinem ersten Teile fast vollständig zustimmen kann. (Bewegung.) Im übrigen erinnere ich da an ein Wort aus der Bergpredigt: Es ist viel leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Kamel in das Himmelreich komme (Heiterkeit.) — ein Reicher ins Himmelreich komme. Es ist zu verstehen, daß Arbeiter streiken, wenn sie sehen, daß andere, die nicht arbeiten, doch gut leben, daß sie alle Versuche machen, das zu ändern, um selbst als Mensch menschenmöglich zu leben.

Wenn wir beantragt haben, das Gehalt zu streichen, so haben wir damit zum Ausdruck bringen wollen, daß sich die Zeiten geändert haben. Wenn einer das Bedürfnis hat, einen Pfarrer zu hören, so haben wir dagegen nichts, das soll aber nicht von Staatswegen geschehen, der Gefangene soll auch nicht verpflichtet sein, den Pfarrer zu empfangen, und wenn sich das wiederholt, trotzdem sich der Gefangene das verboten hat, so ist es eine Beleidigung. Deshalb hat mein Freund Frasunkiewicz auch nur einmal den Besuch des Pfarrers erhalten, ein zweitesmal ist der Pfarrer nicht bei ihm gewesen. Als er von Frasunkiewicz Abschied nahm, sagte er zu ihm: Zu Ihnen brauche ich wohl nicht wiederzukommen. Beinahe wäre der Pfarrer von Frasunkiewicz bekehrt worden. (Heiterkeit.) Auf die anderen Sachen will ich nicht weiter eingehen. Wenn Hüneke meint, der brennische Staat habe den Pfarrer fest angestellt und müsse ihn daher voll bezahlen, so ist das gerade das, was wir nicht wünschen, darum beantragen wir die Streichung. Hier könnte man den Anfang machen mit Trennung der Kirche vom Staat.

Dr. Künfler (U. S.): Meine Damen und Herren! Herr Pastor Bode hat mit Bezug auf das Flugblatt Ausführungen gemacht, die anzudeuten schienen, als ob unsere Partei solche Bestrebungen propagiere. Gegen diese Unterstellung muß ich protestieren. Daß meine Partei dieses Flugblatt veranlaßt habe, oder wenigstens hinter ihm stehe, muß ich aufs entschiedenste bestreiten. (Zuruf: Lindau hat es aber doch bestätigt! Lindau: Das war meine persönliche Auffassung! — Sehr gut!) Und selbst wenn das eine persönliche Auffassung meines Parteifreundes ist, den Tenor des Flugblatts, die passive Resistenz, zu der es auffordert, billigt auch Herr Lindau nicht. Die Unterstellung des Herrn Pastor Bode war also durchaus unberechtigt.

Hüneke (M. S.): Wenn der Antragsteller hier nochmals sagt, daß erst in letzter Zeit dieser Zwang zur Kirche aufgehoben ist, dann muß ich hier entschieden dagegen Verwahrung einlegen. Der Beamtenausschuß sowohl von der Strafanstalt wie vom Untersuchungsgefängnis hat mir gegenüber behauptet, daß ein solcher Zwang nicht stattfindet. Außerdem kann ich Ihnen sagen, daß vom 2. Januar 1915 bis Februar 1916 ein solcher Zwang

im Strafgefängnis ebenfalls nicht stattgefunden hat, das weiß ich aus eigener Erfahrung. (Zuruf.) Ferner möchte ich den Antragsteller doch einmal auf die Inkonsistenz aufmerksam machen, die darin liegt, daß man die Trennung von Staat und Kirche hier zuerst versucht und das andere unbehelligt läßt.

Pastor Bode (L. B.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Künfler hat die Situation ein wenig verschoben. Ich habe dieses Flugblatt lediglich erwähnt, nachdem Herr Lindau in seiner Polemik gegen mich als Pastor vorgegangen ist, als gegen Leute, die Zwang ausüben. Daraufhin habe ich dieses Flugblatt, durch welches ein Zwang ausgeübt wird auf diejenigen, die arbeiten wollen, hier vorgelesen. (Dr. Künfler: Das von einem direkt Unbeteiligten ausgeht!) Jedenfalls hat dieses Flugblatt weder ein Pastor noch irgend einer meiner Freunde hier verbreitet, sondern gewiß jemand anders. Zweitens muß ich Herrn Lindau gegenüber bemerken: wir wollen doch nicht eine persönliche Polemik hier treiben. Es ist doch viel schöner, wenn man sachlich bleibt. Wenn nun Herr Lindau sich gerade mit meiner Nebenbeschäftigung abgibt und meint, ich sollte meine Pflicht in meiner Gemeinde tun, so meine ich: es gibt Pflichten außerhalb des Hauptberufs, und die sind manchmal die schwersten, die man tut. Gerade so gut, wie Sie in diese Nationalversammlung gegangen sind und damit bekunden, daß Sie eine Nebenbeschäftigung haben, die Sie als ernste Pflicht ansehen, so ich. Und drittens, um endlich einmal den Herren da drüben einen Grund zu nehmen, gegen mich vorzugehen: Herr Lindau, ich bin gar nicht im Streikabwehrschuß gewesen, als die Milch den Säuglingen entzogen wurde, sondern das war längst vor meiner Zeit.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Zunächst möchte ich feststellen, daß Herr Kiefe vorhin einen Zwischenruf machte, Herr Klawitter möchte zuhören. Das ist ungehörig; das konnte sich nur darauf beziehen, daß Herr Klawitter zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist.

Zur Abwehr eines persönlichen Angriffs

Klawitter (U. S.): Als Herr Hüneke vorhin sagte, daß er neun Monate in Oslebshausen gewesen sei, da hat Herr Kiefe mir zugerufen, ich solle zuhören. Das hat er getan, weil Herr Waigand (?) vorhin behauptete, diese neun Monate hätte ich Herrn Hüneke besorgt. Ich nehme diese Gelegenheit wahr, um Herrn Hüneke aufzufordern, zu sagen, ob ich ihm diese Strafe besorgt habe.

Präsident: Herr Klawitter, das ist nicht möglich. Ich habe ihnen nur zur Abwehr eines persönlichen Angriffs das Wort gegeben, nicht aber, um eine neue Debatte zu veranlassen. Ich muß deshalb bitten, bei anderer Gelegenheit Herrn Hüneke zu veranlassen, eine solche Erklärung abzugeben.

Der Antrag Lindau wird abgelehnt.

Präsident: Antrag des Herrn Schulze:

Die unter Ziffer 2 der Mitteilung des Senats vom 24. Juni beantragten Kosten abzulehnen. (Drahtgeflecht 5250 M.)

Schulze (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir in unserer Fraktion sind alle davon überzeugt, daß die alte Regierung mit besonderer Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Gefängnisse bedacht gewesen ist. Die Gefängnisse sind gewissermaßen ein Gradmesser für das Verhältnis zwischen Volk und Regierung. Und aus diesem Grunde ist die Größe unserer Gefängnisse ohne weiteres ein Beweis für ein sehr schlechtes Verhältnis zwischen Volk und Regierung. Nun hat die Regierung wohl das Gefühl, daß das Untersuchungsgefängnis noch nicht sicher genug ist. Es ist bezeichnend, daß gerade unter der sozialistischen Regierung derartige „Verbesserungen“ im Gefängniswesen eingeführt werden sollen. Wenn dann weiter in dem Bericht steht, daß das Untersuchungsgefängnis überfüllt ist, so ist das auch bezeichnend für das Verhältnis zwischen Volk und Regierung. Weil wir der Ueberzeugung sind, daß das Drahtgeflecht die Härte der Untersuchungshaft noch verschärft, aus dem Grunde bitten wir, die Position abzulehnen.

Hüneke (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Gefängnisdeputation kommt deshalb zu diesem Antrage, weil auch hier wiederum die Inspektion mit der Klage an uns herangetreten ist, daß von außen her Gegenstände in die Zellen hineingeworfen werden. Es geht nicht an, daß solche Korrespondenzen durch die Fenster stattfinden. Wenn jemand, und sei er auch Sozialist, ein Verbrechen begeht und deswegen verurteilt werden soll, so kommt er doch vorher ins Untersuchungsgefängnis. Irgend welche Beeinträchtigungen für die Gesundheit hat der Gefangene dadurch nicht zu erwarten, denn die Fenster sind nach wie vor zu öffnen, ja, der Gefangene kann sie jetzt selbst öffnen, was bisher nicht der Fall war. Deshalb bitten wir, den Antrag abzulehnen.

Lindau (U. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir bitten Sie: nehmen Sie unsern Antrag an! Lassen Sie bei den armen Gefangenen nicht das Gefühl entstehen, daß sie wie Raubtiere hinter Gittern gehalten werden müssen. Wer von den Gefangenen Briefe hinaus tragen will, der bekommt sie hinaus, und wenn die Fenster zugemauert werden. Das weiß der Genosse Hüneke aus eigener Praxis wohl ganz gut.

Der Antrag Schulze wird abgelehnt.

III. Polizei.

1. Allgemeine Ausrüstungskosten.

Becker (M. S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 8. April hat das Bekleidungsamt um Erhöhung des Kleidergeldes nachgesucht. Die Quartier-

deputation hat jetzt bei der Nationalversammlung die Nachbewilligung beantragt. Ich möchte fragen, ob der Bericht schon vorliegt.

Präsident: Der Bericht liegt noch nicht vor.

Becker: Herr Präsident sind doch selbst in der Quartierdeputation.

Präsident: Es ist am vorigen Montag gewesen. Der Bericht kann noch nicht vorliegen.

2. Gesundheitswesen.

Dazu liegen folgende Anträge vor:

Antrag Bardenheuer:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Deputation für das Gesundheitswesen mit einem Bericht zu beauftragen, darüber, ob es sich empfiehlt,

1. Schulärzte und Schulärztinnen im Hauptamte einzustellen;
2. die gegebenenfalls im Hauptamt angestellten Schulärzte und Schulärztinnen zur unentgeltlichen Behandlung der schulpflichtigen Kinder zu verpflichten und
3. den gedachten Ärzten und Ärztinnen Schulpfleger und Schulpflegerinnen als beratende Organe zur Seite zu stellen.

Antrag Becker:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Deputation für das Gesundheitswesen mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob es durchführbar ist, die Ärzte zum Nachtdienst innerhalb der Stadtbezirke, in denen sie ihre Wohnung haben, zu verpflichten.

Die Anträge werden zurückgestellt.

3. Krankenanstalt.

Dazu liegt folgender Antrag Harms vor:

Das Gehalt des Pastors Schneider (zusammen 5100 M.) zu streichen.

Harms (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktionsgenossen sind der Ansicht, daß die Position des Pastors Schneider gestrichen werden kann. Wir sind der Ansicht, daß die Krankenanstalt zunächst dafür da ist, um Kranke zu heilen, und es ist uns nicht bekannt, daß irgend ein Pastor in Krankheitsfällen auf den Gesundheitszustand eines Patienten ein gewirkt hätte. Wir können es nicht verstehen, daß es notwendig sein soll, in einer Krankenanstalt einen Beamten zu besolden, der gar keinen Einfluß auf die Kran-

len ausübt, der im Gegenteil auf die Heilung ungünstig einwirkt. Denn ich weiß, daß jedesmal, wenn der Pastor die Besuchsstunde gehabt hat, die Kranken abends viel höheres Fieber haben, wegen der Auseinandersetzungen mit dem Pastor. Wir sind der Ansicht, daß diejenigen, die das Bedürfnis haben, einen Seelsorger zu haben, die vielleicht Gewissensbellekungen haben, ja einen Seelsorger holen lassen können, daß es aber überflüssig ist, diese Position aufrecht zu erhalten.

Der Antrag Harms wird abgelehnt.

Präsident: Zu dieser Position liegt folgender weiterer Antrag des Herrn Bögebing vor:

Zu den Kosten für Speisung (Spezial-Budget Nr. 60 unter III) zu beschließen, daß die Zuteilung der rationierten Lebensmittel an die Kranken bei gleicher Form gleichmäßig erfolgt.

Dann bitte ich nochmals auf Punkt 2 zurückzugehen.

Gesundheitswesen.

Es liegt eine Wortmeldung der U. S. vor.

Schmidt (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Bevölkerung Bremens, vor allen Dingen in der Beamtenschaft, laufen Gerüchte um, daß einzelne Personen sich auf Kosten des Staates bei der Erhebung der Gebühren, die dem Staate zukommen, unverhältnismäßigen Gewinn verschafft haben. Ich möchte die Behörden um Auskunft bitten, ob das der Fall ist, eventuell welche Maßnahmen sie ergreifen will, um das zu verhindern.

Frau Scharke (U. S.): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Unter der Bezeichnung Säuglings- und Schwangerenfürsorge ist ein Betrag von 18 000 M. ausgesetzt. Der Bericht sagt: Die langjährige Arbeit der Säuglingsfürsorge hat bewiesen, daß viele Menschenleben erhalten worden sind. Wir verkennen absolut nicht, daß durch diese Art schon Gutes geschaffen ist, können uns aber trotzdem mit dieser Säuglingsfürsorge nicht zufrieden geben. Die Arbeiten, die dort geleistet werden, beschränken sich auf vorbeugende Maßnahmen. Irgendwelche direkte Fürsorge wird daselbst nicht geleistet. Die Kinder werden gewogen, es werden den Müttern gute Ratschläge gegeben, im übrigen wird nichts getan. Es findet nicht einmal eine Behandlung kranker Kinder statt. Was wir verlangen, ist eine unbedingt großzügig angelegte staatliche Mutterchaftsfürsorge. Unser ganzer Volkskörper liegt brach. Sehen wir uns einmal die Frauen aus dem Volke an, wie sie während fünf langer Kriegsjahre unterernährt und ausgemergelt sind. Eine Frau aus dem Volke ist heute nicht mehr imstande, gesunde Kinder zu gebären. Wir haben am Orte Institutionen wie das Wöchnerinnen-

asyl, wo unbemittelte Schwangere Unterkunft finden und für 10 bis 14 Tage verpflegt werden. Es reicht aber bei weitem nicht aus, allen Antragstellern gerecht zu werden. Außerdem haben private Wohltätigkeitsanstalten etwas demütigendes, es schließt Bettelgänge in sich, ehe man Aufnahme findet. Es wurde mir in einer der letzten Sitzungen von der äußersten Rechten und zwar von Herrn Pastor Bode entgegengehalten, daß ich häßliche Worte über die private Wohltätigkeit gebraucht habe. Ich möchte hier sagen, daß ich und meine Fraktionsgenossen absolut nicht verkennen, daß es wirklich Menschen gibt, die von edelsten Motiven beseelt sind, ihren Mitmenschen zu helfen, es gibt aber auch eine ganze Reihe, die sich auf nicht ganz rechtmäßige Weise Reichtümer geschaffen haben, ihren Arbeitern und Angestellten Hungerlöhne zahlen, sie ausbeuten und die dann, um ihr schlechtes Gewissen einigermaßen zu beruhigen, den Wohltätigkeitsanstalten Gelder zur Verfügung stellen. Es wird uns von der Rechten immer betont, woher sollen die Gelder alle kommen? Ich möchte den Herren auf der Rechten sagen, daß diese Leute einfach gezwungen werden können, die Gelder, die sie bis jetzt gutwillig abgegeben haben, herzugeben und wenn der Staat ein übriges tut, können wir Institutionen schaffen, wo wirklich etwas geleistet wird. Ich hätte am Asyl viel zu bemängeln, will aber in Anbetracht unserer umfangreichen Tagesordnung davon absehen. Wir wünschen, daß das jetzt einzurichtende Wohlfahrtsamt alle diese Aufgaben löst. Es hat sich mit der Verstaatlichung der ganzen Mutterchaftsfürsorge zu befassen. Vom Bundesrat ist 1914 ein Notgesetz geschaffen worden, wonach den Frauen der Kriegsteilnehmer eine Wochenhilfe gewährt und ein Stillgeld gezahlt wird. Dieses Gesetz hat mit Beendigung des Krieges seine Erledigung gefunden. Etwas neues ist, soweit mir bekannt, nicht geschaffen. Die Krankenkassen zahlen allerdings ihren weiblichen Versicherten diese Leistungen weiter. Was geschieht aber mit den Frauen aus dem Volke, die einer Klasse nicht angehören und die wirtschaftlich so schlecht gestellt sind, daß sie nicht imstande sind, Gelder für das Wochenbett zurückzulegen? Während die Kinder der Bourgeoisie unter den denkbar günstigsten Verhältnissen das Licht der Welt erblicken, wie Frau Harder heute morgen ausgeführt hat — an ihrem Bette stehen Ärzte, Hebammen, Pflegerinnen — fehlt hier das allernötigste. Dazu gehören lichte Wohnung, ausreichende Ernährung, damit die Mutter imstande ist, ihr Kind selbst zu stillen. Unser ganzer Volkskörper muß erstarken, daran haben auch Sie von der Rechten das größte Interesse, ohne einen gesunden Volksstamm sind auch Sie nicht lange lebensfähig. Hier muß geholfen werden, nicht wenn es zu spät ist, wenn die Tuberkulose da ist, sondern in dem Augenblick, wo der Keim zum Kinde im Mutterleibe gelegt ist. Größtmögliche Schonung und Pflege der schwangeren Arbeiterfrau ist notwendig, es müßte mindestens 8 Wochen vor der Entbindung Erwerbsarbeit verboten sein, der Ausfall an Arbeitsverdienst müßte

dem Arbeitgeber ersetzt werden, den dann natürlich der Staat zurückerstatten müßte. Dann müßten Lebensmittel der unbemittelten Schwangeren unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, denn eine Mutter ist nur imstande, ihr Kind selbst zu stillen, wenn sie die nötige Pflege hat. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß von den Flaschenkindern sechs bis siebenmal so viel zu Grunde gehen wie von den Brustkindern, dann muß man einsehen, daß mehr geschehen muß.

Unter 7 finden wir die Summe von 40 000 M zur Bekämpfung der Tuberkulose. 40 000 M in einer Stadt wie Bremen zur Bekämpfung der Tuberkulose scheint mir zu wenig. Laut Statistik sind in Bremen 1912 470, 1917 aber bereits 741 Personen an Tuberkulose zu Grunde gegangen. Aus meiner Berufstätigkeit habe ich die Erfahrung, daß 1918/19 die Ziffer noch weit höher ist. Also auch da muß geholfen werden. Wir haben davon abgesehen, Anträge zu stellen, daß diese Posten erhöht werden, wir haben auch davon abgesehen, Anträge auf Verstaatlichung der Institution zu stellen, wir erwarten von dem jetzt einzusetzenden Wohlfahrtsamt, daß es wirklich etwas Großes schafft. Trotzdem wissen wir, daß alles, was jetzt geschaffen wird, immerhin nur Stückwerk bleiben wird, denn alles Elend wird erst aufhören, wenn die kapitalistische Privatwirtschaft aufhört und unser Ziel, der Sozialismus, erreicht ist.

5. Krankenanstalt in der westlichen Vorstadt.

Frank (U. S.): Wir möchten uns die Anfrage erlauben, wie weit eigentlich der Bau gediehen ist. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Krankenhäuser, soweit sie jetzt in Bremen bestehen, alle zum Teil überfüllt sind, so daß ein großer Teil der Bevölkerung, der unbedingt die Krankenanstalt aufsuchen hätte, nicht Aufnahme finden kann, weil die Krankenanstalten nicht ausreichen. Deshalb möchte ich dringend bitten, daß so schnell wie möglich der Bau der Krankenanstalt in Angriff genommen wird. Wir müssen auch damit rechnen, daß infolge der Kriegszeit die Krankenverhältnisse sich mit der Zeit noch verschlimmern werden, denn die Wirkungen des Krieges werden sich erst mit der Zeit bemerkbar machen und deshalb sind wir der Auffassung, daß so schnell wie möglich die Krankenanstalt in Angriff genommen werden muß. Auch kann dadurch die Arbeitsnot im Baugewerbe eingedämmt werden.

Obermedizinalrat Professor Dr. Tjaden: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Neubau der Krankenanstalt in der westlichen Vorstadt wurde 1913/14 auf das ernstlichste in Angriff genommen. Die Vorbereitungen sind weiter durchgeführt worden bis zum Jahre 1915/16. Damals war man soweit, daß die einzelnen Pläne in Bezug auf die einzelnen Gebäude fertiggestellt waren. Der Kostenvoranschlag betrug da-

mals ungefähr 10 Millionen Mark. Wenn man sich überlegt, daß wir zur Zeit Baumaterialien nicht haben, und weiter überlegt, daß die Preise für Bauten erheblich gestiegen sind, so müßten wir, wenn wir anfangen wollten, in der westlichen Vorstadt zu bauen, mindestens 30 Millionen auswerfen. Soeben wird mir von dem Sachverständigen, Herrn Baurat Knop, zugerufen, daß die Preise auf das Fünffache gestiegen sind. Der Bau der Krankenanstalt würde zur Zeit also auf 50 Millionen kommen. Solchen Zahlen gegenüber ist doch sehr die Frage zu prüfen, ob tatsächlich die Not unserer Krankenanstalten so groß ist, daß wir unbedingt jetzt den Neubauplan weiter verfolgen müssen, oder ob nicht in anderer Weise geholfen werden kann. Mit dieser Prüfung sind wir beschäftigt. Wenn ich recht unterrichtet bin, besteht zur Zeit eine Überfüllung der Krankenanstalten nicht. Vorübergehend, während des Krieges, ist solche vorhanden gewesen. Wir hoffen, daß die Verhältnisse sich bessern werden, daß wir nicht genötigt sein werden, die Krankenanstalten zu überfüllen. Wir hoffen es fest zu bringen, daß unseren Kranken volles Recht geschieht, ohne daß wir zur Zeit den Staat mit einer derartigen Ausgabe belasten müssen. Jedenfalls werden wir diese Frage auf das ernsthafteste untersuchen.

Staatsbaurat Knop: Um keine irrtümliche Auffassung aufkommen zu lassen, möchte ich feststellen, daß ich nicht meine, daß alle Bauarbeiten sich auf das Fünffache gesteigert haben. Es gilt das nur bei solchen Anlagen wie Krankenanstalten, die mit ihren vielen technischen Einrichtungen jetzt so außerordentlich teuer werden, daß wir hier mit 50 Millionen rechnen müssen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen.

8. Polizeidirektion.

Dazu liegen folgende Anträge vor:

Antrag Caspar:

Die Polizeidirektion zu beauftragen, für die Jahre nach Woltmershausen den bereits beschlossenen viertelstündigen Betrieb zur Ausführung zu bringen.

Antrag Hedler:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Polizeidirektion zur ordnungsmäßigen Durchführung der Straßenordnung anzuweisen.

Antrag Hollenberg:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, das Gesetz vom 3. Juli 1897, betreffend das Ausschänken von Branntwein und den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus wie folgt abzuändern:

1. Im § 4 ist die Bestimmung „Wirte können nicht Mitglieder der Stadtausschüsse sein“ zu streichen.

2. Die in den im Gesetz genannten Ausschüssen gepflogenen Verhandlungen sind öffentlich zu führen.

Antrag Stiegler:

Zu beschließen, daß das System der Kasernierung der Prostituierten abzuschaffen sei, unter Aufrechterhaltung der gesundheitlichen Ueberwachung.

Antrag Bardenheuer:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Polizeidirektion anzuweisen, die Gebühren für die Untersuchung und Verpflegung von Prostituierten so zu bemessen, daß der Staat daraus keine Ueberschüsse erzielt.

Antrag Lindau:

Zu beschließen, daß in den Polizeibureaus die elektrische Beleuchtung einzurichten sei.

Antrag Ruffuhl:

Zu beschließen, daß der Gewerbeinspektion Beamte aus dem Arbeiterstande beizuordnen sind.

Antrag Schönfeld:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Aufsicht über die Ausführung der für die Handlungsgehilfenschaft erlassenen Schutzbestimmungen des Handelsgesetzbuches und der Gewerbeordnung bis zur Schaffung einer besonderen Handels-Aufsichtsbehörde durch das Reich zunächst der Gewerbe-Aufsicht zu übertragen und dadurch notwendig werdende Assistenten dieser Behörde den Kreisen der Handlungsgehilfen zu entnehmen. Die Befugnisse dieser Beamten sind sinngemäß auch auf alle die inzwischen erlassenen Verordnungen und künftigen Gesetze auszudehnen, die ähnliche Schutzbestimmungen wie Handelsgesetzbuch und Gewerbe-Ordnung enthalten.

Eine Uebersicht der daraus in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen ist dem Antrage angefügt.

Alle diese Anträge werden zurückgestellt.

Außerdem hat Herr Dr. Künfler folgenden Antrag gestellt:

Im Spezialbudget Nr. 63 unter II die Positionen 9 „Zur Verfügung der Direktion“ und 10 „Gratifikationsfonds“ zu streichen.

Dr. Künfler (U. S.): Herr Präsident! Was den Posten zur Verfügung der Polizeidirektion angeht, so stehen wir auf dem Standpunkt, ganz allgemein, daß Behörden solche Summen nicht zur freien Disposition überwiesen werden sollen, sondern daß die Ausgaben, die erforderlich sind, einzeln belegt werden müssen. Zu dem

zweiten Posten kann ich mich auf das, was vorhin aus Anlaß der Verhandlung über den Remunerationsfonds des Senats ausgeführt worden ist, beziehen, nur daß diesem Fonds gegenüber, dem sogenannten Gratifikationsfonds der Polizeidirektion, der Einwand ausgeschlossen ist, daß es sich um Leistungen handelt, die außerhalb der Dienstverpflichtungen der Beamten liegen. Es sollen vielmehr, wie ja auch bekannt ist, damit Leistungen innerhalb des Dienstes vergütet werden. Es liegt durchaus nicht in der Absicht dieses Antrages, die besondere Auszeichnung dieser Beamten in Zweifel ziehen zu wollen, wir sind aber der Meinung, daß die besonderen Vergütungen überhaupt aufzuheben seien, weil ein Beamter eben verpflichtet ist, seine ganze Arbeitskraft und Fähigkeit, für die er Gehalt vom Staate empfängt, dem Staate zur Verfügung zu stellen, ohne im einzelnen Falle besondere Vergütung zu empfangen. Wir bitten aus diesen Gründen die beiden Positionen zu streichen.

Präsident: Herr Caspar, Sie haben sich zum Wort gemeldet. Ihren Antrag können Sie jetzt aber nicht begründen.

Becker (M.-S.): Es handelt sich, soweit ich unterrichtet bin, um die 5000 M zur Verfügung der Direktion. Ich bin auch der Meinung, daß, wenn sie eine Summe für besondere Dienstleistungen zur Verfügung hat, allen Beamten in gleicher Weise Vergütungen zustehen, mögen sie uniformiert sein oder nicht. Hätte ich gewußt, daß der Kriminalpolizei 5000 M zur Verfügung stehen, dann wäre ich schon dagegen eingeschritten. Sie werden mir zugeben müssen, daß die Kriminalbeamten auf Grund der Vernehmungen bei Verhaftungen den Polizeibeamten völlig gleichstehen müssen in Bezug auf Gratifikationen. Das ist auch ein gerechtfertigter Standpunkt. Persönlich bin ich allerdings der Meinung, daß Gratifikationen überhaupt aufhören müssen.

Blanke (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Prinzipiell bin auch ich gegen besondere Vergütungen für Beamte. Aber die Sache liegt doch anders. Solche besonderen Vergütungen kommen doch der Allgemeinheit zugute, wenn besondere Leistungen der Kriminalbeamten besonders bezahlt werden. So z. B. wenn sie auf Verbrecher fahnden. Dadurch werden die Beamten meist über die Dienstzeit beschäftigt. Dabei sind ja auch uniformierte Beamte, die dazu geeignet sind, beteiligt. Die Vergütung ist darum nicht ausschließlich für die Kriminalbeamten bestimmt, sondern auch uniformierte Beamte sind daran beteiligt. Aus diesem Fonds erhalten Beamte schon seit langen Jahren Vergütungen, was, wie ich schon voraussagte, der Allgemeinheit zugute kommt, weil die Beamten sich durch die Aussicht auf eine besondere Vergütung etwas angespornt sehen, sich einer Sache intensiver anzunehmen, da arbeiten sie über die Dienstzeit hinaus.

Präsident: Das Wort hat Herr May.

May (M.): Zu diesem Antrage nicht.

Dr. Künzler (U. S.): Daß diese besondere Vergütung der Allgemeinheit insofern zugute kommt, als Beamte bei Dienstleistungen die Aussicht haben, eine besondere Vergütung zu erhalten, mag sein, aber das wollen wir eben nicht. Daß die Beamten ihre besonderen Kräfte nur dann zur Verfügung stellen, das ist offenbar die Deduktion von Herrn Blanke. Sie haben aber ihre ganze Arbeitskraft dem Staate zu widmen, und nicht nur dann, wenn sie Aussicht haben, eine besondere Vergütung zu erhalten. Das ist das System, das wir bekämpfen müssen. Anders ist es ja, wenn gewissermaßen ein besonderer Dienstvertrag abzuschließen ist, wonach sie für Aufgaben, die außerhalb ihrer Amtspflichten liegen, besonders bezahlt werden sollen. Das ist aber meist nicht der Fall.

Blanke (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Prinzip bin ich auch dafür, daß besondere Vergütungen nicht gezahlt werden sollten. Dann muß man aber einen Modus finden, die Tätigkeit der Beamten anders zu bewerten. Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, wie wir vorhin bei den besonderen Vergütungen seitens des Senats beschlossen haben,

diese Bewilligungen von Fall zu Fall von einem Bericht der Finanzdeputation abhängig zu machen.

Präsident: Herr Blanke stellt also den Antrag,

die Gewährung von besonderen Vergütungen von einer Verfügung der Finanzdeputation abhängig zu machen.

Senatskommissar Dr. Donandt: Ich bin leider über die Gründe, die schon vor langen Jahren zur Einstellung des Postens geführt haben, augenblicklich nicht orientiert und kann sie deshalb nicht darlegen. Ich glaube aber doch, daß auch in diesem Falle die Streichung nicht beschlossen werden sollte, ohne zuvor die Behörde, in diesem Falle die Polizeidirektion, gehört zu haben. Ich möchte Sie bitten, die Sache zunächst an die Polizeidirektion zu einem Bericht zu überweisen.

Hormann (D.): Ich empfehle, die Summe unter Vorbehalt eines Berichts der Polizeidirektion über die Verwendungen in den letzten Jahren einzustellen. Die Nationalversammlung wird nach Eingang des Berichts weiter beschließen.

Fauth (M.-S.): Ich stimme dem Antrage Hormann zu.

Dr. Künzler (U. S.): Ermittlungen durch die Polizeidirektion sind nicht erforderlich. Wie der Bericht

lauten wird, das hat ja Herr Blanke schon zum Ausdruck gebracht. Es handelt sich unzweifelhaft um Leistungen, die im Kriminaldienst vorkommen, um besondere Erfolge oder besondere Anstrengungen, diese sollen besonders vergütet werden. Ich mache aber noch darauf aufmerksam, daß es bei dieser Frage anders liegt als bei der Position „Zur Verfügung des Senats“. Hier kann es sich nur um Arbeiten handeln, die während der Dienstzeit der Beamten getan werden.

Blanke (M.-S.): Hier handelt es sich um eine Rechtsfrage. (Weiterkeit.) Wenn die Einkünfte dieser Beamten in dieser Weise geschmälert werden, muß ihr Gehalt entsprechend erhöht werden. Solange sie für ihre Tätigkeit nicht besser entlohnt werden, darf man rechtlich ihre Einkünfte nicht schmälern. Ich mache auch noch besonders darauf aufmerksam, daß gerade die Kriminalpolizei sehr oft über ihre Dienstzeit zu arbeiten hat, es ist das anders als bei den uniformierten Beamten.

Präsident: Herr Dr. Künzler, ich kann Ihnen das Wort nicht mehr geben: Sie haben zu dieser Sache schon dreimal gesprochen.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist zuerst über den Antrag Hormann abzustimmen. Wird der abgelehnt, so ist über den Antrag Blanke abzustimmen. Wird der abgelehnt, so ist über den Antrag Künzler abzustimmen. Der Antrag Hormann geht weiter als der Antrag Künzler. Wird der Antrag Künzler abgelehnt, ist über den Antrag Blanke abzustimmen.

Zur Geschäftsordnung

Dr. Künzler (U. S.): Nach meiner Meinung müßte zunächst über meinen Antrag abgestimmt werden, da er der weitestgehende ist.

Präsident: Wenn der Antrag Hormann angenommen ist, ist noch immer die Möglichkeit gegeben, nach Ihrem Vorschlage zu verfahren. Nach § 48 der Geschäftsordnung kann ich nicht anders verfahren. Es geht nicht anders.

Hormann: Ich schließe mich dieser Auffassung an.

Der Antrag Hormann, die Position unter Vorbehalt einzustellen, wird angenommen.

May (D.): Die Verhältnisse bei der Polizeidirektion sind im allgemeinen als unerquicklich zu bezeichnen. Sie haben aus dem Bericht ersehen, daß verschiedene Stellen gestrichen worden sind. Es sind dem Hauptausschuß verschiedene Klagen zugetragen und in ihm besprochen, mit dem Resultat, daß viele von den Klagen sich als ungerechtfertigt herausgestellt haben.

Aber auf der anderen Seite sind doch auch Klagen laut geworden, die nicht so ohne weiteres abgetan werden können, Klagen über untere, mittlere und obere Beamte. Wir können daher nicht ohne weiteres dem Budget zustimmen. Meine Parteifreunde, die Demokraten, sind bereit, den Haushalt für die Polizei zu genehmigen, aber unter Vorbehalt der Nachprüfung durch einen siebengliedrigen Untersuchungsausschuß. Ich stelle daher den Antrag:

Die Nationalversammlung genehmigt den Haushalt für die Polizeidirektion (III 8 der Ordentlichen Ausgaben des Generalbudgets für 1919 einschließlich des Nachtragsberichts der Polizeidirektion) (S. 127) und beschließt die Niederlegung eines siebengliedrigen Untersuchungsausschusses zwecks Prüfung der Verhältnisse.

Zur Geschäftsordnung

H o r m a n n: In dieser Form kann der Antrag nicht angenommen werden, und zwar deshalb nicht, weil die Gehalte der Beamten der Polizeidirektion bereits festgesetzt sind. Der Antrag zerfällt in zwei Teile, und es müßte über die beiden Teile getrennt abgestimmt werden:

Erster Teil:

„Die Nationalversammlung genehmigt den Haushalt für die Polizeidirektion“
und es müßte da hinzugefügt werden:
„nach den Vorschlägen der Budgetkommission“.

Zweiter Teil:

„Zwecks Prüfung der Verhältnisse bei der Polizei beschließt sie die Einsetzung eines siebengliedrigen Untersuchungsausschusses“.

(Zuruf: Das ist auch die Absicht des Antragstellers gewesen!)

Dr. K ü n k l e r (U. S.): Ich habe den Antrag May nicht verstanden.

Der P r ä s i d e n t verliest den Antrag noch einmal.

S c h m i d t (U. S.): Nach der Mitteilung des Senats vom 13. Juni soll einigen Angestellten Ruhegehalts- und Jahrgeldberechtigung verliehen werden. Meine Fraktion ist gegen die Verleihung von Jahrgeldberechtigung. Wir würden auch in diesem Falle dagegen stimmen, wenn wir nicht die Aussicht und die Hoffnung hätten, daß die Kommission wegen Beamtengehälter uns baldigst mit einem Bericht darüber kommen wird, ob die Jahrgeldberechtigung in Ruhegehaltsberechtigung umgewandelt werden soll. Wir stellen daher keinen Antrag.

H o r m a n n (D.): Der Antrag muß so lauten:

Die Nationalversammlung genehmigt den Haushalt für die Polizeidirektion (III 8 der Ordentlichen Ausgaben des Generalbudgets für 1919 einschließlich des Nachtragsberichts der Polizeidirektion (S. 127).) Zwecks Prüfung der Verhältnisse bei der Polizei beschließt sie die Niederlegung eines siebengliedrigen Untersuchungsausschusses.

Dr. K ü n k l e r (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist auf unserer Seite nicht verstanden worden, zu welchem Zweck dieser Untersuchungsausschuß eingesetzt werden soll. Dürfen wir darüber um Erläuterung bitten?

W e n h o l d (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag unserer Fraktion, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, ist folgenden Gründen entsprungen: Es liegen eine Reihe von Klagen vor über das Verhalten bestimmter Beamten der Polizei, und zwar von Oberbeamten, mittleren und unteren Beamten. Wir haben kein Interesse daran, diese Sache in die breite Öffentlichkeit gelangen zu lassen, solange nicht im einzelnen erwiesen ist, wie weit diese Klagen berechtigt sind. Auf der andern Seite muß einigen dieser Fälle nachgegangen werden, die schon zum Teil zurück liegen. Es liegt ein öffentliches Interesse vor, daß festgestellt wird, ob tatsächlich solche Fälle vorgekommen sind, die außerordentlich bedenklich sind. Aus diesem Grunde beantragen wir einen Untersuchungsausschuß, damit volle Klarheit geschaffen wird.

P r ä s i d e n t: Der Antrag Hormann lautet:

Die Nationalversammlung genehmigt den Haushalt für die Polizeidirektion (III 8 der Ordentlichen Ausgaben des Generalbudgets für 1919 einschließlich des Nachtragsberichts der Polizeidirektion (S. 127).) Zwecks Prüfung der Verhältnisse bei der Polizei beschließt sie die Niederlegung eines siebengliedrigen Untersuchungsausschusses.

Senator Dr. D o n a n d t: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dieser Antrag nicht gut so angenommen werden kann. Er würde zur Folge haben, daß alle Anträge der Budgetkommission damit erledigt sind. (Zurufe: Nein! Nein!) Das sollte aber doch zum Ausdruck gebracht werden.

H o r m a n n (D.): Um diesen Einwand zu beheben, muß hineingebracht werden:

„Im Rahmen der Vorschläge der Budgetkommission“.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag Hormann sind, aufzustehen.

Der Antrag Hormann ist angenommen.

Zur Geschäftsordnung

Hormann (D.): Es ist nicht mein Antrag, es ist der Antrag May. Ich hatte mich zu dieser Position zum Wort gemeldet. Herr Präsident haben mich notiert, mich aber nicht aufgerufen.

Becker (M.-S.): Ich habe mich auch gemeldet.

Präsident: Die Herren müssen sich während der Verhandlungen zum Wort melden, sonst ist die ordnungsmäßige Handhabung der Geschäftsordnung bei der großen Anzahl von Positionen nicht möglich.

Becker (M.-S.): Die Polizei muß meines Erachtens so gestaltet sein, daß den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen wird und daß man diesen veränderten Verhältnissen auch gewachsen ist. Meine Damen und Herren! Sie wissen wohl alle, daß die Polizeibeamten immer abseits vom großen Publikum standen. Dies ist nach meiner Ueberzeugung und nach der Ueberzeugung sämtlicher Beamten auf das militärische Gepräge im Dienst der Polizeibeamten zurückzuführen. Es war ja früher nicht unsere Aufgabe, nachzudenken über unsere dienstliche Tätigkeit und darüber, ob sie im Interesse des Allgemeinwohls notwendig sei. Aber ich glaube, daß wir jetzt, nach Ausbruch der Revolution, das Recht haben, einmal darüber nachzudenken und eventuell mit Vorschlägen auch an die Polizeidirektion heranzutreten. Hierzu bedarf es selbstverständlich der Anstellung solcher Männer, die meines Erachtens durch eine harte Lebenserfahrung gestählt sind, und die auch gegen alle Verlockungen abgehärtet sind. Es ist soeben erwähnt worden, daß Klagen über Polizeibeamte erhoben werden. Es handelt sich dabei um solche Beamte, die nicht durch solche Lebenserfahrungen gestählt sind, und die auch nicht gegen Verlockungen abgehärtet sind, die tatsächlich als Polizeibeamte Sachen geliefert haben, gegen die man schon früher hätte einschreiten müssen. Dann hätte es dieses Prozesses nicht bedurft. Aber die Damen und Herren waren über diese Fälle nicht unterrichtet, und so waren einige Herren auch hier von der Linken der Meinung, daß es bloß Gefinnungschnüffelei sei. Die liegt aber durchaus nicht vor, sondern tatsächlich ganz etwas anderes. (Dr. Kunkler: Deswegen kann man es doch sagen, ehe man eine solche Untersuchungskommission einsetzt!) Wir hatten seinerzeit die Sache dem Ehrenrat übergeben, der Ehrenrat hat aber das Verfahren eingestellt, und die Sache ist so geblieben, wie sie war. Jedenfalls ist es keine Gefinnungschnüffelei. Nach meiner Ueberzeugung und nach der Ueberzeugung fast sämtlicher Polizeibeamten hätte die Poli-

zeidirektion diesen Leuten einfach kündigen müssen, sie hätten einfach von der Bildfläche verschwinden müssen. Um überhaupt für die heutigen Verhältnisse ein leistungsfähiges Polizeikorps zu erhalten, muß eine Gleichmäßigkeit in der Ausbildung, Bekleidung, Besoldung und Behandlung der Beamten Vorbedingung sein. Vor allem fehlt den meisten Beamten das Verständnis für die Not der Zeit, für die Not des Volkes. Und mögen Sie Gesetze schaffen, wie Sie wollen, jedenfalls müssen die Polizeibeamten derart ausgebildet sein, daß sie nicht immer auf den Grenzen des Gesetzes herumreiten, sondern von Fall zu Fall die Umstände der Tat in Betracht ziehen. Ich weiß bestimmt, daß deshalb das Vertrauen zu den Polizeibeamten verschwunden ist und wir es nie wieder holen konnten. Und deshalb haben wir bei Ausbruch des Krieges ausdrücklich erklärt, daß wir uns nicht als Handlanger des Klassenstaates, des Militarismus ausnutzen lassen würden. Wir haben aber auch erklärt, daß nunmehr im Zeichen der Freiheit jeder einzelne sich seiner Pflichten gegen die Zukunft und gegen die Gesamtheit bewußt sein müsse. Ja, meine Damen und Herren! Sie werden manchmal gesagt haben: dieser Schlendrian der Polizei muß endlich aufhören! Aber glauben Sie mir, solange das Militär während der Kriegszeit die Vorherrschaft gegenüber der Zivilgewalt hatte, da haben wir doch immer im Hintergrund gestanden. Im Publikum galt nur der Soldat, der konnte in bezug auf Ordnung und Sicherheit eingreifen. Deshalb sind wir soweit gekommen, daß wir gar nicht mehr wissen, wann wir eigentlich eingreifen sollen. Außerdem sind rechts und links die Auffassungen über die Tätigkeit der Polizei ja verschieden. Deshalb haben wir schon bei uns erwogen, eine Reorganisation des Polizeiwesens vorzunehmen. Wir haben uns gesagt: mit dem, was wir jetzt haben, können wir die Sicherheit des Publikums nicht gewährleisten. Wenn Sie wüßten, mit was für einem Dienst die Polizeibeamten überlastet sind, dann würden Sie die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen. Es sind ja gar keine Sicherheitsbeamte mehr, sondern Verwaltungsbeamte. Ich will nur einen Fall anführen, um Sie nicht länger zu belästigen: Um 10 S Schulstrafe müssen wir ein doppeltes Schreiben ausfertigen. Dann kommt diese Ausfertigung zur Polizeidirektion, dann kommt es zur Einziehung der Schulstrafe. Nun kommt es vor, daß die Strafe nicht bezahlt wird, dann kommt der Fall zur Vorführung. Erst dann werden die 10 S hingelegt. Für alle diese Handlungen müssen aber Polizeibeamte da sein. Dann haben wir die Zuführung von Schulkindern. Und da sagen die Leute: da zockelt nun ein Polizeibeamter über die Straße; haben die nichts anderes zu tun? Wir haben die Behändigung von Briefen, Bescheinigungen, usw. usw. Das wird alles von den Polizeibeamten ausgeführt. Der Schutzmann muß das alles machen: Einziehung von Geldern, Baupolizei, Armenpflege, Feststellungen, Quartiersachen, Revisionen, Mietesachen, ansteckende Krankheiten, Feststellungen

usw. usw. Das alles erfordert eine kolossale Arbeit. Und dabei noch der Achtstundentag. Und wenn der Polizeibeamte das alles erledigt hat, dann ist er für die Ordnung und Sicherheit nicht zu haben, und dann haben Sie schon recht, wenn Sie sagen, daß der Schutzmann nie zu finden ist, wenn er gebraucht wird. Außerdem liegt der Grund, daß Sie so wenig Polizeibeamte auf der Straße sehen, darin, daß die Uniformen nicht vorhanden sind. Die meisten gehen in Zivil oder in Militärkleidung. Deshalb sind wir daran gegangen und haben diese Art Sachen zentralisiert nach dem Polizeihause. Die meisten der Damen und Herren, die dies geprüft hatten, waren gar nicht überzeugt von dem Ursprung der Sache. Um diesen Ballast aus den Distrikten herauszuholen, um die Polizeibeamten für ihre wirkliche Tätigkeit, für die Sicherheit, heranzuziehen, haben wir dies an vier Stellen zentralisiert nach dem Polizeihause und haben diese Inspektorate eingerichtet und zwar die Gewerbepolizei in der Hauptsache für das Arbeiterschutzgesetz, Kinderschutzgesetz, für die Ruhe und Sicherheit, Angestellte usw. Ich kann Ihnen die ganzen Sachen hier nicht erzählen. Außerdem die Schulen. Ich habe es mit Freuden begrüßt, daß hier gerade mit allen Sachen mit der Vorbildung vorangegangen worden ist und daß überall Lehrer bewilligt worden sind. Selbstverständlich müssen die Polizeibeamten nach den heutigen Verhältnissen herangebildet werden. Sie müssen gleichmäßig ausgebildet werden, so daß nicht in einem Bureau nach diesem, im anderen nach dem Schema gearbeitet wird, nach preußischem Geist, nicht daß, wenn einer über die Grenzen seines Bezirks kommt, ihm ist, als komme er in eine andere Stadt. Das muß gleichmäßig behandelt werden. Weil wir Polizeibeamten hierauf Bedacht nehmen mußten, haben wir Schulen eingerichtet und an die Spitze einen Inspektor gesetzt. Der hat selbstverständlich nicht nur die Schule, sondern auch die Einstellung der Beamten, die Prüfung der Beamten, weil sie mit der nötigen Vorbildung versehen sein müssen, nicht nur Leute mit akademischer Vorbildung sollen befördert werden, sondern jeder Einzelne, der die Befähigung besitzt. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, daß sie auch dazu ausgebildet werden.

Außerdem das Verkehrswesen. Das Verkehrswesen genügt doch bei weitem nicht mehr. Wenn nun gesagt wird, daß die Inspektorate nicht mit genügender Arbeit versehen sind, so daß sie noch nebenbei Distriktsarbeit versehen können, so bedaure ich das, denn alle Dienstzeit ist reduziert und da will man die Arbeitszeit der Kommissare nicht reduzieren, sondern man streicht die vier Kommissare und überläßt den anderen die Sache an den Bureaus. Wir haben auch Theaterdienst. Zum Vergnügen gehen wir nicht lediglich hin, wir sollen auch Revisionen vornehmen. Ich bin also der Meinung, daß man diese Stellen streichen will aus dem Grunde, weil man einer da ist, dem man gern die Karriere abschneiden möchte, der sich darauf vorbereitet hat, in diese

Stelle einzurücken. Man geht meines Erachtens eventuell mit dem Gedanken um, daß vielleicht noch andere Verhältnisse eintreten würden und die kleine Gruppe Kommissare in ihrer Gesellschaft allein bleiben könnte ohne die anderen. Man soll denen es auch gönnen, da hinein zu kommen. Die Oberwachmeister, die 25 bis 30 Jahre praktischen Dienst gemacht haben, die die Straßen gepflastert und Stehposten durchgemacht haben, werden auch diesen Dienst versehen können. Ich bin also der Meinung, daß man nicht diese vier Posten streicht, sondern sie wieder einsetzt.

Es ist allgemein bekannt geworden und auch seinerzeit von den „Bremer Nachrichten“ geschrieben worden über den Schutz der Regierung. Ich kann dies mit hineinsetzen. Wenn die „Bremer Nachrichten“, an der Spitze Herr Runoth, vielleicht glauben — ich war seinerzeit der Annahme und die ganzen Polizeibeamten waren der Annahme — daß, wenn vielleicht irgendein Fanatiker oder irgendein Idiot sich an die Spitze der Regierung setzte oder irgend eine Gruppe, die dazu nicht berechtigt ist, daß wir solches unterstützen würden — das ging aus dem Schreiben in den „Bremer Nachrichten“ hervor — da müßten die ganzen Polizeibeamten als Idioten bezeichnet werden. Ich habe deutlich aus der Budgetkommission herausgehört, wie man die Forderung stellte, daß man aus uns heraus hören wollte, auf welchen Standpunkt wir uns stellten. Glauben Sie sicher, daß wir ganz genau wissen, daß wir für das Verbrechertum da sind, die größten Feinde der menschlichen Gesellschaft, und was zu dem Verbrechen gehört, das brauche ich nicht zu erklären. Daß wir tatsächlich auf jedes Gesetz, auf die Ausführung der Gesetze achten von Anfang bis Ende, das ist auch selbstverständlich, was die Strafprozeßordnung anbetrifft, das Bürgerliche Gesetzbuch oder mag in Frage kommen, was will. Es ist selbstverständlich, daß wir so handeln, daß es im Interesse der ganzen Bevölkerung liegt.

Ich möchte nun aber auch bitten, wenn wir uns dafür verwendet haben von vornherein eine Reorganisation vorzunehmen in dem Sinne, daß es für die Allgemeinheit dienlich sein kann und uns auch nicht daran zu hindern und mir nichts, dir nichts diese Sachen zu streichen.

Außerdem hat man die beiden Kraftwagenführer gestrichen. Ich bin der Meinung, daß man nicht etwa vom Tierarzt oder sonstigen Herren noch besondere Kraftwagen requiriert, sondern diese Kraftwagen mehr ausnützt. Wenn das Geld ausgegeben wird vom Staatsbauamt usw. — es kommt auf Tausende hinaus — da sollte man auch diese Autos mit heranziehen. Sie müssen aber da sein, weil eventuell bei Mord, Großfeuer oder anderen Sachen die Autos gebraucht werden. Was nützt es, zwei Kraftwagenführer zu haben, die abends 10 Uhr nach Hause gehen? Sie wollen auch nur 8 Stunden arbeiten. Also nachts, wenn irgend etwas passiert, hat man keinen Kraftwagenführer, wenn man diese bei-

den streicht. Streichen Sie anderwärts, aber nicht bei der Polizei. Sie sagen, die Polizei soll dort sein, wo sie verlangt wird. Dann dürfen Sie auch nicht diese Sachen streichen. Ich habe nicht im ganzen Budget gehört, daß so viel geschimpft worden ist auf andere Beamte, wie auf die Polizei. Das vereinbart sich nicht.

Zum Schlusse bitte ich noch um eins: Stand früher als Machtmittel das stehende Heer zur Verfügung, um Ordnung und Sicherheit zu erzwingen, so muß das Volk jetzt selbst in der neuen Freiheit hinter der Polizei stehen und bewußt sein, daß alles nur für das Gemeinwohl geschieht und für das Volk und daß es die gar nicht so leichte Tätigkeit der Sicherheitsorgane zu unterstützen hat. Ich bitte also in der Presse bekanntgeben zu wollen, daß nunmehr uns auch die ganze Bevölkerung unterstützt. Dann werden wir alles daran setzen, alles in geordnete Schranken zu bringen. Aber wir können nicht durch Ueberschüttung mit Strafmandaten diese hart mitgenommenen Völker und die so schwer bekämpften Völker in ordnungsmäßige Schranken bringen, sondern nur mit verständnisvollen Worten, und deshalb bitte ich Sie, nicht so kleinlich zu sein und diese Kommissarstellen zu streichen, sondern dazu ist lediglich die Schule da, diese heranzubilden. Wir haben es so gemacht, daß wir ein Jahr Probe festgesetzt haben, wohingegen die Polizeidirektion früher nur ein halbes Jahr festgesetzt hatte. Wir wollen erst prüfen, ob der Betreffende fähig ist, ob er Lebenserfahrung hat. Deshalb gehen wir viel weiter und haben viel mehr Verständnis für die Sache, daß wir ein Polizeikorps bekommen, zu dem die Bevölkerung Vertrauen hat. Wenn die Bevölkerung kein Vertrauen zu uns hat, können wir die Unterstützung der Bevölkerung nie und nimmer erlangen. Deshalb bitte ich, nach allen Richtungen hin, auch öffentlich und durch die Presse, wirken zu wollen, daß nun auch die Polizei seitens der Bevölkerung unterstützt wird, denn bei jedem Einschreiten, mögen wir den schlimmsten Verbrecher an der Kette haben, nimmt man gleich von Seiten der Arbeiterschaft an, daß man einen politischen Verbrecher an der Hand hat. Man tritt uns von allen möglichen Seiten entgegen. (Glocke des Präsidenten.) Es ist außerordentlich wichtig. Ich bedaure, Sie aufhalten zu müssen (Präsident: Ich bitte, hierher reden zu wollen.)

Ich bitte Sie also, dahin wirken zu wollen, daß von nun an die Bevölkerung uns unterstützt und daß Sie diese Stellen bewilligen einschließlich der Kraftfahrer. Ich bitte, die Sache nicht noch einmal zurückweisen zu wollen.

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, daß wir über diese Position schon abgestimmt haben. Diese Posten, über die Sie geredet haben, sind bereits abgelehnt. Da läßt sich nichts mehr ändern. In dem Antrage des Herrn May ist bereits über diese Position 8 abgestimmt worden.

Beder: Und abgelehnt?

Präsident: Was von der Budgetkommission gestrichen ist, ist abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung

Hormann (D.): Diese nachträgliche Auseinandersetzung ist aber dadurch zustande gekommen, daß übersehen worden ist, daß sowohl Herr Beder als auch ich uns zum Wort gemeldet haben. Es pflegt erst am Schluß der Debatte abgestimmt zu werden. Nun hat der Herr Präsident übersehen, daß Wortmeldungen vorlagen, so daß die Abstimmung vorgenommen wurde, bevor die Wortmeldungen erschöpft waren. Ich glaube also, daß uns gestattet werden muß, unsere Einwendungen zu machen. Ich halte auch die Einwendungen, die Herr Beder gemacht hat, für richtig und zulässig.

Präsident: Sie haben mir allerdings heute nachmittag gesagt, Sie würden zu dieser Position 8 sprechen. Da habe ich gesagt, das brauche ich nicht weiter zu notieren, es lägen bereits Anträge und Wortmeldungen zu dieser Position vor. Ich habe aber erwartet, wenn Sie sprechen wollen, daß Sie sich wieder zum Wort melden würden. So haben z. B. die Herren von der U. S. es immer getan, bei jeder Position, die ich aufgerufen habe. Es tut mir leid, Sie haben gegen die Gepflogenheit, die bisher üblich war, gehandelt.

Zur Geschäftsordnung

Fauth (M.-S.): Ich bin der Auffassung wie Herr Hormann, daß es hauptsächlich auf ein Versehen des Präsidiums zurückzuführen ist.

Präsident: Herr Fauth, ich habe eben ausgeführt, daß kein Versehen des Präsidiums vorliegt. Die Herren hatten sich nicht zum Wort gemeldet. Sie hatten mir wohl Mitteilung zukommen lassen, daß sie sich zum Wort zu diesen Positionen zu melden wünschten. Darum ist die Position aufgerufen worden. Die Herren, die sich melden wollten, mußten sich hier melden. Das haben beide Herren nicht getan.

Fauth (M.-S.): Es liegt lediglich ein Mißverständnis vor. Ich ersuche darum, daß noch einmal über diese Positionen abgestimmt wird.

Präsident: Ich habe nichts dagegen.

Beder (M.-S.): Ich wollte nur erwähnen: Ich habe tatsächlich geglaubt, daß schriftliche Wortmeldung genügen würde und daß der Herr Präsident uns dann aufrufen würde. Wenn aber irgendein Mißverständnis vorliegen sollte, bitte ich dies ändern zu wollen.

Präsident: Ich habe bereits zugestimmt.

H o r m a n n (D.): Ich habe namens der Budgetkommission noch einige Ausführungen zu machen, einmal im Anschluß an die von einer gewissen Wärme getragenen Ausführungen des Herrn Becker. Ich habe leider aus diesen Ausführungen heraus hören müssen, als ob die Budgetkommission eine Art Gefinnungsschnüffelei betrieben hätte. Es hat ihr nichts ferner gelegen als das. Die Budgetkommission hat in ganz objektiver Weise aus den Beamtenausschüssen heraus hören wollen, was zur Besserung der Verhältnisse beitragen könnte. Von vornherein hatte die Budgetkommission kein Interesse daran, die Beamtenausschüsse zu hören. Es ist gerade aus den Kreisen der Polizei an uns herangetreten worden, ob wir die Beamtenausschüsse nicht hören wollten. Ebenso haben wir die Ausschüsse bei der Feuerwehr und beim Hochbau gehört. Ich glaube, daß diese Neuerung ganz angebracht gewesen ist. Wir sind über manche Dinge aufgeklärt worden, die uns sonst verborgen geblieben wären. Ich muß es zurückweisen, daß seitens der Budgetkommission irgendwelche Gefinnungsschnüffelei getrieben worden wäre.

Dann habe ich mitzuteilen, daß Herr Regierungsrat Wedemeyer mir durch Schreiben mitteilte, daß die gestrichene Stelle eines achten Bureauvorstehers bereits von der provisorischen Regierung besetzt worden ist. Wenn die Sache so liegt, wird schwerlich noch etwas daran zu ändern sein. Ich habe mich aus den Polizeiakten überzeugt, daß dem achten Bureauvorsteher die Anstellungsurkunde bereits zugestellt worden ist. Somit hat er rechtlichen Anspruch auf Gehalt; auch ist seine Stelle als Kanzlist bereits wieder besetzt und hat ein Aufrücken von Beamten bereits stattgefunden. Es ist auch ein Schreiber letzten Grades eingestellt worden, der eventuell wieder entlassen werden müßte. Die Budgetkommission hat infolgedessen heute morgen beschlossen, von dieser Streichung Abstand zu nehmen und den achten Bureauvorsteher zu bewilligen. Ich bitte die Nationalversammlung, demgemäß beschließen zu wollen, die gestrichene Stelle also wieder einzufügen.

Weiter ist mir von Herrn Regierungsrat Wedemeyer schriftlich mitgeteilt worden — ich habe das auch der Budgetkommission vorgelegt — daß er dringend wünschen müsse, daß die gestrichene Juristenstelle — eines Regierungsrats — wieder eingestellt werde. Die Budgetkommission hat nach nochmaliger Prüfung heute morgen sich nicht zu einem anderen Votum entschließen können. Es ist besetzt die Abteilung 1 der Polizei mit Herrn Regierungsrat Wedemeyer, die Abteilung 2 vertretungsweise durch Herrn Regierungsrat Voese, Abteilung 3 durch Herrn Regierungsrat Petri, der aus der Gefangenschaft noch nicht zurückgekehrt ist, aber vertreten wird durch Herrn Assessor Dr. Post. Abteilung 4 wird durch Herrn Assessor Dr. Pott verwaltet, der jetzt durch Herrn Gerichtsassessor Wührmann vertreten ist. Die Budgetkommission hat geglaubt, daß die durch Ausscheiden eines Oberregierungsrats frei gewordene Stelle

nicht wieder besetzt werden sollte und hat auch nach neuer Prüfung heute morgen zu keinem anderen Votum kommen können. Sollte mit der Zeit mit den bisherigen Kräften nicht auszukommen sein, so muß sich die Behörde mit entsprechenden Anträgen an die Nationalversammlung wenden.

Dann die Polizeiinspektorstellen. Die Budgetkommission hat ihr Augenmerk namentlich auf die gehobenen Stellen gerichtet und nicht begreifen können, daß mit einem Male fünf Inspektorstellen geschaffen werden sollen. Davon sind vier bereits besetzt, während die fünfte bisher unbesetzte Stelle für die Wohlfahrtspolizei bestimmt ist. Diese Stelle haben wir gestrichen. Die vier ersten Inspektorstellen sind, wie gesagt, bereits besetzt, und daran ist nichts zu ändern. Von diesen vier soll der eine die Stelle eines Armenkommissars weiter verwalten, ohne den Titel eines Polizeiinspektors zu haben, auch sein Gehalt wird nicht verändert. Aus diesem Grund ist die Wiederbesetzung der vier Stellen nicht nötig. Ich bitte daher die Nationalversammlung, so zu beschließen, wie die Budgetkommission empfohlen hat.

Dann, meine Damen und Herren, ist noch Beschluß zu fassen darüber, wie aus der Nachtragsmitteilung des Senats hervorgeht, ob für die beiden Fürsorgerinnen die Ruhegehaltsberechtigung und für die Laborantin die Jahrgeldberechtigung verliehen werden soll. Die Budgetkommission empfiehlt es.

P r ä s i d e n t: Ich nehme an, daß, wenn kein Widerspruch erfolgt, über den letzten Punkt nicht weiter abzustimmen ist.

Herr Becker hat beantragt, die von der Budgetkommission gestrichene Stelle des achten Bureauvorstehers nachträglich zu genehmigen und ebenso die beiden gestrichenen Kraftwagenführer.

H o r m a n n: Die Budgetkommission hat sich nach abermaliger Prüfung heute morgen nicht entschließen können, von ihrem Vorschlage abzugehen.

P r ä s i d e n t: Wir müssen dann in der Debatte fortfahren, da sie einmal wieder eröffnet ist.

K l a w i t t e r (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Becker hat sich über die Ungewissenheit beklagt, daß man nicht wisse, wer eigentlich zu sagen habe. Ich möchte Ihnen einen Fall mitteilen, der zugleich der Polizeikommission mit auf den Weg gegeben werden soll, weil es sich in diesem Falle um eine Systemänderung handelt. Es handelt sich darum, daß eine Haussuchung von Soldaten nach Waffen vorgenommen wurde. In einem Hause wurden Waffen gefunden. Dabei sind sie aber so vorgegangen, daß es geradezu haarsträubend war. Ich wurde hinggerufen als

Mitglied der Nationalversammlung. Alles war kopf- über geworfen, die Tür eingeschlagen, die Schränke eingeschlagen, man kann sagen: es sah mörderisch aus. Weil ich durch Erfahrungen in der Nationalversammlung wußte, daß solche Aussagen angezweifelt werden, bin ich zum Polizeibureau gegangen und habe einen Schutzmann gebeten, den Tatbestand aufzunehmen. Dieser wollte auch mitgehen, es wurde aber dann getuschelt zwischen einigen Beamten, und dann wurde mir gesagt: Es geht nicht so. Ich frage: Warum nicht? Es wurde mir gesagt: Es muß das doch ein Sachverständiger sein, wenn Scheiben eingeschlagen sind. Und als ich den Kommissar, der dazu kam, fragte, da sagte der: Nein, es könnte ja ein Strafantrag gestellt werden, da muß auch ein Sachverständiger dabei sein, um den Schaden festzustellen. Endlich ging doch einer mit. Da war die Haustür und die Fenster eingeschlagen, es sah mörderisch aus. Das Essen war durch das Haus geworfen, Wäsche auf der Leine war durch Kohlen beschmutzt, die Betten aufgeschnitten und aufgerissen, da man dort nach Waffen gesucht hatte; ebenso der Strohsack. Dazu wollte ich einen Schutzmann mithaben. Ich sah aber, sie fürchteten sich, und das gestand man auch ein, weil man nicht weiß, wer eigentlich zu sagen hat, daß das jedenfalls nicht die Polizei ist. Solche Zustände herrschen in Bremen. Und da meint man, es könnte doch Strafantrag gestellt werden. Soll denn der Betreffende nun hinterher Strafantrag stellen? Wie lange wird das dauern, bis das Gericht darüber Urteil spricht? Aber jedenfalls müssen wir verlangen, daß die Schutzleute so instruiert werden, daß sie nicht zurückschrecken vor den anderen.

Senator Winkelmann (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haushaltskommission hat zu dem Budgetposten, Anstellung von vier Automobilfahrern, nur zwei bewilligt. Sofern diesem Antrage entsprochen werden sollte seitens der Nationalversammlung, würde das zur Folge haben, daß der Dienst und der Transport von Gefangenen ungemein leiden würde. Sie dürfen bei Beurteilung der Sache nicht außer Acht lassen, daß die Dienstzeit der Chauffeure nur acht Stunden beträgt. Ein Auto muß ständig zur Verfügung der Polizei stehen, und für den Dienst der Chauffeure müssen also drei Schichten gemacht werden. Wenn die Stellen der Chauffeure nicht bewilligt werden, ist die Behörde gezwungen, zu Spannwerk oder zu Mietfuhrwerk zu greifen. Dies würde sich aber bedeutend teurer stellen, besonders in Anbetracht der weiten Entfernungen bei den Transporten, sei es nach Oslebshausen oder nach Ellen. Die Polizeidirektion steht deshalb auf dem Standpunkt, daß im Interesse einer Aufrechterhaltung des Betriebes und einer schnellen Beförderung und um Geld zu ersparen, der Posten für die Chauffeure bewilligt werden muß. Sie ersucht die Nationalversammlung, den Antrag auf Streichung der Position abzulehnen.

Waigand (M.-S.): Was Herr Klawitter gesagt hat, ist auf jeden Fall ein Zeichen dafür, daß bei der Polizei heute nicht mehr so dienstfertig gearbeitet wird, als es notwendig ist. Ähnlich lag der Fall, auf den ich hinweisen möchte, daß in Gröpelingen ein Mann, weil er Mitglied der Regierungsschutztruppe oder der Stadtwehr war, von Rowdys angefallen wurde. Er ging zum Polizeibureau und verlangte von den Schutzleuten Schutz. Der Schutzmann wußte nicht, ob er hinausgehen sollte oder nicht, weil er selbst nicht die genügende Courage hatte. So etwas bringt aber die Schutzleute bei den Rowdys in Mißkredit. Der Schutzmann muß direkt handeln in Erfüllung seiner Pflicht. Wenn ein Schutzmann nicht mitgeht, wenn er zur Feststellung des Tatbestandes aufgefordert wird, so erfüllt er seine Pflicht nicht. Genosse Becker hat ausgeführt, daß die Schutzleute mehr verlangten, daß sie wieder mehr ihre Pflicht erfüllen könnten. Wenn aber ein Schutzmann einen gefangen nimmt, so setzt er sich der Gefahr aus, vom Publikum angegriffen zu werden, ganz gleich, ob es sich um einen politischen Verbrecher oder um einen sonstigen Gefangenen handelt. Wenn ein Schutzmann jemand gefangen nimmt, so geht das das Publikum nichts an, es darf nicht eingreifen, denn der Beamte ist in Ausübung seines Dienstes. Es muß eine straffe Ordnung herrschen. Wir wünschen auch, daß man mit Strafanträgen komme, wenn Leute sich in sanitärer Hinsicht versündigen oder wenn die Unordnung auf der Straße zur Gefährlichkeit wird. Wenn jemand glaubt, Ascheneimer stundenlang stehen zu lassen, dann muß die Polizei strafend eingreifen können, damit nicht die Gesundheit der Bevölkerung durch Nachlässigkeit gefährdet wird. Ebenso müßte in bezug auf die Jugend etwas mehr darauf geachtet werden, daß sie sich nicht solcher Uebergrieffe schuldig macht. Dem müßten die Schutzleute mehr entgegentreten. Von Lehrern ist darauf hingewiesen worden, daß die Eltern darauf achten möchten, daß die Jugend doch nicht zu später Zeit noch auf den Straßen herumtolle. Die vernünftigen Eltern sorgen dafür auch schon im Interesse der Gesundheit ihrer Kinder, daß sie zu rechter Zeit nach Hause gehen. Aber es gibt sehr viele unvernünftige Eltern, die auf die Gesundheit ihrer Kinder nicht genügend achten, die es ihnen erlauben, bis zehn, elf Uhr herumzutollen. Da müßte die Polizei die Eltern zu beeinflussen suchen, daß das ungehörig ist. Man wird dadurch auch in seiner Ruhe gestört. Leider ist es so . . . (Zuruf von links: Nahrungszustand!) Ich weiß nicht, ob Schulze das gerufen hat. (Zuruf: Ja!) Aber du wirst im Interesse der Kinder zugestehen, daß in dieser Beziehung es erforderlich ist, da einzugreifen. Du bist aber heute merkwürdig gestimmt. (Weiterkeit.)

Präsident: Ich kann nicht zulassen, daß von einem Mitgliede der Nationalversammlung gesagt wird, es sei merkwürdig gestimmt.

Waigand: Ich will nur sagen, daß die Organe der dazu angestellten Polizei vom Publikum unterstützt werden müssen und daß die Polizei auch nicht davor zurückschrecken sollte, wenn ihre Ermahnungen nichts helfen, eventuell mit Strafen einzugreifen.

Präsident: Die Verhandlung ist geschlossen. Wir haben zunächst über den Antrag Becker abgestimmt. Das muß wohl getrennt geschehen: erstens über die vier Polizeikommissare, dann über die zwei Kraftwagenführer.

Der Antrag Becker, betr. die Anstellung der vier von der Budgetkommission gestrichenen Polizeikommissare, wird angenommen.

Der Antrag Becker, betr. die Anstellung der zwei von der Budgetkommission gestrichenen Kraftwagenführer, wird angenommen.

Der Antrag Hormann, betr. die Anstellung des achten Bureauvorstehers, wird angenommen.

Präsident: Weiter liegen zu der Position Polizeidirektion vor:

Antrag des Herrn Fr. H u s m a n n :

Zu beschließen:

1. daß die gewählten Mitglieder der Stadtausschüsse für Schankwirtschaften neu zu wählen seien,
2. daß die Prüfung der Bedürfnisfrage eine Befragung und Erklärung der Umwohnenden zu Grunde zu legen sei.

Antrag C a s p a r :

Zu beschließen, daß die Baukontrollen aus den Arbeiterkreisen zu entnehmen seien und zwar auf Grund von Wahlen der Berufsorganisationen der Facharbeiter.

Antrag P r e u ß n e r :

Die Nationalversammlung beschließt, daß die zur Zeit unbefetzte Stelle des Staatsbaurats beim Baupolizeiamt sogleich wieder besetzt wird und die Leitung des genannten Amtes einem Staatsbaubeamten übertragen wird.

Der Senat wird ersucht, das Erforderliche zu veranlassen.

Antrag H e d l e r :

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, das Baupolizeiamt anzuweisen, gestellte Bauanträge mit größter Beschleunigung zu erledigen.

Die Anträge werden zurückgestellt.

11. Feuerwehr.

Dazu liegt ein Antrag L ü d e l i n g vor:

Die Aenderung in der Zugehörigkeit der Beamten zu den Gehaltsklassen abzulehnen. (Verh. S. 233.)

Lüdeling (U. S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie dringend warnen, diese Regelung in den Besoldungsverhältnissen einer einzelnen Beamtengruppe vorzunehmen, ehe man an die Regelung der Besoldung der ganzen Beamtenenschaft herangeht, eine Frage, die ja in nicht allzu ferner Zeit von uns erledigt werden muß. Sie wissen, daß im Reich und in Preußen schon gewisse Vorbereitungen für eine solche Regelung getroffen werden. Die Folge würde sein, wenn wir diesem Antrage der Löschdeputation Folge geben, daß wir eine Flut von ähnlichen Anträgen bekommen würden. Am Tage darauf, als in den „Bremer Nachrichten“ dieser Bericht veröffentlicht wurde, war in der allerfrühesten Morgenstunde schon ein Vertreter einer ähnlichen Beamtengruppe bei mir mit einem ausgearbeiteten langen Gesuch, worin nachgewiesen wurde, daß diese Beamten mindestens dieselbe Berechtigung haben, in die und die Klasse vorgerückt zu werden. Und Sie können sich darauf verlassen, meine Damen und Herren, daß eine ganze Reihe, ja vielleicht alle Beamtengruppen in der Lage sind, mit guten Gründen uns aus bester Ueberzeugung zu belegen, daß sie in dieser Gehaltsordnung des bremischen Staates nicht an der richtigen Stelle stehen. Es kommt noch hinzu, daß diese Regelung, wie sie jetzt von der Löschdeputation vorgeschlagen wird, auch den Wünschen der Feuerwehr, namentlich, was die unteren Beamten betrifft, gar nicht entspricht. Kurz danach, nachdem der Bericht in der Zeitung stand, hat der Ausschuß der Feuerwehr dagegen Stellung genommen und gesagt: So, wie die Regelung erfolgt ist, entspricht sie unseren Wünschen nicht. Es ist also zu erwarten, daß die Feuerwehr selbst mit einer andern Eingabe kommen wird. Es ist mir gesagt worden, daß der Umstand, daß diese Regelung vorweg genommen wird, darauf zurückzuführen ist, daß die Feuerwehr in der Löschdeputation einen Fürsprecher gefunden hat, der besonders warm für sie eingetreten ist. — Ich weiß nicht, ob von ihm direkt die Anregung ausgegangen sein soll. Aber jedenfalls halte ich das für ganz verfehlt, was hier geschieht, für durchaus bedenklich vom Standpunkt des Beamten, wie vom Standpunkt des Mitgliedes der Nationalversammlung aus. Dieses Vorgehen der Feuerwehrleute stellt einen Disziplinbruch gegenüber der Organisation der gesamten Beamtenenschaft dar. Es ist deutlich die Lösung ausgegeben worden: solche Angelegenheiten werden nicht von einer einzelnen Gruppe geregelt, sondern von der Gesamtheit. Diesem Disziplinbruch zu begegnen ist unsere Sache; es wird in Bälde geschehen. Ich halte es aber auch für außerordentlich bedenklich, daß ein Mitglied der Nationalversamm-

lung so gehandelt hat. Es ist natürlich möglich, daß die Leute an ihn herangetreten sind, und daß er sich hat überzeugen lassen und diesen Wünschen nachgegeben hat. Wir sollten uns eigentlich alle streng zur Regel machen, nicht wieder in dieses alte Fahrwasser hinein zu gehen; schon aus dem Grunde, um uns eine Menge von Verdruß und Ärger zu ersparen. Unsere Gepflogenheit sollte hier sein, daß wir allen Bittstellern aus Beamtenkreisen sagen: wendet euch an eure Organisation! Dann haben wir nachher den großen Vorteil — wir als Nationalversammlung — daß die unvermeidlichen Kämpfe, die die Beamenschaft notwendigerweise wird führen müssen, uns weiter gar nicht behelligen, daß die gesamte Beamenschaft mit einem vollständig fertigen Entwurf vor uns hintritt und wir Stellung dazu nehmen. Ich möchte Sie dringend bitten — damit will ich natürlich kein Wort über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Forderung sagen —, es nicht zu belieben, daß vorab den Feuerwehrleuten in dieser Weise irgendwie ein Vorrecht eingeräumt wird, sondern die Sache zu vertagen, bis eine allgemeine Regelung stattfinden wird.

H o r m a n n (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Budgetkommission hat sich davon überzeugt, daß eine Regelung der Angelegenheit notwendig ist. Ich muß zunächst zwei Irrtümer des Herrn Lüdeking zurückweisen. Der eine Irrtum besteht darin, daß die Beamten der Feuerwehr einen Disziplinbruch begangen hätten gegenüber dem Beamtenverein. Die Beamten der Feuerwehr haben in der Budgetkommission ihrerseits erklärt, daß sie die Initiative zu einer Gehaltserhöhung keineswegs ergreifen könnten, sondern daß sie gebunden seien. Noch ein zweiter Irrtum ist Herrn Lüdeking unterlaufen, daß ein Mitglied der Nationalversammlung die treibende Kraft gewesen sei. Auch das ist ein Irrtum. Die Gehaltserhöhung ist beauftragt von der Löschdeputation in ganz ordnungsgemäßer Weise. Und nun komme ich zur Aufklärung des Sachverhalts. Es ist wiederholt der Fall eingetreten, daß die Offiziere bei der Feuerwehr Berufungen nach auswärts erhielten, denen sie Folge gegeben haben, weil sie dort in sehr viel bessere Gehaltsverhältnisse gekommen sind, wiewohl sie dort dieselbe Stellung bekommen haben wie bei uns. Die Gehaltsverhältnisse auswärts liegen teilweise eben viel günstiger für die Offiziere als bei uns. Das bezieht sich auch auf den Inspektor und den Branddirektor. Die Budgetkommission mußte zugeben, daß es notwendig sei, noch für dieses Budget möglichst die Gehälter zu erhöhen, da wiederum eine Reihe von Berufungen nach auswärts in Aussicht standen. Wir hatten uns von dieser Notwendigkeit überzeugt, andererseits auch davon, daß, wenn man die Gehälter der Offiziere erhöhte, gleichzeitig auch die Gehälter der unteren Beamten zu erhöhen seien. Das war der Grund gewesen, weshalb die Budgetkommission sich entschloß, diese Forderung zu unterstützen. Die Wünsche

des Beamtenausschusses und auch der Unterbeamten der Feuerwehr gingen erheblich weiter. Die Budgetkommission hat sich aber von dem Gedanken leiten lassen, der hier schon mehrfach in der alten Bürgerschaft zum Ausdruck gekommen ist, daß die Feuerwehrleute den Beamten der Polizei gleichgestellt werden sollten, also die Feuerwehrmänner den Schutzmännern. Das war die Ansicht der Budgetkommission, die sie jetzt ausgesprochen hat, da die Gehälter der Offiziere erhöht werden mußten. Es wurden also gleichzeitig die Gehälter der Feuerwehrmänner denen der Wachmeister gleichgestellt. Ich glaube, daß die Budgetkommission nicht anders verfahren konnte. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Gehälter der Offiziere lag vor, sie war unvermeidlich, sonst gingen sie uns eben weg. Wenn gesagt wird, man wundere sich darüber, daß hier eine Beamtenkategorie vorweg genommen sei, so muß ich darauf verweisen: für eine Beamtenkategorie haben Sie ja heute dasselbe bereits beschlossen, das sind die Schreiber. Sie haben es für nötig befunden, die große Kategorie der Schreiber möglichst sogleich aufzubessern, also vor der allgemeinen Gehaltsregelung. Was ist das anders? Sie müssen also die Notwendigkeit der Erhöhung bei der Feuerwehr notgedrungen anerkennen. Wir waren mit dem Herrn Senatskommissar, der bei diesen Verhandlungen zum Teil zugegen gewesen ist, auf sehr schwere Bedenken gestoßen gegen diese ziemlich weitgehende Gehaltserhöhung und insbesondere gegen eine Gehaltserhöhung außerhalb des Rahmens der allgemeinen Gehaltsaufbesserungen. Aber wir haben uns den Tatsachen nicht verschließen können, daß diese Regulierung im jetzigen Augenblick die notwendige war, und das Ergebnis der Verhandlungen legt Ihnen vor. Ich glaube, Sie müssen auch dieser Notwendigkeit Folge leisten.

S t i c h n a t h (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gebe zu, daß diese Vorlage, dieser Ergänzungsbericht, eine gewisse Ueberraschung in alle Kreise der bremischen Bevölkerung, nicht allein in die Beamtenkreise, hineingebracht hat. Aber, meine Damen und Herren, daß bei den einzelnen Budgetberatungen der früheren Jahre derartige Fälle vorgekommen sind, sollte Herr Lüdeking auch wissen. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1899 die Volksschullehrer auch vorweg mit einer Gehaltsaufbesserung bedacht wurden, trotzdem die Kommission mit ihren Arbeiten noch nicht fertig war. (L ü d e k i n g: Das wollen wir gerade nicht mehr.) Deshalb sehe ich nicht ein, weshalb wohl die Feuerwehrleute zurückstehen sollen. Der Bericht ist sehr ausführlich und es hätte sich eigentlich erübrigt, darauf einzugehen und die Versammlung damit aufzuhalten. Herr Hormann hat schon zur Genüge dargelegt, wie notwendig es ist, hier Ausnahmen zu machen. Außerdem hat im Jahre 1914 eine Gehaltsaufbesserung der Gewerbeinspektoren stattgefunden und zwar aus denselben Gründen wie hier. Wir konnten damals auch keine Gewerbeinspektoren hal-

ten und keine bekommen. Bei den Aufgaben, die der Feuerwehr obliegen, wo Leben und Gesundheit der bremischen Bevölkerung in Frage kommt, sollte man alle Fünf gerade sein lassen und Ausnahmen machen. Daß die Feuerwehrbeamten, vom obersten bis zum untersten, schlecht bedacht worden sind, sollte Herr Lüdeling als Vorsitzender der Beamtenbewegung wissen. Mir ist genau bekannt, daß gerade berechnete Beschwerden über die Besoldung der Feuerwehrbeamten häufig genug vorgetragen worden sind. Ich glaube auf jeden Fall, daß Herr Lüdeling den Feuerwehrleuten mit seinen Ausführungen heute keinen guten Dienst erwiesen hat, aber ich will nicht der Vormund des Herrn Lüdeling sein. Jedenfalls kann ich hier mitteilen, daß ich zum dritten Male in der Beamtengehaltskommission sitze und weiß genau, daß die Feuerwehrbeamten seinerzeit am schlechtesten behandelt worden sind. Die Feuerwehrleute sind in anderen Städten den Schutzmännern gleichgestellt. Wenn man den Dienst dieser beiden Beamtenkategorien einander gegenüberstellt, so muß auch der Laie zu der Ueberzeugung kommen, daß der Dienst der Feuerwehrmänner unter Umständen ebenso schwer und aufreibend ist wie der der Schutzleute. Es wurde von Herrn Lüdeling noch angeführt, daß selbst die Unterbeamten mit dieser Gehaltskala noch nicht zufrieden sind. Ja, zufriedene Beamte habe ich überhaupt nur selten gefunden. Aber die Herren Unterbeamten scheinen nicht zu wissen, daß dies ja nur eine vorläufige Regulierung ist. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß auch diese Gehaltsklasse bei der demnächst stattfindenden Revision noch eine Aufbesserung erfährt. Aber, meine Damen und Herren, nun komme ich zu den Oberbeamten. Es geht klar aus den Berichten hervor, daß bei der Anstellung der Oberbeamten volle akademische Bildung verlangt wird. Ich meine, wenn man das auf der einen Seite verlangt, ist man verpflichtet, zu geben, was auf Grund der Vorbildung zukommt. Da muß man den Branddirektor mit den Direktoren der werbenden Anlagen, Elektrizität, Gas usw. gleichstellen. M. E. hätte man den Branddirektor mit den Oberbauärzten und die Brandmeister mit den Bauärzten gleichstellen müssen. Ich will Sie nicht weiter aufhalten. Im übrigen beziehe ich mich auf den Bericht und habe Sie nur noch dringend zu bitten, die Vorlage anzunehmen.

Bußmann (M.-E.): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Herrn Hormann kann ich mich sehr kurz fassen. Die Dinge liegen so, daß, wie Ihnen bekannt ist, die Oberbeamten der Feuerwehr aus den bekannten Gründen mit einer Gehaltserhöhung gekommen sind und daß Branddirektor Baur diese Gehaltserhöhung in der Budgetkommission vertrat. Dort haben wir dem Branddirektor erklärt: „Wir wollen zu dieser Angelegenheit Ihren Beamtenausschuß hören, gehen Sie und kommen Sie mit Ihrem Beamtenausschuß wieder.“

Vor allen Dingen standen wir auf dem Standpunkt, daß ein altes Unrecht gutgemacht werden mußte bezüglich der Stellung der Feuerwehrleute, die schon lange gewünscht haben, mit den Polizeibeamten in eine Gehaltsklasse zu kommen. In vielen anderen Städten ist das schon vorgenommen worden und es muß betont werden, daß die Gehaltsregelung für die unteren Beamten nicht eine endgültige sein soll, sondern daß es sich um weiter nichts handelte, als diesen alten Wunsch zu befriedigen, die Feuerwehrleute mit den Polizeibeamten gleichzustellen. Das hat der Rat der Volksbeauftragten schon versprochen. Der Beamtenausschuß der Feuerwehrleute hat uns erklärt, daß sie eigentlich nicht berechtigt wären, jetzt Gehaltsforderungen zu stellen nach den Abmachungen im Beamtenverbande. Aber wir haben demgegenüber erklärt, daß es sich nicht um eine derartige Gehaltsaufbesserung handelte, die eine endgültige sein sollte, sondern nur darum, in diesem Augenblick, wo die Offiziere mit ihren Gehaltsforderungen kamen, der alten Forderung gerecht zu werden, die Feuerwehrleute mit den Schutzleuten gleichzustellen. Der Beamtenausschuß der Feuerwehrleute hat der Budgetkommission dann einen Bericht zukommen lassen vom 8. Juli, indem der Beamtenausschuß die Forderungen der Offiziere, vor allen Dingen des Branddirektors, einstimmig gutheißt.

Der Beamtenausschuß ist doch zusammengesetzt aus Ihren (zu den U. E.) Genossen und aus unseren Genossen und dieser Antrag ist einstimmig gutgeheißen worden. Ich weiß nicht, wie weit die Offiziere der Feuerwehr dem Beamtenverbande angehören. Wenn von einem Disziplinbruch die Rede sein soll, kann man ihn nur diesen Leuten machen, die außer der Reihe mit Gehaltsforderungen an die Budgetkommission herangetreten sind.

Ich bitte, die Vorlage, wie sie von der Budgetkommission gutgeheißen ist, hier anzunehmen, und möchte Herrn Lüdeling bitten, doch dieser Vorlage zuzustimmen, da es sich nach unserer Auffassung nicht um besondere, außer der Reihe vorgenommene Gehaltsaufbesserungen handelt.

Wahnschaffe (M.-E.) verzichtet auf das Wort.

Lüdeling (U. E.): Ich will noch einmal, obgleich ich es vorhin schon mit aller Deutlichkeit gesagt habe, nachdrücklich betonen, daß ich über die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser Forderung vorhin kein Wort gesagt habe. Ich habe nur über das Verfahren geurteilt. Nach den Darstellungen der Herren Hormann und Bußmann kommt es nun darauf hinaus, daß den Disziplinbruch die oberen Beamten begangen haben; die unteren haben sich völlig korrekt benommen. Was die Sache selbst anbetrifft, so kann

man sich dabei nicht vom guten Herzen allein leiten lassen. Ich habe Ihnen gesagt, und verlassen Sie sich darauf: Wir bekommen eine ganze Menge von ähnlichen Anträgen, nicht nur von solchen, die eine Besserstellung haben wollen, auch von solchen, die behaupten: wir gehören mit den Feuerwehrlenten, wir Maschinisten gehören mit den Lokomotivführern in eine Klasse hinein usw. Bis jetzt habe ich solche Gesuche zurückgehalten. Und diese ganze Art des Verfahrens wollen wir — das möchte ich besonders Herrn Stichnath sagen — beseitigen. Daß das früher so gewesen ist, wissen wir. Leider ist es so gewesen. Wir aber, Herr Stichnath, vor allen Dingen ich persönlich habe dieses Verfahren niemals gebilligt, sondern immer bekämpft, allerdings sehr lange vergeblich bekämpft. Sie können mir glauben, es ist kein ganz leichtes Werk, die Einigung der Beamten herbeizuführen. Vielleicht sehen Sie von Ihrem Standpunkt nicht, wie das ganze System des früheren Staates — denken Sie nur an die 31 Gehaltsklassen und 20 Nebentklassen — darauf angelegt war, geradezu die Beamten gegeneinander, ich will nicht sagen zu hehen, aber dahin zu bringen, daß einer den anderen mit scheelen Augen ansah und strebte, in eine höhere, besser besoldete Klasse zu kommen. Es ist eine sehr schwere Sache gewesen, sie jetzt einigermaßen unter einen Hut zu bringen. Vollständig gelungen ist das noch nicht. Sie sehen hier wieder, daß einer durch den Zaun gebrochen ist. Herr Stichnath, das ist früher allerdings so gewesen, aber ich glaube, auch Sie werden nicht den Wunsch haben, daß es wieder so werden soll. Ich meine, wir können uns auch als Nationalversammlung nichts besseres wünschen, als daß wir solche Sachen immer gleich fertig vorgelegt bekommen, daß alles Abwägen und Streiten unter einander vorher erledigt wird und wir die ganze Sachlage bloß zu beurteilen haben.

Was die Schreiber anbetrifft, da liegt es doch etwas anders. Ich will nicht ins Feld führen, daß das die allerjüngsten Besoldeten sind, aber hier ist gar keine Neuregelung gefordert worden, sondern nur, daß man das tun möge, was man auf Grund der jetzt geltenden Bestimmungen schon tun kann, man soll ihnen so viel bezahlen, wie das Gesetz schon lange zugelassen hat, soll ihnen nicht die allerniedrigsten Sätze bezahlen. Eine Neuregelung ist das nicht. Nun möchte ich vor allen Dingen noch bei der Gelegenheit fragen: Hat man denn wohl von Seiten der Budgetkommission den Versuch gemacht, bei dieser Gelegenheit einmal den Grundsatz zur Ausführung zu bringen, daß auch die unteren Beamten in die höheren Stellen hineinrücken können? (Zuruf: Jawohl!) Hat man sich vielleicht umgesehen — es ist eine ziemlich große Zahl der Beamten der Feuerwehr — ob aus den unteren und mittleren Beamten einige herauszuholen wären, die die oberen Stellen ausfüllen können? Dann wäre das ein Ausweg gewesen. Die wären sicher auch mit den anderen Gehaltsätzen zufrieden gewesen.

Wallemann (L.-V.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte im Anschluß an die Ausführungen des Vorsitzenden der Budgetkommission noch berichten, daß die ganzen Gehaltsfragen eigentlich durch die Umwandlung in der Feuerwehr selbst hervorgerufen worden sind. Nach dem Bericht der Löschdeputation sind die sogenannten Ordonnanzen bei den Offizieren seitens der Mannschaft abgeschafft worden, und hierfür sind seitens der Offiziere die Vergütungen gefordert worden. Wir konnten seitens der Budgetkommission aber nicht gutheißen, daß nun auf Grund dieser Verhältnisse eine Ablösung oder anderes Dienstpersonal gestellt werden sollte, sondern wir haben uns grundsätzlich nur mit der Frage zu befassen gehabt: Wie sind diese Verhältnisse, die durch die neue Zeit veranlaßt worden sind, zu beseitigen, wie sind sie im Verhältnis zu der ganzen Sachlage zu beheben? Wenn auf dieser Seite schon Schwierigkeiten bestehen, so hat der Vorsitzende der Budgetkommission schon ausgeführt, daß dann auch weitere Schwierigkeiten bestanden, indem bereits drei resp. vier der Herren Brandmeister andere Stellen besetzen konnten in anderen Städten. Wir hätten es vielleicht erlebt, daß in ganz kurzer Zeit, wenn nicht eine Aufbesserung resp. überhaupt Regelung der Gehälter erfolgen würde, wir keinen Brandmeister, keinen Inspektor und keinen Branddirektor mehr gehabt hätten. Es will sich schauerlich anhören, aber wir sind uns dessen bewußt, daß in irgend einer Form der Betrieb in Ordnung bleiben muß. Denn zu einem Korps der Feuerwehr sehen wir genau so hinauf wie zu einem regelrechten Korps der Polizei. Da aber innerhalb der beiden Korps ein Ungleich nicht bestand, haben wir uns seitens der Budgetkommission für berechtigt gehalten, den Weg, den der Herr Vorsitzende Ihnen gezeigt hat, einzuschlagen und glauben auch alles Recht zu haben, ihn hier gründlich und ordentlich zu vertreten. Insbesondere, wenn wir den Herren noch erklären, daß, wie aus der letzten Vorlage zu ersehen ist, die Möglichkeit bestehen soll, daß die nachgeordneten Oberfeuerwehrlenten in die höheren Stellen eintreten können und somit gewissermaßen in die jetzt besetzten höheren Stellen bei Abgang einiger dieser Leute auch die nachgeordneten Stellen eintreten können. Ich möchte deshalb bitten, die Vorlage so, wie sie gegeben ist, anzunehmen.

Sor mann: Es ist eine irrige Auffassung, daß die Offiziere einen Disziplinbruch begangen hätten. Diese haben nicht den Antrag gestellt, sondern der Antrag ist von der Deputation gestellt worden. Der Branddirektor hat der Deputation erklärt, es gehe nicht mehr so, die Offiziere gingen ihm weg. (Zuruf: Also ein Disziplinbruch vom Branddirektor!) Das war natürlich nicht im Interesse des Branddirektors, wenn die Offiziere infolge mangelhafter Gehälter anderswo Stellung suchten und er mit dem Inspektor den Betrieb nicht genügend leiten konnte. Herr Lüdeking

scheint sehr scharf über diesen sogenannten Disziplinbruch zu denken, aber ich meine, man sollte nicht so ängstlich sein. In vereinzelt Fällen sind wir immer so vorgegangen, so z. B. beim Hochbau, um uns eine wertvolle Kraft zu erhalten.

Ich möchte dann auf den Nachtragsbericht über das Löschwesen auf Seite 4 vom 13. Mai eingehen. Da ist zu lesen: Die Deputation beantragt, zum Budget 66 I a Position „Vergütung für Hilfskräfte“ für die Offiziere der Feuerwehr 7000 M einzustellen, als Entgelt für die ausgefallenen Ordonanzen, die bei Brandfällen zur Befehlsübermittlung dienen und auch zu gewissen persönlichen Dienstleistungen herangezogen wurden. Nach Ausbruch der Revolution sind diese Ordonanzen abgeschafft worden. Nun beantragen die Brandmeister, die Offiziere, für den Ausfall dieses Hilfsdienstes eine Vergütung, und zwar sollte diese Vergütung auf 1000 M pro Offizier bemessen werden. Die Budgetkommission hebt besonders hervor, daß mit Bewilligung der höheren Gehaltsätze für die Offiziere diese Forderung als erledigt anzusehen ist, d. h., daß die Offiziere auf die 1000 M verzichten müßten, da sie einen Anspruch auf Ordonanzen nicht mehr haben und die Vergütung dafür bei Festlegung der höheren Gehaltsätze berücksichtigt worden ist. Dies ist deutlich ausgedrückt durch den Passus in unserem Bericht: „Die für sieben Feuerwehr-offiziere infolge Wegfall der Ordonanzen beantragte Position „Vergütung für häusliche Hilfskräfte der Feuerwehr-offiziere“ 7000 M wird abgelehnt.“

Präsident: Ich nehme an, daß über diesen Posten nicht abgestimmt werden braucht, weil es ein Antrag der Budgetkommission ist.

Hormann: Sehr richtig!

Der Antrag Lüdekling wird abgelehnt.

Präsident: Zu diesem Titel ist weiter folgender Antrag des Herrn Feuer eingegangen:

Zu beschließen, daß die Krankentransportwagen in der friedensmäßigen Stärke und Ausrüstung, insbesondere was die Gummibereifung angeht, wieder herzustellen seien.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Feuer (H. S.): Darf ich den Antrag begründen? Es eilt!

Präsident: Es tut mir leid.

12. Straßenerleuchtung.

Präsident: Hierzu beantragt Herr Lindau:

Zu beschließen, daß die Straßenbeleuchtung nach Möglichkeit in dem friedensmäßigen Umfange wieder herzustellen sei.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Weiter liegt eine Wortmeldung von Herrn Ohm vor. (Zuruf: Ohm ist nicht mehr da!)

15. Amt Bremerhaven.

Klemann (M.-S.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte eine Angelegenheit unterstreichen, die der Senat durch das Nachtragsbudget für Bremerhaven angeregt hat. Es handelt sich um den Gesundheitsdienst beim Amt Bremerhaven. Der Gesundheitsdienst in Bremerhaven wird von vier Beamten ausgeübt. Von diesen ist einer Gesundheitsaufseher, der zugleich Hilfsdienst beim oldenburgisch-preussischen Quarantäneamt tut und ein Gehalt von 2000 bis 3000 M bezieht; die drei anderen sind Polizeibeamte und erhalten ein Gehalt von 1700 bis 2500 Mark und dazu noch Zulage, der eine 450 M, die beiden anderen 300 M. Der Dienst dieser Beamten ist unterschiedslos derselbe, das verschiedene Gehalt aber bildet schon jahrelang einen Stein des Anstoßes, und das liegt auf der Hand. Deshalb fordern die Polizeibeamten, daß sie auch als Gesundheitsaufseher angestellt und ihren Kollegen in Bremen gleichgestellt werden. Das ist eine durchaus berechtigte Forderung. Sie fordern dabei auch, daß sie freie Dienstkleidung erhalten, weil sie sich sonst in ihren Bezügen schlechter stehen würden, und dasselbe soll auch dem Gesundheitsaufseher zugestanden werden. Eine übermäßige Belastung des Budgets würde die Annahme des Antrages nicht zur Folge haben. Sie würden in Zukunft ein Höchstgehalt von 3000 M beziehen, während sie als Polizeibeamte der eine mit der besonderen Zulage bis auf 2950, die beiden anderen bis 2800 M beziehen würden. Das augenblickliche Gehalt des ersten ist 2820 M, die beiden anderen, die jetzt ein Gehalt von 2410 M erhalten, würden 2600 M beziehen, und alle vier würden bis 3000 M steigen. Damit würde die Ungleichheit beseitigt sein. Man könnte vielleicht das Bedenken haben, daß diese Polizeibeamten immer noch einmal wieder im Polizeidienst Verwendung finden könnten. Nach Äußerungen der Fachleute, des Kreis- und Hafenarztes Dr. Dreher und des Amtmannes von Seelen versehen sie jedoch ausschließlich Gesundheitsdienst, und eine weitere Verwendung als Polizeibeamte kommt für sie nicht mehr in Frage. Deshalb bitte ich Sie im Interesse der Beamten und auch im Interesse eines geregelten Gesundheitsdienstes, dem Antrage des Senats zuzustimmen, der dahin geht, diese drei Schutzmannsstellen in Stellen von Gesundheitsaufsehern umzuwandeln und den Gesundheitsaufsehern — dem beim Quarantäneamt tätigen jedoch

unter Vorbehalt der Zustimmung des Quarantäneamts — freie Dienstkleidung zu gewähren.

H o r m a n n: Die Budgetkommission hat sich heute morgen mit der Angelegenheit befaßt und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Posten nachträglich eingestellt werden muß. Ich beantrage das namens der Budgetkommission.

Präsident: Es bedarf darüber keiner weiteren Abstimmung, da die Budgetkommission es beantragt.

Zur Geschäftsordnung

Hagedorn (M. S.): Ich möchte von unserer Fraktion den Antrag auf Vertagung stellen. Das Haus ist leer und vielleicht nicht mehr beschlußfähig.

Präsident: Ich mache darauf aufmerksam, daß bei weitem noch nicht die Hälfte des Spezialbudgets erledigt ist. Ich sehe keine Chance, daß wir Sonnabend und Dienstag fertig werden, wenn wir nicht bis zehn Uhr durchhalten. Wenn die Herren sich ein bißchen in ihren Reden beschränken wollten!

IV. Finanzen.

5. Öffentliche Grundstücke.

Präsident: Dazu liegt folgender Antrag des Herrn Fauth vor:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Deputation zur Verwaltung öffentlicher Grundstücke mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt:

1. die Versicherung von Staatseigentum in staatliche Selbstversicherung zu übernehmen,
2. eine staatliche Brandkasse zu errichten, die die Feuerversicherung für sämtliche Gebäude des bremischen Gebiets übernimmt.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Präsident: Weiter liegt folgender Antrag von Herrn Waigand vor:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Deputation für öffentliche Grundstücke mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen, wie die Errichtung einer Zentralstelle für die Verwaltung aller Staatsgrundstücke zu verwirklichen ist. Die genannte Deputation ist schon jetzt anzuweisen, daß bei der Verpachtung von Feld- und Gartenländereien in erster Linie solche Bewerber zu berücksichtigen sind, die keinen oder nur geringen Grundbesitz haben.

Der Antrag wird zurückgestellt.

6. Generalsteueramt.

Präsident: Dazu liegt folgender Antrag des Herrn Garves vor:

Die Nationalversammlung beauftragt den Senat, die Steuerdeputation zu einem Bericht darüber aufzufordern, ob es sich empfiehlt, die Strafhärten bei zu späterer Entrichtung der Firmensteuer zu mildern.

Ferner, ob es sich empfiehlt, der Firmensteuer die Deklarationspflicht zugrunde zu legen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Weiter liegt folgender Antrag des Herrn Holtenberg vor:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, das Gesetz vom 3. Juli 1897, betreffend das Ausschänken von Branntwein und den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus wie folgt abzuändern:

1. Im § 4 ist die Bestimmung: „Wirte können nicht Mitglieder der Stadtausschüsse sein“, zu streichen.

2. Die in den im Gesetz genannten Ausschüssen gepflogenen Verhandlungen sind öffentlich zu führen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

Herr Hoskamp beantragt:

Die Nationalversammlung beschließt:

Das Nachtragsbudget des Generalsteueramts (Bericht des Haushaltsausschusses Seite 11) erhält folgende Fußnote:

An Stelle der Steuersekretäre und Kanzlei-gehilfen, deren Stellen aus Mangel an vorgeprüften Bewerbern einstweilen nicht besetzt werden können, darf vorübergehend eine entsprechende Anzahl von Kanzleihilfen und Schreibern mehr angestellt werden, deren Gehälter aus den für die nicht besetzten Sekretär- und Kanzleihilfenstellen zur Verfügung stehenden Beträgen zu bestreiten sind.

Dieser Antrag ändert die Zahlen, es muß daher sofort über ihn verhandelt werden.

Hoskamp (M. S.): Meine Damen und Herren! Im Frühjahr dieses Jahres ist die Steuerdirektion an die Provisorische Regierung um die Bewilligung weiterer Arbeitskräfte herangetreten. Die Provisorische Regierung hat den Antrag genehmigt. Dieser Antrag ist später noch der Budgetkommission vorgelegt worden. Er ist niedergelegt in dem Nachtragsbericht, der sich auf Seite 11 des Berichts der Budgetkommission findet. Nun befinden sich zurzeit beim Ge-

neralsteueramt keine vorgeprüften Bewerber für die zu besetzenden Stellen. Schon in früheren Jahren ist in solchen Fällen so verfahren worden, daß dann andere Beamte, beispielsweise Schreiber, in diese Stellen einrücken konnten, solange, bis die erforderliche Prüfung vorgenommen war. In diesem Jahre haben, wie gesagt, die entsprechenden Prüfungen auch noch nicht stattgefunden. Es würde, wenn diese beantragte Fußnote nicht angenommen würde, die Folge sein, daß jetzt statt der Schreiber vom Generalsteueramt Hilfskräfte herangezogen werden müßten. Das ist aber nicht im Interesse der Steuerzahler, denn diese Hilfskräfte oder ein Teil von ihnen werden doch wieder entlassen werden, sobald die Bewerber für die freien Stellen die Prüfung abgelegt und bestanden haben und angestellt werden. Die Hilfskräfte würden dann ihre beim Generalsteueramt erlangten Kenntnisse in irgend einer Form verwerten können, was nicht im Interesse der Steuerzahler liegt. Ich bitte deshalb, die Fußnote anzunehmen, weil das im Interesse sowohl der Steuerzahler als der Behörde und unseres ganzen Finanzwesens liegt.

Senatskommissar Senator Dr. Donandt:
Der Antrag Hoskamp liegt im Interesse des Dienstes. Ich kann deshalb nur bitten, ihm zu entsprechen.

Hormann (D.): Die Budgetkommission hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und stimmt ihm zu.

Der Antrag Hoskamp wird angenommen.

V. Unterricht.

1. Unterrichtsverwaltung.

Präsident: Dazu liegen folgende Anträge vor:

Antrag Willig:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Wahl von Elternbeiräten für die Schulen regelt.

Antrag Bode:

Im Schulprogramm sind die heilpädagogischen Bestrebungen zur Fürsorge für Schwachsinrige (Hilfsschulzwang, Fachbildung für Hilfsschullehrer), sittlich Gefährdete (Ausbildung der Erzieher), Psychopathen und gesundheitlich Gefährdete (Erholungsheime für schulpflichtige Kinder) wegen ihrer großen sozialen und pädagogischen Bedeutung besonders zu berücksichtigen und entsprechende Summen in den Staatshaushalt einzusetzen.

Antrag Plate:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, bis zur endgültigen Regelung der Schulgeldfrage größere Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen, um begabten Kindern weniger bemittelter Eltern den Besuch der höheren Schulen zu ermöglichen.

Antrag Rodewald:

Die Nationalversammlung beantragt, daß in den Staatshaushaltsplan ein entsprechender Posten eingefügt werde, aus dem die Anstellung von Schulpflegern bzw. Schulpflegerinnen bestritten wird.

Antrag Karmeyer:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, was sie für die wissenschaftliche, pädagogische und praktische Weiterbildung der Lehrer aller bremischen Schulen zu tun gedenkt.

Antrag Willig:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht zu beauftragen, wie ein weiterer, den Erfordernissen der neueren Zeit Rechnung tragender Ausbau der städtischen Schülerbibliotheken herbeizuführen ist und welche Mittel dazu erforderlich sind.

Antrag Jahn:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Militärkommission zu veranlassen, alsbald für die bis jetzt noch in öffentlichen Schulen untergebrachten Truppen der Reichswehr und der Stadtwehr andere Räume zu beschaffen, damit die Schulgebäude schnellstens wieder für ihren ursprünglichen Zweck verfügbar werden.

Die Anträge werden zurückgestellt.

6. Volksschullehrerinnenseminar.

Präsident: Dazu liegt der bereits erlegte Antrag Mannier vor.

8. Volksschulen.

Präsident: Antrag Bardenheuer:

Die Nationalversammlung beschließt:

Bei Wiedereinführung des Haushaltsunterrichts in den bremischen Volksschulen sind anstatt der bisher dabei beschäftigten Helferinnen Haushaltslehrerinnen und Hilfslehrerinnen einzustellen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

9. Landschulen.

Präsident: Antrag Willig:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die Unterrichtskommission mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob in den Landschulen Schülerbibliotheken eventuell auch Wanderbibliotheken errichtet und etwa vorhandene der Zeit entsprechend eingerichtet und ausgebaut werden können, bzw. welche Mittel dazu erforderlich sind.

Der Antrag wird zurückgestellt.

11. Schulen der Hafenstädte. Zuschuß.

Präsident: Dazu liegt folgender Antrag Bedé vor:

Wir beantragen, den Zuschuß für die städtischen Schulen in Bremerhaven von 170 000 M auf 340 000 M zu erhöhen.

Weiter folgender Antrag Christians:

Die Nationalversammlung beschließt, den Zuschuß für die Schulen Begejacks von 75 000 M auf 150 000 M zu erhöhen.

Präsident: Ich darf wohl annehmen, daß über diese beiden Anträge gemeinschaftlich verhandelt werden kann.

Zur Geschäftsordnung

Hormann (D.): Mit diesen beiden Anträgen ist es ähnlich wie vorhin mit dem Staatszuschuß aus der Staatseinkommensteuer. Es kann auch diese Frage nicht ohne weiteres von der Nationalversammlung entschieden werden, wir müssen auch darüber die Unterrichtsverwaltung und insbesondere auch die Finanzdeputation hören. Ich beantrage, auch diese beiden Anträge dahin zu verweisen, damit wir demnächst einen Bericht darüber erhalten.

Bedé (D.): So ganz ohne weiteres kann ich mich damit nicht einverstanden erklären. Ich stimme mit Herrn Hormann darin nicht überein, daß die Verhältnisse ganz gleich liegen wie bei meinem vorigen Antrage. Bei dem handelt es sich darum, eine ganz neue Position, die in dem Etat noch nicht vorgesehen war, zu schaffen, hier handelt es sich aber nur darum, eine Position abzuändern, und zwar, wie wir es in vielen Fällen machen: hier soll eine Erhöhung stattfinden. Die Erhöhung ist allerdings höher als die bisherigen. Ich würde nicht darauf bestehen, daß heute die Nationalversammlung zu einem Beschluß kommt, und würde mich einverstanden erklären, daß zunächst die Finanzdeputation sich damit noch einmal beschäftigt. Ich spreche aber die sichere Erwartung aus, daß wir

über diesen Antrag Bremerhavens und Begejacks recht bald einen Bericht bekommen. Herr Präsident werden mir gestatten, nur einige ganz wenige Ziffern zu verlesen, aus denen hervorgeht, wie außerordentlich wichtig diese Angelegenheit ist.

Präsident: Das kann ich nicht gestatten, weil die Anträge abgesetzt werden.

Bedé: Nur wegen der Dringlichkeit des Berichts! — Der Schulzuschuß in seiner jetzigen Höhe ist 1912 festgesetzt und zwar, weil die Gehälter erhöht wurden und die Unkosten des Schulwesens außerordentlich gestiegen waren. Nur wenige Vergleichsziffern.

Präsident: Jetzt begründen Sie ja doch den Antrag. Das kann ich nicht zulassen. Sie dürfen nur über die Dringlichkeit sprechen.

Bedé: Ich nehme an, daß die Finanzverwaltung und die Nationalversammlung von der Dringlichkeit überzeugt sind.

Präsident: Ich nehme an, daß Herr Christians auch damit einverstanden ist, zumal er nicht mehr anwesend ist. (Heiterkeit.)

Der Antrag Hormann wird angenommen.

15. Technische Staatslehranstalten.

Hormann (D.): Seitens der Unterrichtsverwaltung ist der Budgetkommission noch folgendes mitgeteilt worden: Beim Wiederbeginn des Unterrichts hat sich als notwendig herausgestellt, daß ein Versuchsmotor angeschafft wird. Der Motor war vorhanden, hat dann aber beschlagnahmt und abgeliefert werden müssen. Nachdem die Arbeiten im Technikum wieder aufgenommen worden sind, muß dieser Motor wieder angeschafft werden. Die Kosten sind außerordentlich hoch, sage 4000 M. Es müssen also 4000 M für einen Versuchsmotor in das Budget der Technischen Lehranstalten eingestellt werden. Die Budgetkommission hat sich damit beschäftigt und kann dem Antrage zustimmen.

Präsident: Widerspruch erhebt sich nicht. Der Antrag ist angenommen.

16. Landwirtschaftliche Schule.

Präsident: Antrag Ruse:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat um Anweisung des Mieteinigungsamtes zur Schätzung des Mietwertes der im Hause Falkenstr. 1/3 eingerichteten Schulräume und baldigst über das Ergebnis zu berichten.

Die Nationalversammlung beschließt, den Punkt 6 der vorgenannten Position des Budgets bis zum Eingang des Berichts zurückzustellen.

Präsident: Hier handelt es sich um eine Summe von 5200 M., die eventuell abgesetzt werden muß. Wir müssen deshalb über den Antrag verhandeln.

Ruse (M.-S.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach Lage der ganzen Sache scheint uns die Miete für diese Räume reichlich hoch. Aus diesem Grunde sind wir uns in unserer Fraktion darüber einig geworden, erst einmal die Schätzung des Mieteinigungsamtes abzuwarten, ehe wir diese Summe bewilligen können.

Präsident: Ich darf Sie darauf aufmerksam machen — es ist ja zwar nicht Sitte, daß der Präsident sich in die Verhandlungen einmischt — daß der Vertrag für mehrere Jahre läuft. Ist es unter diesen Umständen nicht richtiger, daß Sie den zweiten Punkt Ihres Antrages zurückziehen? Ich habe seinerzeit als Rechnungsführer der Schuldeputation der alten Bürgerschaft diesen Vertrag gekannt.

Ruse: Dann ziehe ich meinen Antrag zurück.

Präsident: Weiter liegt dazu folgender Antrag Meßter vor:

Die Nationalversammlung ersucht den Senat, die zuständige Stelle mit einem Bericht zu beauftragen darüber, ob für sämtliche dem landwirtschaftlichen Berufe angehörenden Personen im Alter bis zu 18 Jahren der Besuch der Landwirtschaftsschule gesetzlich angeordnet werden kann.

Der Antrag wird zurückgestellt.

17. Stadtbibliothek.

Hormann (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit längerer Zeit hat sich die Behörde für die Stadtbibliothek damit beschäftigt, das Gehalt des Stadtbibliothekars zu erhöhen. Infolge der Wirren, die stattgefunden haben, ist es unterblieben, rechtzeitig einen Antrag zu stellen. Erst im letzten Augenblick ist dieser Antrag an die Budgetkommission gegangen. Das Gehalt beträgt gegenwärtig 5—8000 Mark und ist somit niedriger als das Gehalt der Direktoren an Vollanstalten, der Museumsdirektoren und auch der Oberlehrer. Es wird nun, da das Gehalt für den Stadtbibliothekar nicht mehr ausreichen dürfte, ein höheres Gehalt beantragt. Und zwar beantragt die Deputation, das Gehalt zu bemessen auf 6—10000 M. entsprechend dem Gehalt der Museumsdirektoren. Meine Damen und Herren! Daß das Gehalt des Stadtbibliothekars ein so niedriges ist, ist das Ergebnis der ge-

schichtlichen Entwicklung dieser Stelle. Der Vorgänger des jetzigen Stadtbibliothekars, Professor Dr. Heinrich Vulthaupt, gab viel darauf, freie Zeit zu genießen, um seine Vortagsreisen ausführen zu können. Er begnügte sich deshalb mit einem niedrigeren Gehaltsatz. Als Professor Vulthaupt in die reiferen Jahre kam, soll er selbst schon angeregt haben, ein höheres Gehalt zu bekommen. Der Nachfolger Vulthaupt ist dann mit dem jetzigen Sake angestellt worden. Und daß das Gehalt so niedrig ausgefallen ist, das ist eben die Folge davon, daß das Gehalt früher noch viel niedriger war, sonst wäre wahrscheinlich eine anderweitige Einreihung in die Gehaltsskala schon erfolgt. Ich glaube, daß man dem Gesuch der Deputation für die Stadtbibliothek Folge geben sollte, obwohl es ja etwas Außergewöhnliches ist, daß man mit einem solchen Antrage kommt. Ich glaube, daß die Verhältnisse heute wohl so liegen, daß man nicht den Inhaber dieser Stelle noch ein Jahr lang warten lassen sollte, bis man ihm dann endlich vielleicht eine Erhöhung seines Gehalts zugesteht. Aber wahrscheinlich würde man ja auch nach einem Jahre, falls noch keine allgemeine Regelung der Beamtengehälter kommen sollte, mit denselben Argumenten einer Erhöhung des Gehalts entgegentreten, wie es heute der Fall ist, und deshalb bitte ich, schon jetzt den Beschluß zu fassen, dem Antrage der Deputation Folge zu geben und das Gehalt zu bemessen, wie das Gehalt der Museumsdirektoren, also von 6—10 000 M. Dem Dienstalter des Stadtbibliothekars entsprechend muß der Höchstsatz des Gehaltes eingesetzt werden, also statt 8000 Mark 10 000 Mark. Die Budgetkommission hat sich damit befaßt und empfiehlt die Annahme des Antrages.

Senator Dr. Donandt: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lüdeking hat bei der Position Feuerwehr das an sich sehr berechtigte Bedenken geltend gemacht, daß nicht einzelne Beamtenkategorien herausgegriffen werden dürfen und ihr Gehalt nicht abgesondert von der allgemeinen Gehaltsregelung geregelt werden darf. Dieselben Bedenken sprechen in erhöhtem Maße gegen diesen Antrag. Es ist ja nur ein einzelner Beamter, der hier in Frage kommt, aber das ändert an der Sachlage nichts. Es ist die Gefahr damit verbunden, wenn ein solcher einzelner Beamter herausgegriffen wird, daß eine große Anzahl von gleichen Anträgen kommt, die dann schwer zurückzuweisen sind. Bei der Feuerwehr war die besondere Behandlung durch besondere Gründe gerechtfertigt. Sie bestanden in der Besorgnis, daß das Offizierkorps der Feuerwehr hier nicht gehalten werden könne, wenn nicht geholfen würde. Solche Gründe liegen hier gar nicht vor, und ich glaube deshalb dringend raten zu müssen, diesem Antrage keine Folge zu geben.

Hormann (D.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bedaure außerordentlich, daß Herr Senator Donandt nicht über die Bedenken hinweg-

kommt, die dem Antrage der Budgetkommission widersprechen. Ich muß dabei beharren, was die Budgetkommission beschlossen hat, und kann Ihnen nur nochmals empfehlen, dem Antrage Folge zu geben. Wir haben es hier mit einem Beamten zu tun, der es nicht verstanden hat, sein Interesse in den Vordergrund zu rücken. (Sehr richtig!) Wenn er es verstanden hätte, bei früheren Gehaltsregulierungen laut zu schreien, dann können Sie sicher sein, wäre er längst in eine höhere Gehaltsstufe hineingekommen. Er ist ein stiller Gelehrter, der in der Studierstube usw. seinen Arbeiten nachgeht, und insgedessen hat man ihn nicht berücksichtigt. Ich glaube, daß das, was damals versehen worden ist, jetzt gutgemacht werden muß. Ich bitte, dem Antrage trotz der Bedenken Folge zu geben zu wollen.

Lüdekking (U. S.): Ich möchte nur auf die Anregung des Herrn Senators Donandt erklären, obgleich es eigentlich überflüssig ist, daß ich natürlich grundsätzlich in diesem Falle genau so urteile, wie bei der Feuerwehr. Nun haben Sie einmal beliebt, eine Ausnahme zu machen, dann werden Sie es ja auch weiter tun. Ich habe persönlich keine Veranlassung, hiergegen zu stimmen.

Dr. Künzler (U. S.): Wir sind in der Lage, schon deswegen für den Antrag zu stimmen, weil Herr Professor Seedorf nur deswegen nicht bereits das höhere Gehalt bezieht, weil alle Verfügungen des Rates der Volksbeauftragten für ungültig erklärt worden sind. Der R. d. V. hat die Erhöhung des Gehalts beschlossen. Ich gehe dabei davon aus, daß es sich gegenwärtig noch um das Gehalt handelt, das Professor Seedorf vor der Revolution hatte, also nicht inzwischen schon eine Erhöhung erfolgt ist. Die Erhöhung war bereits beschlossen und bestünde zu Recht, wenn nicht die von uns bekämpfte Verfügung ergangen wäre, wonach alle Verfügungen des R. d. V. für ungültig erklärt worden sind.

Präsident: Es ist von keiner Seite Widerspruch erhoben worden. Wir brauchen nicht abzustimmen. Der Antrag der Budgetkommission genügt.

VI. Bauwesen.

Präsident: Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Schröder vor. (Schlußruf.)

Halten Sie doch bitte bis 10 Uhr aus. Sie haben es doch vorher gewußt, daß wir bis 10 Uhr tagen würden. Ich möchte Sie recht dringend bitten, auszuhalten.

Schröder (M. S.): In unserem Bauwesen besteht eine ziemlich komplizierte Verwaltung, die nach Ansicht von Fachleuten revidiert werden muß. Es ist selbstverständlich, daß Entlassungen nicht stattfinden können, aber jedenfalls sollte man Neueinstellungen ver-

hindern. Die Budgetkommission hat deshalb einige Neueinstellungen unter Vorbehalt eingestellt, oder aber gestrichen. Infolge der schlechten Finanzlage wird für die Zukunft auf Jahre hinaus nicht daran zu denken sein, daß wir uns mit großen Bauprojekten beschäftigen, und daher ist es selbstverständlich, daß man auch das Augenmerk darauf richtet, den Verwaltungskörper so klein als möglich zu ziehen. Wir haben eine außerordentlich große Zahl von Oberbeamten in der Bauverwaltung. Wir haben 3 Baudirektoren oder Oberbauräte, 10 Bauräte, 14 Staatsbaumeister, Ingenieure, Sekretäre, Architekten usw., im ganzen 40 hohe Beamtenstellen. Auch der Oberbaudirektor ist mit aufgeführt, aber diese Stelle ist unbesezt und wird wohl nicht besetzt werden. 1913 hat Herr Hormann bereits die Streichung der Position verlangt, es ist aber nicht geschehen. Auch beim Straßenbauamt hat man einen Staatsbaumeister, einen Staatsbaurat, zwei Staatsbaumeister und zwei Zeichner als technische Beamte. Ich bin noch darüber im Zweifel, ob die Notwendigkeit vorliegt bei der Herstellung von Straßen, daß man dort so viele hohe Beamte hat. Ich meine, ein Baumeister würde in diesem Falle genügen, und es ist auch gesagt worden, daß eine solche Stelle sehr gut von einem Mittelschultechniker ausgefüllt werden könne. Ich meine, Hochschulbildung ist beim Straßenbau nicht notwendig. Aber es ist ja bekannt, daß das Streben nach höheren Stellen in allen Verwaltungszweigen bemerkbar ist. Wir finden es überall, daß man nach hohen Stellen, nach hohen Titeln strebt, die auch große Mittel erfordern. Das Streben mag an und für sich etwas für sich haben, aber von dem Standpunkt unserer schlechten Finanzen aus betrachtet, müssen wir möglichst an einen Abbau dieser Verwaltungskörper denken. Nicht ich allein stehe auf diesem Standpunkt, sondern auch Oberbaurat Thalenhorst erklärte in der Budgetkommission, daß man an den Abbau möglichst bald denken müsse, und auch Senator Donandt gab zu, daß die Arbeiten bei der Bauverwaltung ganz erheblich zurückgegangen seien. In Zukunft werden wir mit großen Bauprojekten nicht zu rechnen haben, so daß es sich nur um Unterhaltungsarbeiten handelt. Da wäre ein Abbau notwendig. Es ist ein Verhängnis unseres ganzen bremischen Verwaltungskörpers, daß wir 10 000 Beamte und vielleicht 3- bis 4000 Staatsarbeiter haben.

Dann ist nach die Frage der Mittelschultechniker. Die Mittelschultechniker beklagen sich darüber, daß ihnen ein Aufstieg zu besseren Stellen unmöglich gemacht wird. Es ist auch im April d. J. eine Eingabe von Mittelschultechnikern eingegangen, worin sie ihre Forderungen aufgestellt haben. Es werden eigentümliche Gründe dagegen angeführt. Herr Oberbaurat Suling erklärte in einer Sitzung, wenn man einen Mittelschultechniker in eine höhere Stelle befördere, würde dieser sich bei seinen Kollegen nicht den nötigen Respekt verschaffen können. Ob das zutrifft, bezweifle ich. Bei der Besetzung einer

Baufekretärstelle wurde einem alten Bauführer gesagt: Ja, Sie sind allerdings fähig für den Posten, aber Sie sind uns wertvoller im Außendienst als Bauführer. Deshalb konnte er die Stelle als Baufekretär nicht bekommen. Diese Begründung ist jedenfalls ganz sonderbar und trägt zur Begründung der Eingabe der mittleren Beamten ohne Zweifel bei. Die Arbeitsfreudigkeit wird dadurch nicht gefördert, was doch im Interesse des Staates notwendig ist. Ich mache mir da die Worte, die Herr Dr. Künzler bei Beratung der Beamtenentwertungszulage gesprochen hat, zu eigen: die Unterschiedlichkeit der Leistungen der oberen gegenüber den mittleren Beamten ist nicht sehr groß und rechtfertigt nicht, die mittleren Beamten gering einzuschätzen. Dr. Künzler ist auch höherer Beamter und muß das wissen. Ich stehe auf dem Standpunkt und mit mir eine ganze Anzahl Mittelschultechniker, die meinen, daß sie sehr viele Arbeiten verrichten können, dazu brauche man keine hochbetitelten und hochbezahlten Beamten.

Des weiteren haben wir in der Budgetkommission bemängelt, daß man Leute als Hilfsarbeiter 10 Jahre beschäftigt, ohne daß diese Leute angestellt werden. Dem sollte auch entgegen gearbeitet werden. Das kann so gemacht werden, daß die Leute endlich einmal eingestellt werden.

Wie gesagt, es muß in dieser Beziehung eine Revidierung des Verwaltungskörpers vorgenommen werden. Da könnte sich die Kommission zur Vereinfachung des Geschäftsganges nützlich machen. Einen besonderen Antrag will ich nicht stellen.

1. Allgemeine Bauverwaltung.

Präsident: Dazu liegt ein Antrag des Herrn Heuers vor:

Zu beschließen, daß die beabsichtigte Bildung einer besonderen Abteilung „Allgemeine Bauverwaltung“ innerhalb der Baudirektion nicht zugelassen werde.

Weiter ein Antrag des Herrn Janger:

Die Nationalversammlung beschließt die Nominierung einer Kommission von 7 Mitgliedern mit dem Auftrage, Vorschläge zur Schaffung eines Ausfühungsamtes für die bauenden Behörden zu unterbreiten.

2. Hochbau.

Ein Antrag des Herrn Götz:

Zu beschließen, daß die Staatsarbeiten auf dem Gebiete des Tief- und Hochbaues vom Staate in eigener Regie und unter Ausschaltung der privaten Unternehmer auszuführen sind.

3. Straßenbau, Gehalte und Unterhaltung.

Präsident: Herr Lindau, da ist Ihnen eine Verwechslung passiert. Der Antrag, den Sie gestellt haben, paßt nach meiner Auffassung zu 94. Straßenbau, Neu- und Umlegung bestehender Straßen.

Zu 3 liegt ein Antrag des Herrn Lunkewitz vor:

Die Nationalversammlung beschließt, den Senat zu ersuchen, daß Straßenbauamt anzuweisen, den Fußsteig in der projektierten Dockstraße in Gröpelingen alsbald in Stand zu setzen.

Zu 4:

Straßenbau, Neu- und Umlegung bestehender Straßen

liegt ein Antrag des Herrn Lindau vor:

Zu beschließen, daß die bestehende Ungleichheit in der Neupflasterung der Straßen verschiedener Stadtteile abzustellen sei.

VII. Häfen und Eisenbahnen.

6. Zollausschlußgebiet und Holz- und Fabrikenhäfen.

Ein Antrag des Herrn Heuers:

Zu beschließen, die Behörden, die Arbeiter beschäftigen, anzuweisen, die regelmäßigen Uebersichten über die Zahl, die Löhne, die Arbeitsdauer der bei ihnen beschäftigten Staatsarbeiter und über die für sie geschaffenen sozialen Einrichtungen beim Budget vorzulegen.

Ein Antrag des Herrn Meyer:

Im Spezial-Budget 103 unter I die Position „Verwaltung des Materiallagers“ mit 200 M zu streichen.

Meyer (U. S.): Ich kann mich zu diesem Antrag kurz fassen. Wir haben unter Position 6 die Stellungnahme unserer Fraktion im allgemeinen klargestellt. Ich nehme an, daß bei diesen Deputationen, speziell für Häfen und Eisenbahnen, die Sachen ausnahmslos viel vorkommen. Diese Deputation ist allerdings in der glücklichen Lage, gewisse Sachen einer Kontrolle zu entziehen. Sie wissen, daß amtliche Sachverständige zur Verfügung gestellt werden. So ist im allgemeinen diese Deputation imstande, aus besonderen Fonds Beamten Vergünstigungen zuteil werden zu lassen. Dies trifft allerdings bei diesem Beamten nicht zu. Dieser Beamte wird allerdings im Budget aufgeführt, und weil wir wissen, daß auch seine Tätigkeit in den Rahmen seines Dienstes fallen kann, können wir nicht umhin, die Streichung zu beantragen. Ich möchte deshalb ersuchen, diesem Antrage zuzustimmen.

Präsident: Herr Hormann, wollen Sie etwas zu diesem Antrag sagen, die 200 M zu streichen? (Hormann: Nein!) Dann bitte ich diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag Meyer zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag ist abgelehnt.

VIII. Vermischte Ausgaben.

1. Ruhegehälter.

Ohm (M.S.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß das Ruhegehalt und Jahrgeld der Beamten den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entspricht. Es ist noch das Einkommen der früheren Jahre zugrunde gelegt. Die Verhältnisse haben sich im allgemeinen zu Gunsten der Ruhe- und Jahrgeldberechtigten etwas verschoben. Ich möchte deshalb einen derartigen Antrag nicht stellen, um nicht der Regelung vorzugreifen, dahingehend, daß die Ruhe- und Jahrgeldempfänger mindestens eine Summe erhalten, die dem Existenzminimum entspricht. Bei dieser Gelegenheit möchte ich besonders darauf aufmerksam machen, daß die ruhelohnberechtigten Arbeiter, die für die Volksgenossen das gleiche im Interesse der Bevölkerung zu leisten haben, leider noch nicht die Ansprüche erfüllt bekommen haben, wie es bei den Beamten geschieht. Sie wissen, daß seit Jahren in der früheren Bürgerschaft sich die Sozialdemokraten abgeplagt und gefordert haben, daß für die bremischen Staatsarbeiter unbedingt ein Gesetz geschaffen werden müßte, das dazu angetan ist, für die älteren Staatsarbeiter zu sorgen, damit sie auf Grund ihrer Tätigkeit ein sorgenfreies Leben zum Abschluß bringen können. Den Sozialdemokraten in der alten Bürgerschaft ist es leider nicht gelungen, das durchzuführen, weil ein soziales Verständnis leider nicht zu verzeichnen gewesen ist. Nur mit Mühe haben sie durchdrücken können, daß im Jahre 1906 ein ähnliches Gesetz beschlossen worden ist, das den Staatsarbeitern einen Ruhe- und Jahrgeld von mindestens 200 und höchstens 400 M gewährt, was aber erst dann erreicht wird, wenn sie mindestens 30 Jahre in Betrieben des Staates beschäftigt gewesen sind und selbst zu den Kosten beigetragen haben. Nachdem sich dann die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder zu Ungunsten der Arbeiter verschoben haben, machten wieder die Sozialdemokraten den Versuch, den Satz auf 600 M zu erhöhen. Leider hat sich wiederum keine Mehrheit für diesen Antrag entscheiden können. Es müssen diese Leute also noch mit denselben Einnahmen auskommen, wie sie vor annähernd zehn Jahren resp. von 1912 bis 1915 gezahlt wurden. Wir haben davon abgesehen, einen direkten Antrag zu stellen, weil wir der Meinung sind, daß dies durch die Organisation der bremischen Staatsarbeiter schon wiederholt angeregt ist. Außerdem möchte ich besonders bemerken, daß die Zentralleitung der Organisation der Staatsarbeiter Richtlinien ausgearbeitet hat, die sie mit dem Deutschen

Städtetag vereinbart hat. Ich weiß nicht, ob Bremen diesem Städtetag angehört — soweit ich unterrichtet bin, ist es nicht der Fall. Wünschenswert ist, daß Bremen sich anschließt. Auf diesem Gebiet muß unbedingt etwas geschehen, weil die Arbeiter, die jahraus jahrein im bremischen Staatsgebiet ihre Pflicht zugunsten der Allgemeinheit ausführen, ein Anrecht darauf haben, in ihrem Alter versorgt zu sein, und weil in den Reichsbetrieben, bei der Reichseisenbahn sowohl wie bei der Post, für diese Arbeitergruppen gesorgt worden ist, besonders bei der Post, wo jedem Arbeiter ein Recht auf die Verhältnisse, wie sie bei den Beamten bestehen, zukommt. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß bereits vor dem Kriege ein großer Teil der Städte diese Einrichtung gehabt hat, wo von den Behörden den Arbeitern mehr Rechte gewährt werden, als es leider in Bremen der Fall ist. Es sind 123 Städte, die bereits diese Einrichtung haben und die in der Sorge für die Arbeiter weit über das Maß hinausgehen, was in Bremen bewilligt worden ist. Ich will mich kurz fassen, weil die Zeit schon weit vorgeschritten ist.

Aber noch auf eins möchte ich aufmerksam machen, daß Bremen auch nicht auf der Höhe steht hinsichtlich der Hinterbliebenenversorgung für die bremischen Staatsarbeiter. Wir sehen leider, daß, wenn der Ernährer aus der Familie herausgerissen ist, die Familie vollständig mittellos dasteht. Ich sollte meinen, daß, wenn ein Arbeiter 30 bis 40 Jahre seine Pflicht gegenüber dem Staat erfüllt hat, seine Angehörigen auch das Anrecht darauf haben, daß sie weiter versorgt werden. Auch hier ist bereits ein großer Teil deutscher Städte vorbildlich vorangegangen. Bereits in 123 deutschen Städten ist die Hinterbliebenenversorgung für Staatsarbeiter eingeführt. In einigen Städten werden bis annähernd 40 Prozent der Ruhe- und Jahrgelder gewährt, in einem Teil sogar 75 Prozent. Leider stehen da Bremen, Hamburg und die Unterweserorte nicht an der Spitze; preussische Städte wie Berlin und Charlottenburg sind uns da weit vorausgegangen. Ich glaube, daß die Nationalversammlung der Ansicht ist, daß hier in Bremen etwas geschehen muß in puncto Ruhe- und Jahrgeld und Familienversorgung. Man hat auch versucht, für die Verstärkelten einen Aufschlag auf den Betrag zu erhalten, den das Reich zahlt. Das ist aber abgelehnt, mit der Begründung, das sei Sache des Reiches.

Wir haben, wie ich schon sagte, davon Abstand genommen, einen Antrag zu stellen, müssen uns aber vorbehalten, das bei nächster Gelegenheit zu tun. Wir müssen endlich verlangen, daß staatsseitig etwas geschaffen wird, damit die Arbeiter für ihr späteres Alter versorgt sind. Schließlich muß man doch sagen, daß es Pflicht des jetzigen Staates ist, für alle seine Arbeiter und Angestellten zu sorgen und dafür einzutreten, daß für ihr höheres Alter gesorgt ist, daß sie ein Anrecht darauf haben, in späterem Alter ihr Leben so abzuschließen, wie es für einen Menschen notwendig ist.

2. Witwen- und Waisengeld.

Baurat Knop (D.): Meine Damen und Herren! Die Witwen und Waisen von Ruhegehalt- und jahrgeldberechtigten Beamten und Angestellten erhalten eine Rente erst dann, wenn beim Tode des Betreffenden eine gewisse Reihe von Wartejahren, eine Wartezeit von fünf bzw. zehn Jahren verstrichen gewesen ist. Zweifellos ist es für die Witwen und Waisen von Beamten und Angestellten, die im Kriege gefallen sind, sehr hart, daß sie aus diesem Grunde keine Rente beziehen. In dieser Beziehung muß etwas geschehen. Ich will keinen Antrag stellen, weil man nicht wissen kann, welche Konsequenzen sich daraus ergeben können. Deshalb möchte ich Herrn Knief als Vorsitzenden der Beamtenkommission bitten, festzustellen, welche Mittel erforderlich sind, um diesen

Witwen und Waisen den Mindestsatz der Witwen- und Waisenrenten zu zahlen, die für sie in Betracht kämen, wenn wir die Einrichtung der Wartezeit nicht hätten, und ich möchte bitten, die Erhebungen auch auszudehnen auf die Angestellten und Arbeiter, die länger als fünf Jahre im Staatsdienst gearbeitet haben. Ich hoffe, daß uns die Kommission das Material bald gibt, und behalte mir vor, zu gegebener Zeit einen Antrag zu stellen, wenn nicht vielleicht der Senat, was ich wünschen möchte, uns von selbst eine Vorlage zugehen läßt.

Präsident: Ich vertage die Sitzung auf morgen zehn Uhr.

Schluß 9 Uhr 50 Minuten.